



Stenografischer Bericht

37. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. April 2004,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin	2703
Beschlüsse zur Tagesordnung	2703

TOP 1

- a) **Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Professor Dr. Wolfgang Böhmer zum Thema „Chancen kreativ nutzen - Zukunft innovativ gestalten“**

Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer..... 2703

b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

Herr Dr. Püchel (SPD)	2710, 2734
Herr Scharf (CDU)	2716
Frau Dr. Sitte (PDS)	2726, 2735
Herr Lukowitz (FDP)	2730
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer.....	2733

TOP 3

Fragestunde - Drs. 4/1456

Frage 1:
Finanzierung des Kontaktbüros des Landes Sachsen-Anhalt in Tallinn, Estland

Frau Budde (SPD)	2735, 2736
Minister Herr Dr. Rehberger.....	2735, 2736, 2737
Herr Metke (SPD)	2736, 2737

Frage 2:
Zusätzliche Landesunterstützung für Projekte des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

(Zu Protokoll gegeben)

Frage 3:
Informationsbroschüre „Studieren in Sachsen-Anhalt - Studienjahr 2004/2005“

Frau Dr. Kuppe (SPD).....	2737, 2738
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	2738

Frage 4:
Auslegung von Artikel 81 Abs. 4 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt

Frau Grimm-Benne (SPD)	2739
Minister Herr Becker	2739

TOP 4**Aussprache zur Großen Anfrage****Konkrete Umsetzung der so genannten „Initiative Mitteldeutschland“**Große Anfrage der Fraktion der SPD
- Drs. 4/1146

Antwort der Landesregierung - Drs. 4/1296

Frau Budde (SPD)	2739, 2748
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer.....	2742
Herr Kosmehl (FDP)	2744
Herr Gallert (PDS)	2746
Frau Wybrands (CDU)	2747

TOP 5

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzkontrolle

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der PDS und der FDP - Drs. 4/1239

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - Drs. 4/1444

(Erste Beratung in der 31. Sitzung des Landtages am 11.12.2003)

Herr Doege (Berichterstatter)..... 2750

Beschluss 2751

TOP 6

Zweite Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-AnhaltGesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1355

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr - Drs. 4/1452

(Erste Beratung in der 35. Sitzung des Landtages am 04.03.2004)

Frau Weiß (Berichterstatterin)..... 2751

Beschluss 2751

TOP 9

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten EinnahmenGesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1449

Minister Herr Jeziorsky..... 2752

Ausschussüberweisung..... 2752

TOP 10

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes über die Kulturstiftung des Landes Sachsen-AnhaltGesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1450

Minister Herr Prof. Dr. Olbertz.....	2752
Herr Gebhardt (PDS)	2754
Herr Schomburg (CDU).....	2755
Herr Reck (SPD)	2756
Herr Dr. Volk (FDP).....	2757

Ausschussüberweisung..... 2757

TOP 11

Erste Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der KrankenhauspflegesätzeGesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1460

Minister Herr Kley.....	2758
Frau Dr. Kuppe (SPD)	2759
Herr Scholze (FDP).....	2759
Herr Bönisch (CDU)	2760
Frau Bull (PDS)	2761

Ausschussüberweisung..... 2762

TOP 12

Zweite Beratung

Einrichtung einer Bibliothekskonferenz für das Land Sachsen-AnhaltAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1303**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien - **Drs. 4/1451**

(Erste Beratung in der 33. Sitzung des Landtages am 22.01.2004)

Herr Reck (Berichterstatter) 2762

Beschluss 2763

TOP 13

Beratung

a) **Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend die Änderung des Landesrichtergesetzes - LVG 1/04**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 4/1458**b) **Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend das Finanzausgleichsgesetz - LVG 2/04**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 4/1459**

Herr Wolpert (Berichterstatter) 2763

Beschluss 2764

TOP 15

Beratung

Regenerative Energien als Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt stärkenAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1351**Änderungsantrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/1505**Frau Budde (SPD) 2772, 2777
Minister Herr Dr. Rehberger 2773
Herr Steinecke (CDU) 2774
Herr Dr. Thiel (PDS) 2775
Herr Kehl (FDP) 2776

Beschluss 2778

TOP 16

Beratung

Entwicklung der Kapazitäten in der Ausbildung von Lehrkräften in Sachsen-AnhaltAntrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1447**Frau Dr. Hein (PDS) 2764, 2770
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 2766
Herr Dr. Volk (FDP) 2767
Frau Mittendorf (SPD) 2768
Frau Feußner (CDU) 2769

Beschluss 2771

TOP 17

Beratung

Korrektur der Leistungsbewertungserlasse für allgemein bildende und berufsbildende Schulen sowie Schulen des zweiten BildungswegesAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1453**Alternativantrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/1501**Frau Mittendorf (SPD) 2789, 2795
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 2791
Frau Feußner (CDU) 2792
Herr Dr. Volk (FDP) 2793
Frau Dr. Hein (PDS) 2794

Beschluss 2795

TOP 20

Beratung

Schachtradition im HarzAntrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1457**Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1479**Herr Dr. Eckert (PDS) 2779, 2786, 2788
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 2780, 2787
Herr Qual (FDP) 2782
Frau Mittendorf (SPD) 2783, 2787
Herr Dr. Schellenberger (CDU) 2785, 2788

Beschluss 2788

Anlage zum Stenografischen Bericht 2796

Beginn: 10.05 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 37. Sitzung der vierten Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt. Ich möchte Sie alle recht herzlich begrüßen.

Meine Damen und Herren! Das Mitglied des Landtages Harry Czeke hat heute Geburtstag. Wir sprechen ihm unsere herzlichen Glückwünsche aus und wünschen ihm vor allem Gesundheit.

(Beifall im ganzen Hause - Herr Dr. Püchel, SPD: Herr Sachse hat auch Geburtstag!)

- Herr Sachse hat auch Geburtstag. Ich verlasse mich jetzt auf die Information aus der Fraktion. Auch Ihnen, Herr Sachse, herzliche Glückwünsche und eine erfolgreiche Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Folgende Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung liegen vor: Herr Ministerpräsident Professor Dr. Böhmer entschuldigt sich für heute ab 16 Uhr sowie für morgen ganztägig wegen seiner Teilnahme an der Besprechung der Regierungschefs der ostdeutschen Länder in Berlin.

Herr Staatsminister Robra entschuldigt sich für beide Sitzungen des Landtages. Er nimmt an der in Berlin stattfindenden Arbeitsgruppensitzung der Föderalismuskommission sowie an der Ministerpräsidentenkonferenz teil.

Herr Minister Becker bittet seine Abwesenheit für heute ab 15 Uhr zu entschuldigen. Er nimmt am Kamin Gespräch der Justizminister in Vorbereitung der Justizministerkonferenz teil.

Frau Ministerin Wernicke entschuldigt sich für die Landtagssitzung am Freitag aufgrund ihrer Teilnahme an der Bundesratssitzung in Berlin.

Ich komme zur Tagesordnung. Sehr verehrte Damen und Herren! Die Tagesordnung für die 20. Sitzungsperiode des Landtages liegt Ihnen vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 20 heute als letzten Punkt zu behandeln. Die Tagesordnungspunkte 2, 7, 8, 21 und 14 werden in dieser Reihenfolge als erste Punkte am morgigen Freitag behandelt. Im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 21 - Wahl der Beiratsmitglieder - darf ich daran erinnern, dass diese Wahl am Freitag vor der Mittagspause als geheime Wahl durchgeführt wird.

Gibt es hierzu bzw. zur Tagesordnung Bemerkungen? - Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Noch einige Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf der 20. Sitzungsperiode. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die heutige Sitzung des Landtages wegen der parlamentarischen Begegnung mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Landtagsgebäude gegen 19.30 Uhr zu beenden. Die morgige 38. Sitzung beginnt wie üblich um 9 Uhr.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Professor Dr. Wolfgang Böhmer zum Thema „Chancen kreativ nutzen - Zukunft innovativ gestalten“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Professor Dr. Böhmer zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort. Bitte sehr.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vor fast zwei Jahren gewählte Regierungskoalition hat ihre Arbeit mit der festen Absicht begonnen, unser Land für das begonnene neue Jahrhundert zukunfts-fähig zu machen. Wir wussten, dass dies nur durch eine Umgestaltung vieler Bereiche, das heißt durch Reformen bei uns in Sachsen-Anhalt und bei uns in Deutschland, möglich sein würde.

Wir haben damit begonnen und auch die Bundesregierung hat damit begonnen. Deutschland ist in Bewegung gekommen. Der Bundeskanzler hat mit seiner Agenda 2010 unausweichlich notwendige Reformen aufgezeigt.

Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen lag Deutschland innerhalb der Europäischen Union im Jahr 1992 noch auf Platz 3; inzwischen liegen wir auf Platz 11. Immer mehr Länder sind in den letzten Jahren einfach besser geworden als wir. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist während der letzten elf Jahre in Deutschland um 13,6 % gestiegen, im Wirtschaftsraum der gesamten Europäischen Union im gleichen Zeitraum um 23,5 %. Im vergangenen Jahr 2003 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 0,1 % geschrumpft.

Die Entwicklung innerhalb Deutschlands war unterschiedlich. Wir in Sachsen-Anhalt hatten zwar auf niedrigem Niveau ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2003 gegenüber dem Vorjahr von 0,3 %, aber Thüringen und Sachsen waren zwei- bis dreimal besser als wir.

Auch die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor inakzeptabel hoch. In der gesamten Bundesrepublik hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im vergangenen Jahr um über 420 000 verringert. Gegen diesen Bundeinstrend versuchen wir in Sachsen-Anhalt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist uns nur in einigen Bereichen gelungen, am besten in der Ernährungsgüterwirtschaft. Gleichzeitig wurden in anderen Bereichen Arbeitsplätze abgebaut. Dadurch hat sich die Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse um etwa 11 000 verringert.

Auch wir mussten und müssen weiterhin in der Landesverwaltung Arbeitsplätze abbauen, wenn wir bei sinkender Einwohnerzahl zu einer effizienten Selbstverwaltung auf dem Niveau bundesweiter Durchschnittszahlen kommen wollen.

Mit dem Beginn einer grundsätzlichen Verwaltungsreform wurden wesentliche Schritte dazu begonnen. Dabei mussten wir nicht bei Null anfangen. In manchen Bereichen hatte die Vorgängerregierung Vorarbeiten geleistet, auf denen wir aufbauen konnten.

Das trifft auch auf die Verwaltungsreform zu, zu der bereits mehrere Kommissionen eine kaum noch überschaubare Zahl von Entwürfen und Vorschlägen erarbeitet hatten. Herr Brachmann und Herr Miller haben im Jahr 1999 in der Zeitschrift für Landes- und Kommunalverwaltung ausführlich über den damaligen Stand und

die Umsetzungsprobleme berichtet. Wer sich diese Arbeit durchliest, wird das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis selbst beurteilen können.

Wir haben im vergangenen Jahr mit der Auflösung der Regierungspräsidien und der Aufgabenkonzentration in einem Landesverwaltungsamt neue Strukturen geschaffen. Die Kommunalisierung einiger Verwaltungsaufgaben benötigt Übergangszeit. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden die wesentlichsten Reformen dazu nach Vorgaben von Landtagsbeschlüssen aus dem Jahr 1993 und aus dem Jahr 2002 umgesetzt sein.

Wichtiger als die Reform der Selbstverwaltung sind die Konsequenzen aus den historischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, auf die ich wenigstens hinweisen möchte. Mindestens vier großlinige Entwicklungen am Ende des vergangenen Jahrhunderts beeinflussen auch die Gestaltungspolitik in den einzelnen Regionen Deutschlands:

Dazu gehört die Globalisierung der Informationsflüsse und Wirtschaftsräume. Diese verringert den Technologievorteil bei den Lohnstückkosten und benachteiligt diejenigen Länder, die die Finanzierung ihrer Sozialsysteme daran gekoppelt haben.

Dazu gehört das Versagen der sozialpolitisch determinierten staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik gegenüber einer freien Wettbewerbswirtschaft. Dies verlangt nicht nur neue Strukturen, sondern auch globale Absprachen über die Sozialpflichtigkeit einer Marktwirtschaft.

Dazu gehört auch die methodisch möglich gewordene bewusste Familienplanung; denn sie führt zu demografischen Konsequenzen und zum Zusammenbrechen jener sozialen Sicherungssysteme, die auf einer bestimmten Alterspyramide der Wohnbevölkerung aufbauen.

Dazu gehört zuletzt die Überwindung der Teilung Europas. Sie führt zu einem neuen großen Wirtschaftsraum mit sehr unterschiedlichen Sozialstrukturen und internen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren! Wir müssen feststellen: Diese Welt hat sich verändert und wird nie wieder so werden, wie sie einmal war. Das sind Probleme Deutschlands, die mit der Überwindung der Teilung unseres Landes überhaupt nicht zusammenhängen. Das ist der bundesweite Rahmen, in dem wir unsere Probleme lösen müssen. Das sind alles auch unsere Probleme, die wir deswegen als bedrückender empfinden, weil unsere schwierigen lokalen Besonderheiten noch dazukommen.

Nach mehr als zwölf Jahren eines gewaltigen Finanztransfers zur Überwindung der Teilungsfolgen gibt es noch Unterschiede, die wir einfach beachten und feststellen müssen: Im Vergleich zu den alten Bundesländern liegen die Infrastrukturinvestitionen pro Einwohner in den neuen Ländern bei etwa 75 %, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner bei etwa 62 %, die durchschnittliche volkswirtschaftliche Produktivität bei 72 %, der investierte Kapitalstock je Einwohner bei 68 %, die Lohnstückkosten bei durchschnittlich 108 % und die Arbeitslosenquote bei 254 %.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen sind erheblich. Bei den nationalen und internationalen Verflechtungen ist nicht zu erwarten, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Bundeslandes wesentlich anders sein kann als die der gesamten Bundesrepublik. In Sachsen-Anhalt leben etwa 3,1 % der deutschen Wohnbevölkerung. Unsere wirtschaftliche Situation wird immer

mehr von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als von lokalen Aktivitäten beeinflusst werden. Trotzdem sind auch diese wichtig und verlangen alle nur denkbaren Anstrengungen.

Die immer deutlicher werdenden Unterschiede zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt zum Beispiel sind nicht mehr mit den ehemaligen DDR-Strukturen zu erklären, sondern durch eine unterschiedliche Landespolitik. Wenn unsere Pro-Kopf-Verschuldung so niedrig wäre wie in Sachsen, hätten wir jährlich ca. 527 Millionen € an freien Landesmitteln mehr zur Verfügung, und das Jahr für Jahr und wahrscheinlich über mehrere Jahrzehnte hinweg.

Wir müssen die Offenheit haben, auch einmal über eigene Fehlentscheidungen nachzudenken. Damit eine solche Diskussion sachlich bleibt, will ich nur Beispiele nennen, bei denen ich persönlich beteiligt war und die wir im Parlament oder im Finanzausschuss einstimmig beschlossen haben.

Während der ersten Legislaturperiode haben wir zum Beispiel dreistellige Millionenbeträge ausgegeben, weil wir damals entgegen dem Rat aller Fachleute wollten, dass zum Beispiel das Kombinat Sket als Ganzes erhalten bleibt. In späteren Jahren haben wir mehrfach Finanzhilfen und Bürgschaften für Aluhett bewilligt, weil wir nicht wahrhaben wollten, dass dieses Unternehmen hätte zergliedert und umstrukturiert werden müssen.

Wir haben - ein anderes Beispiel - aus gut gemeinter Absicht für ein Gewerbegebiet Fluglandebahn und flugtechnische Ausrüstung finanziert, die jetzt niemand mehr haben möchte.

Gleichzeitig haben wir uns in einigen Bereichen höhere Sozialleistungen genehmigt, als diejenigen Länder sich leisten konnten, von deren Steuern wir über den Finanzausgleich immer noch leben.

Meine Damen und Herren! Mit der Fortsetzung einer solchen Politik würden wir die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme unseres Landes nicht lösen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Deshalb brauchen wir ein kritisches Überdenken einiger unserer bisherigen Entscheidungen und eine Neuorientierung in einigen Gestaltungsbereichen. Dabei ist nicht zu übersehen, dass wir uns im Ländervergleich, nachdem wir jahrelang auf dem letzten Platz lagen, etwas verbessert haben. Ich sage aber ganz deutlich: Das reicht uns noch nicht. Es beweist nur, dass wir auf einem richtigen Weg sind.

Diesen richtigen Weg wollen wir uns auch nicht von denjenigen zerreden lassen, die selbst in jedem Regionalmonitor das Schlusslicht abonniert hatten.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Unser Ziel muss ein sich selbst tragender Wirtschaftsaufschwung sein. Dazu müssen wir unsere geringer werdenden Fördermittel auf Wertschöpfungsketten in produzierenden Gewerbebereichen konzentrieren. Gut gemeinte Absichten begründen noch keine Förderwürdigkeit. Außer einem soliden, betriebswirtschaftlich durchkalkulierten Konzept zählen die beabsichtigten neuen Arbeitsplätze und die umsatzsteigernden Impulse für andere Wirtschaftsberei-

che. Rationalisierungsinvestitionen zum Einsparen von Arbeitsplätzen müssen sich selbst refinanzieren und berechtigen nicht zur Subvention mit Steuergeldern.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wiederholte Erweiterungsinvestitionen sind ein Zeichen wirtschaftlicher Prosperität und über Darlehen zu finanzieren, aber nicht mehr durch Subventionen aus öffentlichen Kassen.

Das Investitionszulagegesetz ist letztmalig bis zum Jahr 2006 verlängert worden. Eine parlamentarische Mehrheit kam dafür erst zustande, nachdem das Auslaufen im Jahr 2006 vereinbart worden war. Die Wirtschaftsförderung auch in den neuen Ländern soll konsequenter auf Hilfe zur Selbsthilfe konzentriert werden.

Unter diesem Aspekt haben wir auch unsere Investitionsbank konzipiert. Wir wollen konsequent umsteuern von der direkten Subvention mit Steuergeldern - aus welchem Programm auch immer - zu verschiedenen Formen von Darlehensprogrammen und Eigenkapitalhilfe durch ein Angebot von Beteiligungshilfen. Förderanträge - ich sage das aus gutem Grund -, deren Finanzierungskonzept auf 50 % Steuersubventionen und zu 50 % auf noch zu akquirierendem Fremdkapital aufgebaut ist, in dem eine Rendite von über 18 % nach Steuern versprochen wird, sind aus meiner Sicht eher sittenwidrig, aber mit Sicherheit nicht förderfähig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

- Ich freue mich, dass Sie applaudieren. Aber wenn es der eigene Wahlkreis ist, sieht manches anders aus.

Ich sage das deswegen so deutlich, weil es schon jetzt Diskussionen darüber gibt, dass wir nicht mehr so großzügig fördern können wie bisher.

Für den Wertschöpfungsbereich wird eine Förderung weiterhin notwendig sein, auch im Hinblick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung. Schon jetzt gibt es Betriebe in Sachsen-Anhalt, die ihre Arbeitsplätze nur deshalb noch in Sachsen-Anhalt halten können, weil sie arbeitsintensive Teilbereiche in Tochterbetriebe in den benachbarten Niedriglohnländern ausgelagert haben. Dieser Problemdruck, meine Damen und Herren, wird in nächsten Jahren größer werden.

Für uns ist es deshalb überlebenswichtig, dass wir auch nach der EU-Erweiterung noch die Beihilfekonditionen der Förderregion 1 behalten und dass für die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen Übergangslösungen mit Fördermittelanspruch geschaffen werden. Sowohl die Bundesregierung als auch eine Mehrheit der alten Bundesländer unterstützen diese unsere Forderung bisher nicht. Unterstützt wird sie aber - bisher wenigstens - durch den für die europäische Strukturpolitik zuständigen EU-Kommissar Barnier. Gestern Abend habe ich in den Nachrichten gehört, dass Herr Barnier zum neuen französischen Außenminister ernannt worden ist. Für die neuen Bundesländer heißt das: Sie haben einen wesentlichen Förderer in Brüssel wahrscheinlich verloren.

In diesem Bereich befinden wir uns gegenwärtig in schwierigen Gesprächen, von deren Ergebnis die weitere Entwicklung der neuen Länder wesentlich abhängen wird.

Mit der inzwischen errichteten Investitionsbank wollen wir haushaltsunabhängige Finanzierungsquellen er-

schließen. Auf der Basis ihrer Eigenkapitalausstattung kann sie zusätzlich Förderdarlehen ausreichen, die sie am Kapitalmarkt refinanziert. Das wird aber auch verlangen, dass wir mehr als bisher das Rating der mit uns verbundenen Finanzinstitute pflegen.

Wir waren während der letzten Jahre nicht erfolglos. Die Investitionspolitik der letzten beiden Jahre wird auch von den Wirtschaftsinstituten anerkannt. Das für dieses Jahr vorbereitete Investitionsvolumen ist erheblich.

Bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen hatten wir mit über 98 % die beste Quote aller neuen Länder. Die Zuwachsrate strukturbestimmender Branchen waren gut, die Zahl der Betriebe und das Umsatzvolumen sind aber eindeutig noch zu niedrig.

Ein Wachstum ist kaum noch aus der Inlandsnachfrage zu erwarten. Wie andere Landesregierungen auch, nutzen wir jede Gelegenheit, um unseren Betrieben Außenhandelskontakte einzufädeln. Von 1993 bis 2002 sind die Exporte aus Sachsen-Anhalt nur im 156 % gestiegen. Ich sage „nur“, weil es in Sachsen im gleichen Zeitraum 392 % waren. Wir versuchen jetzt mit großen Nachdruck, in diesem Bereich aufzuholen.

Richtig stolz können wir auf unsere Ernährungswirtschaft sein. Die Umsatz- und die Beschäftigtenzahlen sind in jedem Jahr gewachsen. In dieser Branche arbeiten ca. 20 % der Erwerbstätigen unseres Landes.

Dass sich das Land aus der Agrarmarketinggesellschaft teilweise zurückziehen und die Anteile privaten Unternehmen übertragen konnte, ist für mich der letzte Beweis für den Übergang zu sich selbst tragenden Wirtschaftsstrukturen zumindest in dieser Branche und damit ein Beweis für eine gelungenen Förderpolitik. Wie mühsam es ist, auch gegen verbohrte Ideologen eine innovative Landwirtschaftspolitik durchzusetzen, haben Sie in den letzten Tagen miterlebt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Einige Aussagen zur Bildungspolitik und zur Hochschulpolitik. Die notwendigen Umstrukturierungen in der Schulpolitik sind auf den Weg gebracht.

Aufgrund der erheblich rückläufigen Schülerzahlen war und ist die Schließung von Schulstandorten unvermeidlich. Im Jahr 1994 hatte beispielsweise die Stadt Magdeburg noch ca. 49 000 Schülerinnen und Schüler in 128 Schulen. Nach den Prognosen werden es im Jahr 2009 noch ca. 20 000 Lernende sein, für die nach gegenwärtiger Planung noch 73 Schulen vorgehalten werden sollen. In anderen Regionen des Landes ist die Entwicklung ähnlich.

Deshalb gilt unser Dank auch von dieser Stelle aus den Stadträten und Kreistagen, die diese schwierigen und fast immer emotionsgeladenen Strukturentscheidungen treffen mussten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Die Stundenzahlen in den Schulen für die Fächer Deutsch und Mathematik wurden deutlich erhöht. Damit haben wir auf die häufige Kritik aus Handwerks- und Wirtschaftsverbänden reagiert. Ab dem 3. Schuljahr soll flächendeckend Fremdsprachenunterricht angeboten werden. Ich denke, für das Zusammenwachsen in Europa ist das unverzichtbar. Für unsere Kinder bieten

sich dadurch zusätzliche Gestaltungschancen für ihr eigenes Leben.

Im Hochschulbereich sind die Profilierungsdiskussionen noch nicht völlig abgeschlossen. Auch hierbei hoffe ich sehr, dass wir zu einer solidarischen Struktur anpassung kommen werden. Als kleines Land können wir uns keine Mehrfachstrukturen mit inneren Konkurrenzkonflikten leisten.

Ähnliche Diskussionen gibt es zurzeit in mehreren Bundesländern. Außenstehende Beobachter dieser Entwicklung muss es irritieren, wenn die jeweilige Opposition dabei gerade das fordert, was sie in der Gestaltung verantwortung in einem Nachbarland selbst ablehnen muss.

Wir wollen unseren Hochschulen helfen, indem wir eine Reihe von Servicefunktionen in einem Wissenschaftszentrum für alle vorhalten und dadurch Effizienzgewinne mobilisieren. Dazu wird auch eine gemeinsame Liegenschaftsverwaltung für den Hochschulbereich gehören.

Das Anbieten von Fort- und Weiterbildungsleistungen gegen Gebühr, besonders für Interessenten aus der Wirtschaft, muss auch bei uns möglich sein, bevor die begrenzte Nachfrage danach von anderen Anbietern gedeckt wird. In diesem Bereich haben wir die Möglichkeit, Modellregion für innovative Problemlösungen zu werden. Die Hochschulen sollen Unternehmen gründen und sich an Unternehmen beteiligen können. Durch die abgeschlossenen Zielvereinbarungen erhalten die Hochschulen im öffentlichen Dienst eine privilegierte Stellung, weil sie von den Vorschriften der Haushaltsführung ausgenommen sind.

Für die Hochschulklinika wird ein Konzept der komplementären Kooperation entwickelt. Dabei geht es nicht nur um Zielvereinbarungen für den Hochschulbereich in den Kliniken, sondern auch um die betriebswirtschaftliche Autonomie für den medizinischen Versorgungsbereich.

Durch Technologietransferzentren und durch die Förderung von Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus, gemeinsam mit Kammern, mit Wirtschaftsverbänden und mit Gebietskörperschaften, wollen wir erreichen, dass möglichst viele unserer Absolventen im eigenen Land eine Perspektive finden.

Meine Damen und Herren! Noch einige Ausführungen zu den so genannten Selbstverwaltungsstrukturen im Land Sachsen-Anhalt. Noch immer verwalten wir uns zu personal- und kostenintensiv.

Sowohl im Bereich der Landes- als auch der Kommunalverwaltung liegt unser Personalbestand über dem Durchschnitt aller anderen Flächenländer. Durch Tarifvereinbarungen ist uns ein begrenzter solidarischer Personalabbau gelungen. Ich darf hinzufügen: Einige andere Länder, wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, sind zurzeit dabei, unter Hinweis auf die Tarifvereinbarungen in Sachsen-Anhalt ähnliche Verhandlungen zu führen.

Dieser Personalabbau ist aber noch nicht ausreichend und erfordert weitere konsequente Rationalisierungsmaßnahmen.

Schwierig gestaltet sich die Kommunalisierung von bisher auf Landesebene wahrgenommenen Aufgaben. Im Umweltbereich sind die Vorbereitungen so weit vereinbart, dass wir das im Jahr 2005 umsetzen können. Dazu

gehören die grundsätzliche Genehmigungszuständigkeit der unteren Wasserbehörden für die Einleitung kommunaler und gewerblicher industrieller Abwässer sowie die Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz.

(Frau Mittendorf, SPD: Na ja!)

Dadurch soll eine ganzheitliche Bearbeitung in den Landkreisen erreicht werden.

Durch die Hilfe der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung war es möglich, mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Modus des Personalübergangs durch einen vereinfachten Ausgleich für die Personal- und Sachkosten auszuhandeln. Ein erstes Funktionalreformgesetz soll dazu möglichst noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht und damit Ihnen vorgelegt werden. Die Kommunalisierung weiterer Aufgaben ist für einen späteren Zeitraum vorgesehen.

Zu erheblichen Personaleinsparungen wird - wenigstens mittelfristig - die Zusammenführung von Hoch- und Tiefbau in einem Landesbetrieb Bau ab dem 1. Januar 2005 führen. Erstmals ist in diesem Jahr ein Bedarfsplan für die Landstraßen einschließlich der Brücken und der straßenbegleitenden Radwege erarbeitet worden. Dazu gehören immerhin 3 800 km Landstraßen mit 1 100 Ortsdurchfahrten und fast 700 Brücken, von denen mehr als 70 % noch nicht saniert sind.

Damit notwendige Maßnahmen nicht an der Finanzsituation der Kommunen scheitern müssen, wurde zu dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ein Sonderprogramm aufgelegt, mit dem eine Entlastung hinsichtlich des Kofinanzierungsanteils der Kommunen erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Im Sozialbereich bereiten wir eine Zusammenführung der Aufgaben der örtlichen und der überörtlichen Träger der Sozialhilfe vor, die von einer so genannten Sozialagentur koordiniert werden soll und ein erster Schritt zur völligen Kommunalisierung sein wird.

Zur Effizienzverbesserung der kommunalen Verwaltungsstrukturen werden wir nach der Reform der Verwaltungsgemeinschaften in einem späteren Schritt auch eine Reform der Kreisgebietsstrukturen durchführen. Das ist notwendig, nachdem, bedingt durch die demografische Entwicklung, mehr als die Hälfte der gegenwärtigen Kreise weniger Einwohner haben, als in den Leitbildvorgaben der letzten drei Gebietsreformen vorgesehen war.

Unser Zeitplan sieht vor, in dieser Legislaturperiode die Verwaltungsreform im Wesentlichen abzuschließen und die Gebietsreform vorzubereiten. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der Stadt-Umland-Problematik, soweit dafür ein Handlungsbedarf besteht. Alles das, was zur Vorbereitung einer Gebietsreform durch den Gesetzgeber notwendig ist, soll noch in dieser Legislaturperiode begonnen werden - mehr aber auch nicht.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Es ist nämlich ein Unterschied, ob man eine Reform am Schreibtisch konzipiert oder ob man sie praktisch umsetzt.

(Beifall bei der CDU - Minister Herr Dr. Daehre: So ist es!)

Es wäre, so denke ich, ein Fehler, wenn wir uns nur noch mit uns selbst beschäftigen und den notwendigen wirtschaftlichen Aufbau des Landes nur noch als zweitrangig ansehen würden.

(Beifall bei der CDU)

In Bezug auf die Stadt-Umland-Problematik sind wir zurzeit dabei, die Konfliktfelder zu erfassen.

(Lachen bei der SPD - Frau Mittendorf, SPD: Schön! - Herr Bullerjahn, SPD: Nach 14 Jahren! - Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist ein Fortschritt!)

- Entschuldigung, meine Damen und Herren, Sie haben alle noch die Gelegenheit, das zu sagen, was Ihnen wichtig erscheint. Wenn Sie von 14 Jahren sprechen, verehrter Kollege, dann fällt mir dazu furchtbar viel ein. Das wird mich aber jetzt nicht aus dem Konzept bringen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP - Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD - Minister Herr Dr. Daehre: Davon haben Sie acht Jahre regiert!)

Dann muss entschieden werden, meine Damen und Herren, mit welchen Instrumenten diese Probleme gelöst werden. Es widerspricht Artikel 87 unserer Verfassung, alle Wünsche der großen Städte nur mit Zwangseingemeindungen zu erfüllen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber wenn eine kleine Gemeinde selbst keinerlei Einrichtungen der Daseinsvorsorge vorhält und nur von den Leistungen der anderen lebt, nimmt sie das Recht der Selbstverwaltung nur noch sehr eingeschränkt wahr. Dann wird der Gesetzgeber über die Anwendung des Artikels 90 der Landesverfassung entscheiden müssen. Dies werden wir vorbereiten.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Für alle weiteren Vorarbeiten für eine Gebietsreform ist es notwendig, das Ziel zu beschreiben. Darüber höre und lese ich in der letzten Zeit vieles. Deshalb, so denke ich, bin ich es Ihnen schuldig, Ihnen unsere Vorstellungen einmal vorzutragen.

(Herr Dr. Püchel, SPD, in Richtung der Fraktion der FDP weisend: Da sie von dort schon da sind!)

Da wir Strukturen für die Zukunft schaffen wollen, sollen allen Berechnungen, die auf Einwohnerzahlen basieren, die Prognosewerte für das Jahr 2015 zugrunde gelegt werden. Für spätere Zeiträume extrapolierte Werte zu nutzen, halte ich deshalb nicht für sachgerecht, weil sie statistisch und prognostisch noch unsicher sind und weil ich - auch das möchte ich gern sagen dürfen - an unsere gemeinsame Kraft glaube, in den dazwischen liegenden Jahren in diesem Land noch einiges grundlegend zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Unter Zugrundelegung dieser Prognosewerte halten wir nach dem Abwegen verwaltungs- und kommunalpolitischer Parameter für unser Land eine Kreisgröße von mehr als 150 000 Einwohnern für optimal. Abweichungen nach unten sollen nur zugelassen werden, wenn in größeren Regionen die Bevölkerungsdichte 50 Einwohner pro Quadratkilometer unterschreitet, weil sonst für ein kommunales Zusammenleben unzumutbar große Verwaltungseinheiten entstehen würden.

Soweit dies möglich ist, ist der Fusion von Kreisen gegenüber der Aufteilung von Kreisen der Vorzug zu geben. Es ist aber vorhersehbar, dass dies nicht überall aufgehen kann. Einzelne Kreise, die jetzt schon zentrifugale Bestrebungen haben, werden wahrscheinlich nicht komplett fusionieren wollen oder können.

Das Innenministerium und das Ministerium für Bau und Verkehr sind beauftragt worden, in Abstimmung mit den anderen Fachministerien raumordnerische Leitlinien für die Genehmigung freiwilliger Zusammenschlüsse zu erarbeiten. Es muss klar sein, dass vorhandene Investitionen genutzt werden müssen und durch eine Gebietsreform keine neuen Investitionsansprüche, beispielsweise in Bezug auf Verwaltungs- oder Krankenhausbauten, begründet werden dürfen.

Den zentralen Sitz und die Organisation ihrer Kreisverwaltungen sollen die Kreistage möglichst selbst bestimmen.

(Zustimmung von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Im Zeitalter moderner Kommunikationstechnologien können wir uns im 21. Jahrhundert durchaus von einigen zentralistischen Vorstellungen des vergangenen Jahrhunderts lösen und den kommunalen Einheiten mehr eigene Entwicklungsdynamik zugestehen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Damit ist auch deutlich, dass Zahlenvorgaben nur Eckwerte sind

(Zustimmung bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Richtig! Kein Problem!)

und eine kommunale Gebietsreform keine Operation für den Taschenrechner ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Die bereits in einigen Ländern aufgebauten, auf dem Internet basierenden interaktiven Landesportale und davon abgeleitete Verwaltungsmodelle, zum Beispiel das Mobile Rathaus, ermöglichen dezentrale Verwaltungsstrukturen. Die hierarchische Gliederung kommunaler Einheiten nach raumordnerischen Prioritäten kann, so denke ich, zugunsten einer dynamischen Eigenentwicklung aktiver Kommunen zunehmend gelockert werden.

Im Interesse einer möglichst homogenen Verwaltungsgliederung auf der Ebene der Landkreise soll das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Fläche zwischen dem kleinsten und dem größten Landkreis unseres Landes möglichst den Wert von 1 : 2 nicht wesentlich überschreiten.

Kreisfreie Städte sollten nicht weniger oder - ich sage das bewusst; jeder weiß, woran wir alle gemeinsam denken - nicht wesentlich weniger als 100 000 Einwohner haben, da eine solche Stadt alle Aufgaben eines Kreises vorhalten muss. Die Einstufung in der ohnehin fragwürdigen raumordnerischen Hierarchie hängt nicht davon ab, ob eine Stadt kreisfrei oder kreisangehörig ist.

Endgültige Entscheidungen über Gebietsveränderungen werden durch Analysen der Verflechtungsbeziehungen, der historischen Entwicklung und der raumordnerisch bedeutsamen Investitionen vorbereitet. Alle diese notwendigen Vorarbeiten für die Gebietsreform sollen noch in dieser Legislaturperiode geleistet werden.

Für die Effizienz kommunaler und allgemeiner Verwaltungen ist die Vereinfachung des Landesrechts, wo immer diese möglich ist, wichtiger als eine Gebietsreform. Eine Arbeitsgruppe „Normprüfung“ ist gegenwärtig damit beschäftigt, mithilfe der Verbände und des Landesrechnungshofes Strukturdefizite des Landesrechts zu identifizieren und Vorschläge zur Vereinfachung zu unterbreiten. Bereits 87 Verwaltungsvorschriften konnten aufgehoben werden. Da möglicherweise kaum jemand etwas davon bemerkt hat, kann man sie wirklich als entbehrlich betrachten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Einführung des EDV-Grundbuches ist quasi abgeschlossen. Mit dem Verknüpfen von Grundbuch- und Kassenverfahren werden die Geschäftsabläufe in diesem Bereich weiter beschleunigt. Eine kundenfreundliche Verwaltung mit einer schnellen Auftragserledigung wird zunehmend auch für Investoren ein Standortvorteil.

Gegenüber neuen, mit uns konkurrierenden Wirtschaftsräumen müssen wir auch die Rechtssicherheit zu einem Standortvorteil machen. Das bereits im Jahr 2002 von Sachsen-Anhalt in den Bundesrat eingebrachte Forderungssicherungsgesetz hat zwar dort eine Mehrheit gefunden, ist aber noch nicht Gesetz geworden.

Nach weiteren Veränderungen - das Gesetz ist noch immer in den Ausschüssen - soll es im Mai wieder auf die Tagesordnung des Bundesrates kommen. Ich hoffe, dass es dann auch eine Mehrheit im Bundestag finden wird.

Meine Damen und Herren! Die Einwohnerzahl der neuen Bundesländer sinkt - mit einer gewissen Ausnahme im Berliner Umfeld. Dieser Rückgang ist in Sachsen-Anhalt besonders dramatisch und ergibt sich aus einem negativen Wanderungssaldo und einem erheblichen Geburtendefizit. Beiden Tendenzen kann nur durch die Schaffung von Arbeitsplätzen - insbesondere für junge Menschen - gegengesteuert werden. Die Schaffung von Studienplätzen nützt dabei wenig, solange die Absolventen bei uns keine Arbeitsplätze finden.

Dieser Schrumpfungsprozess geht mit einer erheblichen Alterung der Bevölkerung einher. So wird der Altersdurchschnitt, der heute etwa bei 43 Jahren liegt, auf ca. 49 Jahre nach dem Jahr 2015 ansteigen.

Die Landesregierung ist zurzeit dabei, ein Handlungskonzept für eine nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt zu erarbeiten. Die Maßnahmen zur Anpassung an die demografische Entwicklung betreffen fast alle Gestaltungsbereiche und haben das Ziel, so weit als möglich gegenzusteuern.

Im Rahmen eines speziellen Forschungsauftrags sollen die Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt untersucht und Vorschläge zur Verminde rung der Migrationverluste insbesondere dieser Bevölkerungsgruppe erarbeitet werden.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge fordert in einem Thesenpapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Betriebskindertagesstätten bzw. betriebsnahe Kindertagesstätten unter Beteiligung von Betrieben oder im betrieblichen Verbund einzurichten.

(Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

Dabei sollen wenigstens betriebliche Tagesbetreuungsangebote zur Überbrückung von nicht abgedeckten Randzeiten an Werktagen vorgehalten werden.

Ich denke, die guten Erfahrungen, die wir damit noch aus DDR-Zeiten in Erinnerung haben, sollten uns helfen, wieder nach solchen Lösungen zu suchen und auch tatsächlich welche zu finden. Unser Kinderförderungsgesetz sieht diese Möglichkeiten bereits vor, aber bisher sind sie überhaupt noch nicht genutzt worden.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert in seinem Gesamt reformkonzept familienfreundliche Rahmenbedingungen in den Strukturen der Wirtschaft. Er meint damit flexible Arbeitszeitmodelle, betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen und bedarfsgerechte Teilzeitregelungen.

Nach den sehr guten Erfahrungen, die wir in Sachsen-Anhalt in der Umwelt-Allianz mit der konfliktfreien Zusammenführung von umweltpolitischen Forderungen und wirtschaftspolitischen Notwendigkeit gemacht haben, sind wir jetzt mit Vertretern der Wirtschaft über eine so genannte Familien-Allianz im Gespräch. Ich bin mir sehr sicher, dass wir das erhebliche Geburtendefizit damit kaum reduzieren, wenn wir nicht mit jeder nur denkbaren Möglichkeit den jungen Frauen helfen, eigene Berufstätigkeit und berufliche Entwicklung mit der Familienbildung in Einklang zu bringen.

26 % der im Jahr 1960 geborenen Frauen sind kinderlos geblieben. Unter den Akademikerinnen dieses Jahrgangs liegt der Anteil sogar bei 42 %. Finanzielle Probleme sind dafür sicherlich nicht die Ursache. Bei der finanziellen, transferorientierten Familienpolitik leistet Deutschland mehr als europäische Vergleichsländer mit höheren Geburtenraten. Auch die direkten finanziellen Zuwendungen sind nur in wenigen Ländern noch höher als in Deutschland.

Im internationalen Vergleich sind es die familienentlastenden Dienste, die in Deutschland fehlen. Die Familienpolitik in Frankreich beweist, dass dadurch die Geburtenrate angehoben werden kann. Aber auch das stimmt nur bedingt. Im innerdeutschen Vergleich der Zahl der Krippenplätze pro tausend Kinder im Alter bis zu drei Jahren ist Sachsen-Anhalt einsamer Spitzenreiter.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Trotzdem ist die Geburtenrate in Ländern höher, deren Platz-Kind-Relation nicht einmal ein Zehntel der unsrigen beträgt. Es sind die Arbeitsplatzstabilität, das wirtschaftliche Umfeld und die persönliche Lebensperspektive und Lebenssicherheit, was den Entschluss zur Familienbildung unterdrückt oder befördert. Daraus ergibt sich zwingend, dass wir Arbeitsplätze und persönliche Lebensperspektiven schaffen müssen und dass wir unser Geburtendefizit nicht mit noch mehr außefamiliären Betreuungsangeboten beheben können.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wir wissen auch, dass bei uns etwa jede dritte Ehe geschieden wird. Bei jeder zweiten Scheidung sind Kinder unter 18 Jahren betroffen. Jedes dritte Kind wächst nicht mehr in einer klassischen Familie auf. Alleinerziehende Frauen liegen mit ihrem Einkommen um ca. 32 % unter dem nationalen Durchschnitt. 24 % aller Sozialhilfeempfänger sind Alleinerziehende. Die Quote der Kinder unter sieben Jahren, die von der Sozialhilfe leben, liegt in Deutschland bei etwa 7,5 %.

Diese Probleme sind durch landespolitische Kompetenzen nicht grundlegend zu ändern. Trotzdem werden wir unsere familienpolitischen Aktivitäten neu ordnen und

erweitern. Sie sollen in einem Familienleistungsgesetz des Landes zusammengefasst werden, das als Landesausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch VIII konzipiert wird. Bestehende Leistungen sollen zu einem „Netzwerk Familie“ verzahnt und um einige neue erweitert werden. Ähnlich wie in Sachsen und Thüringen wollen wir einen Familienpass des Landes Sachsen-Anhalt einführen, der zu bestimmten Vergünstigungen berechtigt.

(Beifall bei der CDU)

Wie in anderen Ländern auch sollen ein Landesbündnis für Familien gegründet und ein Landesfamilientag organisiert werden.

Die haupt- und nebenamtlichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sollen bei ihren familienpolitisch bedeutsamen Tätigkeiten mehr unterstützt werden und in ihrem Tätigkeitsbereich alle familienfreundlichen Serviceleistungen koordinieren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Kindertagesstätten sollten sich zu familienzentrierten Nachbarschaftszentren weiterentwickeln. In Zusammenarbeit mit den sozialpädagogischen Mitarbeitern der Grundschulen wollen wir die Bildungsangebote in den Kindergärten mit dem Programm „Lust auf Schule“ erweitern.

Wir werden das Kinderbetreuungsgesetz novellieren und in einigen Bereichen nachbessern, aber wir werden es nicht grundlegend ändern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Unter allen 16 deutschen Ländern bieten wir den umfassendsten Rechtsanspruch. Es gibt kein anderes Land, in dem ein Neugeborenes praktisch schon am Tage der Geburt einen Rechtsanspruch auf staatliche Halbtags- oder - bei Erwerbstätigkeit oder Ausbildung der Eltern - auf Ganztagsbetreuung hätte.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch aus § 24 SGB VIII lässt sich kein Ganztagsanspruch ableiten. Nach wie vor haben wir das anspruchsvollste Kinderbetreuungsgesetz aller deutschen Länder. Es gibt aber kaum ein anderes Flächenland in Deutschland, in dem ein Neugeborenes am Tage der Geburt schon eine solch hohe statistische Schuldenlast aufgebürdet bekommt, wie das bei uns in Sachsen-Anhalt der Fall ist.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Deswegen müssen wir auch über Geld reden. Die Zukunft unserer Kinder wird kaum dadurch belastet, dass wir ihnen die eigenen Eltern für einige Stunden am Tage zumuten,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

aber sie wird dadurch belastet und erheblich erschwert, dass wir ihnen noch in zwei bis vier Jahrzehnten zumuten, für die Bezahlung jener Wünsche arbeiten zu müssen, die wir uns gegenwärtig zulasten unserer Kinder erfüllen möchten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Darüber brauchen wir eine breite Diskussion in unserem Land, meine Damen und Herren.

Konkrete Vorschläge zur Einführung eines Familienpasses und zu einer besseren Vernetzung familienfördernder Maßnahmen werden wir mit einem Gesetzentwurf in der zweiten Hälfte des Jahres vorlegen.

Mit unseren eigenen Einnahmen - das muss immer wieder deutlich gemacht werden - können wir gegenwärtig nur weniger als 45 % der von uns als notwendig empfundenen Ausgaben decken. Die Zuführungen aus dem EU-Strukturfonds und dem Solidarpakt sind deutlich degressiv. Die Gemeinschafts- und Mischfinanzierungen mit dem Bund werden in der Föderalismuskommision hinterfragt und sollen zurückgeführt werden. Der innerdeutsche Finanzausgleich würde seine Rechtsgrundlage verlieren, wenn die Länder ein eigenes Steuerrecht bekämen. Immer mehr Ländern fördern das und fordern steuerrechtliche Gestaltungskompetenzen.

Das Solidarpakt-Fortführungsgesetz von 2001 wird nicht infrage gestellt. Die Fortführung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ist an die Pflicht der neuen Länder einschließlich ihrer Gemeinden zum Nachweis der zweckgerechten Verwendung der empfangenen Mittel zur Schließung der Infrastrukturlücke und zum Ausgleich teilungsbedingter Lasten gebunden. Dieser Nachweis ist jährlich in einem Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ öffentlich vorzulegen.

In dem Bericht für das Jahr 2002 wird von Sachsen-Anhalt behauptet, dass es nur ca. 46 % der empfangenen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zweckentsprechend verwendet hätte. Die Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern liegen bei 100 %.

Von einigen Geberländern wird jetzt diskutiert, diese SoBEZ - Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen - jährlich um den Betrag zu reduzieren, der im Vorjahr nicht zweckentsprechend ausgegeben wurde. Das wird so nicht kommen, weil Bewertungsmaßstäbe und Definitionen noch viel zu fehlerbehaftet sind. Für Sachsen-Anhalt wäre das eine Katastrophe.

Allein die öffentliche Diskussion aber sollte uns beweisen, wie sehr wir unsere Ausgabenpolitik kritisch betrachten müssen. Wenn wir uns Sozialleistungen leisten, die sich Länder, von deren Steuern wir leben, nicht leisten können, wird der innerdeutsche Solidarpakt fragil.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Es ist sicher, dass es einen Solidarpakt III nicht geben wird. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir unsere Zukunftsdiskussion führen. Dies kann nur mit einer realistischen Bestandsaufnahme beginnen.

Von der SPD-Fraktion habe ich gelesen, dass sie eine Publikationsreihe zur Zukunftsdiskussion geplant hat. Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Ich begrüße das. Alle anderen Parteien sollten dies ebenso aufnehmen und mit eigenen Beiträgen begleiten.

Dabei nützen uns weder schlichtes Wunschdenken noch irreale Visionen. In Sachsen hat die PDS ein alternatives Landesentwicklungskonzept vorgelegt, das solide recherchiert worden ist und lesenswert ist. Wir brauchen innovative Gedanken und eine Konzentration auf das Mögliche.

Das Extrapolieren gegenwärtiger Entwicklungstrends verdeutlicht hilfreich die Entscheidungssituation, um ungewollte Entwicklungen durch beherztes Umsteuern zu vermeiden. Dabei ergeben sich für die neuen Länder im

Allgemeinen und für uns in Sachsen-Anhalt einige nicht unbedingt einfache Schlussfolgerungen.

Wenn wir unseren Haushalt wie ein Staat innerhalb der EU abrechnen müssten, dann würden auch wir die Maastrichter Konvergenzkriterien überschreiten. Auf Bundesebene wird über einen nationalen Stabilitäts- und Haushaltspakt diskutiert, der die hoch verschuldeten einzelnen Länder in die Strafzahlungen an die EU einbinden soll. Auch dies hätte für Sachsen-Anhalt katastrophale Folgen.

Die konsequente Sparpolitik mit dem Ziel der Senkung der Neuverschuldung und später der Zinslast muss noch viele Jahre fortgesetzt werden. Ohne - das ist rein fiktiv - weitere Neuverschuldung würden wir bei einem theoretisch angenommenen Wirtschaftswachstum von 3,5 % jährlich etwa 20 Jahre brauchen, um aus eigener Kraft die Pro-Kopf-Verschuldung auf den gegenwärtigen Durchschnitt der westlichen Flächenländer absenken zu können.

Das Extrapolieren gegenwärtiger Trends über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus mag fehlerbehaftet sein, es macht aber den Handlungsdruck deutlich, der notwendig ist, um eine sonst vorherberechenbare Entwicklung abzuwenden. Deswegen sind solche Überlegungen verdienstvoll und für uns alle wichtig.

Die schmerzhaften Sparmaßnahmen, die sich gegenwärtig auch die Zahlerländer im transversalen innerdeutschen Finanzausgleich selbst zumuten müssen, bis hin zur Verlängerung der Arbeitszeit mit Kündigung der Arbeitszeitverträge in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder - dies alles macht deutlich, wie ernst die Situation auch für uns ist.

Noch immer ist es so, dass etwa jeder dritte Euro, der in den neuen Bundesländern ausgegeben wird, in den alten Bundesländern verdient werden muss. Deswegen bedarf die wirtschaftliche Entwicklung bei uns auch weiterhin einer ganz speziellen Förderung.

Ich habe auch dem Bundeskanzler zu erklären versucht, dass es dabei nicht um mehr Geld, sondern um die rechtlichen Freiräume im Emissionsrechtehandel sowie im Tarif- und Arbeitsrecht und um Begünstigungen bei der Infrastrukturrentwicklung gehen soll. Konkrete Vorschläge dazu werden die Ministerpräsidenten der neuen Länder, soweit das möglich ist, gemeinsam vorlegen. Deswegen sitzen wir zum Beispiel morgen Nachmittag zusammen.

Eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme ist eine nationale Aufgabe. Das einstige Erfolgs- system in Deutschland hat sich selbst übersteuert. Andere Staaten sind inzwischen einfach besser als wir. In fast allen anderen Staaten wird mehr gearbeitet als bei uns.

Der Versuch, die Arbeitslosigkeit durch eine Verteilung der Arbeit auf eine größere Anzahl von Personen zu reduzieren, hat das Gegenteil bewirkt, weil die Arbeit bei uns zu teuer geworden ist. Innerhalb Deutschlands ist Sachsen-Anhalt das schwächste Glied mit der höchsten Verschuldung und der höchsten Arbeitslosenquote. In einem Umfeld, das auf mehr Autonomie und Wettbewerb orientiert ist, werden wir Verlierer bleiben, wenn wir nicht die Kraft entwickeln, uns selbst helfen zu wollen. Wer sich mehr leisten möchte, der muss erst einmal selbst mehr leisten.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Allein die gegenwärtige Diskussion um einen von uns selbst eingeführten Feiertag beweist, wie die unterschiedlichen Standpunkte quer durch die Fraktionen und Parteien gehen. Das trifft auch auf viele andere Probleme zu. Deshalb, so denke ich, brauchen wir eine fraktions- und parteiübergreifende sachorientierte Zukunftsdiskussion.

Wir werden von anderen nicht mehr Hilfe erwarten können, als wir erkennbar bereit sind, uns selbst zu helfen. Der beste Weg in die Zukunft ist noch immer der, den wir selbst aktiv gestalten können. Nur wenn wir aus den unvermeidbaren Umständen auch Chancen gestalten und den Mut und die Kraft aufbringen, diese auch zu nutzen, werden wir erfolgreich sein. Die ersten Erfolge sind, auch in dem problematischen Bereich des Arbeitsmarktes, erkennbar. Ich denke, das werden Sie in den nächsten Tagen aus den Zahlen, die dann veröffentlicht werden, selbst ablesen können.

Wir haben auch realistische Chancen - sicherlich nicht weniger als unsere Nachbarländer. Einige von ihnen haben ihre Chancen aber besser genutzt als wir. Wir werden das jetzt schrittweise aufholen. Wir müssen unsere Chancen nur erkennen und konsequent und innovativ nutzen.

Bei einem gegenwärtigen Sozialtransfer von ca. 83 Milliarden € jährlich aus den alten in die neuen Bundesländer sollte niemand erwarten, dass die Lösung unserer Probleme schon irgendwie von außen kommen wird. Sie muss von uns kommen oder sie wird nicht kommen.

Meine Damen und Herren! Ich denke, das Schicksal unseres Landes wird davon abhängen, ob es in diesem Haus immer eine Mehrheit derjenigen gibt, die bereit sind, mutig neue Wege zu gehen. Soweit es der Landesregierung möglich ist und es in unserer verfassungsgemäßen Kompetenz liegt, werden wir dafür auch weiterhin Vorschläge unterbreiten. - Ich danke Ihnen.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Ministerpräsident. - Wir kommen nunmehr zu **Tagesordnungspunkt 1 b:**

Aussprache zur Regierungserklärung

Zuvor habe ich die Freude, Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wolfen-Stadt bei uns begrüßen zu können. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Der Ältestenrat schlägt für die Aussprache die Redezeitstruktur „F“ und damit eine Debatte von 170 Minuten Dauer in folgender Reihenfolge und mit folgenden Redezeiten vor: SPD 26 Minuten, CDU 50 Minuten, PDS 26 Minuten, FDP 18 Minuten. Der Landesregierung steht eine Redezeit von 50 Minuten zur Verfügung.

Als erstem Debattenredner erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD Herrn Dr. Püchel das Wort. Bitte sehr.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben uns

eben Ihre dritte Regierungserklärung - diesmal zum Thema „Chancen kreativ nutzen - Zukunft innovativ gestalten“ - vorgetragen, die uns vorher als Aus- und Rückblick angekündigt worden war. Lassen Sie mich das, was Sie eben vorgetragen haben, aus meiner Sicht kurz zusammenfassen.

Erstens. Sachsen-Anhalt ist auch nach zwei Jahren Schwarz-Gelb weiterhin Schlusslicht.

(Herr Gürth, CDU: Stimmt doch gar nicht! - Herr Kehl, FDP: Stimmt nicht! Sehr gut!)

Zweitens. Nach Ihrer Analyse hat die Landespolitik hierfür keine Verantwortung. Sie glauben sich auf dem richtigen Weg.

Drittens. Ein klar definiertes Zukunftsprogramm hat Ihre Rede nicht enthalten.

(Zustimmung bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Sie haben sich allzu häufig ins Ungefähre geflüchtet. Ich weiß nach Ihrer Rede zum Beispiel nicht, welche Branchen zu welchen Bedingungen in welchen Landesteilen noch Wirtschaftsförderung erhalten sollen. Sie haben auch keine Zielzahl für das Landespersonal genannt. Wenn Sie von der Zukunft sprechen, müssen Sie auch etwas über diesen größten Ausgabenblock des Landes sagen.

Viertens. In der Familienpolitik verlieren Sie sich in Symbolpolitik,

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

wie Sie es bei den so genannten Investitionserleichterungsgesetzen auch schon getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre interessant zu wissen, wie hoch das Familien geld, das Sie vorhaben, sein soll.

(Zurufe von der CDU)

Füftens. Bei der Kreisgebietsreform sind Sie im letzten Augenblick auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Aber wann die Reform umgesetzt werden soll, haben Sie heute nicht gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Sie beschreiben den enormen Finanzdruck richtig, aber Sie verschweigen, wann die Verschuldung bei null ankommen soll und in welchen Schritten sie bis dahin reduziert werden soll.

Was mir an Ihrer Rede ebenso gefehlt hat, war eine ehrliche Bilanz der letzten zwei Jahre. Diese hatten eigentlich alle von Ihnen erwartet; denn Ihre Regierungserklärung war als Halbzeitbilanz angekündigt worden. Auch der MDR hatte heute Morgen noch gemeldet: Ministerpräsident Böhmer zieht eine Bilanz zweijähriger Regierungszeit.

Ich gebe zu: Die letzten zwei Jahre waren zweifellos zwei schwierige Jahre, für Deutschland insgesamt und auch für Sachsen-Anhalt. Wir hatten kein bzw. kaum ein wirtschaftliches Wachstum. Die Steuerrückgänge waren dementsprechend groß. Aber dennoch steht eines ganz klar fest: Sachsen-Anhalt könnte heute weiter sein, Sachsen-Anhalt könnte besser dastehen, wenn die Lan-

desregierung und die sie tragenden Parteien eine bessere Politik gemacht hätten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Es waren zwei Jahre, in denen das Land im Ergebnis nicht vorangekommen ist, zwei Jahre, in denen Sie sich viel vorgenommen hatten, aber wenig erreicht wurde, zwei Jahre, in denen sich CDU und FDP gründlich entzaubert haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man CDU und FDP an ihren Wahlversprechen misst, erleben wir die Fortsetzung der Regierungserklärung vom letzten Jahr unter dem Motto „Sorry, es dauert etwas länger, wir haben uns geirrt.“ Eigentlich konnten Sie sich gar nicht geirrt haben, Herr Ministerpräsident. Sie wussten genau, wie es in diesem Land aussieht. Ihre Reden und Ihr Handeln in den vergangenen zwei Jahren haben eines gezeigt: Sie haben weniger ein Erkenntnisproblem denn ein Umsetzungsproblem. Die Menschen im Lande spüren doch längst, dass eine Regierung am Werk ist, die heute hü und morgen hott sagt,

(Beifall bei der SPD)

wo der Sozialminister 10 Millionen € für ein kostenloses letztes Jahr im Kindergarten verspricht und von der eigenen Partei gesagt bekommt, dass dies ein Luftschlöss sei, wo der Innenminister wegen seiner Freude am Kragenkreis vom Ministerpräsidenten öffentlich bloßgestellt wird,

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Aber zu Recht!)

wo Beraterverträge abgeschlossen werden, ohne das Parlament ordnungsgemäß zu informieren,

(Zustimmung bei der SPD)

wo der Justizminister sein Amt nutzt, um einem Parteikollegen zu helfen,

(Herr Schröder, CDU: Widerlegt! - Weitere Zurufe von der CDU)

und dann nicht zurücktritt und plötzlich die Opposition schuld ist, weil sie im Ausschuss nicht die richtigen Fragen gestellt hat,

(Zustimmung bei der SPD)

wo der Wirtschaftsminister ohne Unterrichtung des Finanzministers zusätzliche Fördermittel ausreicht und dieser plötzlich am Jahresende ein zusätzliches Defizit von ca. 500 Millionen feststellt, ohne es vorher bemerkt zu haben.

(Zuruf von der CDU)

- Im Finanzausschuss waren Sie auch dabei!

Wir erleben eine Landesregierung, wo der Finanzminister eine De-facto-Haushaltssperre verhängt, zwei Tage, nachdem der Haushalt in Kraft getreten ist, wo dieser Minister auch noch wild entschlossen ist, einen Doppelhaushalt zu verabschieden, obwohl er den letzten Haushalt nicht im Griff hat und nicht weiß, wie sich die Einnahmen entwickeln werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Finanzminister benimmt sich wie ein Hochspringer, der die Latte bei 1 m reißt, sie jedoch bei 2 m auflegt, um darunter durchlaufen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Landesregierung, wo dieser Tage nach dem Prinzip minus mal minus ergibt plus gehandelt wird, Staatssekretäre ausgetauscht werden, um die Schwächen der jeweiligen Minister zu überdecken bzw. sie aus dem Schussfeld zu nehmen.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Wir haben es mit einer Landesregierung mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze zu tun, der in der Tat mit einer gewissen autokratischen Dickfelligkeit regiert.

Meine Damen und Herren! Dieses Land hat - damit komme ich zum Thema Zukunft - eine Menge Chancen. Da ist die hervorragende geografische Lage mitten in Deutschland mit einer schon heute zum Teil hochmodernen Infrastruktur zu nennen. Wir haben sich positiv entwickelnde Wirtschaftszweige, leistungsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir haben eine im Bundesvergleich immer noch sehr gute Kinderbetreuung und wir haben ein reiches kulturelles und historisches Erbe.

Leider aber herrscht in diesem Lande nicht die versprochene Aufbruchstimmung. Die jüngsten Umfragen, vor allem der Sozialreport des sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin/Brandenburg, müssen uns Sorgen bereiten, meine Damen und Herren. Danach gibt es kaum Optimismus im Osten. 68 % der Befragten gehen von weiteren Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt aus. Von den Erwerbstägigen fürchten 55 % um ihren Arbeitsplatz.

(Unruhe bei der CDU)

Dass die Furcht der Menschen nicht unbegründet ist, zeigt die Statistik für Sachsen-Anhalt. Danach ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Jahr 2003 um knapp 20 000 zurückgegangen und liegt nur noch knapp über der Millionengrenze.

Natürlich sind auch weitere Rahmendaten auf den ersten Blick wenig geeignet, für Aufbruchstimmung und Optimismus zu sorgen. Die auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident Böhmer, zitierte leichte Verbesserung im Regionalmonitor für das Jahr 2002 ist zwar positiv, reicht aber noch lange nicht aus, die Stimmung im Jahr 2004 zu verbessern. Im Übrigen sind die Verbesserungen im Regionalmonitor Auswirkungen der Regierungspolitik bis 2002 der damaligen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Problematisch ist jedoch, dass wir in der Sozial- und Einkommensstruktur immer noch an letzter Stelle stehen; denn darin liegt ein Hauptgrund für den enormen Bevölkerungsrückgang und die anhaltende Abwanderung junger Menschen in den Westen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vor allem sind es junge Frauen, die insbesondere aufgrund besserer Möglichkeiten, auch Verdienstmöglichkeiten, unser Land verlassen.

Für völlig abwegig halte ich in diesem Zusammenhang Ihren Vorstoß zur Absenkung der Ausbildungsplatzvergütung. Das schafft keinen neuen Ausbildungsplatz, sondern treibt noch mehr junge Menschen aus dem Land,

nämlich dorthin, wo bessere Vergütungen gezahlt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Politik, die Abwanderung nicht verhindert, sondern Abwanderung sogar noch fördert.

Die Bevölkerungsentwicklung ist, das wissen wir schon heute, bis zum Jahr 2020 auf jeden Fall rückläufig. Die niedrigen Geburtenzahlen lassen sich nicht kurzfristig ausgleichen. Aber dass die Prognosen eines Rückgangs eintreffen, kann und darf nicht Gesetz sein. Wir dürfen die Abwanderung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht einfach hinnehmen.

Meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass der Ministerpräsident vor diesem Hintergrund klare - ich betone: klare - Prioritäten gesetzt hätte. Weil er das schuldig geblieben ist, will ich aus der Sicht der SPD-Fraktion einige wichtige Schwerpunkte politischer Ansätze skizzieren.

Erstens. Wir müssen mehr in die Köpfe investieren, weniger in Beton.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss die Kinderbetreuung im Land wieder auf eine verlässliche, dauerhafte Grundlage gestellt und inhaltlich verbessert werden. Wir wissen heute, dass das geltende Gesetz nicht das letzte Wort sein kann. Deshalb appelliere ich an die Landesregierung: Suchen und finden Sie mit den Initiatoren des Volksbegehrens einen Kompromiss, der langfristig trägt, der Ruhe in unsere Betreuungseinrichtungen bringt. Wir wissen, dass dies Geld kosten wird. Aber dies müssen und werden wir finden.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir auf die Schulen. Mit dem SPD-Gesetzentwurf liegt bereits seit Oktober des letzten Jahres eine beratungsfähige Grundlage auf dem Tisch, um unter schwierigen Rahmenbedingungen die notwendigen inhaltlichen Reformen in der Schule zu bewältigen. Auch hierbei drängt die Zeit. Unsere Schulen müssen besser werden, damit sich unsere Schüler eine bessere Bildung aneignen können. Wir brauchen mehr Ganztagschulen. Wir brauchen mehr Eigenständigkeit für die Schulen. Wir brauchen ein besseres Lernklima.

Meine Damen und Herren! Sachsen-Anhalt hat bisher in vorbildlicher Weise die Entwicklung der Hochschulen vorangebracht. Wir haben ständig steigende Studierendenzahlen. Das ist auch ein Ergebnis der demografischen Entwicklung. Es waren aber vor allem die Hochschulen selbst, die in den vergangenen Jahren attraktive Studiengänge entwickelt haben und für ausländische Studierende sowie für junge Leute aus anderen Bundesländern attraktiv geworden sind. Die Hochschulen sind Kooperationen mit der Wirtschaft eingegangen und treiben so auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes maßgeblich voran.

Doch dann kam der Ministerpräsident und verfügte, dass die Hochschulen genau 30 Millionen € im Jahr zu teuer sind. Warum eigentlich 30 Millionen €? Auch heute hat der Ministerpräsident dies nicht schlüssig dargelegt. Fest steht: Das Finanzdiktat ist schädlich. Das hat Halles Rektor Grecksch heute noch einmal bestätigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Warum ist man nicht den anderen Weg gegangen und hat das Budget bis 2006 festgeschrieben, um es dann anhand klarer Leistungsparameter fortzuschreiben? Warum werden den Hochschulen Daumenschrauben angelegt, wenn doch immer so viel von Autonomie die Rede ist?

(Zustimmung bei der SPD)

Warum werden gewachsene Kooperationsstrukturen mit der Wirtschaft durch die sinnlose Verlagerung oder Abschaffung von Studiengängen zerschlagen? Wo ist eigentlich in dieser Debatte der Wirtschaftsminister, der immer so gern von Cluster-Bildung spricht?

(Beifall bei der SPD)

Die Eingriffe in die Hochschulen gehören zu den größten politischen Fehlern, die diese Landesregierung bisher gemacht hat. Sie ignoriert, dass gute Hochschulpolitik geeignet ist, junge Menschen ins Land zu holen und Innovation und Wirtschaft voranzubringen. Sie verhindert nachfolgende Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb richte ich den dringenden Appell an den Kultusminister, den Wirtschaftsminister und vor allen Dingen an den Ministerpräsidenten: Überdenken Sie im Interesse des Landes das Hochschulgesetz und die Hochschulstrukturplanung noch einmal! Sparen Sie die Hochschulen nicht kaputt! Die jungen Menschen werden es Ihnen auf alle Fälle danken.

(Zustimmung bei der SPD - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das ist zum größten Teil Ihre Plausung!)

Das nächste Thema zum Stichwort „Investitionen in die Köpfe“: Ein Ergebnis der negativen demografischen Entwicklung ist, dass wir ab 2006 eine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt bekommen werden. Es gibt viel weniger Schulabgänger, deswegen werden viel weniger Lehrlinge ausgebildet.

Die unmittelbare Folge davon wird aber sein, dass wir einen Fachkräftemangel bekommen werden, der natürlich auch durch die seit Jahren bestehende Abwanderung forciert wurde und immer noch forciert wird. Zusätzlich gehen ab diesem Zeitpunkt ältere Arbeitnehmer verstärkt in den Ruhestand. Ab 2012 werden wesentlich mehr Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden, als neue Berufsanfänger hinzukommen.

Wir werden nach dem heutigen Wissensstand spätestens Mitte des nächsten Jahrzehnts viel weniger Arbeitslose haben, aber leider auch viel weniger Fachkräfte. Damit ergibt sich praktisch von selbst folgender Auftrag an Wirtschaft und Politik: Das etwa zehn Jahre umfassende Zeitfenster von 2004 bis 2014 muss genutzt werden, um Fachkräfte auszubilden, um Fachkräfte zu halten bzw. heranzuholen.

Meine Damen und Herren! Was ist zu tun? - Erstens muss in nächsten beiden Jahren wieder verstärkt betrieblich ausgebildet werden.

(Beifall bei der SPD)

Sachsen-Anhalt hatte in Bezug auf betriebliche Ausbildungsstellen im vergangenen Ausbildungsjahr die niedrigste Zahl seit der Wende zu verzeichnen. An dieser Stelle hilft auch der Hinweis auf die Ausbildungsquote

von 98 % nicht, Herr Ministerpräsident. Der Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze muss wieder größer werden.

(Frau Feußner, CDU: Aber nicht mit der Ausbildungsabgabe! Damit erreichen Sie genau das Gegenteil! Das ist nämlich das Problem!)

Auch in den folgenden Jahren darf die Ausbildungsbereitschaft in Sachsen-Anhalt nicht nachlassen. Dann nämlich werden die Weichen für die Zeit ab 2010 gestellt.

Zweitens müssen wir das Problem der zweiten Schwelle besser in den Griff bekommen. Wer bei uns ausgebildet wird, sollte danach auch hier im Land arbeiten können.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Wybrands, CDU)

Frau Dr. Kuppe hat in ihrer Zeit als Arbeitsministerin ein beispielhaftes Projekt angeschoben, das im Bereich der Chemieindustrie erstens Ausbildung über Bedarf und zweitens anschließende Beschäftigung im Betrieb subventioniert. Dieses Prinzip gilt inzwischen für alle Branchen und es könnte noch mehr bringen. Vielleicht muss dieses Instrument besser als bisher bekannt gemacht werden, damit es auch genutzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns von einer aktiven, vornehmlich auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik nicht verabschieden, meine Damen und Herren. Jetzt kommt garantiert die sicherlich berechtigte Frage, woher denn das Geld dafür genommen werden soll.

Wir wissen aus dem Papier von Herrn Bullerjahn, dass die Einnahmen des Landes unter normalen Bedingungen auf zwei Drittel des heutigen Niveaus zurückgehen werden. Dies ist wahrscheinlich die härteste Aussage in dem Papier von Jens Bullerjahn. Dies stellt alles auf den Prüfstand, was wir uns bisher geleistet haben.

Zwei Fragen werden also umso drängender. Erstens. Was müssen wir uns auch in Zukunft auf jeden Fall leisten? Zweitens. Was können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten?

(Herr Scharf, CDU: Das Zweite haben Sie aber bisher nicht beantwortet!)

Die Antwort der SPD habe ich bereits skizziert: Vorbildliche Kinderbetreuung, gute Schulen, gute Hochschulen mit einem breiten Angebot und eine aktive Beschäftigungspolitik müssen wir uns auch in Zukunft auf jeden Fall leisten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

Auf diesen Investitionen in Menschen, in Köpfe basiert ein Gutteil der Zukunft Sachsen-Anhalts. Wir dürfen nicht zulassen, dass das mit dem Hinweis auf die allgemeine Finanznot in Frage gestellt wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Voraussetzung dafür, dass wieder mehr Kinder geboren werden. Herr Ministerpräsident, in diesem Punkt stimmen wir völlig überein. Eine verbesserte Geburtenrate ist der eigentliche Schlüssel zur Überwindung der demografischen Misere in Deutschland. In dieser Beziehung bin ich, wie gesagt, auf die konkrete Ausgestaltung Ihres

familienpolitischen Konzepts gespannt. - Das müssen Sie, Herr Scharf, noch einmal mit Herrn Kley abklären.

(Herr Scharf, CDU, lacht)

- Ich hätte es gern ausführlicher gemacht. - Richtig ist auch, dass der Schlüssel zur Entwicklung des Landes in einer prosperierenden Wirtschaft liegt. Wir brauchen eine aktive Wirtschaftspolitik. Das Beispiel Ammendorf zeigt, wie nötig wachsame, aktive und kreative Wirtschaftspolitiker in diesem Land sind.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ausgesprochen ärgerlich, dass sich die Landesregierung bei diesem Thema derart zurückhält. Damit hat sie zwei Jahre wertvoller Zeit vertan.

(Beifall bei der SPD - Herr Scharf, CDU: Das ist eine Frechheit! - Oh! bei der FDP)

- Ich erinnere an die Ansätze von Herrn Ludewig vor zwei Jahren. Hätten Sie es fortgeführt! Damals haben Sie den designierten Wirtschaftsminister ins Feuer geschickt; der kam mit angeblich guten Ideen. Wenn sie gut waren, hätten Sie sie aufgreifen können, dann wären wir nicht da gelandet, wo wir heute sind.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Nachdem Sie bei einem so genannten Krisengipfel klein beigegeben hatten, waren es die Arbeitnehmer, die sich am Dienstag wenigstens noch eine kleine Chance erkämpft haben.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Ammendorf ist leider nur ein Beispiel für die Situation, in der sich auch andere Betriebe im Land befinden. Ich nenne nur MKM oder den Automobilzulieferer Rege in Magdeburg.

Herr Rehberger, es nützt nichts, immer nur mit den Investitionen der Zukunft zu prahlen, immer nur von der prall gefüllten Pipeline zu sprechen

(Minister Herr Dr. Rehberger: Das ist Quatsch!)

und darüber die Gegenwart der Betriebe und ihrer Mitarbeiter zu vergessen.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Das sagen Sie gegen besseres Wissen! Das ist unfair!)

Sachsen-Anhalt, ein Musterland für Investoren -

(Minister Herr Dr. Rehberger: Wider besseres Wissen! - Zurufe von Herrn Bischoff, SPD, und von Herrn Kühn, SPD)

ich sage Ihnen, das ist noch ein ganz langer Weg. Solange in diesem Land noch mehr Arbeitsplätze wegfallen, als neue hinzukommen, sollten Sie den Mund nicht zu voll nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte jetzt die ganzen Versprechen von CDU und FDP aus dem Wahlkampf aufzählen. Ich habe meiner Fraktion versprochen, es nicht zu tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Frau Weiß, CDU: O Gott!)

Aber wenn Sie es wollen, mache ich es hinterher.

(Frau Weiß, CDU: Ja, machen Sie!)

Eine gefährliche Philosophie offenbart sich in Ihrem Beitrag zum Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“. Dort treffen Sie folgende Aussage:

„In der volkswirtschaftlichen Lehre wird die Meinung vertreten, dass der Strukturwandel am besten dem Markt überlassen wird.“

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Oh, oh!)

„Eine Marktlösung stellt sicher, dass die Teilnehmer über die richtigen Informationen verfügen und die richtigen Ansätze haben, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen.“

Ich hoffe sehr, Herr Dr. Rehberger, dass sich Ihr wirtschaftspolitisches Konzept nicht in dieser Lehrbuchweise erschöpft.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Dr. Thiel, PDS)

Es wäre ein Offenbarungseid. Es wäre ein Hinweis für all die Firmen, die zukünftig in Schwierigkeiten geraten werden und auf die Unterstützung der Landesregierung bei der Bewältigung ihrer Probleme hoffen.

Der Erhalt bestehender Unternehmen muss auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik des Landes sein. Der zweite Schwerpunkt ist die zielgerichtete Förderung zukunftsträchtiger Branchen.

Auch die SPD steht für eine Konzentration der Wirtschaftsförderung, das heißt für eine Konzentration auf Branchen, das heißt für eine regionale Konzentration. In Zeiten knapper werdender Mittel müssen wir uns in der Förderung auf die Wachstumskerne konzentrieren, ohne das flache Land zu vernachlässigen. Zu dieser Problematik hat der Herr Ministerpräsident keine Aussagen getroffen.

Aus meiner Sicht sind auch zukünftig Maßnahmen notwendig, die insbesondere dem ländlichen Raum zugute kommen. Trotz aller Konzentration darf es zu keiner Abkopplung der schwächeren Regionen kommen. Neben den Zentren Halle, Magdeburg und Dessau gibt es eben zum Beispiel auch die Altmark, in der es auch in Zukunft lebenswerte Strukturen geben muss.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Dr. Thiel, PDS)

Dazu, meine Damen und Herren, gehören auch die Schulen. In den nächsten Jahren werden über 260 Schulen in diesem Lande geschlossen. Es ist nicht zu verstehen und nicht zu akzeptieren, warum es CDU und FDP nicht möglich war, mit uns einen parteiübergreifenden Kompromiss in den Fragen der Schulentwicklungsplanung zu erzielen.

(Zustimmung von Herrn Bischoff, SPD, und von Frau Dr. Kuppe, SPD)

Das ist schade, das ist Politik gegen den ländlichen Raum, die wir auch in Zukunft nicht akzeptieren werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Was können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten? Das ist die zweite Gretchenfrage, die sich natürlich auch die SPD stellt. Wir können uns auf allen Verwaltungsebenen nicht mehr so viel Personal leisten, wir müssen auch hier mit den Kosten deutlich herunter. Herr Bullerjahn hat ausgerechnet, wo wir

landen müssten, wenn wir im Jahr 2020 noch einigermaßen handlungsfähig bleiben wollen.

Die Landesregierung hat mit dem Lehrertarifvertrag und dem allgemeinen Tarifvertrag zur Arbeitszeitverkürzung richtig gehandelt und den Haushalten der kommenden Jahre Entlastung verschafft. Dies muss konsequent fortgesetzt werden.

Schwieriger wird es beim Thema Investitionen in die Infrastruktur. Hier dürfen sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Ich meine damit insbesondere das Thema Abwasser. Aufgrund falscher Einschätzungen und Planungen von Einwohnerzahlen, von Gewerbeentwicklungen sind Anlagen entstanden, die teilweise völlig überdimensioniert sind.

Wir sind verpflichtet, jede neue Investition zu hinterfragen. Ich rede hierbei nicht von Sanierungsmaßnahmen bei Dorf- oder Kreisstraßen, ich rede von großen Infrastrukturprojekten, die möglicherweise auf falschen Planungsgrundlagen basieren. Ich hoffe für uns alle nur, dass zum Beispiel bei der Planung von Umgehungsstraßen die Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2020 berücksichtigt worden sind.

Ein Thema, welches hierbei eine Schlüsselrolle spielt, ist natürlich die Verwaltungs-, Funktional- und Kommunalreform. Der Ministerpräsident hat heute hierzu ausführlich Stellung genommen, leider ohne sich zeitlich festzulegen. In der Sache haben Sie unsere Vorstellungen zur Kreisgebietsreform de facto eins zu eins übernommen, und das freut mich ehrlich, Herr Ministerpräsident.

(Zustimmung bei der SPD)

Herzlich willkommen - um einen Spruch von Ihnen aufzunehmen - in der Allianz der Realisten.

Zu dieser späten Einsicht müsste man Ihnen fast gratulieren, wäre da nicht die Tatsache, dass Ihre Politik des Zögerns und Zauderns das Land, die Kommunen insgesamt vier bis fünf Jahre gekostet hat.

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Bull, PDS)

Auch heute vermisste ich das klare Wort, dass eine Kreisgebietsreform zum 1. Januar 2007 in Kraft treten kann.

Herr Lukowitz, Ihr Koalitionspartner FDP, fordert dies in Übereinstimmung mit uns, ich glaube, auch mit der PDS. Das heißt, Herr Böhmer, das heißt, Herr Scharf - hören Sie bitte genau zu -, eine Landtagsmehrheit will die Kreisgebietsreform noch in dieser Legislaturperiode unter Dach und Fach bringen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Bull, PDS, und von Herrn Dr. Thiel, PDS)

Nur die CDU und ihre Minister sind noch nicht so weit und verstecken sich hinter fadenscheinigen Argumenten. Ich verstehe ja, warum: Da gab es die Versprechungen im Wahlkampf, da gab es einen störrischen Innenminister, der bis heute noch nicht begriffen hat, dass die Reform gebraucht wird. Ich verstehe sie, aber das ist trotzdem keine Erklärung dafür, was sie jetzt tun.

Meine Damen und Herren! Es ist interessant zu beobachten, wie die große CDU von der kleinen FDP - man sieht es hierbei ganz deutlich - am Nasenring durch die politische Manege geführt wird.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Zwei Tage vor der Regierungserklärung prescht die FDP vor

(Herr Kühn, SPD: Weil die innovativ sind!)

- dazu gibt es Vergleiche, aber noch nie in der Koalition - und sorgt für einen Wutanfall bei Herrn Böhmer und Herrn Scharf.

(Herr Bullerjahn, SPD: Die Diskussion kennen wir ja!)

Der Terminplan der FDP ist allerdings leicht zu durchschauen. Sie wollten endlich einmal wieder einen eigenen landespolitischen Akzent setzen. - Die CDU freut sich, wenn ich das sage.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Sie wollten dabei deutlich machen, dass Sie bei der Bechlussfassung noch dabei sein wollten.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, sonst hätten Sie in Ihrem Leitbild nicht gefordert, noch vor den nächsten Landtagswahlen Anfang 2006 über die Reform im Landtag abstimmen zu lassen.

(Zustimmung von Herrn Sachse, SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition, auch wenn Sie es leugnen werden: Es knirscht im Koalitionsgebäck. Das Theater um die Kreisgebietsreform ist ein Beleg für den schlechten Zustand der Koalition zur Hälfte der Wahlperiode.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Ha, ha, hal!)

- Wenn ich zwei Tage hintereinander in der „MZ“ lese, unter welchem Ärgerfaktor Herr Scharf bei Ihnen leidet, ist das doch ein Beweis dafür.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Die SPD hat die Zukunftsdebatte in Sachsen-Anhalt angestoßen.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

- Danke für die Zustimmung. Was Recht ist, muss Recht bleiben. Ich nehme das als Beifall auf.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat heute zu diesem Thema eine Regierungserklärung abgegeben, weil er ebenfalls die Notwendigkeit erkannt hat. Wir nehmen selbstverständlich das Angebot an, über die drängenden Zukunftsfragen eine konstruktive Diskussion zu führen.

Aber ich sage noch einmal ganz ausdrücklich, Herr Ministerpräsident: Worte sind das eine, Taten das andere.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegensatz zu Herrn Scharf sind wir nämlich der Auffassung, dass man auch in schwierigen Zeiten eine gute Politik machen kann. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Dr. Püchel. - Als nächster Debattenredner wird der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Scharf sprechen. Doch zuvor habe ich die Freude,

Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wolfen-Stadt, nämlich die zweite Gruppe, und Gäste der Landeszentrale für politische Bildung zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Scharf, Sie haben das Wort.

Herr Scharf (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der kommenden Woche werden wir als CDU-Landtagsfraktion unsere detaillierte Bilanz der bisherigen, zweijährigen Tätigkeit im Landtag von Sachsen-Anhalt vorlegen. Es wird eine erfolgreiche Bilanz sein, eine Bilanz eines grundlegenden Kurswechsels,

(Oh! bei der SPD)

den wir in diesem Lande eingeleitet haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Der Wähler hat im Jahr 2002 entschieden, wem er die Regierungsverantwortung in die Hand gibt. Deshalb würde ich an dieser Stelle nicht so schnell reklamieren, wer im Moment die Zukunftsdebatte führt. Ich würde im Moment ein Stückchen auf den Wähler hören, ich würde im Moment auch ein bisschen die Meinungsumfragen lesen.

Wir machen dies. Wir werden deshalb nicht überheblich, aber wir fühlen uns darin bestärkt, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Scholze, FDP)

Sie, Herr Dr. Püchel, sollten vielleicht auch akzeptieren, dass es einen Regierungswechsel gegeben hat. Die Entscheidung, wer in der nächsten Legislaturperiode regieren wird, hat noch ein bisschen Zeit.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Die Zeit vergeht schneller, als Sie denken!)

Wir konnten uns im kleinen Land Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren ein Stückchen weit vom allgemeinen negativen Bundestrend abheben.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Dies gilt auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Im verarbeitenden Gewerbe stieg der Beschäftigungsumfang gegenüber dem Jahr 2002 um 1,5 %, die Wertschöpfung stieg real um knapp 5 % und der Umsatz sogar um 10 %. Die Ernährungswirtschaft bewegt sich im Umsatzvolumen inzwischen auf Augenhöhe mit der in Sachsen-Anhalt traditionell starken chemischen Industrie. Dieses sind vorzeigbare Erfolge, die niemand in diesem Land kleinreden sollte, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Dr. Schrader, FDP)

Entgegen dem Bundestrend werden bei uns aktuell mehr Unternehmen neu gegründet als liquidiert. Das Exportvolumen ist im Jahr 2003 um einen zweistelligen Prozentbetrag gestiegen.

Freilich hat der Ministerpräsident sehr realistisch gesagt, das befriedige uns nicht. Aber dieses bestärkt uns darin, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Unter schwierigen Rahmenbedingungen ist die Wirtschaft in

Sachsen-Anhalt gewachsen - zu wenig gewachsen, aber gewachsen -, während sie in Gesamtdeutschland geschrumpft ist. Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist - so konnten wir am Wochenende vernehmen -, dass wir im ISW-Ranking zwei Plätze aufgerückt sind. Das sollte uns nicht übermäßig machen, das soll uns aber Mut machen, auf diesem Weg weiterzugehen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Stand von 2002 war das!)

- Ja, wir haben uns eher verbessert als verschlechtert.
- Ich persönlich bin mir ganz sicher, dass wir in der Frage des Arbeitsmarktes die rote Laterne nicht nur abgegeben haben, sondern auf Dauer abgeben werden, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich in meiner Rede Sie ein Stückchen mit in die nach meiner Auffassung wichtigsten Politikfelder hineinnehmen, die wir in den nächsten Jahren zu beurteilen und zu beackern haben werden. Ich fange mit den Finanzen an. Wir haben einen riesigen Schuldenberg übernommen, der zu einem erheblichen Teil unter ganz normalen Arbeitsbedingungen während der achtjährigen Regierungszeit von zu Anfang Rot-Grün mithilfe der PDS und zum Schluss von Ihnen allein zu verantworten gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ende des Jahres 2002 einen Schuldenstand von 16,7 Milliarden €. Stündlich müssen wir über 100 000 € allein für Zinszahlungen aufwenden. Da ist noch nichts getilgt. Diese bittere Wahrheit müssen wir jedem Bürger im Lande Sachsen-Anhalt immer wieder sagen, wenn es darum geht, neue Leistungsansprüche definieren zu wollen.

In den kommenden Jahren sehen wir uns weiteren finanziellen Herausforderungen gegenüber. Die Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen, die wir aus gesamtwirtschaftlicher Sicht in Deutschland brauchen, werden sich zunächst als Belastungen für den Landeshaushalt darstellen. Die Vereinbarungen über den Solidarpakt II bedeuten für Sachsen-Anhalt sinkende Bundeszuweisungen, zwar planmäßig sinkende, aber sinkende Bundeszuweisungen.

Die Entwicklung bei den EU-Strukturfonds ist noch nicht klar abzusehen. Wenn wir den Status eines Ziel-1-Gebietes verlieren sollten, dann kommen ab dem Jahr 2007 neue große Unwägbarkeiten auf uns zu. Wir hoffen, dass dieses drohende Szenario noch wegverhandelt werden kann. Allerdings müssen wir feststellen, dass die Bundesregierung daran nur mit mäßiger Energie arbeitet.

Meine Damen und Herren! Aufgrund der fatalen demografischen Entwicklung wird die Zahl der steuerpflichtigen Erwerbstätigen spätestens mit Beginn des kommenden Jahrzehnts abnehmen. In Sachsen-Anhalt werden nur etwa 60 % der Kinder geboren, die für eine beständige Altersstruktur der Bevölkerung notwendig wären. Die Prognosen der Bevölkerungswissenschaftler - die sind leider ziemlich genau, viel genauer als die der Volkswirte - besagen, dass wir bis zum Jahr 2015 in Sachsen-Anhalt um 400 000 Einwohner auf dann ungefähr 2,1 Millionen Einwohner geschrumpft sein werden.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist eben der strikte Sanierungskurs von CDU und FDP ohne jegliche Alternative. Wir werden strikt daran arbeiten, die Neuver-

schuldung bis zum Jahr 2008 - das ist unser Zieljahr - auf Null zurückzuführen. Dies geht nur, wenn wir dazu in der Lage sind, klare Prioritäten zu benennen, die notwendigen Schritte konsequent zu gehen und nicht über unsere Verhältnisse zu leben.

Lassen Sie mich einige wenige Beispiele aufführen. Nehmen wir die Landesverwaltung. Wir müssen auf den Durchschnitt der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer herunter. Das heißt, die Zahl der Planstellen im Landeshaushalt muss von ungefähr 68 000 auf 55 000 reduziert werden. Auch bei den freiwilligen Leistungen können wir uns zukünftig nur noch das leisten, was wir auf Dauer finanzieren können.

Deshalb brauchen wir die Zukunftsdebatte, die Professor Böhmer angestoßen hat, und wir werden sie auch weiter führen. Ich hoffe, dass wir möglichst viele Menschen in Sachsen-Anhalt in diese unverzichtbare und offen und öffentlich geführte Auseinandersetzung hineinnehmen können.

Wir halten auch daran fest, für die Haushaltjahre 2005 und 2006 einen Doppelhaushalt zu beschließen. Die Vorteile dieser Entscheidung überwiegen klar die benannten Nachteile.

(Herr Bullerjahn, SPD: Erst einmal hinkriegen, Herr Scharf!)

In Zeiten knapper Kassen und harter Sparmaßnahmen muss die Frage der Verlässlichkeit auch für alle Zuwendungsempfänger eine höhere Rolle spielen als bisher.

(Herr Bullerjahn, SPD: Oh, Herr Scharf!)

Mit einem Doppelhaushalt haben alle eine höhere Planungssicherheit.

(Herr Bullerjahn, SPD: Dann kommt anschließend eine Haushaltssperre!)

Wir werden die politischen Schwerpunkte setzen. Darauf können sich alle dann in den nächsten Jahren auch verlassen. Das heißt, weiterhin ein hohes Förderniveau für private Investitionen. Wir werden den Infrastrukturausbau fortsetzen. Wir werden Bildung und Forschung stärken und wir werden die Familien stärker als bisher fördern.

(Beifall bei der CDU)

Familienpolitik wird in den nächsten beiden Jahren eine größere Rolle als bisher in diesem Land spielen, meine Damen und Herren.

(Frau Bull, PDS: Wenn Sie sagen würden, wie, wäre das nicht schlecht! - Herr Gallert, PDS: Nö!)

Wir haben leider im Landeshaushalt 2004 unser Entlastungsziel für die Kommunen nicht so erreicht, wie wir uns das vorgestellt haben. Wir müssen auch auf Bundesebene hart verhandeln, weil wir die Frage der Neustrukturierung der Kommunalfinanzen nicht allein in unserem Land lösen können. Es sind zum Jahresende auch durchaus Erfolg versprechende Verhandlungen geführt worden, durch die sich das Steueraufkommen für die Kommunen um 6 % erhöhen sollte und auch tatsächlich erhöht hat.

Aber, meine Damen und Herren, ich muss schon mit großer Verwunderung feststellen, dass offensichtlich auf der Grundlage falscher Berechnungen des Bundes - vielleicht sogar absichtlich falscher Berechnungen des Bundes - die Auswirkungen der Zusammenlegung der Ar-

beitslosen- und der Sozialhilfe falsch berechnet worden sind. Wenn anstatt der versprochenen 80 Millionen € Entlastung für die Kommunen in Sachsen-Anhalt jetzt 120 Millionen € an Mehrbelastungen auf die Kommunen zukommen sollten, dann kann dieses Ergebnis auf keinen Fall so akzeptiert werden. An dieser Stelle muss nachgebessert werden.

Auf dieser Grundlage, meine Damen und Herren, können die Kommunen gar nicht ruhigen Gewissens das Optionsmodell wählen. Die Kommunen wollen gern die Option wählen. Aber der Bund wollte dieses Modell nicht. Ich befürchte fast, dass der Bund durch Zahlenmanipulation inzwischen die Kommunen in eine Situation gebracht hat, die er verhandlungsseitig schon immer versucht hat zu erzeugen.

(Beifall bei der CDU)

Dies wäre allerdings eine ganz schändige Verhandlungsführung.

(Herr Tullner, CDU: Genau so ist es!)

Wir werden nicht nur bei den Landesbediensteten, sondern auch in vielen anderen Bereichen Anpassungen vornehmen. Wir müssen auch in den letzten Jahren verhinderte und versäumte Anpassungen nachholen. Ich erinnere daran, dass der ehemalige Landesminister Dr. Heyer nicht als Abrissminister dastehen wollte und dass deshalb über Jahre hinweg ein Leerstandsabrissprogramm in Sachsen-Anhalt verhindert wurde, das wir jetzt versuchen müssen, mit teurem Geld nachzuholen. Dort hätten wir wirklich schon deutlich weiter sein können,

(Beifall bei der CDU)

wenn wir den Mut gehabt hätten, rechtzeitig umzusteueren. Inzwischen stehen in Sachsen-Anhalt über 200 000 Wohnungen leer.

Wir haben die Weichen neu gestellt. Im Jahr 2003 wurde mit 32 Millionen € über die Hälfte der Stadtumbaumittel für den Abriss von 9 900 Wohnungen bereitgestellt. Einschließlich kommunaler Mittel stehen in diesem Jahr für Abriss-, Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen über 66 Millionen € zur Verfügung. Zudem soll den Wohnungsbauunternehmen in Zusammenarbeit mit der ISB die Vorfinanzierung bewilligter Fördermittel für den Abriss erleichtert werden. Das Ziel, meine Damen und Herren, muss es sein, bis zum Jahr 2010 rund die Hälfte der heute leer stehenden Wohnungen tatsächlich abzureißen.

Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen ist immer einmal wieder über das „Zukunftspapier“ unseres sehr verehrten Kollegen Herrn Bullerjahn gesprochen worden. Ich muss ein bisschen mit Verwunderung feststellen, mit welcher Konsequenz er jetzt doch auch mit Versäumnissen der Vorgängerregierung des Ministerpräsidenten Dr. Höppner ins Gericht geht. Ich habe, Herr Bullerjahn, ein bisschen mit Verwunderung festgestellt, dass Sie zu der Zeit, als Sie in der Regierungsverantwortung gestanden haben - die Zahlen sind nicht neu -, diese Konsequenzen für die eigene Politik offensichtlich gescheut haben.

(Beifall bei der CDU)

Wie dem auch sei: Es ist immer gut, wenn eine realistische Zahlengrundlage auf den Tisch kommt. Wir werden uns deshalb mit größerer Sachlichkeit als bisher im

Landtag von Sachsen-Anhalt über die Zukunftsnotwendigkeiten unterhalten können.

Aber eines, Herr Bullerjahn, muss ich Ihnen schon sagen. In einem stimme ich mit Ihnen nicht überein. Man kann nicht einfach die schlechten Zahlen, die wir jetzt haben, bis zum Jahr 2020 hochrechnen und extrapoliieren. Wir müssen als Politiker den Anspruch haben, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wir dürfen keine Luftschlösser bauen. Das kann ganz teurer sein. Aber wir müssen den Menschen auch eine Perspektive geben. Einfach nur extrapoliieren ist nicht die Perspektive, die wir brauchen.

Es sind Parameter in den Berechnungen drin, die sind veränderbar. An diese Parameter müssen wir ran, damit wir das Schicksal des Landes Sachsen-Anhalt wenden können.

(Beifall bei der CDU)

Dazu rufe ich das Parlament und die Regierung auf.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Bullerjahn?

Herr Scharf (CDU):

Ja, bitte schön. Aber Sie halten die Uhr jetzt an?

Herr Bullerjahn (SPD):

Herr Scharf, ich wollte Sie jetzt nicht reinlegen mit der Uhr. Keine Angst. - Zu dieser Fatalistendiskussion habe ich das letzte Mal etwas gesagt. Zu der Frage, ob man vielleicht Dinge auch einmal anders sehen und auch zugeben kann, dass man vielleicht Dinge falsch gesehen hat, habe ich auch schon etwas gesagt.

Gehört aber zu dieser Wahrheit nicht auch die Ehrlichkeit, Herr Scharf, dass die CDU an dieser Stelle einmal erklärt, dass die Rote-Laterne-Diskussion hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und hinsichtlich der Verschuldung eine Diskussion ist, die wir seit der ersten Wahlperiode mit uns herumschleppen? Würde das nicht auch einmal dazugehören?

(Frau Feußner, CDU: Das stimmt nicht! - Herr Dr. Püchel, SPD: Natürlich, das stimmt!)

Herr Scharf (CDU):

Kollege Bullerjahn, ich habe vorhin ausgeführt, dass ein erheblicher Teil unserer politischen Situation durch bundespolitische Rahmenbedingungen bestimmt ist, aber nicht alles. Die Tatsache, dass sich die neuen Bundesländer seit 1990 unterschiedlich entwickelt haben, ist in meinen Augen das beste Beispiel dafür, dass die landespolitischen Handlungsspielräume unterschiedlich genutzt worden sind.

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Eine der wichtigen Kennziffern, an der wir uns alle messen lassen müssen - Kanzler Schröder hat sogar gesagt, er kennt keine andere Zahl, an der er sich messen lassen will -, ist die Zahl der Arbeitslosen. Deshalb nimmt diese Zahl auch in allen politischen Gesamtbetrachtungen einen hohen Stellenwert ein.

(Herr Bullerjahn, SPD: Herr Scharf, jetzt eieren Sie aber ganz schön rum! - Zurufe von der CDU)

- Das habe ich jetzt gar nicht gemerkt. Warum? - Diese Zahlen müssen wir uns auch gegenseitig vorhalten lassen. Ich bin der letzte, der einen Zahlenfetischismus betreiben will. Deshalb werden Sie auch zu dem Zeitpunkt, als wir das erste Mal mit Mecklenburg-Vorpommern in der Arbeitsmarktstatistik gleich gezogen haben, keine euphorischen Pressemeldungen aus der CDU-Fraktion gelesen haben. Sie haben heute weder beim Ministerpräsidenten noch bei mir gehört, dass wir uns hierüber übermäßig freuen. Wir fühlen uns nur darin bestätigt, dass wir vom Grunde her den richtigen Weg eingeschlagen haben, mit Vorsicht, mit Konsequenz, mit Augenmaß.

Im Übrigen, Herr Bullerjahn, bin ich der Auffassung, dass die Menschen die Wahrheit sehr wohl brauchen, dass sie sie vertragen und sie hören wollen. Wenn man sie ihnen richtig und - jetzt greife ich noch ein anderes Wort auf - menschenfreundlich sagt, wie es Bischof Leo Nowak auf der Zukunftskonferenz der katholischen Kirche gesagt hat, wenn man die Wahrheit menschenfreundlich sagt und die Menschen in unvermeidliche schwierige Wege, die aber einen Lichtblick am Ende des Weges haben, mitnimmt, dann gewinnen wir die Leute auch. Dafür trägt jeder Politiker Verantwortung.

Wenn wir es schaffen, die komplizierten Zusammenhänge so zu transponieren, dass wir mit klaren, richtigen, einfachen, aber nicht primitiven Worten die Menschen auf den Weg mitnehmen können, dann haben wir auch eine Chance, die schwierige Situation in Sachsen-Anhalt zu wenden und dieses Land einer guten Zukunft zuzuführen. Dies ist möglich, und ich denke, jeder Abgeordnete in diesem Haus arbeitet, je nachdem an welchen Platz er gestellt ist, auch an dieser Aufgabe.

Ich will es, meine Damen und Herren, in ein anderes Bild kleiden, das ich mir für diese kleine Rede überlegt habe. Ich habe eine kleine Geschichte gelesen, die schildert, wie ein Besucher eine Dombauanstalt findet. Dort wird also ein Dom gebaut, vielleicht der Magdeburger. Der Besucher fragt die Arbeiter: Was macht ihr denn da? Der eine sagt: Ich muss tagein, tagaus mit großer Monotonie die Steine behauen und aufeinander setzen. Mir gehen dabei die Knochen kaputt. Ich würde lieber etwas anderes machen. - Der andere sagt: Ich bau einen Dom.

Beide machen das Gleiche, aber sie haben einen völlig anderen Blick auf ihre Tätigkeit. Der eine ist in der Lage, seinen Arbeitsplatz in einen großen Zusammenhang einzuordnen, er hat seinen Platz gefunden, und der andere ist vor Alltagssorgen nicht in der Lage aufzublicken.

Wir haben die Aufgabe, die Menschen mitzunehmen. Wenn wir das nicht schaffen, haben wir unsere Aufgabe als Parlamentarier verfehlt. Wir haben uns als Koalition die Aufgabe gestellt, die Menschen mitzunehmen, und wir glauben, wir können dies auch hinbekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Nun komme ich zur Wirtschaft. Wenn wir die finanzpolitischen Spielräume des Landes Sachsen-Anhalt ehrlich beurteilen, müssen wir feststellen, dass sie immer enger werden. Deshalb müssen wir noch intensiver als bisher darüber nachdenken, wie wir rechtliche Hürden für Investoren abbauen können, wie wir hinsichtlich Entbürokratisierung und Deregulierung weiterkommen. Mit zwei Investitionserleichterungsgesetzen haben wir einen Anfang gemacht, aber wir sind noch nicht am Ende.

Wir wollen ein Modellstandort für Bürokratieabbau sein. Wir können in weitere Regelungsbereiche eingreifen. Wir haben die Kammern und die Verbände aufgefordert, uns hierfür gute Ideen zu liefern. Leider muss man sagen, dass das eine oder andere dessen, was uns als Idee übermittelt wird, auch nicht so gut überlegt ist. Das zeigt, wie schwierig diese Aufgabe ist. Aber hier müssen wir ran. Wir werden die Hydra Bürokratie am Kopf packen und den einen oder anderen Kopf abschlagen. Das wird keinem im Lande zum Schaden gereichen.

Der Ministerpräsident hat glaubhaft ausgeführt, dass das Abschaffen von Vorschriften normalerweise nicht als Mangel empfunden wird. Wir finden sicherlich weitere Vorschriften, die für uns entbehrlich sind, meine Damen und Herren.

Wir haben mit der Investitionsbank eine neue Möglichkeit, Existenzgründer zu fördern, Mittelständler zu fördern. Falsche Erwartungen werden wir selbstverständlich nicht erfüllen können, etwa die Erwartung, dass der eine oder andere meint, seine abgelehnten Hauskredite könnten über die Investitionsbank genehmigt werden. Das geht zum einen nicht, weil es keine Geschäftsbank ist, sondern eine Förderbank. Zum anderen kann und darf die Investitionsbank keine betriebswirtschaftlich unsoliden Vorhaben wider besseres Wissen unterstützen. Diese Wahrheit wird sich herumsprechen.

Aber trotzdem haben wir neue Gestaltungsspielräume, die wir nutzen können. Insbesondere können wir größere Kredite mithilfe von Konsortialkrediten und Beteiligungen geben. Wir können auch das neue Instrument der Kapital ersetzen Kredite, der Mezzaninkredite, nehmen. Ich verspreche mir hiervon eine gute Hilfe für den Mittelstand auch in einem schwieriger werdenden Bankenumfeld.

Wir werden über Landesgrenzen hinweg aktiv werden. Mit Zusammenlegungen von Behörden im mitteldeutschen Raum, mit gemeinsamem Standortmarketing, mit einer weitreichenden Angleichung der Bauordnungen und mit einer koordinierten Politik der drei Länder gegenüber dem Bund können wir für unsere drei Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mehr als bisher herausholen.

Dort, wo wir als Land nicht neue Bestimmungen in Kraft setzen können, werden wir gegenüber dem Bund aktiv. Wir werden uns dabei durchsetzen. Wir werden uns im Bereich der Soll- und Ist-Besteuerung, das heißt der höheren Freigrenze für die Umstellung von der Soll- auf die Ist-Besteuerung, über den Bundestag und über den Bundesrat durchsetzen. Wir werden im Hinblick auf das Forderungssicherungsgesetz, das im Moment im Bundestag stecken geblieben ist, durch eine neue Initiative über den Bundesrat das Schiff wieder flott machen können.

Meine Damen und Herren! Wir haben auch gezeigt, dass wir uns in einem Fall, in dem wir als Land eine Initiative einsetzen können, um zu mehr Lehrstellen zu kommen, auch nicht scheuen, unbequeme Wege zu gehen.

Die Bundesratsinitiative für mehr Lehrstellen, die die Ausbildungsvergütung bis auf einen Mindestwert von 180 € in den alten und 150 € in den neuen Bundesländern absenken kann, kann neue Arbeitsplätze im Bereich der Lehrlingsausbildung schaffen.

Dabei reagieren wir auf Richterrecht. Wenn die Richter festgelegt haben, dass eine angemessene Lehrlingsver-

gütung mindestens 80 % der tariflich vereinbarten beträgt, nehmen sich, so denke ich, die Richter einen großen Gestaltungsspielraum heraus. Wenn wir feststellen, dass Lehrlinge bei der IHK nicht zugelassen werden, weil allein diese Bedingung nicht eingehalten wird, so ist an dieser Stelle unsererseits ein Hindernis abzubauen.

Dort, wo Tarifverträge existieren, sollen selbstverständlich die vereinbarten Lehrlingsvergütungen auch weiterhin gültig sein. Wir schaffen nur neue Spielräume. Es ist allemal besser, dass wir dort, wo sich Tarifvertragsparteien einigen, die betreffenden Regelungen in Kraft setzen. Nirgends wird etwas per Gesetz außer Kraft gesetzt. Aber wir müssen versuchen, alle Möglichkeiten zu nutzen, um zu mehr Ausbildung im dualen System zu kommen. Wir müssen zu mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen kommen, weil nur Menschen mit solchen Ausbildungsplätzen eine größere Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

Die Ausbildungplatzabgabe, die von Rot-Grün geplant ist und die offensichtlich im Bundestag auf den Weg geschickt wird, ist eine Fehlsteuerung, die das angestrebte Ziel nicht erreichen wird. Das ist schon jetzt deutlich erkennbar. Ich kann nur an die Bundesregierung und an die sie tragenden Parteien appellieren, von diesem Irrweg abzulassen. Wir schaffen damit neue Bürokratie, aber leider keine neuen Lehrstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Wirtschafts- und Investitionsförderung auf den Prüfstand stellen. Die Effizienz von Einrichtungen des Landes zur Wirtschafts- und Investitionsförderung muss gestärkt werden und die Förderbedingungen im mitteldeutschen Raum müssen harmonisiert werden. Es kann nicht sein, dass der eine oder andere Betrieb versucht, die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Förderkonditionen an den Ländergrenzen gegeneinander auszuspielen. Dies haben wir nicht verdient und wir können einer solchen Strategie einzelner Firmen nur durch eine konzertierte Aktion der drei Länder begegnen.

Wir haben im Land Sachsen-Anhalt hervorragend entwickelte Branchen. Ich nenne die Chemieindustrie, die Automobilzulieferer, die Ernährungswirtschaft, die Medizinforschung und die Biotechnologie. Wir werden diese wachstumsstarken Branchen in Sachsen-Anhalt weiterhin stärken und fördern.

Wir müssen die Starken stark machen, damit sie in der Lage sind, auch die Schwachen mitzuziehen. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass eine einfache Förderung mit der Gießkanne nur während einer Startphase gewährt werden kann. 13, 14 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit müssen wir zu gezielteren Förderstrategien kommen.

Meine Damen und Herren! Auch die Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie eröffnet für uns neue Spielräume. Wir müssen es schaffen, neue Wege zu beschreiten. Für die Umwelt und für die Verbraucher müssen wir mit Sicherheit operieren, aber wir müssen auch die Wachstumspotenziale erschließen. Dabei, meine Damen und Herren, ist es ganz verwerflich und ich kann es nur auf das Schärfste verurteilen, wenn Greenpeace mit einer kriminellen Aktion in Bernburg eine Zukunftstechnologie im Land Sachsen-Anhalt kaputt machen will.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wir brauchen einen Dialog über die grüne Gentechnik. Eine Meinungsumfrage, die wir als CDU-Fraktion initiiert haben, zeigt uns, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung auf diesem Weg schon mitgenommen werden konnte, dass aber 55 % Bedenken haben. Mit diesen Leuten müssen wir sprechen. Ich bin mir ganz sicher, dass diese 55 % nicht kriminelle Aktionen wollen, sondern aufgeklärt werden wollen über die Chancen und Risiken dieser neuen Technologien.

Man muss Greenpeace in die Schranken weisen. Wir fordern nachdrücklich, dass eindrücklich die Abgabenordnung überprüft werden muss, ob eine Organisation, die sich so verhält, weiter gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung sein kann. Diesbezüglich muss man noch einmal richtig nachforschen. Kriminelle Energie darf nicht gemeinnützig belohnt werden. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wir sind auch dabei und werden uns im Laufe der Landtagssitzung noch einmal darüber unterhalten, wie wir am besten mit den erneuerbaren Energien umgehen. Die Bundesregierung ist inzwischen selbst auf die Idee gekommen, dass es nicht sein kann, ineffektive Standorte noch weiter möglichst großzügig zu fördern. Deshalb liegen wir mit unseren Initiativen richtig, genau zu prüfen, welche regenerativen Energien an welchen Standorten und wie am besten zu fördern sind. Wir können es uns nicht leisten, an dieser Stelle das Geld falsch auszugeben; denn wir haben es nur einmal.

Ein kurzes Wort zu Bombardier: Ich glaube, wir sollten uns in diesem Landtag sehr enthalten, diese industrie-politisch dramatische Entwicklung in Halle-Ammendorf zu benutzen, um uns gegenseitig zu profilieren. Ich glaube, die Sache ist dafür viel zu ernst.

Wir alle wissen, dass wir nur ganz geringe Chancen haben, aus Sachsen-Anhalt heraus einen renommierten Konzern, der international ein wirklich hohes Ansehen hat, zu schurigeln und ihm Vorschriften zu machen. Wir können nur durch Gespräche und durch die Verdeutlichung der Situation, auch der industrie-politischen Situation, mit diesem Konzern in ein Gespräch kommen, damit er bereit ist, mit uns gemeinsam zu überlegen, was aus diesem Industriestandort Halle-Ammendorf künftig zu machen ist.

Uns wird jetzt vorgeworfen, dass wir die beiden letzten Jahre verschlafen hätten. - Wenn Sie sich aber einmal angucken, wie Sie sich in den letzten Jahren mit Halle-Ammendorf beschäftigt haben, wenn Sie sich vor Augen halten, wie Sie auch der Versuchung unterlegen sind, im Bundestagswahlkampf mit Halle-Ammendorf Politik zu machen, dann sollten Sie an dieser Stelle ganz ruhig sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich jedenfalls werde mich an dieser Stelle weiterer scharfer Worte enthalten, weil wir uns alle dazu vereinen sollten, einen industriellen Kern so oder in anderer Form für Halle-Ammendorf zu erhalten, und jetzt nicht sagen sollten, dass Politiker, die ein Unternehmen nicht führen, letztlich Schuld daran seien, dass ein Standort in große Schwierigkeiten gekommen ist. Meine Damen und Herren,

ren, ich werde mich für so eine schäbige Politik nicht hergeben.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Mit großer Sorge habe ich vernommen, wie DIHK-Chef Herr Braun und Siemens-Chef Herr von Pierer neuerlich eine Standortdiskussion über Deutschland entfacht und ein Stückchen die Standortfrage in Deutschland in einen Gegensatz - so habe ich es zumindest empfunden - zur EU-Osterweiterung gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Ich schließe mich dieser Auffassung von Herrn von Pierer und von Herrn Braun nicht an. Ich denke, die Osterweiterung hat Chancen auch für Sachsen-Anhalt. Wir müssen diese Chancen nutzen, um insgesamt auch für Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Gilt das auch für Ammendorf?)

Herr Dr. Fänger, Vorstandsvorsitzender der Serumwerke Bernburg AG, hat, so denke ich, ganz anders als Herr Braun reagiert. Herr Fänger hat in seinem Betrieb schon seit einigen Jahren so reagiert, dass er Tätigkeiten, die er beim besten Willen in Bernburg nicht mehr halten kann, ausgelagert hat. Aber in der Kombination ist es doch dazu gekommen, dass der Standort Bernburg einschließlich der Arbeitsplätze gesichert ist.

Das ist die richtige Reaktion. So müssen wir darauf reagieren und mit der Osterweiterung umgehen. Wir dürfen keine Drohszenarien entwickeln. Wir müssen die richtige Kombination entwickeln. Wir dürfen auch hoffen, dass ein erheblicher Teil des Wirtschaftswachstums, das in den neuen EU-Ländern demnächst notwendig sein wird, auch zu Wertschöpfungen in Deutschland und speziell in Sachsen-Anhalt führen kann. Nur das kann unsere kluge Politik sein. Wir dürfen keine Politik machen, die den eigenen Standort schlecht redet, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ganz kurz zur Bildung: Acht Jahre lang herrschte in der Bildungspolitik Sachsen-Anhalts weitgehend Stillstand.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Wichtige Entwicklungen wie zum Beispiel beim Fremdsprachenunterricht in den Grundschulen wurden verschlafen. Wo sich etwas bewegt hat, ging es meistens in die falsche Richtung, zum Beispiel das Abitur nach 13 Jahren und die Gesamtschulen in Vorrangstellung. Die nötigen Korrekturen haben wir erfolgreich vorgenommen.

(Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Wir haben damit auch auf die miserablen Pisa-Ergebnisse reagiert.

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Schulprofile stärken, um den Erfordernissen eines modernen Arbeitsmarktes besser gerecht zu werden. Deshalb gibt es auch an der Sekundarschule zukünftig wieder einen Haupt- und einen Realschulzweig. Wir hoffen, dass wir diese Entwicklung auch angesichts der zurückgehenden Schulstandorte konsequent durchhalten können.

Meine Damen und Herren! Wir sind in der Frage der Beurteilung von Ausbildungsplätzen besser als der Bundesdurchschnitt, auch wenn wir selbst wissen, dass davon viel zu viele außerbetriebliche sind. Wir haben es aber in einem hohen Maß geschafft, jedem Lehrling, der fähig, in der Lage und willens ist, eine Lehrstelle anzutreten, auch eine Lehrstelle zu vermitteln.

Wir haben im Gymnasium mit dem Abitur nach zwölf Jahren die Ausbildungszeit auf ein vernünftiges Maß gebracht, auch wenn jetzt die Zeit der Übergänge für die Schüler aufgrund hoher Stundenbelastungen eine beschränkende ist. Es will aber keiner mehr auf die 13 Jahre zurück. Es war der richtige Weg, den wir eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Doch haben wir auf diesem Gebiet unsere Ziele noch nicht erreicht. Ich will ganz deutlich sagen: Die einzigen Fächer, die wir in der Verfassung erwähnen, sind Ethik und Religion. Wenn wir bei der Erteilung dieser Werte bildenden Fächer deutlich hinter Thüringen, Sachsen und sogar hinter Brandenburg hinterherhinken, dann haben wir unser Ziel noch nicht erreicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann den Damen und Herren der Landesregierung nur zurufen: Das muss anders werden. Wir werden als CDU-Fraktion darauf drücken, dass diese Fächer künftig einen entsprechenden Stellenwert in den Schulen in Sachsen-Anhalt bekommen. Was in anderen Ländern möglich ist, muss hier auch möglich sein.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Meine Damen und Herren! Die Schülerzahlen sind in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Schuljahr 1995/1996 um rund ein Drittel zurückgegangen. Bis zum Jahr 2010 werden sie halbiert. Heute werden nur noch knapp halb so viele Kinder eingeschult wie vor acht Jahren. Dieses hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Schulnetzplanung. Deshalb müssen wir den Spagat zwischen Wohnortnähe und Leistungsfähigkeit schaffen. Da musste jeder Landkreis durch.

Wir haben große Achtung vor den Landkreisen, die inzwischen ihre Schulnetzplanungen beschlossen haben. Wir haben ihnen ein Instrument in die Hand gegeben, das sie verantwortlich ausgefüllt haben. Daher haben wir jetzt für die nächsten Jahre Planungssicherheit bei den Schulstandorten. Damit haben wir auch wieder Planungssicherheit an möglichen Investitionsstandorten; denn wir wissen auch, dass viele Schulen noch nicht das Modernisierungsniveau haben, das wir ihnen wünschen.

Meine Damen und Herren! Nun können wir mit einer neuen Schulgesetznovelle, die wir noch vor der Sommerpause einbringen werden, ab dem Jahr 2006 den Kreisen auch Schritt für Schritt die Möglichkeit geben, die Schuleinzugsbereiche aufzuheben. Das wird dazu führen, dass wir auch den Wettbewerb unter den staatlichen Schulen erhöhen können. Es gibt bisher keinen besseren Vergleichsmaßstab als Wettbewerb. Der muss freilich auch organisiert werden. So werden wir zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung in der schulischen Unterrichtstätigkeit kommen.

Meine Damen und Herren! Morgen werden wir das Landeshochschulgesetz verabschieden. Die inneruniversitären Entscheidungsstrukturen werden gestrafft, die För-

derung von Führungskräften in der Forschung wird durch die Parallelität von Habilitation und Juniorprofessur gestärkt und durch die Einführung des Bachelors und des Masters wird die Attraktivität unserer Hochschulen im internationalen Wettbewerb steigen, ohne dass wir das Diplom vorschnell über Bord werfen.

Wir können durch die Zweigleisigkeit durchaus beobachten, wie sich der Prozess in Europa in den nächsten Jahren darstellen wird. Wir eröffnen aber jetzt schon die Freiräume, die wir brauchen, damit die Hochschulen auch in eigener Autonomie ihre Entscheidungen in den von uns gegebenen Freiräumen gestalten können.

Die Neuordnung der medizinischen Fakultäten steht freilich noch aus. In den nächsten Monaten werden wir uns hierbei in die Beratungstätigkeit hineinbegeben.

Aber auch die Hochschulen selbst müssen ihre Institutionen reformieren. Wir können als Landtag zum Beispiel nicht die Studienordnungen von überflüssigem Ballast entrümpeln. Das müssen die Hochschulen schon selbst machen.

Ebenso können wir auch nicht neue Studiengänge entwickeln und die Leistungselite von morgen an unser Bundesland per Verordnung binden. Das müssen die Hochschulen durch Qualität machen.

Wir als Gesetzgeber schaffen nur den Rahmen, diesen Rahmen müsse andere ausfüllen. Ich bin der guten Hoffnung, dass wir dieses Gesetz morgen beschließen werden. Auch die zahlreichen Änderungsanträge, die die SPD-Fraktion heute in den Landtag eingebracht hat, werden das nicht verhindern.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Kommunalreform. Die Regierungskoalition will mehr Entscheidungsspielräume und -befugnisse auf die Ebene unterhalb der Landkreise legen. Für die Aufgabenverlagerung von oben nach unten müssen aber zunächst die Voraussetzungen in den Kommunen geschaffen werden.

Viele Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften stehen schon heute an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Um sicherzustellen, dass sie die neuen Gestaltungsspielräume ausfüllen können, haben wir ihnen Mindestgrößen vorgegeben. Wir wollen weiterhin weder Zwangszusammenschlüsse zu Einheitsgemeinden noch das Modell der Verbandsgemeinde oder der Samtgemeinde. Wir haben einen Rahmen vorgegeben, in den sich alle hineingegeben können. Die freiwillige Phase endet heute.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Gestern!)

Nach den Informationen, die ich habe, gibt es genügend ermutigende Signale dafür, dass die meisten Kommunen in der Lage sein werden, in diesem interkommunalen Abstimmungsprozess selbst zu vernünftigen Vorschlägen zu kommen, sodass die Folgegespräche ihr Ziel erreichen werden und der Innenminister nur in ganz wenigen Fällen von der Verordnungsermächtigung Gebrauch machen muss, bis zum Ende des Jahres - zur Not auch gegen den Willen einer Gemeinde - zuzuordnen.

Wir können pünktlich zum 1. Januar 2005, wenn die neuen kommunalen Bündnisse stehen, die Aufgabenverlagerungen, zum Beispiel im Gaststättenrecht, im Gewerberecht und im Ordnungsrecht, in Kraft treten lassen.

Wir können, meine Damen und Herren, nicht zur gleichen Zeit die gemeindliche und die kreisliche Ebene neu

strukturieren. Deshalb die klare zeitliche Abfolge, die auch heute noch einmal vom Ministerpräsidenten bestätigt wurde.

(Herr Gallert, PDS: Überhaupt keine!)

Meine Damen und Herren! Für die Kreisgebietsreform gibt es einen klaren Koalitionsfahrplan. Deshalb will ich deutlich sagen: Für Vorabprofilierungen gibt es keine Spielräume. Vorabprofilierungen sind vollkommen überflüssig. Sie verdecken eher das große Reservoir der Gemeinsamkeiten, das wir in der Koalition haben.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Zu wem haben Sie das gesagt?)

- An die Koalition.

(Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

Meine Damen und Herren! Es ist vernünftig, mit der Zielzahl „2015“ zu arbeiten und als untere Grenze für die Einwohnerzahl eines Landkreises ca. 150 000 Einwohner anzupreisen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Kennen wir!)

Eine Ausnahme muss die Altmark sein. Wenn wir im Landtag feststellen - die PDS und die FDP müssen noch darüber sprechen, aber ich nehme an, es wird keine andere Zahl geben -, dass wir uns über diese Zahlen im Wesentlichen einig sind, dann ist das gut für den Weg, auf den sich die Landkreise jetzt freiwillig machen sollen; denn dann können sie sicher sein, dass der Landtag in der nächsten Zeit diesen Weg bestätigen wird. Die Gespräche können nach der heutigen Debatte eigentlich zielerichtet überall im ganzen Land geführt werden.

Wir sind der Auffassung, dass neben der Einwohnerzahl für die Kreise zu berücksichtigen sind die Frage der Aufgabenübertragung, der Funktionalität der Aufgabenübertragung, die wir zukünftig vornehmen wollen, die Frage der demografischen Entwicklung - es nützt nichts, wenn der eine oder andere versucht, sich reich zu rechnen -, die Frage der Fläche - hierbei geht es immer wieder um die Altmark, die wirklich groß ist und die für die kommunale Gebietskörperschaft weiterhin überschaubar bleiben muss -, raumordnerische Gesichtspunkte, topografische Gesichtspunkte, gewachsene Strukturen und auch landsmannschaftliche Verbundenheit. Wir sind dort, wo wir wissen, dass Leute einfach nicht miteinander können, gut beraten, wenn wir diese Leute nicht ohne große Not zusammensperren.

Wir werden das alles berücksichtigen. Wir streben deshalb an, dass wir möglichst mit Vollfusionen von Landkreisen zureckkommen. Aber wenn es das Gesamtkonzept erfordert, muss es auch die Möglichkeit geben, Landkreise unter Berücksichtigung der gewachsenen Strukturen zu teilen. Beliebige Neubildungen kann und darf es jedoch nicht geben. Wir müssen die Kriterien hierfür mit Zuverlässigkeit entwickeln.

(Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

- Vielleicht noch eine Minute. Dann beantworte ich Ihre Frage.

In der freiwilligen Phase sollen die Landkreise Gelegenheit erhalten, die von ihnen angestrebten Fusionen konkret auszuarbeiten. Aber genehmigt werden, meine Damen und Herren, kann nach meiner Auffassung letztlich nur das, was mit einem Gesamtkonzept vereinbar ist.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was ist daran neu? Kein Satz ist neu!)

Wir können jetzt nicht vorab Genehmigungen erteilen, die uns hinterher vielleicht stören, das Gesamtgefüle Sachsen-Anhalt vernünftig neu zu ordnen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das hatten wir schon vor vier Jahren!)

Bezüglich der Stadt-Umland-Problematik warten wir erst einmal die Antworten ab, die die kreisfreien Städte auf die Schreiben des Ministers des Innern und des Ministers für Raumordnung geben werden. Dann werden wir genau untersuchen, wo wir im Bestand der interkommunalen Zusammenarbeit stehen und wo tatsächlich gesetzlicher Regelungsbedarf besteht.

Ich will deutlich sagen, dass ich all denen ins Stammbuch schreiben möchte, die uns zu großer Eile treiben, dass Abwägungsfehler in diesem schwierigen Prozess mit Sicherheit erfolgreiche Klagen vor dem Landesverfassungsgericht provozieren. Das wollen wir nicht. Wir wollen auf diesem Weg keinen Fehler machen, damit hinterher an dieser Stelle nicht nachgebessert werden muss.

Es kann, meine Damen und Herren, kein ernsthafter Reformer wollen, dass wir den Reformmotor übertouren. Das kann zu Kolbenfressern führen. Wir wollen Reformmotor sein, aber keine Fehler auf diesem Weg machen. Deshalb werden wir konsequent und mit großer Ernsthaftigkeit auf diesem Weg weiter verhandeln und Gespräche führen, um rechtzeitig zu Planungssicherheit für alle Beteiligten zu kommen.

Jetzt würde ich gern, wenn es Frau Präsidentin erlaubt, die Frage von Herrn Gallert beantworten wollen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich erlaube es. Sie erlauben daneben eventuell eine Frage von Herrn Dr. Polte?

Herr Scharf (CDU):

Ja.

Herr Gallert (PDS):

Herr Scharf, eine Bemerkung zu der freiwilligen Phase und zu der Frage der Einfügung in das Gesamtkonzept. Wenn man ehrlich ist und sich anschaut, wie viele Alternativen es für die vorgeschlagene Anzahl von Kreisen gibt, dann wird man feststellen, dass es letztlich faktisch keine freiwillige Phase gibt; denn es gibt kaum wirkliche Handlungsalternativen, die sich vor Ort finden können, ohne dass sie - mit Ausnahme von ganz wenigen Abweichungen - das Gesamtkonzept verletzen.

Meine Frage bezieht sich auf etwas Anderes. Sie haben eben gesagt, der Ministerpräsident hätte noch einmal ganz deutlich eine Zeitschiene für die Kreisgebietsreform genannt. Davon habe ich nichts gehört. Der Ministerpräsident hat gesagt: In dieser Legislaturperiode bereiten wir vor, aber es passiert nichts. Sie werden mir die Frage gestatten: Wann wollen Sie denn nun die neuen Kreise zusammenlegen?

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wann soll es beschlossen werden?)

Herr Scharf (CDU):

Herr Gallert, es ist nach unserer Auffassung so, dass wir in dieser Legislaturperiode im Jahr 2004 unser Leitbild so deutlich entwickeln müssen, dass alle wissen, wohin

sie sich in der freiwilligen Phase bewegen sollen. Ich kann mir vorstellen, dass wir bis zur Jahreshälfte schon einen erheblichen Teil der Arbeit auf den Tisch legen können.

Wenn Herr Gallert sagt, es gibt in dem kleinen Land Sachsen-Anhalt nicht unendlich viele Möglichkeit, wie man die Landkreise als Puzzle neu zusammenlegen kann, wenn man nicht unnötig viele Schnitte machen kann, so gebe ich ihm Recht. Aber trotzdem ist das ein schwieriger Prozess. Dieser Prozess ist mit vielen Gesprächen vor Ort zu verbinden. Wir können diesen Prozess nicht unnötig antreiben, weil wir die Menschen und die Politiker auf diesem Weg mitnehmen müssen.

Ich habe die gute Hoffnung, dass sich die Kreise und die Kreistage so auf den Weg machen, dass wir am Ende dieses Weges als Landtag die Möglichkeit haben, möglichst viele freiwillige Vorschläge zu bündeln und dann als Gesetz zu beschließen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wann denn?)

Das ist allemal besser.

(Zustimmung bei der CDU)

Das brauchen wir nach meiner Auffassung in dieser Legislaturperiode nicht mehr als Gesetz zu beschließen. Wir führen den Diskussionsprozess; wir müssen in dieser Legislaturperiode nach meiner Auffassung nicht mehr unbedingt das Gesetz beschließen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gallert, PDS: Wann sollen denn nun die neuen Kreise gebildet werden?)

Wir haben bisher vorgeschlagen, das wir diese Kreise im Jahr 2008 bilden sollten. Wenn sich jemand vorzeitig auf den Weg macht, wenn jemand den Weg vorzeitig erreicht und wenn es in ein Gesamtkonzept hineinpasst, kann dies auch vorzeitig passieren. Das ist die gegenwärtig gültige Zeitschiene. Ich kenne keine anderen Verabredungen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Vier verlorene Jahre! - Unruhe)

- Das sind keine verlorenen Jahre; man muss eine Kreisgebietsreform so gestalten, dass sie die nächsten 15, 20 Jahre hält. Dabei ist jedes Gespräch, das man vorher führt und das hinterher zu Rechtsicherheit führt, besser, als müssten wir hinterher vielleicht jahrlange Rechtsstreitigkeiten vor dem Landesverfassungsgericht führen.

(Beifall bei der CDU - Herr Bischoff, SPD: Ach! Da können Sie sich an den anderen Landtagen ein Beispiel nehmen!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Polte, bitte.

Herr Dr. Polte (SPD):

Herr Scharf, Sie haben eben ausgeführt - ich begrüße das ausdrücklich -, dass es, auch wenn sich einige schon geeinigt haben, keine Vorabgenehmigung in Bezug auf die Kreisgebietsreform geben wird. Das finde ich logisch. Es muss aus dem Gesamtkonzept kommen.

Aber ich denke, der gleiche Maßstab muss zum Beispiel auch im Hinblick auf die Stadt-Umland-Problematik anlegt werden. In diesem Zusammenhang sind aber gera-

de wieder neue Fakten geschaffen worden. Ich denke dabei nur an die Gemeinde Mittelland; diese ist genehmigt worden. Unabhängig davon, was dabei herauskommt, diesbezüglich sind die Messen gesungen. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, damit zu warten, bis das Gesamtkonzept auf dem Tisch ist?

Herr Scharf (CDU):

Herr Dr. Polte, Sie haben mich ein Stück weit überinterpretiert. Ich habe gesagt: Nach meiner Auffassung kann es keine Genehmigungen für Gebilde geben, die jetzt schon erkennbar nicht in ein Gesamtkonzept hineinpassen. Im Einzelfall kann das durchaus doch der Fall sein.

Aber ich gebe aber auch Herrn Gallert Recht, wenn er sagt: Bei dem kleinen Land Sachsen-Anhalt ist die Gefahr sehr groß, dass man auf diesem Feld Fehler macht. Deshalb plädiere ich sehr dafür, dass wir in der Diskussion über das Gesamtkonzept in diesem Jahr einen erheblichen Schritt weiterkommen, damit alle wirklich eine größere Sicherheit bei der Planung haben.

Was die Genehmigung des Neuzuschnitts von Kreisen betrifft, ist der Gesetzgeber der Verantwortliche. Irgendwann beschließen wir das als Gesetz. Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass wir in diesem Zusammenhang gesetzliche Bestimmungen in Kraft setzen, solange wir uns als Landtag nicht sicher sind, keinen Unsinn zu beschließen.

Das erfordert eine gewisse Zeit. Nicht nur die Landesregierung ist gezwungen und gehalten, den Abwägungsprozess rechtlich sicher und nachprüfbar zu gestalten. Auch der Landtag ist gehalten, das Kriterium der Meinungsbildung und der Meinungsfindung bei sich anzulegen. Deshalb haben wir mit großer Ernsthaftigkeit und nicht mit großer Hastigkeit zu reagieren.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt noch eine weitere Nachfrage. - Herr Dr. Püchel, bitte.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Kollege Scharf, ich schätze, wir werden über dieses Thema noch häufiger diskutieren. Eine Frage habe ich noch. Sie betonen immer die Probleme, die es mit Klagen usw. geben könnte. Sie waren maßgeblich an der ersten Kreisgebietsreform beteiligt. Ich frage Sie: Wie lange dauerte die Vorbereitung? Wie viele Klagen gab es? Wie viele Klagen gegen die erste Kreisgebietsreform waren erfolgreich?

Herr Scharf (CDU):

Herr Dr. Püchel, ich glaube, der Vergleich ist nicht ganz statthaft. Ich möchte mit einer vergleichenden Frage antworten: Wie viele Gesetze haben wir im ersten Jahr des Bestehens des Landes Sachsen-Anhalt beschlossen bzw. beschließen müssen, damit schnell alle staatlichen Grundlagen geschaffen werden konnten, die wir hinterher noch etwas verändern mussten?

Wir sind jetzt in einer anderen Situation als vor zehn Jahren. Wenn ich mir von den Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen erklären lasse, welche quälenden und zum Teil langen Auseinandersetzungen eine Kreisgebietsreform in Niedersachsen hervorgerufen hat, weil dort alle schon in den Schützengräben sind

(Herr Dr. Püchel, SPD: Aber hier nicht!)

- sie sind alle nicht mehr so in Bewegung -, dann sind wir, so denke ich, gut beraten, jetzt mit größerer Ernsthaftigkeit und mit größerer Vorsicht als noch vor zehn Jahren diesen Schritt zu gehen, den wir jetzt zu Anfang des neuen Jahrzehnts und neuen Jahrtausends gehen müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich plädiere sehr für Besonnenheit auf diesem Weg. Schnellschüsse können uns teuer zu stehen kommen. Schnellschüsse können zu quälenden, jahrelangen Diskussionen führen, die unnötig Kräfte binden.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Verzögern kommt uns noch teurer zu stehen!)

- Diesbezüglich habe ich Ihnen schon zugestimmt. Ich denke nur an die Verweigerung des Wohnungsabrissprogramms. Das ist klar.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was für eines?)

- Ich meine das, welches ich vorhin schon erwähnt habe. Es geht darum, dass Herr Heyer jahrelang die Wohnungen im Land Sachsen-Anhalt nicht abreißen wollte. Das war eine Verzögerung, eine schuldhafte Verzögerung.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Auch der Abgeordnete Herr Bischoff hat eine Frage. Gestatten Sie diese noch?

Herr Scharf (CDU):

Ja.

Herr Bischoff (SPD):

Schönen Dank, Herr Scharf. - Ich habe als Magdeburger eine Frage. Das ist eine ernsthafte Frage. Wie beurteilen Sie die Entscheidung am Montagabend, dass Barleben jetzt tatsächlich für 20 Millionen € ein Wirtschaftsgymnasium baut, während die Stadt Magdeburg - der Ministerpräsident hat den Stadtrat gelobt - 30 Schulen schließen muss, teilweise abreißen muss, weil sie nicht weiß, wie sie sie erhalten soll? Ist das vernünftig? Das hat etwas mit der Stadt-Umland-Problematik zu tun. Wie beurteilen Sie das?

Herr Scharf (CDU):

Ich glaube, Herr Bischoff, Sie gehen von einem falschen Ansatz aus.

(Frau Budde, SPD: Ach! - Herr Bullerjahn, SPD: Heute reden Sie nur drum herum, Herr Scharf! - Frau Budde, SPD: Das ist nicht die richtige Frage! Die Frage ist unzulässig!)

- Nein. Ich will mich nicht vor der Antwort drücken. Ich glaube, die richtige Frage, um Ihre Frage zu beantworten, ist: Ist das kommunale Selbstverwaltung oder nicht?

(Frau Budde, SPD: Ach, Herr Scharf!)

In meinen Augen ist das kommunale Selbstverwaltung. Trotzdem ist der Beschluss in meinen Augen unsinnig. Aber die Kommunen haben das Recht, so zu entscheiden. Ich denke, im Zweifel muss man den Kommunen das Recht auch lassen. Wenn Sie Ihren Gedanken

konsequent zu Ende denken, dann kommen wir wieder schnell zu der alten DDR, in der damals in Berlin beschlossen wurde, wohin eine Kaufhalle zu setzen ist.

(Zuruf: Richtig! - Unruhe)

Das ist die Konsequenz, die man ziehen muss, wenn man über Ihren Weg bis zu Ende nachdenkt.

(Frau Budde, SPD: Ach, Herr Scharf! Das haben Sie nicht nötig! - Zuruf von Frau Bull, PDS - Weitere Zurufe von der SPD und von der PDS)

- Sie lösen mit der Frage der Eingemeindung

(Minister Herr Dr. Daehre: Das Landabitur war auch nicht verkehrt!)

einen Teil der Strukturprobleme im Stadt-Umland-Bereich. Aber mit der Eingemeindung kommt wieder eine neue Grenze. An der neuen Grenze haben Sie auch wieder Strukturprobleme.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Es ist wichtig, dass wir die Strukturen richtig zuschneiden. Ich habe auch gesagt, dass wir schon in der Koalitionsvereinbarung vermerkt haben und jetzt der Arbeitsauftrag dazu erteilt worden ist, dass wir die Stadt-Umland-Problematik in dieser Legislaturperiode einer Lösung zuführen werden.

Dazu gehört eine wirklich genaue Bestandsaufnahme, nicht die Bestandsaufnahme aus dem Bauch heraus. Auch wenn die Kämmerer rufen und sagen, sie wollen den veredelten Einwohner auch in den anderen Gebieten haben, weil es mehr Geld gibt, dann ist das nicht das durchschlagende Argument.

Wir müssen die Strukturen und die Verflechtungsbilanzen richtig und ernsthaft untersuchen. Wenn dann etwas gesetzlich zu entscheiden ist, bin ich der Letzte, der nicht mitmacht. Aber einfach zu sagen, durch eine Eingemeindung wäre das Problem gelöst - da spreche ich auch einmal als Magdeburger -, wäre eine zu kurze Perspektive. - More questions?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: It's enough!)

Ich komme zum nächsten Feld, der Kinderbetreuung. Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Thema. Die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren gegen das KiFöG, das im Moment in Kraft ist, ist beendet. Wir werden bald erfahren, ob genügend Unterschriften gesammelt wurden.

Wir haben in einer Grundsatzdebatte den Dialog darüber angestoßen, wie wir die Kinderbetreuung in den nächsten Jahren im Lande Sachsen-Anhalt am besten zu organisieren haben. Wir sind der Auffassung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch das KiFöG gewährleistet ist und nicht dadurch beeinträchtigt ist. Diese Tatsache, meine Damen und Herren, wird in der aktuellen Diskussion immer wieder leicht vergessen und in den Hintergrund gedrängt.

Die CDU bekennt sich dazu, dass an erster Stelle die Eltern die Verantwortung für die Kindererziehung tragen.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Die Betreuung und die Erziehung von Kindern ist keine lästige Pflicht; sie ist vielmehr eine wichtige zu erfüllende Aufgabe.

Meine Damen und Herren! Von dem Volksbegehren und von einer möglichen Volksinitiative darf nicht das Signal ausgehen, dass der Staat an erster Stelle für die Erziehung und die Betreuung der Kinder zuständig ist.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Bull, PDS: So ein Unsinn!)

Freilich gibt es eine ganze Menge Gestaltungsspielräume. Deshalb werden in den Gesprächen, die wir den Initiatoren angeboten haben, die Handlungsspielräume für eine Einigung mit den Initiatoren ausgelotet. Leider ist unser erstes Gesprächsangebot von den Initiatoren abgeschlagen worden.

(Frau Dr. Weiher, PDS: Aus gutem Grund!)

Aber unsere Hand bleibt ausgestreckt.

Meine Damen und Herren! Die finanzpolitische Situation unseres Landes lässt aber kein Zurück zum alten KiBeG zu. Zu dieser Position stehen wir.

Die Kinderbetreuung ist ein wichtiger Aspekt in einer ganzheitlichen Familienpolitik. Wir dürfen aber die Familienpolitik nicht auf die Frage der Kinderbetreuung reduzieren. Auch das KiBeG hat die fatale Entwicklung bei den Geburten in Sachsen-Anhalt nicht umkehren können.

Wir können und müssen aber beim KiFöG nachjustieren. Insbesondere das elterliche Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich der Nutzung von Einrichtungen in freier Trägerschaft außerhalb der Wohnsitzgemeinde soll klarer geregelt sein. Dort haben sich Entwicklungen abgespielt,

(Frau Dr. Weiher, PDS: Das war aber nicht der Hauptpunkt!)

die wir, die CDU-Fraktion, so nicht billigen können. Deshalb müssen wir zur Not an die Gesetzesgrundlage herangehen.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU, und von Herrn Kurze, CDU)

Der Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung bei einem Ausfall der Betreuungsperson, meinst durch Krankheit, soll tatsächlich gewährleistet und möglichst flexibel ausgestaltet werden. Das ist eigentlich geltende Rechtslage. Aber wir haben die Beispielefälle ernst genommen, in denen sie im Land Sachsen-Anhalt offensichtlich nicht richtig funktioniert hat. Deshalb müssen wir an diese Themen noch einmal herangehen.

Aber, meine Damen und Herren, um die Menschen zu einer Familiengründung zu ermutigen, brauchen wir einen umfassenden Ansatz, der auch Maßnahmen auf der Bundesebene einschließt. Dazu gehört das CDU-Konzept des Familiengeldes. Das lasse ich nicht als ein „Konzept der drei K“ diffamieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist ein Konzept, das darauf hinausläuft, dass die Familienarbeit und die Erziehungsleistung in den Familien genauso gesellschaftlich anerkannt werden wie die Erwerbsarbeit.

(Beifall bei der CDU - Frau Bull, PDS: Mit 200 € Ich lache mich gleich kaputt! - Zurufe von der CDU - Unruhe)

Deshalb stehe ich zu dem Konzept des Familiengeldes.

Meine Damen von der PDS, wenn dahinter eine familienpolitische Diskussion über unser Bild von der Familie

stehen sollte, bin ich gern bereit, mit Ihnen diese Diskussion auch streitig zu führen. Es geht um die Zukunft der Familie in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Dazu gehören natürlich auch Arbeitsmarktreformen. Dazu gehört auch die bessere und stärkere Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente. Dies haben wir, die CDU, auf unserem Bundesparteitag in Leipzig als Programm beschlossen. Dazu gehören auch weitere steuerliche Erleichterungen. Dazu gehört vor allem eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas.

Wir können ja nicht anordnen, dass Kinder geboren werden. Wir müssen ein Klima erzeugen, in dem die Familien wieder Lust auf Kinder haben; dieses müssen wir mit ganzer Kraft anstreuen. Wenn wir das nicht schaffen, dann werden die Bevölkerungsprognosen zutreffen, die uns der eine oder andere jetzt schon einmal zugerechnet hat.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das Statistische Landesamt!)

- Das Landesamt ist nicht Schuld daran.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das hat die Zahlen geliefert, nicht der eine oder andere!)

- Moment, Herr Dr. Püchel. Wenn wir gegenwärtig eine Situation haben, dass die derzeitige Geburtenrate in Sachsen-Anhalt nur eine Reproduktion zu etwa 57 % gestattet, dann rechnet das Landesamt einfach die statistischen Zahlen hoch. Aber schon allein die Frage, mit welcher Reproduktionsrate wir vielleicht in fünf oder zehn Jahren zu rechnen haben, ist keine Frage, die das Statistische Landesamt beantworten kann. Das Statistische Landesamt kann gewisse Annahmen machen, ob diese aber wirklich eintreffen, hängt in erheblichem Maße damit zusammen, welche politischen Rahmenbedingungen wir in Sachsen-Anhalt und in Deutschland setzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Diesbezüglich haben wir uns eine Aufgabe gestellt: Wir müssen die Familienpolitik stärken, wir müssen einen gesellschaftlichen Klimawandel bis hinein in die Betriebe, bis hinein in die Vorstandetagen, bis hinein in die Propagisten der Spaßgesellschaft erzeugen. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir uns im Land Sachsen-Anhalt noch so viel über geschicktere Umverteilung unterhalten können - uns fehlt einfach die Masse -, wir werden das Problem dann nicht mehr lösen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Politik muss antreten, Entwicklungen genau zu analysieren. Aber sie muss auch in der Lage sein, den Menschen eine Perspektive zu geben. Um mit den Worten von Bischof Nowak zu sprechen: Wir müssen eine menschenfreundliche Perspektive geben.

Die Koalition hat die Zeichen der Zeit erkannt. Wir werden den Weg, den wir eingeschlagen haben, fortsetzen. Wir werden dort, wo wir festgestellt haben, dass Korrekturen vorgenommen werden müssen, diese Korrekturen auch ohne Scheu vornehmen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es uns gelingen wird, in diesem Dialog, in den wir die Menschen im Land Sachsen-Anhalt einbeziehen werden, mehr und mehr für unsere Ideen zu werben. Wir haben keinen bequemen

Weg aufzuzeigen; es wird ein mühsamer Weg sein. Aber es wird ein ehrlicher Weg sein, es wird ein wahrhaftiger Weg sein und dann wird es auch ein erfolgreicher Weg sein.

Wir in der Koalition sind gewillt, die nächsten beiden Jahre so weiter zu gehen, damit die Menschen im Land Sachsen-Anhalt eine gute Politik bekommen. Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben verantwortlich handelnde Politiker verdient. Wir haben eine verantwortlich handelnde Regierung. Die Koalition wird die Regierung in ihrem Handeln tatkräftig unterstützen und wir werden - mich lacht die Opposition so schön an - auch Kritik gern entgegennehmen. Wenn die Kritik richtig ist, dann werden wir sie auch beherzigen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank - Herr Dr. Püchel, SPD: Dann beeilen Sie sich!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Scharf. - Für die PDS-Fraktion wird die Fraktionsvorsitzende Frau Dr. Sitte sprechen.

Zuvor begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule „Am Salzigen See“ aus Röblingen. Seien Sie willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Dr. Sitte (PDS):

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Als Anfang März zum ersten Mal zu lesen war, dass der Ministerpräsident eine Regierungserklärung zur Standortbeschreibung seiner Politik und zur Richtungsvorgabe halten will, dachte ich nur: Na prima, jetzt hören wir die vierte Interpretationsvariante des Koalitionsvertrages.

(Zustimmung bei der PDS)

Die Qualität dieses Vertrages warf schon damals die Frage auf, womit sich die CDU-Opposition eigentlich acht Jahre lang in diesem Haus beschäftigt hat. Zudem wurde der alten Landesregierung in den letzten beiden Jahren gelegentlich vorgeworfen, sie hätte in ihren Schubladen Konzepte gehabt, diese aber nicht umgesetzt. In Bezug auf die Koalitionsvereinbarung bzw. den Koalitionsvertrag konnte man nur zu der Auffassung gelangen, dass Ihre Schubladen gänzlich leer waren.

(Beifall bei der PDS)

Bis heute gibt es nicht ein strategisches Leitbild, nicht wirklich eine identitätsstiftende Idee für Sachsen-Anhalt.

Sicherlich hört sich manches aus der Erklärung des Ministerpräsidenten schlüssig an, aber das Handeln der Landesregierung als Ganzes ist ganz und gar nicht schlüssig. Da werden Minister zurückgepfiffen, öffentliche Meinungsdifferenzen in Kernfragen in einer Weise ausgetragen, dass Betroffene dann oftmals überhaupt nicht mehr wissen, woran sie eigentlich sind und wohin es gehen soll. Wie oft musste daher der Ministerpräsident zu seinen schärfsten Waffen greifen, nämlich der Richtlinienkompetenz und der Regierungserklärung?

Wenn es sich um gelegentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionären handeln würde, könnte noch ein Mindestmaß an Verständnis aufgebracht werden. Aber so ist es nicht. Inhaltliche Unklarheiten durchziehen die CDU wie ein Pilzmyzel, das vergiftet

und Klima und Handeln lähmt. Das bedeutet, dass das Land überhaupt nicht in die Offensive kommt.

Andere Länder zu überholen, Herr Ministerpräsident, heißt nicht unbedingt, schneller geworden zu sein. Ebenso gut könnte sich das Tempo der anderen verringert haben.

Aber irgendwie war es schon bezeichnend, dass der Ministerpräsident genau in dem Moment zur Zukunftsdebatte aufrief, als ein Volksbegehren und Studierendenproteste gegen die Politik der Landesregierung in Gang gekommen waren. Als Debattenuftakt wurden sowohl die Ziele des Volksbegehrens als auch die der Studierendenproteste mit dem Etikett „Gruppenegoismen“ versehen. Bezeichnend war nicht einmal das grundsätzliche Zurückweisen dieser Forderungen, sondern der Umstand, dass es in beiden Fällen um Interessen genau der Bevölkerungsgruppe ging, die unsere Zukunft schultern soll.

(Beifall bei der PDS)

Die Bundesrepublik hat bekanntermaßen als großes Zukunftsthema die demografische Entwicklung der Bevölkerung. In Ostdeutschland wird sich die Zahl der Bevölkerung bis 2050 nicht nur halbieren, sondern die in viel geringerem Umfang vorhandenen Nachgeborenen wandern auch noch ab. Es ist dramatisch, was in diesem Zusammenhang auf uns zukommt. Dass immer weniger Kinder geboren werden und dass immer mehr, vor allem Junge, den Osten Deutschlands verlassen, ist nicht natürigesetzlich, sondern gesellschaftspolitisch verursacht. An dieser Stelle muss die Politik ansetzen, will man langfristig und nachhaltig gegensteuern.

Ja, die Jungen wollen sich etwas leisten. Okay, sollen sie auch. Aber zugleich wollen sie etwas leisten. Sie haben das während der Hochwasserkatastrophe im Land deutlich bewiesen. Dafür müssen sie eben auch jeweils eine Chance bekommen.

Der Dreh- und Angelpunkt Ihrer politischen Agenda ist aber mal wieder die Haushaltskonsolidierung. Das ist Ihr roter Faden - und das, obwohl auch hierbei keine Fortschritte zu erkennen sind. Sie tun trotzdem so, als lösten sich damit alle anderen Probleme in Luft auf, jedenfalls früher oder später. Selbst wenn Sie es schaffen, ab dem Jahr 2009 keine Kredite mehr aufzunehmen, so sind auch danach Jahr um Jahr Zinsen und Kredittilgungen aufzubringen.

Grundsätzlich ändert sich also an der Situation nichts. Sie kürzen trotzdem ohne Rücksicht auf Verluste und ohne erkennbare Prioritäten über alle politischen Felder hinweg.

Wir sagen: Diese Haushaltspolitik reicht nicht einmal zum Überwintern.

(Beifall bei der PDS)

Sie trägt nicht zu besseren Zeiten und sie bietet schon gar keine Option auf die Zukunft.

Was ist daraus zu schlussfolgern? - Das Herangehen der Landesregierung greift aus unserer Sicht zu kurz. Stattdessen muss gefragt werden: Welche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit das Land ohne neue Kreditaufnahme bei gleichzeitiger Schuldentlastung aus eigener Kraft existieren kann?

Eine Zukunft hat das Land auf jeden Fall. Aber welche? Bietet sie Lebens- und Arbeitsperspektiven? Was muss

unternommen werden, um die Abwanderung, insbesondere von jungen, mehrheitlich gut ausgebildeten Menschen langsam zu stoppen? Wir sagen: In der Zukunft junger Menschen in diesem Land entscheiden sich auch die Chancen aller anderen Generationen.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Wohlgemerkt: Wir huldigen damit nicht einem Jugendwahn und wir ergeben uns schon gar nicht der Spaßgesellschaft. Vielmehr soll sich aus diesem Ansatz ein neuer Generationenvertrag entwickeln.

Nun scheinen sich der Landesregierung - immerhin schon nach zwei Jahren - ähnliche Fragen aufgedrängt zu haben. Sie hat unlängst ein Arbeitspapier mit dem Titel „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ beraten. Ein Handlungskonzept soll entstehen, das der ungünstigen demografischen Entwicklung begegnen soll.

Man könnte nun annehmen, dass der Ministerpräsident der von ihm vor Monaten angestoßenen Zukunftsdebatte endlich Substanz geben will. Man könnte auch meinen, das sei jetzt Chefsache. Merkwürdig ist nur, dass die Federführung nicht bei der Staatskanzlei liegt, sondern beim Bau- und Verkehrsministerium. Darauf kommt man nicht gleich - obwohl, mit Verkehr hat es natürlich schon etwas zu tun.

(Beifalls bei der PDS - Zuruf: Na, na, na!)

Aber zurück zum ernsten Kern der Sache. Ich fürchte, dass diese Zuordnung auch ungewollt Auskunft über das Herangehen gibt. Es ist zu befürchten, dass ein struktureller Denkansatz nicht aus dem Sackgassendenken der letzten Jahrzehnte heraus führt. Dabei ist augenscheinlich, dass all diese Maßnahmen die Krise eigentlich nur vertieft haben. Deshalb muss die Politik endlich Gestaltungsbereitschaft zeigen und Widerstand leisten. Alternativen - Sie haben es selbst gesagt - sind gefragt.

Sie fordern innovative Ansätze und nennen zum Beispiel auch den innovativen und alternativen Landesentwicklungsplan der PDS in Sachsen. Merkwürdig ist nur, dass sich Ihre Parteifreunde dort aber ganz tapfer in Ignoranz üben. Daher sollte sich Ihre Kritik gleichermaßen auch auf Ihre Parteifreunde beziehen. Sie werden mir darin sicher zustimmen.

(Zustimmung bei der PDS)

Der Widerstand der Landesregierung gegen die Bundesregierung erschöpft sich in Forderungen, die so genannten Reformen nicht so halbherzig durchzuziehen - wenn schon reformieren, dann richtig.

Ein Beleg ist der jüngste Merkel-Katalog zum Umbau des Steuer- und Arbeitsmarktsystems. Belege sind auch die Forderungen zur Verlängerung von Arbeitszeiten und nicht zuletzt Ihre Vorstellungen von den Modellregionen in Ostdeutschland. Sie greifen aber eigentlich auf nichts anderes als auf alte Medikationen zurück und erhöhen lediglich die Dosen, obwohl der Patient schon lange Vergiftungssymptome aufweist.

Was ist zu erwarten? - Die Verunsicherung wird weiter wachsen. „Rette sich, wer kann!“, wird die Devise sein. Die Abwanderung wird sich verstärken. Wer hier bleibt, der wird noch weniger ausgeben. Wer irgendwie kann, der wird jeden freien Euro sparen und eben nicht ausgeben. Damit haben die Betriebe im Osten noch weniger Überlebenschancen, weil sie diese Kaufzurückhaltung als erste zu spüren bekommen. Sie werden ihrerseits

noch weniger investieren und erst recht kaum neu einstellen. Uns hier in Sachsen-Anhalt und die ostdeutschen Länder wird diese große Umverteilungsveranstaltung teuer zu stehen kommen.

Die Armut der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger wächst. Mehr arbeitende Arme wird es ebenso geben. Das alles steigert weder die Produktivität noch gibt es neue Impulse für die Entwicklung von Wachstumspotenzialen.

Meine Damen und Herren! Natürlich - jeder, der sich darum bemüht, weiß es - haben es Alternativen heutzutage schwer, weil der Begriff „Reform“ in seiner positiven Besetzung total verheizt wurde. „Veränderung“ ist schon fast synonym mit dem Wort „Verschlechterung“.

Wir würden aber unserem Verständnis von Opposition nicht gerecht, wenn wir nicht zugleich versuchten, Alternativen aufzuzeigen. Dass Alternativen gerade ungern öffentlich kommuniziert werden, sagt noch lange nichts über ihre Notwendigkeit und ihre Machbarkeit aus.

Deutschland galt bis in die 80er-Jahre als vorbildlich in der Schul- und Ausbildungspolitik, in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie in Forschung und Entwicklung. Im Gegensatz zu anderen Ländern wurde aber nicht weiter in diese Potenziale, in Produktivität, vor allem in jenen Teil, der aus dem technologischen Fortschritt herrührt, investiert.

Schaut man sich Ostdeutschland, insbesondere Sachsen-Anhalt, an, dann stellt man fest, die ersten zehn Jahre waren von einer anderen Tendenz gekennzeichnet. Es wurde gerade in Produktivität investiert. Die Wirtschaft und die Wissenschaften wurden durch enorme öffentliche Mittel gefördert. Die Produktivität erhöhte sich gewaltig - erst recht im Vergleich zur Ausgangsbasis in der DDR - und es begann ein Aufholprozess. Der Preis dafür war allerdings auch ein gewaltiger. Es kam nämlich zu einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, weil eine wachsende Produktivität eben deutlich weniger Arbeitsplätze schafft, als vorher abgebaut wurden.

Die Folge davon bleibt, dass alte Bundesländer heute im punktuellen Vergleich in vielerlei Hinsicht immer noch attraktiver, aber eben auch produktiver sind. So bleiben die Hauptmotive der Abwandernden: bessere Ausbildung-, Beschäftigungs- und damit auch Lebensperspektiven an anderen Orten. Weil das so ist, müssen wir unter dem Gesichtspunkt knapper Kassen Prioritäten genau an diesen Stellen setzen. Sachsen-Anhalt wird mit diesem Ansatz - Sie haben es selbst eingefordert - einen eigenständigen Entwicklungsweg verfolgen müssen, sonst wird sich keine eigenständige tragfähige Entwicklungsbasis gestalten lassen.

Wenn schon festzustellen ist, dass uns beispielsweise Ihre beiden Investitionserleichterungsgesetze keine Investorenschlängen beschert haben, dann sollte sich die Politik der Landesregierung wenigstens darauf konzentrieren, dass die vorhandenen Unternehmen und Unternehmer bleiben, dass schrittweiser Ausbau unterstützt wird, dass die Investitionsförderung und vor allem eine konsequente Innovationsförderung an den Anfang gestellt werden.

Auf der Mitteldeutschen Zukunftskonferenz, die kürzlich in Halle stattgefunden hat, haben sich viele Beiträge mit diesem Zusammenhang beschäftigt. Zahlreiche innovative Unternehmen sind insbesondere um Hochschulstandorte herum entstanden. Die sich aktuell andeutende Krise derartiger Unternehmen in Europa gefährdet

aber eben Wirtschaften wie die Sachsen-Anhalts viel stärker. Daher gehören innovative Unternehmen neben bestehenden mittelständischen Unternehmen tatsächlich in den Fokus der Wirtschaftsförderpolitik des Landes. Insofern werten wir Ihre Ausführungen auch als Ausdruck eines Umdenkens und begrüßen das.

(Zustimmung bei der PDS)

Die Grundlagen für wissensbasierte Produktion werden natürlich viel früher gelegt. Die Bildung selbst wird zur entscheidenden Ressource für die Zukunft des Landes und für soziale Perspektiven seiner Menschen. Diese Erkenntnis muss sich endlich konkret umsetzen. Dabei geht es wahrlich nicht nur um die Diskussion von Budgetfragen. Vor allem müssen Inhalte den neuen Herausforderungen angepasst werden.

Die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt - wir kamen heute schon darauf zu sprechen - durchläuft Sekundarschulen. Wenn diese Lernergebnisse in der Kritik stehen - das ist aktuell besonders der Fall -, dann muss eben darauf reagiert werden. Die Umsetzung des Sekundarschulprogramms der PDS-Fraktion würde zumindest jeder und jedem die Möglichkeit eröffnen, nach zehn Schuljahren einen soliden Schulabschluss zu erwerben, der weitere Bildungswege offenlässt.

(Zustimmung bei der PDS)

Dagegen wird nunmehr über einen möglichen Schulabschluss bereits weitgehend nach der vierten Klasse entschieden. Die Vollzeitschulpflicht wurde auf neun Jahre verkürzt.

Anstatt bewährten pädagogischen Konzepten aus Pisa-starken Ländern Raum zu schaffen, also das Verstehen endlich produktiv mit dem Wissen zu verknüpfen, den Lehrenden mehr Ruhe und Zeit für die Kinder und Jugendlichen zu geben, soll nun eine Flut von Tests und Klassenarbeiten sowie eine bürokratische Kontrolle der Lehrerschaft bessere Leistungen erzwingen.

(Minister Herr Becker kippelt mit dem Stuhl)

- Um Gottes willen, ich möchte Sie doch nicht stürzen. Das kommt erst später. Jetzt möchte ich ausreden.

(Heiterkeit)

Die Weiterentwicklung bzw. Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss gefördert werden. Zudem bedarf es einer flexibleren Schulentwicklungsplanung, um den unnötigen Verlust von Schulen zu vermeiden. Durch die Ausdünnung der Schullandschaft - das muss man sich auch einmal vor Augen halten - kommt Schule für viele im unmittelbaren Lebensumfeld einfach nicht mehr vor.

(Zustimmung bei der PDS)

Das prägt natürlich die Einstellungen gegenüber und auch die gesellschaftliche Wertschätzung von Schulen.

Neben inhaltlich anderen Ansätzen eröffnen sinkende Schülerinnen- und Schülerzahlen auch Spielräume, die wir nicht einfach in Haushaltslöchern versacken lassen sollten. Eine zukunftsfähige Planung darf nicht einfach am Tiefpunkt von Schülerinnen- und Schülerzahlen ansetzen. Vielmehr dürfen, wenn im Jahr 2006 die extrem schwachen Jahrgänge die Schülervkurve bestimmen, keine weiteren Schulen geschlossen werden.

(Zustimmung bei der PDS)

Das Konzept und der Gesetzentwurf der Initiative „Schule vor Ort“ trüge dem durchaus Rechnung. Die Landesregierung hat es allerdings nicht getan.

Letztlich werden keinerlei nachhaltig wirkende Maßnahmen ergriffen, um heute schon kontinuierlich für Lehrer- und Lehrerinnennachwuchs für die nächsten Jahrzehnte zu sorgen.

(Zustimmung bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Umfragen unter Jugendlichen belegen, dass ihre eigenen Ausbildungsperspektiven einen vorderen Platz im Denken einnehmen. - Ich erhoffe das auch von Ihnen.

Für viele Lehrstellensuchende und Lehrstellenbietende zeichnet sich allerdings ein dramatisches Bild ab. Weder die Voraussetzungen noch der Verlauf oder die Ergebnisse der Ausbildung befriedigen.

Selbst wenn sinkende Geburtenzahlen manch einem Anlass zur Hoffnung sind und ihn dazu bringen, die Stellen- und die Bewerberzahlen in Annäherung zueinander zu sehen, muss gesagt werden: Es bleibt unsere Aufgabe, die Qualität der Ausbildung zu verbessern.

Ansätze dafür, jungen Menschen hier dann wiederum Beschäftigung zu sichern, haben Sie durchaus entwickelt. Es gibt regionale Ansätze, die sich bewährt haben. Ich frage an dieser Stelle: Verdammt noch einmal, wieso werden sie nicht weiterentwickelt und wieso können sie nicht in dieser Konsequenz und Breite im Land zur Anwendung kommen?

(Beifall bei der PDS)

Sie kritisieren die Bundesregierung heftig wegen der Pläne zur Ausbildungsplatzabgabe. Sie selbst tragen zur langfristigen Änderung der Situation jedoch kaum etwas bei.

Sachsen-Anhalt - selbstverständlich möchte ich zu diesem Kapitel auch etwas sagen - röhmt sich immer noch damit, eine im bundesweiten Vergleich hervorragende Kinderbetreuung zu haben. Aber ich sage Ihnen: Es ist doch kein Ruhmesblatt, wenn man jetzt damit argumentiert, sich auf bundesdeutschem Durchschnitt einzumotzen.

(Beifall bei der PDS)

Es ist doch ebenso unrhühmlich, dass Kinder zeitweise von den Angeboten der Kindertagesstätten ausgeschlossen werden. Selbst wenn Sie, was wir im Übrigen begrüßen, diese Lebensphase bereits als Bildungsphase begreifen, dann findet Bildung dort eben nicht nur zwischen 9 Uhr und 12 Uhr statt, sondern zieht sich über den ganzen Tag hin. Es handelt sich ja schließlich um ein Bildungskonzept.

Abgesehen davon, dass Kinder nun wirklich nichts für die Arbeitslosigkeit der Eltern dafür können, ist es für viele Kinder eine schwer zu verarbeitende Erfahrung, dass sie nach einem halben Tag bei Erwerbslosigkeit eines Elternteils die Kindertagesstätte verlassen müssen. Natürlich können und sollten sich diese Eltern auch um ihre Kinder kümmern, was im Übrigen für die anderen Eltern genauso gilt.

(Zustimmung bei der PDS)

Natürlich sind ein liebevolles Zuhause und eine gute Familie immens wichtig. Da die Kindertagesstätte nicht das Elternhaus und umgekehrt das Elternhaus nicht die

Kindertagesstätte ersetzen kann, sind beide zusammen ein richtig starkes Paar zur Entwicklung der kindlichen Potenziale.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Eltern ihre Kinder früher holen wollen, so soll das möglich sein, aber nicht erzwungen werden. Wie gesagt: Im Mittelpunkt der Entscheidung sollten die Interessen der Kinder stehen. Ich sehe da keinen Widerspruch zu Interessen und Hoffnungen von Eltern.

Meine Damen und Herren! Dass sich die Generationen immer weniger zu verstehen scheinen, immer weniger voneinander wissen, wird gern einmal propagiert, vor allem dann, wenn gerade wieder etwas Schreckliches passiert ist. Dass es aber durchaus auch Wege aus dieser Ohnmacht geben kann, wird bei politischen Entscheidungen oftmals ausgeblendet, wie eben auch hier im Lande. Wie sonst wäre es zu erklären, dass Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Schulsozialarbeit durch Entscheidungen auf Landesebene in ihrer Existenz bedroht sind oder eingestellt werden mussten? Dieser Teil fehlt in der Regierungsbilanz völlig.

Soziale Auflösungserscheinungen der Gesellschaft, Generationenkonflikte haben immer eine längere Vorgeschichte. Wenn Kindern und Jugendlichen ein offizielles Bild über sie selbst vermittelt wird, das sie zum Problemfall für die Gesellschaft als Gemeinschaft macht, dann werden sie diese Gesellschaft auch nicht als Gemeinschaft wahrnehmen.

Junge Leute reagieren darauf natürlich völlig normal. Sie nehmen ihr Umfeld nicht als Gemeinwesen wahr, und sie konzentrieren sich dann natürlich vor allem auf ihren eigenen Lebensabschnitt, auf ihre eigene Lebensperspektive. Der Ministerpräsident hat im Falle fehlender Perspektiven im Land jungen Leuten die Botschaft gesandt, sich dann eben anderswo ihre Chancen zu sichern. Im Unterton - das finde ich fatal - schwingt die Botschaft mit, dass wir dann ohne sie auskommen werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage: Wir können es nicht, wir schaffen es nicht oder die nachwachsenden Generationen. Deshalb muss die Botschaft sein, dass sie in unserer politischen Rangliste einen Platz ganz oben einnehmen. Wenn aber permanent in diesen Bereichen gekürzt wird, dann sind nicht nur die Zahlen selbst das Problem, sondern auch das damit verbundene Signal.

Ein Eindampfen von Bildungsausgaben setzt sich fort. Studium, Lehre und Forschung drohen Substanzverluste in Qualität und Quantität. Im Hinblick auf die morgige Debatte über die Novelle zum Hochschulgesetz will ich nicht auf sehr viel Einzelnes eingehen. Eine Frage jedoch muss ich schon erörtern. Die Frage ist: Wird Ihre Wissenschaftspolitik dem Land mehr und neue qualitative Wachstumspotenziale erschließen? Werden junge Leute und Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler einerseits an unseren Hochschulen einen Entwicklungsräum finden, der ihren eigenen Maßstäben an Bildung jenseits vom Rechtfertigungsdruck ökonomischer und beruflicher Verwertbarkeit Chancen eröffnet?

(Herr Tullner, CDU: Gucken Sie mal nach Berlin!)

Können sie andererseits die Perspektive eigenständiger wirtschaftlicher, beschäftigungspolitischer, sozialer und

ökologischer Entwicklung dieses Landes nachhaltig mitprägen? Wissensbasierte Produktion und innovative Technologien und Produkte bedürfen motivierter und engagierter Fachkräfte, aber eben auch mit einem kritischen Blick fürs Ganze. Sie werden zugleich eine wichtige Brücke für die Weiterentwicklung der mittelständischen Basis schlagen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickeln sich aktuell zu einem neuen Unternehmertyp.

In der Hochschulpolitik des Landes stehen Strukturentscheidungen auf der Tagesordnung, die auch jene Angebote ausdünnen, die insbesondere von Studentinnen, teils mit Kind, belegt wurden. Konkrete Beispiele sind die Verlagerung der Heilpädagogik und der Lehramtsausbildung, bei denen der Anteil weiblicher Studierender deutlich höher ist. Diese werden vielfach den verlagerten Studiengängen im Lande nicht folgen, sondern das Land verlassen bzw. gar nicht erst kommen.

(Zustimmung bei der PDS)

Wenn wir aber wissen, dass überdurchschnittlich viele junge qualifizierte Frauen - das ist statistisch erwiesen - dieses Land heute schon verlassen, dann müssen wir solche Entwicklungen erst recht revidieren.

(Zustimmung bei der PDS)

Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Familienpolitik ist jetzt Ihr ganz, ganz großes Zauberwort. Da droht die Ersetzung von Gleichstellung durch Familienbeauftragte. Ein politischer Ansatz gerät in Widerspruch zur Umsetzung der grundgesetzlichen Pflicht, auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken, nicht nur bezogen auf Familien.

(Zustimmung bei der PDS)

Das Aufgabenspektrum wird eingegrenzt, und der Gender-Mainstreaming-Ansatz droht sich zu verlieren. Trotz Ihrer Politik wird es glückliche Familien in Sachsen-Anhalt geben, die sich mit Problemen herumschlagen müssen, für die Familienbeauftragte oder eben das geplante Familienleistungsgesetz dann keine Angebote und Hilfen geben können. - Ich habe das gestern noch einmal für mich Revue passieren lassen: Es reicht alles nicht nach 20. Jahrhundert, sondern es reicht verdächtig nach 19. Jahrhundert.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Die Frauen von heute erwarten zu Recht, dass sie sich nicht als familienpolitisches Problem in offizieller Politik wiederfinden. Da möchte man schon zynisch vermuten: Wenn Frauen - um an dieser Stelle Herrn Biedenkopf zu zitieren - nicht eine so ausgeprägte Erwerbsneigung hätten, dann wäre es aus Ihrer Sicht, also aus der Sicht der CDU, um Demokratie und Familie weit besser bestellt.

Manche Ideen der Landesregierung gehören für mich schon aufs Kleinkarierte. Dieser fehlende Blick nach vorn, das fehlende Verständnis für langfristige Wirkungen zeigen sich dann eben auch dramatisch im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ammendorf hat für mich, ob Sie es wollen oder nicht, Symbolcharakter. Hochinnovative Technik, eine hochqualifizierte Stammbelegschaft rechnen Sie zu den Spänen, die Globalisierung und Marktwirtschaft halt gelegentlich fallen lassen. Wieder einmal hat es uns getroffen. Was Bombardier im fernen Kanada beschloss, wird sein.

Natürlich, Herr Ministerpräsident, brauchen wir global verbindliche soziale Absprachen. Da habe ich überhaupt

keine Differenz zu Ihnen. Deshalb gebe ich Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich völlig Recht. Aber wer fängt eigentlich wann damit an?

(Beifall bei der PDS)

Im Übrigen würde ich zu gern wissen, ob Sie diese schlechte Nachricht bereits nach Ihrem Kanadabesuch im Gepäck hatten und nur nicht der Überbringer sein wollten.

(Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

- Ich habe das alles im Konjunktiv formuliert. Ich kann mir ja mal die Frage erlauben. - Bereits damals haben Ministerpräsident und Wirtschaftsminister nämlich nicht eine einzige Sekunde den Eindruck erweckt, als wolle man noch kämpfen.

(Herr Tullner, CDU: Unverschämt!)

- Darüber kann man noch reden, was wirklich unverschämt ist. - Wenn es gestern in Berlin einen Aufschub gab, dann ist das einzig und allein der Belegschaft, dem Betriebsrat und der IG Metall zu verdanken.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Mit der Schließung des letzten größeren Produktionsbetriebes in Halle verließe wieder ein ganz schlimmes Signal dieses Land. Weil die Beschäftigten, ihre Familien, die Zulieferer und viele andere mehr um die Zukunft in Halle, um ihre Zukunft im Land kämpfen, haben wir jetzt alle Differenzen zu begraben und nur noch eine einzige Aufgabe: nichts, aber auch gar nichts unversucht zu lassen, um innerhalb einer konzentrierten Aktion bis Juni eine Rettung für den modernsten Betrieb Europas im Schienenfahrzeugbau auf die Beine zu stellen. Damit sollten Sie auf der morgigen Ministerpräsidentenkonferenz anfangen.

(Beifall bei der PDS)

Lassen Sie mich an dieser Stelle Helge Klassohn - nicht Marx; ich habe mir das überlegt, ich habe Helge Klassohn genommen -, Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Sachsen-Anhalt, zitieren. Er schrieb unlängst „von der Bewahrung des Menschlichen in der globalen Konkurrenzgesellschaft“. Auch für Bombardier gilt das Grundgesetz: Eigentum verpflichtet, sagt es. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Darin steht nichts von Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit zulasten von Millionen Arbeitslosen im Land.

(Beifall bei der PDS)

Im Gegensatz dazu liegen Sie auf einem ganz anderen Politikfeld, auf dem Sie wirklich alle Möglichkeiten hätten, im Rückstand. Das ist die Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform. Sie wissen, dass die Vorarbeiten dazu weit gediehen waren. Sie könnten modern, kreativ und innovativ ohne Ende sein. Sie haben all diese Ansätze, die es gegeben hat, hier vom Tisch geschoben und ignoriert.

(Zustimmung bei der PDS)

Heute holen Sie gelegentlich dies oder jenes, was sich als durchaus richtig erwiesen hat und was der Realität entspricht, hervor und reden darüber. Auch heute haben

wir von Ihnen dazu kein geschlossenes Konzept vorgelegt bekommen bzw. die Ausführungen von Herrn Scharf und des Ministerpräsidenten haben gezeigt, dass es durchaus noch einige Dinge gibt, die zu klären sind, und wenn es nur der Zeitplan ist.

Dass damit das Ressort endgültig zum Schwachpunkt wird, ist für die PDS eine landes- und personalpolitisch unverantwortliche Entwicklung. Die Rochaden von Staatssekretären schwächen im Grunde genommen die verantwortlichen Ressorts noch mehr. Dass an dieser Stelle eben auch das Ministerium für Bau und Verkehr mit ins Spiel kommt, ist ebenfalls bezeichnend.

(Minister Herr Dr. Daehre: Raumordnung, Frau Kollegin! Raumordnung, bitte!)

- Entschuldigung.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ich dachte, Kompetenz!

- Minister Herr Dr. Daehre: Landesplanung und Raumordnung!)

- Ich weiß, das war ursprünglich beim Umweltministerium. Sie haben es jetzt bekommen. Wir haben damit auch viel Beton bekommen.

Die PDS-Fraktion ist dennoch nach wie vor zur konstruktiven Begleitung bereit. Wir haben in der letzten Landtagssitzung unser Reformkonzept vorgestellt, und wir sind auch weiterhin bereit, an den Diskussionen teilzunehmen.

Abschließend will ich eines sagen: Mit Regierungserklärungen, Ankündigungen und Behauptungen ist kein Staat zu machen. Sie sind den Nachweis politischer Gestaltungs- und Handlungsziele noch immer schuldig geblieben. Sie sind ein strategisches Leitbild für Sachsen-Anhalt noch immer schuldig geblieben.

Probleme als Probleme zu bezeichnen mag durchaus ehrlich sein - das ist auch nicht für jeden Politiker typisch -, es ist aber eindeutig zu wenig. Sie sind gewählt worden, um offensiv an der Lösung der Probleme dieses Landes zu arbeiten. Dazu kann ich eben nur sagen: Bringen Sie den Laden in Schwung. Geben Sie Ihrer Regierung endlich Dynamik; sie hat es bitter nötig.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Tögel, SPD, und von Frau Fischer, Leuna, SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Dr. Sitte. - Für die FDP-Fraktion wird der Fraktionsvorsitzende Herr Lukowitz sprechen. Bitte sehr.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Jetzt kommen die jungen Revolutionäre!)

Herr Lukowitz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Bundeskanzler wurde in einem Interview kürzlich vom „Cicero - Magazin für politische Kultur“ befragt:

„Haben Sie gedacht, dass die Probleme und die Kritik so knüppeldick auf Sie hereinprasseln?“

Seine Antwort:

„Es kommt wohl immer anders, als man denkt. Es ist alles wesentlich komplizierter und schwieriger geworden. Der Problemdruck ist gewaltig.“

Auf die anschließende Frage, meine Damen und Herren, welches Gefühl überwiege, Macht oder Ohnmacht, gab er die Antwort:

„Wohl zum Erstaunen muss ich sagen: nicht eigentlich Ohnmacht.“

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 26. März 2004 hieß es dazu: „.... wohl wissend, dass die Maßnahmen der Agenda 2010 erst mittelfristig Erfolg zeigen werden - mittelfristig heißt sicher nach 2006“.

Meine Damen und Herren! Der Kanzler regiert aber schon seit sechs Jahren. Und SPD und PDS haben acht Jahre lang in Sachsen-Anhalt regiert.

(Zuruf von Herrn Höhn, PDS)

Was ist in dieser Zeit alles nicht passiert, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und von Minister Herrn Dr. Daehre - Herr Dr. Püchel, SPD: Beifall, Beifall! - Zuruf von Herrn Gallert, PDS - Minister Herr Dr. Daehre: Ja, ja, wo er Recht hat, hat er Recht! - Zuruf von Frau Dr. Kuppe, SPD)

- Wir reden heute lediglich über zwei Jahre. Ich habe eigentlich nur Kritisches gehört, aber ich mache dazu noch ein paar Ausführungen.

(Herr Sachse, SPD: Machen Sie mal!)

Ich bleibe bei dem Positiven. Meine Damen und Herren! In der Agenda 2010 stehen für deutsche Verhältnisse Schwergewichte. Da kann es richtigerweise viele Meinungen geben wie: viel zu spät, nicht konsequent genug, nicht weitgehend genug usw. Aber politisch mutig und in die richtige Richtung gehend ist dies allemal. Das ist meine ganz persönliche Meinung, die sich sicherlich auch von dieser oder jener FDP-Meinung in Berlin und vielleicht auch in unserem Lande unterscheiden kann.

(Zustimmung von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Aber genauso, wie ich diesen mutigen Schritt des SPD-Kanzlers respektiere - ich hoffe, er bleibt auch in wichtigen Dingen bei der Stange, wie zum Beispiel in Bezug auf die Einführung einer widersinnigen Ausbildungsplatzabgabe -, erwarte ich auch eine faire Beurteilung der Regierungspolitik in Sachsen-Anhalt, auch durch die Opposition in diesem Landtag.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ja!)

Davon war auch heute leider überhaupt nichts zu spüren. Die Beiträge der Opposition waren nichts weiter als eine Mischung aus Pessimismus, zielloser Kritik und populistischen Luftschlössern, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Das ist aus meiner Sicht nicht nur ärgerlich, sondern auch verantwortungslos.

Sie, Herr Ministerpräsident Professor Böhmer, sind heute sehr ausgewogen auf die Lage im Land eingegangen. Sie haben berechtigterweise mit Genugtuung auf viele nennenswerte Erfolge hingewiesen.

(Herr Höhn, PDS: Welche?)

Sie haben aber weder gejubelt, noch haben Sie die vielen, vielen Probleme und Aufgaben, die unser Land in naher und mittlerer Zukunft haben wird, unter den Tep-

pich gekehrt. Dafür bin ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr dankbar.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Auch wir, die FDP, haben in den vergangenen zwei Jahren den Versuch unternommen, den Menschen - Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Arbeit Suchenden, Schülern und Rentnern - eine sehr transparente und verlässliche Landespolitik anzubieten. Wir Liberalen haben dabei den eher unfreiwilligen Vorteil, für die politische Entwicklung auf der Landesebene in den vergangenen acht Jahren keine Erklärungen abgeben zu müssen,

(Herr Dr. Püchel, SPD: Und in zwei Jahren wieder!)

wie das hier im Hause oft hin und her geht.

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Ich habe heute von Verhinderungslösungen, von Baustopps und von allen möglichen Dingen gehört. Daran brauchen wir uns nicht zu beteiligen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Nein!)

Die PDS aber tut so - auch heute -, als sei sie in dieser Zeit, in der die Wirklichkeiten klar hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben sind, gar nicht da gewesen. Doch sie hat acht Jahre lang in Sachsen-Anhalt mitregiert.

(Frau Dr. Klein, PDS: Ja, ja! - Herr Gallert, PDS: Es gibt ein Gerichtsurteil dazu!)

Die SPD scheint langsam ein neues Politikverständnis zu entwickeln. Jens Bullerjahn präsentierte sehr differenziert seine Zukunftsstrategien, leider ohne die Ursachen für den schwierigen gegenwärtigen Zustand wirklich zu analysieren. Jedoch hat er auch Länder übergreifend Aufmerksamkeit erzeugt, und das hat diese Arbeit auch wirklich verdient.

(Zustimmung von Herrn Dr. Püchel, SPD)

So las ich kürzlich in den „Kieler Nachrichten“ vom 24. März 2004, dass der neue Realismus in Sachsen-Anhalt nunmehr auch die oppositionelle SPD erfasst habe und dass Jens Bullerjahn damit mit sämtlichen Illusionen aufgeräumt habe, was in seiner Schonungslosigkeit auch weitgehend auf die anderen Bundesländer übertragbar sei.

(Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank - Herr Dr. Püchel, SPD: Tolles Kompliment!)

Ich denke, Ihr Werk, sehr geehrter Herr Bullerjahn, hat alle im Land noch einmal aufgerüttelt. Wir werden dafür sorgen - gern auch mit Ihrer Unterstützung -, dass uns der Pessimismus und die Selbstaufgabe nicht einholen. Vielmehr sollen das Lebenswerk vieler Sachsen-Anhalter, die Traditionen, die Zukunftsvisionen und vor allem auch eine gescheite Landespolitik helfen, Ihre doch eher düsteren Prognosen nicht eintreten zu lassen, sondern sie als Motivationsschub zu nutzen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Genau in diesem Sinne bewerte ich auch die Regierungarbeit von CDU und FDP. Ich denke, wir sind in den vergangenen zwei Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Einige Fakten, die das belegen können:

Die Wirtschaftspolitik zeigt erste Erfolge. Wie Analysen belegen, beginnt Sachsen-Anhalt zaghafte, aber nachhaltig, sich von der in allen Bereichen fast schon gewohnten roten Laterne zu verabschieden. Die Exportquote steigt, die Industriedichte verbessert sich enorm. Ähnliches gilt für wichtige Infrastrukturprojekte im Land.

Fakt ist: Mit einem Umfang von 5 Milliarden € führt Sachsen-Anhalt die Rangliste der neuen Länder in Bezug auf ausländische Investitionen an.

Fakt ist: In den Industriebetrieben des Landes gibt es ein überdurchschnittliches Wachstum. Der Umsatz stieg im Jahr 2003 um 9,8 %. Das macht sich auch bei Neueinstellungen bemerkbar. Ende 2003 waren 1 200 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als zu Beginn des Jahres. Dies entspricht einem Zuwachs bei den Arbeitsplätzen in der Industrie von immerhin 1,1 %.

(Zustimmung bei der FDP)

Fakt ist, dass sich die konsequente Investitions- und Ansiedlungsoffensive mit öffentlich geförderten Investitionen von rund 3,3 Milliarden € sehen lassen kann. Ich könnte das fortsetzen, meine Damen und Herren, mit Konkretisierungen aus dem Fahrzeugbau, der Informationstechnologie, der Chemie, der Biotechnologie.

Die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist ein weiterer wesentlicher liberaler Faktor zukünftiger Mittelstandspolitik.

Dagegen - das sage ich auch klar und deutlich - stehen die vielen Tagesnöte der Klein- und Kleinstunternehmen, die täglich um das wirtschaftliche Überleben kämpfen müssen. Dagegen stehen solche riesigen Probleme wie gegenwärtig in Halle-Ammendorf - dazu ist heute schon einiges angesprochen worden - oder Doppstadt oder KSR Automotive oder Rege Magdeburg, um nur einige zu nennen. Teilweise zeichnet sich offensichtlich bei MKM auch eine Besorgnis erregende Situation ab.

Also: Zeit und Anlass zum Zurücklehnen oder zur Zufriedenheit ist keinesfalls vorhanden. Am Ende werden wir alle fast ausschließlich daran gemessen, ob im Saldo spürbar neue Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt entstanden sind oder nicht.

Infofern hat das Rehberger-Ministerium bei aller gelegentlichen, auch berechtigten Euphorie noch deutlich alle Hände voll zu tun, und das weiß Horst Rehberger auch. Deshalb sollte für die weitere Regierungsarbeit innerhalb der Koalition gelten:

Erstens. Das Prinzip der Gießkannenförderung hat endgültig ausgedient, meine Damen und Herren. Masse durch Klasse ersetzen zu wollen taugt nicht mehr. Deshalb geht es nunmehr um die Konzentration der staatlichen Förderung auf Schwerpunktbranchen und -regionen, so wie es der Wirtschaftsminister angekündigt hat und schrittweise auch schon praktiziert.

Zweitens. Dem Schwergewicht Mittelstand ist eine deutliche Priorität einzuräumen. Dazu ist unter anderem die Investitionsbank zu dem zentralen eigenständigen Förderinstitut zu entwickeln. Wir erwarten eine deutliche Bündelung von Förderprogrammen und vor allem eine Einheit von Beratung und Finanzierungsbegleitung für den sachsen-anhaltischen Mittelstand.

Drittens geht es uns um eine wesentlich effektivere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere in der Grundlagenforschung und Produktentwicklung als Ausgangspunkt für Startups oder als Anreiz für interna-

tional tätige Unternehmen. Ein Vorschlag dazu wäre: 30 % der staatlich finanzierten Grundlagenforschung sollten produktgebunden werden.

Viertens. Wir brauchen neue Impulse in der Osteuropa-Initiative. Osteuropa ist - ich glaube, Herr Scharf hat das vorhin schon angeschnitten - für uns in erster Linie nicht eine wirtschaftliche Bedrohung, sondern eine wirtschaftliche Chance.

Einen letzten Punkt halte ich in diesem Zusammenhang noch für besonders wichtig: Das ist unser Wirtschaftsprojekt Mitteldeutschland. Auf die Zukunftskonferenz, die kürzlich in Halle stattgefunden hat, ist schon hingewiesen worden. Dort hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Regionenmarketing Mitteldeutschland GmbH, Herr Groot, gefordert, die Länder müssten schneller und besser zusammenarbeiten, die Wirtschaft in Mitteldeutschland brauche Dynamik. Dieser Forderung schließe auch ich mich in vollem Umfang an.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Waren Sie dort? Waren Sie bei der Veranstaltung?)

- Ich habe gut nachgelesen, Herr Püchel. Das machen Sie doch auch manchmal, oder?

Zu einem weiteren Schwergewicht liberaler Politik, der Bildung und Wissenschaft. Hierbei sind wir - das sagen wir ganz deutlich - im Land deutlich vorangekommen. Die dabei sehr engagierte, öffentliche und breite Diskussion war zweifelsohne notwendig und für die Entscheidungsfindung unabdingbar. Wir haben budgetiert, wir haben die Hochschulautonomie gestärkt, was ein urliberales Prinzip ist. Wir werden morgen - davon gehe ich mit Sicherheit aus - ein zukunftsweisendes Hochschulgesetz beschließen, in dem auch Strukturen justiert werden, die die Innovationskraft unseres Landes deutlich unterstützen werden und die wir uns - das ist besonders wichtig - tatsächlich auch dauerhaft leisten und die wir auch bezahlen können, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und von Frau Wybrands, CDU)

Gleiche Maßstäbe haben wir an eine deutliche Korrektur der Bildungs- und Schulpolitik angelegt. Wir haben einen klaren Schlussstrich unter alle Abarten der schon sprichwörtlich gewordenen „Kuschelpädagogik“ gesetzt und Schule wieder mit einem klaren Leistungsanspruch versehen. Das sind wir gerade als Landespolitiker unserer ganz jungen Generation einfach schuldig.

Die Regierung hebt in letzter Zeit familienpolitische Akzente sehr hervor. Entsprechende Vorschläge wurden heute ja vom Ministerpräsidenten und von meinem Kollegen Scharf vorgestellt. Das unterstützen wir prinzipiell, ganz ohne Frage,

(Herr Dr. Püchel, SPD: Aber?)

doch wählen wir auch bei der Beurteilung dieser wichtigen Problematik einen ganzheitlichen Ansatz: Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass Familienpolitik nur als Teil einer Bevölkerungspolitik insgesamt sinnvoll ist und nur im Zusammenhang mit einer primären Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik einerseits und einer innovativen Bildungspolitik andererseits zu bewerten und auch im Detail zu entscheiden ist.

Zu einem letzten Punkt - meine Damen und Herren, ich muss auf die Uhr gucken -: Verwaltungsmodernisierung. Diese hat ja heute schon eine große Rolle in der Debatte gespielt. Ich bin, meine Damen und Herren, so vermes-

sen zu behaupten: Keine andere Landesregierung zuvor hat die Verwaltungsmodernisierung so konsequent und zeitnah vorangetrieben

(Lachen und Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

wie unsere Koalition in nur zwei Jahren.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sie müssen auch ernst bleiben dabei!)

- Ich erläutere das ja jetzt noch, Herr Püchel.

(Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

Mit der unglaublich zügigen Überführung - Sie haben das ja nicht geschafft - der drei Regierungspräsidien in ein Landesverwaltungsamt und einer zukunftsgewinnenden Verwaltungsreform auf gemeindlicher Ebene ist wirklich ein beachtlicher Schlag, der auch über die Landesgrenzen hinaus gut beachtet wurde, gelungen.

(Zuruf von der SPD: Ach ja!)

- Das ist ja ein großes Paket insgesamt, das sollte man wirklich nicht kleinreden, ich halte das auch für verkehrt.

Doch jetzt dürfen wir - dazu stehe ich auch - uns nicht ausruhen und auch nicht vor unliebsamen Entscheidungen drücken. Eine Koalition, die sich zu einem Landesverwaltungsamt und zu großen leistungsfähigen Verwaltungsverbünden auf Gemeindeebene und großen Einheitsgemeinden bekannt hat, darf rein logischerweise vor einer Gebietsneuordnung der Kreisgebietslandschaft und vor einer klar subsidiär orientierten Funktionalreform nicht zurückschrecken, meine Damen und Herren. Genau deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion sich aufgemacht, Hilfen in die Hand zu geben, die dazu geeignet erscheinen, noch in dieser Legislatur zu klaren und eindeutigen gesetzgeberischen Entscheidungen zu gelangen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Aha!)

- Es kann ja auch einmal zwischen Koalitionspartnern nicht deckungsgleiche Vorstellungen geben.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sie werden sich auch durchsetzen, ja?)

Dazu hat die FDP-Landtagsfraktion vor zwei Tagen ihr umfassendes Leitbild der Öffentlichkeit vorgestellt und präsentiert. Lieber Herr Kollege Püchel, abschließend von mir: Ich kann Sie zumindest in zwei Punkten beruhigen. Zum ersten hat der Ministerpräsident heute deutlich gemacht, wie nahe die Koalitionspartner auch bei dieser wichtigen Frage mittlerweile wieder beieinander stehen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von Herrn Püchel, SPD, und von Herrn Gallert, PDS)

- Das muss Herr Scharf mit dem Ministerpräsidenten regeln. Das ist seine Angelegenheit. Ich habe heute gespürt, dass wir doch eine sehr große Nähe in unseren Vorstellungen haben.

(Lachen bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Eine richtige Männerfreundschaft!)

Zweitens, lieber Herr Dr. Püchel, wollen wir - wenn Sie unser Leitbild richtig gelesen haben - diesen Reformprozess - im Jahr 2007 die Kreisgebietsreform und im Jahr 2008 die Funktionalreform - umsetzen. Dafür ist es notwendig - und davon gehen wir aus -, dass dann die

FDP in Sachsen-Anhalt noch in diesem Landtag ist und wahrscheinlich auch in der Regierung. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Lukowitz. - Für die Landesregierung - - Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Entschuldigung, meine Damen und Herren, wenn Sie mich so auffordern, dann muss ich ja wohl, aber eigentlich wollte ich nicht.

(Herr Bullerjahn, SPD: Sie wollten nicht?)

Ich will das mal ganz ehrlich sagen: Ich habe natürlich meine Aufgabe darin gesehen, zuzuhören. Das ist klar, und ich gehe immer davon aus, es könnte auch von der Opposition einmal ein richtig guter Vorschlag kommen, den man sich nicht entgehen lassen sollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Haben Sie einen gehört?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Damit mir nur nichts entgangen ist. Den einzigen vernünftigen Vorschlag - der Osteuropa betraf - habe ich jetzt von Herrn Lukowitz gehört. Das ist nämlich ganz wichtig für die nächste Zeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Da werden wir aufpassen müssen, dass wir da mit dabei sind. Aber alles andere war doch rhetorische Akrobatik, Wunschdenken.

Am schönsten hat es bei uns in Sachsen-Anhalt die PDS. Die war ja eigentlich immer Opposition. Die war nie in der Verantwortung. Die war früher einmal gestaltende Opposition - das haben wir alles gehört -, aber so richtig in der Verantwortung war sie nicht. Und selbst Sie wissen, dass das ein Fehler war, dass Sie sie nicht in die Verantwortung genommen haben. - Nicht? - So ist das.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Deswegen hat eigentlich die PDS als Einzige immer alles richtig gesagt, weil sie nie etwas hat machen und verantworten müssen. Da kann man sich natürlich die Sache dann langsam schenken.

Zu den Kollegen von der SPD. Mein lieber Herr Dr. Püchel, ich hätte - das muss ich einmal sagen - eigentlich ein bisschen mehr erwartet. Sie sollen mich nicht loben. Das erwarte ich nicht.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Damit wir uns da nicht falsch verstehen: Ich erwarte nicht, dass Sie mich loben. Wir sind in einem Parlament, in dem es Opposition und Koalition mit unterschiedlichem Rollenverhalten geben muss. Das halte ich für normal.

(Herr Bullerjahn, SPD: Genau!)

Aber ich will trotzdem zuhören und fragen: Hat er nicht einmal eine bessere Idee? Was Sie gebracht haben, das

war Querulantenstadel. Sie haben gesagt, was Sie eigentlich alles nicht richtig gefunden haben, aber es war doch nichts substanzielles anderes.

(Herr Bischoff, SPD: Mit den acht Jahren!)

- Ja, mit den acht Jahren, mein lieber Herr Bischoff. Gut, dass Sie mir das gesagt haben.

(Zurufe von der SPD)

Nun will ich einmal erzählen, wie die Problematik mit der Arbeitslosigkeit war, weil Herr Bullerjahn gefragt hat. Es ist richtig, Herr Bullerjahn - daran erinnern wir uns bei - , dass wir schon im Frühjahr 1994 das Land waren, das plötzlich die höchste Arbeitslosigkeit hatte. Ich war damals Sozialminister. Ich war für den Arbeitsmarkt zuständig. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie mich Ihre sozialpolitische Sprecherin Frau Dr. Kuppe in diesem Parlament fertig gemacht hat. Ich bin noch nie in meinem Leben so beschimpft worden wie damals von Frau Kuppe. Die Stimme wurde immer höher, bis zum Hohen C,

(Heiterkeit bei der CDU)

und hat mich richtig fertig gemacht. Das weiß ich noch. Das können Sie alles nachlesen.

Dann wurde Frau Dr. Kuppe Sozialministerin. Meine Damen und Herren! Acht Jahre lang, 96 ganze Monate, Monat für Monat ohne eine einzige Unterbrechung waren wir das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Und jetzt?)

Jetzt bekommen wir das erste Mal Bewegung hinein. Wir sind noch lange nicht so gut, wie wir werden wollen. Es gibt zum ersten Mal Bewegung hinter dem Komma. Wir sind zum ersten Mal nicht mehr die Allerschlechtesten. - Da müssen wir uns beschimpfen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich behaupte nicht, dass wir schon einen Grund haben, uns zu freuen - überhaupt nicht, schon gar keinen Grund zur Selbstgefälligkeit. Aber ganz falsch kann es nicht sein, wenn wir nicht mehr die Allerschlechtesten sind.

Auch in anderen Bereichen, was die Wirtschaftsdaten betrifft, bei dem Wirtschaftsranking, das gerade in der letzten Zeit veröffentlicht worden ist - - Ich sage ganz deutlich: Eigentlich möchte ich, dass wir besser sind. Wir haben wirklich noch viel zu tun in diesem Land. Aber wenn wir nun nicht mehr die Allerschlechtesten sind, dann müssen wir uns nicht vorwerfen lassen, dass wir alles nur falsch gemacht hätten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich mit großer Deutlichkeit: Wir werden diesen Weg mit relativer Konsequenz weiter gehen.

(Frau Budde, SPD: Wir erwarten nichts anderes!)

Unser Ziel ist es nicht, von der Opposition gelobt zu werden. Unser Ziel ist es, von den Menschen im Land, für die wir Politik machen, am Ende irgendwann einmal anerkannt zu werden. Das reicht mir. Ich habe vor wenigen Tagen mit den Arbeitgeberpräsidenten, IHK-Präsidenten usw. zusammengesessen, auch um mir sagen zu lassen: Wie kommt ihr mit unserer Politik zurecht? Was könnten wir vielleicht auch noch anders machen?

Wir machen nicht die Politik zur Selbstbefriedigung und zur Selbstdarstellung. Wir wollen sie für die Menschen im Lande machen. Ich sage immer auch den eigenen

Koalitionskollegen: Wir müssen zuhören, ob wir so verstanden werden, wie wir es gemeint haben, oder ob wir uns gelegentlich korrigieren müssen. Keine Politik zur Selbstdarstellung, auch nicht von Parteien, sondern für die Menschen im Land, für die wir da sind. Von denen wollen wir wissen, ob wir es richtig gemacht haben oder ob wir sie enttäuscht haben und was wir besser machen müssen.

Aber erwarten Sie bitte nicht eine faire Beurteilung durch die Opposition. Das gehört nicht zu dem Geschäft in diesem Haus. Deswegen muss ich einmal sagen, die Diskussion hat wenigstens nicht für mich den Eindruck gebracht, dass wir uns in politischen Linien und Zielvorstellungen korrigieren müssten. Aber ich gebe allen Recht, die sagen: Wir haben noch verdammt viel zu tun. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Püchel, haben Sie eine Nachfrage? - Sie möchten noch einmal reden. Bitte sehr.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Werter Herr Ministerpräsident, Sie sagten, Sie haben eben keinen richtig guten Vorschlag gehört. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Eines ist vollkommen klar: Jeder in diesem Hause, egal wer, ist von seinen Wählern gewählt worden und hat den Auftrag bekommen, dieses Land voranzubringen. Jeder in diesem Hause hat ein großes Interesse daran, dieses Land voranzubringen, egal ob er in der Regierung oder in der Opposition ist, hier oder dort sitzt. Sie können das niemandem absprechen. Das wäre eine Unterstellung. Ich nehme auch nicht an, dass Sie das so gemeint haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bin ein Optimist. Ich bin es auch schon immer gewesen. Ich bin der Auffassung, dass dieses Land Chancen hat, dass wir aber alle etwas dafür tun müssen, dass es auch so kommt, wie wir uns das vorgestellt haben.

Aber eine gewisse Ehrlichkeit gehört schon zu allem dazu. Ich beobachte bei Ihnen immer eines: Sie kommen gern als Schiedsrichter. Heute haben Sie wenigstens einschränkend gesagt: Ja, es ist eine bestimmte Rolle, die die Opposition zu spielen hat. - Ganz klar. Sie sind der Ministerpräsident. Sie sind von der Mehrheit des Landtags gewählt worden. Wir sind die Opposition. Wir haben Sie zu kontrollieren. Das machen wir auch. - Wir haben eigene Konzepte zu entwickeln. Das tun wir auch. Wenn Sie jetzt sagen, Sie haben bisher keinen richtig guten Vorschlag gehört - wir haben viele Vorschläge gehabt -, dann haben Sie nicht hingehört.

Ich will nur einmal sagen, wie Sie einmal Vorschläge unterbreitet haben. Das sage ich jetzt, weil viele anwesend sind, die damals nicht dabei waren. Wir haben Ihnen einmal die ganz konkrete Frage gestellt,

(Frau Budde, SPD: Ja!)

wie Sie es sich vorstellen würden, den Haushalt anders zu gestalten. Da standen Sie an dieser Stelle, vollkommen sprachlos, was man bei Ihnen gar nicht gewohnt war; denn rhetorisch begabt sind Sie, und Sie haben auch fast immer eine Antwort. Sie standen da, Sie wuss-

ten nicht mehr weiter, und dann haben Sie nach einer Weile gesagt: Ja, solange die jungen Leute rauchen, können sie auch die Schulbücher kaufen. Das war Ihre einzige Antwort, die Sie hatten, sinngemäß, wie man den Haushalt sanieren könnte. Man kann es in den Landtagsprotokollen nachlesen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie sagen, wir haben keine Vorstellungen - - Na, wissen Sie was: Erstens haben wir Vorschläge unterbreitet. Wir haben Vorschläge unterbreitet.

(Zuruf von Frau Fischer, Merseburg, CDU)

Zweitens - es geht nicht darum, wer das Plagiat und wer die Urheberrechte hat - haben wir vieles von dem, was Sie zur Verwaltungs- und Kommunalreform gesagt haben, schon einmal vorgestellt. Darüber haben wir im Landtag oft genug diskutiert.

(Unruhe bei der CDU)

Es gab Gesetze dazu, die Sie wieder abgeschafft haben und die Sie jetzt wieder in Kraft setzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie kommen wie Phoenix aus der Asche, als ob es die letzten Jahre nicht gegeben hätte.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich zur roten Laterne komme: Wir können darüber wie über die Verschuldung reden. Sie haben über die rote Laterne bei der Arbeitslosigkeit gesprochen. Es stellt sich nur die Frage, ob es unser Erfolg ist oder ob die in Mecklenburg-Vorpommern jetzt schlimmer dran sind. Über die Frage kann man auch einmal diskutieren. Ich bin froh, dass wir die rote Laterne nicht mehr haben, und kann nach den Ursachen fragen.

Was die Verschuldung betrifft: Ich könnte das jetzt alles fortsetzen. Nehmen wir doch einmal die acht Jahre, in denen wir regiert haben, und nehmen wir die sechs Jahre, in denen Sie regiert haben. Dann können wir einmal vergleichen, wer mehr Schulden aufgehäuft hat, Sie oder wir.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Püchel - Frau Dr. Sitte, bitte sehr.

(Herr Bullerjahn, SPD, an den Ministerpräsidenten gerichtet: Da kommen Sie schlechter bei weg! - Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer: Wir fangen im Jahr 1995 an! - Zurufe von der SPD: Nein! - Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer: Lassen Sie sich das von Herrn Bullerjahn erklären! - Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Frau Dr. Sitte, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Dass Sie das letzte Wort haben wollen, das kann ich nachvollziehen. Sie sind der Ministerpräsident. Womit ich nicht zurechtkomme und was Sie auch auf mittlere Sicht politikunfähig machen wird, ist die Arroganz, mit der Sie das vorgetragen haben.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Nun kann ich auch mit arroganten Menschen im Allgemeinen relativ gut, weil viele dieser arroganten Menschen, die mir begegnet sind, Substanz hatten. Aber ich finde angesichts der Erklärung von Herrn Scharf, angesichts der Regierungserklärung und angesichts der fehlenden Substanz, die ich dort gesehen habe, dass Sie dazu heute gar keine Berechtigung haben.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Debatte zur Regierungserklärung beendet. Ich schlage Ihnen vor, noch vor der Mittagspause den Tagesordnungspunkt 3, die Fragestunde, abzuhandeln, es sei denn, es erhebt sich fraktionsübergreifend Widerspruch.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Fragestunde - Drs. 4/1456

Es gibt vier kleine Anfragen. Die **Frage 1** wird von der Abgeordneten Frau Budde für die SPD-Fraktion gestellt und betrifft das Thema **Finanzierung des Kontaktbüros des Landes Sachsen-Anhalt in Tallinn, Estland**.

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die bisher geleistete Arbeit des Kontaktbüros des Landes Sachsen-Anhalt in Tallinn und die Chancen, die sich daraus am Vorabend der Erweiterung der Europäischen Union ergeben?
2. Welche finanziellen Mittel hat das Land Sachsen-Anhalt dem Kontaktbüro 2003 zur Verfügung gestellt und wie wird das im Landshaushalt 2004 namentlich erwähnte Kontaktbüro Tallinn in diesem Jahr finanziell gefördert?

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Da wir noch nicht in die Mittagspause gegangen sind, bitte ich um etwas mehr Ruhe im Saal.

Die Antwort der Landesregierung wird der Minister für Wirtschaft und Arbeit Herr Dr. Rehberger erteilen.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beantworte die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Katrin Budde wie folgt.

Auf Initiative des Landtages wurde im November 2000 in Tallinn in Estland ein Kontaktbüro des Landes Sachsen-Anhalt eingerichtet. Das Projekt, das auf drei Jahre befristet war, wurde vom Ministerium für Wirtschaft gefördert. Projektträger ist die Handwerkskammer Magdeburg. Dies vorausgeschickt, beantworte ich die beiden Fragen wie folgt.

Zu 1: Das Kontaktbüro des Landes Sachsen-Anhalt in Tallinn hat ca. 130 Unternehmen und Einrichtungen aus

Sachsen-Anhalt beraten. Durch die Arbeit des Kontaktbüros konnten bisher 18 Unternehmen sowie sechs weitere Einrichtungen aus dem Land Leistungsverträge mit Unternehmen und Einrichtungen aus den baltischen Staaten abschließen. Für weitere acht Firmen finden gegenwärtig konkrete Vertragsverhandlungen statt. Das Kontaktbüro hat damit einen Beitrag dazu geleistet, die Unternehmen Sachsen-Anhalts auf den Beitritt der baltischen Staaten zur Europäischen Union vorzubereiten.

Zu 2: Das Kontaktbüro wurde im Wege der Projektförderung über drei Jahre hinweg vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit voll finanziert. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 86 500 € zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf der drei Jahre wurde die direkte Projektförderung reduziert. Dem Kontaktbüro stehen als direkte Fördermittel des Wirtschaftsministeriums im Jahr 2004 nunmehr 15 000 € zur Verfügung.

Gleichzeitig wurde den Unternehmen des Landes durch eine Listung des Leiters des Kontaktbüros als Berater beim RKW die Möglichkeit eröffnet, sich entsprechende Beratungsdienstleistungen über die Beratungsrichtlinie des Landes fördern zu lassen. Der Zuschuss beträgt grundsätzlich 50 v. H., maximal 350 € je Tagewerk. Je nach Beratungszweck können bis zu 25 bzw. 50 Tagewerke gefördert werden. Damit erhält das Kontaktbüro weiterhin eine zusätzliche mittelbare Förderung.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Die Fragestellerin hat Zusatzfragen. Bitte sehr.

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank. - Herr Minister, ich will vorausschicken, dass wir uns während der Haushaltsverhandlungen fraktionsübergreifend darauf verständigt haben und das auch im Haushalt verankert ist, dass es eine Fortführung auf ähnlichem Niveau, nämlich ca. 85 000 €, für das Büro geben soll. Deshalb frage ich Sie:

Erstens. Wann hat die Landesregierung das Kontaktbüro in Tallinn darüber informiert, dass die Mittel für 2004 drastisch zusammengestrichen werden?

Zweitens. Wie passt das zu der soeben vom Ministerpräsidenten gemachten Aussage, dass in Osteuropa die Zukunftsmärkte liegen und wir unsere Unternehmen fit machen müssen, um sowohl dort präsent zu sein als auch Vorteile für die Unternehmen hier daraus zu ziehen?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Zur ersten Frage kann ich Folgendes sagen: Nachdem wir angesichts der Gesamtfinanzsituation diese reduzierte Förderung festgelegt haben, wurde das Büro entsprechend informiert.

Zur zweiten Frage: Osteuropa besteht nicht nur aus dem Baltikum, Frau Kollegin Budde. Wir müssen darauf achten, dass auch für die Aktivitäten in anderen osteuropäischen Ländern Gelder zur Verfügung stehen. Sie wissen sehr gut, dass wir auch im Bereich des Außenhandels nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten haben. Ich finde es absolut unangemessen, wenn in dem einen Falle fast 100 000 € pro Jahr bereitgestellt werden, während für andere Fälle überhaupt kein Geld da ist. Ich

glaube, da muss man für eine ausgewogenere Verteilung der Mittel auf die Beitrittsländer in Süd- und Osteuropa sorgen. Das haben wir getan.

(Frau Budde, SPD: Das ist falsch!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine weitere Frage vom Abgeordneten Herrn Metke. Bitte sehr.

Herr Metke (SPD):

Ich frage Sie, wie die Mitteilung aus Ihrem Hause an den Leiter des Kontaktbüros zu verstehen ist, in der man sich für die Zusammenarbeit während der vergangenen Jahre bedankt und danach dem Leiter des Kontaktbüros die Dinge in Aussicht stellt, die Sie gerade erläutert haben. Heißt das konkret, dass wir als Land Sachsen-Anhalt kein Kontaktbüro in Tallinn mehr haben? Wird die Arbeit des Büros fortgesetzt? Welchen Status hat dieses Kontaktbüro? Vielleicht können Sie das näher erläutern. Ich konnte das auch Ihren Antworten nicht entnehmen.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Es war auch nicht danach gefragt worden, wer mit dem Leiter was besprochen hat. Ich persönlich habe nicht mit dem Leiter gesprochen. Das war Sache meiner Mitarbeiter, die, nachdem seinerzeit eine Förderung für drei Jahre ausgebracht worden war, fest davon ausgehen konnten, dass man in Tallinn weiß, dass die drei Jahre abgelaufen sind und dass man die weitere Zusammenarbeit auf einer anderen Basis durchführen muss.

Ich gehe davon aus, dass dieses Büro unsere Unternehmen aus Sachsen-Anhalt, soweit sie im Baltikum Kontakte aufnehmen wollen, auch in Zukunft betreuen wird. Aber, wie gesagt, es geht nicht an, meine Damen und Herren, dass wir in einem Einzelfall so hohe Aufwendungen betreiben und in anderen Fällen dann kein Geld mehr zur Verfügung steht.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Abgeordnete Budde möchte eine zweite Nachfrage stellen.

Frau Budde (SPD):

Herr Minister, es ist doch richtig, dass das Büro gar nicht davon ausgehen konnte, dass so drastisch reduziert wird, weil für den Haushalt fraktionsübergreifend etwas anderes vereinbart worden war. Deshalb musste das Büro davon ausgehen, dass das, was die Abgeordneten vereinbart haben und was auch haushaltsrelevant aufgeschrieben steht, so umgesetzt wird. Das ist doch sicherlich richtig?

Sie haben zwar die Zahlen aufgeführt, aber ich hätte gern noch eine Bewertung Ihrerseits, ob Sie das, was in den vergangenen Jahren dort geschehen ist, für eine vernünftige Arbeit des Büros in Tallinn halten und ob es dann vernünftig ist, solche funktionierenden Kontakte infrage zu stellen und abreißen zu lassen oder ob es nicht Sinn macht, einen Markt für die mittelständischen Unternehmen insbesondere in Kooperation mit der Handwerkskammer nachhaltig weiterzuentwickeln.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Zunächst muss ich sagen, dass mir bis eben nicht bekannt war - ich weiß auch nicht, ob das tatsächlich zutrifft -, dass man im Wirtschaftsausschuss oder in welchem Ausschuss auch immer der Meinung war, man sollte die Förderung über die drei Jahre hinaus in der bisherigen Größenordnung fortführen. Ich persönlich kann nur sagen, dass wir angesichts der Gesamtmittel, die für Außenhandelsaktivitäten zur Verfügung stehen, eine solche einseitige Schwerpunktbildung über die drei Jahre hinaus nicht für angemessen halten und daraus die gebotenen Konsequenzen gezogen haben. Ich habe aus anderen Fraktionen bisher dazu auch keine Kritik gehört.

Im Übrigen, Frau Kollegin Budde, habe ich darauf hingewiesen, dass in den drei Jahren, in denen wir fast 300 000 € bereitgestellt haben, mithilfe dieses Büros 18 Unternehmen zu entsprechenden Verträgen mit Unternehmen und Einrichtungen aus den baltischen Staaten geführt wurden. Bei sechs weiteren Unternehmen laufen, wie Sie gehört haben, im Moment Verhandlungen.

Ich glaube, dass man diese 18 Verträge, die abgeschlossen worden sind, in Relation zu dem Aufwand sehen muss, den wir betrieben haben. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass wir die vorhandenen relativ bescheidenen Mittel so einsetzen müssen, dass quer durch die neu zur EU kommenden Länder möglichst viel für unsere Wirtschaft erreicht wird. Jedenfalls, wenn wir einen solchen Mitteleinsatz mit einem so relativ bescheidenen Ergebnis betreiben würden, wäre unser Außenhandel insgesamt nicht auf einem sehr guten Weg.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Metke, Sie haben auch eine zweite Zusatzfrage. Ich lasse sie als letzte zu.

Herr Metke (SPD):

Herr Minister, Sie haben mehrfach erklärt, dass die Finanzmittel, die ursprünglich zumindest nach unserer Auffassung als Parlament als Ergebnis der Haushaltseratungen für Tallinn vorgesehen waren, jetzt in andere Bereiche umgeleitet bzw. dort eingesetzt werden. Vielleicht können Sie uns informieren, wo die Beträge, die über die 15 000 €, die nach Tallinn gehen, hinaus zur Verfügung stehen, eingesetzt werden, insbesondere in welchen Bereichen, wenn es darum geht, im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung etwas zu bewegen. Vielleicht können Sie uns darüber informieren.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Metke, das werde ich sehr gerne tun, indem ich Ihnen im Wirtschaftsausschuss die einzelnen in die zusätzliche Förderung aufgenommenen Standorte vortrage. Dort werden wir Ihnen einen Überblick geben, was wir mit den reduzierten Mitteln, die zur Verfügung stehen, machen. Ich glaube nicht, dass es angemessen ist, dass wir in dieser Runde, also im Plenum, über die einzelnen Maßnahmen, die wir getroffen haben, um den Außenhandel zu fördern, reden.

(Frau Budde, SPD: Können Sie nicht oder wollen Sie uns das nicht sagen? - Minister Herr Dr. Daehre: Stellen Sie doch nicht immer solche Anfragen!)

- Frau Budde, man kann im Plenum alles und jedes behandeln, aber mir scheint es sinnvoller zu sein, die Frage, was wir in welchen Bereichen machen, in einem Fachausschuss und nicht im Plenum zu behandeln.

(Minister Herr Dr. Daehre: Richtig!)

Das ist einfach eine Überforderung des Plenums,

(Unruhe bei der SPD)

und zwar in dem Sinne, dass Sie hier Details abhandeln, die nach meinem Empfinden über die sinnvolle Beschäftigung des Plenums hinausgehen. Sie können selbstverständlich jede Frage hier stellen. Ich biete Ihnen an, dass ich Ihnen dazu entsprechende Daten und Fakten im Wirtschaftsausschuss vortragen werde.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Frage 1 abgehandelt.

Die **Frage 2** zur **zusätzlichen Landesunterstützung für Projekte des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes** wollte der Abgeordnete Herr Felke stellen. Der Abgeordnete ist aber nicht im Saal. Ich bitte den Minister für Bau und Verkehr Herrn Dr. Daehre laut Geschäftsordnung, seine Antwort zu Protokoll zu geben.*

Die **Frage 3** stellt die Abgeordnete Frau Dr. Kuppe. Es geht um die **Informationsbroschüre „Studieren in Sachsen-Anhalt - Studienjahr 2004/2005“**. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - In einer Pressemitteilung der Gewerkschaft ver.di vom 18. März 2004 wird auf Planungen des Kultusministeriums verwiesen, in der für den Druck vorgesehenen Informationsbroschüre „Studieren in Sachsen-Anhalt - Studienjahr 2004/2005“ auf die Benennung bestimmter Studiengänge ganz zu verzichten bzw. von der Strukturdiskussion betroffene Studiengänge so zu kennzeichnen, dass ein Studienabschluss am zunächst gewählten Immatrikulationsort nicht möglich sei. In der „Volksstimme“ vom 19. März 2004 wird ein Sprecher des Kultusministeriums zitiert, der das Vorgehen als „realitätsbezogen“ bezeichnet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Plant das Kultusministerium im oben genannten Studienführer 2004/2005 einen Verzicht auf die Benennung oder eine besondere Kennzeichnung jener Studiengänge an den Hochschulen, die gegenwärtig von der Strukturdiskussion betroffen sind? Wenn ja, wie soll die besondere Kennzeichnung aussehen und wodurch ist ein solcher Schritt im Hinblick auf die noch ausstehenden Ergänzungsverhandlungen zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen legitimiert?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen einer solchen Kennzeichnung in der Informationsbroschüre des Landes Sachsen-Anhalt auf studienplatzsuchende junge Leute in und außerhalb Sachsen-Anhalts?

* siehe Anlage zum Stenografischen Bericht

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Die Antwort erteilt für die Landesregierung Kultusminister Herr Professor Dr. Olbertz. Bitte sehr.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Abgeordneten Frau Dr. Kuppe beantwortete namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Ja. Das Kultusministerium plant eine Kennzeichnung solcher Studiengänge an den Hochschulen, die von der Strukturdiskussion betroffen sind und mit einer Wahrscheinlichkeit entweder an der jeweiligen Hochschule nicht mehr oder aber an einer anderen Hochschule künftig angeboten werden sollen.

Es ist ein Gebot der Fairness den jungen Leuten gegenüber und der Transparenz der Debatte, sie darauf aufmerksam zu machen, welche Angebote im Rahmen der Strukturplanung zur Disposition stehen und an welchen Orten in Sachsen-Anhalt sie wiederum garantiert angeboten werden. Im Übrigen handelt es sich um Planungen und Konsequenzen daraus, die Bestandteil der inzwischen vorliegenden Strukturkonzepte der Hochschulen sind.

Die Kennzeichnung erfolgt durch Fußnoten und verbale Erläuterungen zu dem Studienangebot auf der entsprechenden Seite der Broschüre. Diese vorsorgliche Kennzeichnung wird zugleich den Hinweis darauf enthalten, dass abschließende Entscheidungen noch ausstehen.

Insgesamt werden auf diese Weise alle zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorhandenen Studiengänge aufgeführt. Nach Abschluss der Hochschulstrukturplanung wird im Herbst 2004 eine aktualisierte Angebotsbroschüre herausgegeben werden.

Zu 2: Negative Auswirkungen auf die Bewerberzahlen an den Hochschulen des Landes befürchtet die Landesregierung nicht. Nach ihrer Auffassung wäre es unverantwortlich, die Studierenden über anstehende Veränderungen in der Hochschullandschaft bewusst im Unklaren zu lassen und das Risiko im Falle nicht fortgeföhrter Studiengänge einfach auf den Schultern der jungen Leute abzuladen. Die Studierenden haben das Recht, von Anfang an über den Diskussionsstand informiert zu werden und sich bei ihren Entscheidungen entsprechend zu orientieren.

Im Übrigen wird kein einziger Studiengang gänzlich aus dem Angebotsspektrum Sachsen-Anhalts herausgenommen, sondern allenfalls im Rahmen der Standortprofilierung an einer anderen Hochschule des Landes - und dort in einer besseren Kooperationsstruktur und wissenschaftlichen Vernetzung - angeboten. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Zusatzfrage von Frau Dr. Kuppe. Bitte sehr.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Herr Minister Olbertz, wie viele Studiengänge werden in etwa von dieser besonderen Kennzeichnung betroffen sein?

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Dr. Kuppe, auf diese Frage möchte ich nicht antworten,

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was?)

schon gar nicht im Landtag, weil ich damit der abschließenden Hochschulstrukturdiskussion in unzulässiger Weise vorgreifen würde. Wir sind mit den Hochschulen darüber in einem sehr intensiven, fairen und kollegialen Dialog, den ich nicht durch Zahlen belasten will, die ich einfach in den Raum stelle. Die Grunddaten der Hochschulstrukturplanung kennen Sie. Diese haben wir im Ausschuss mehrfach erörtert. Das ungefähr wird zusammen mit den Modifikationen, die die Hochschulen selbst vorgeschlagen haben, der Weg sein, den wir dann gemeinsam beschreiten.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Eine zweite Zusatzfrage. Bitte.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Eine weitere Frage. Herr Minister Olbertz, wann wird diese Studienbroschüre herauskommen? Ich gehe, wenn ich Ihre Worte im Ausschuss ernst nehme, davon aus, dass die Ergänzungsverhandlungen zu den Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen voraussichtlich im Sommer abgeschlossen sein werden. Wäre es dann nicht fair - ich schließe diese Frage gleich an - diese Hochschulbroschüre erst zum nächsten Studienjahr herauszubringen?

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Dr. Kuppe, über diese Alternative haben wir sehr ernsthaft nachgedacht. Das wäre eine Möglichkeit gewesen. Wir wollten jedoch Rücksicht auf diejenigen Studierenden nehmen, die sich im Land schon im Sommersemester für ein Studium entscheiden. Insofern haben wir die Idee wieder verworfen, die Studienbroschüre einfach zum Herbst herauszubringen. Dann werden wir allerdings eine weitere, dann aktuelle und abschließende Studienbroschüre herausgeben.

Ich denke, es ist ein Gebot der Informationstransparenz und der Fairness gegenüber den Studierenden, so zu verfahren, damit sie eine verlässliche Orientierungsgrundlage haben.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Aber jetzt laufen die Verhandlungen mit den Hochschulen!)

- Ja. Die Alternative wäre gewesen, nichts zu tun. Das raten Sie uns ja öfter. Aber das möchte ich nur ungern machen.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, damit ist die Frage 3 abgehandelt.

Ich rufe **Frage 4** - das ist die letzte Frage - auf. Sie wird gestellt von der Abgeordneten Frau Grimm-Benne. Es geht um die **Auslegung von Artikel 81 Abs. 4 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt**. Bitte sehr, Frau Grimm-Benne.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Der Landtag kann nach Artikel 81 Abs. 4 Satz 1 der Landesverfassung dem Volk einen eigenen Gesetzentwurf zum Gegenstand des Volksbegehrens zur Entscheidung mit vorlegen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung meine Rechtsauffassung, dass bei Mitvorlage eines eigenen Gesetzentwurfes des Landtages eine einfache Mehrheit auch für die Annahme des Gesetzentwurfes des Volksbegehrens ausreicht?
2. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Die Antwort der Landesregierung erteilt der Minister der Justiz Herr Becker. Bitte sehr.

Herr Becker, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin! Namens der Landesregierung beantworte ich die Frage der Abgeordneten Frau Grimm-Benne wie folgt, schicke aber zunächst voraus:

Ob ein Gesetz durch Volksentscheid zustande gekommen ist, hat an sich der Landtagspräsident zu entscheiden. Dieser stellt das Ergebnis des Volksentscheids fest und fertigt das Gesetz gemäß § 28 des Volksabstimmungsgesetzes aus. Vor der Ausfertigung hat er, wie bei einem vom Landtag beschlossenen Gesetz auch, zu prüfen, ob das Zustandekommen des Gesetzes den Anforderungen der Landesverfassung an ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren genügt.

Die Landesregierung kann und wird die Frage gleichwohl beantworten. Für den weiteren Gang des Verfahrens, insbesondere für die Rechtmäßigkeitsprüfung durch den Landtagspräsidenten, ist die Auffassung der Landesregierung jedoch nicht präjudiziert.

Nun zu Ihrer eigentlichen Frage. Die Antwort der Landesregierung lautet: Ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Zusatzfrage, Herr Minister. - Bitte, Frau Grimm-Benne.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Herr Minister Becker, werden Sie deshalb keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, wie man heute in der „Mitteldeutschen Zeitung“ lesen konnte, um die verfassungsrechtlichen Hürden für den Volksentscheid unverändert hoch zu lassen?

Herr Becker, Minister der Justiz:

Das ist eine Frage, die an die Landesregierung zu richten ist und die ich als Minister hier nicht beantworte.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Frage 4 abgehandelt worden. Wir sind am Ende der Fragestunde.

Wir haben etwas Verzug. Ich bitte Sie, pünktlich um 14.30 Uhr wieder im Saal Platz zu nehmen, um die Aussprache zur Großen Anfrage zum Thema „Konkrete Umsetzung der so genannten Initiative Mitteldeutschland“

durchzuführen. Wir treten hiermit in die Mittagspause ein.

Unterbrechung: 13.41 Uhr.

Wiederbeginn: 14.33 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Auch wenn es offenbar eine recht „leerreiche“ Veranstaltung wird, setzen wir die Behandlung der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Aussprache zur Großen Anfrage**Konkrete Umsetzung der so genannten „Initiative Mitteldeutschland“**

Große Anfrage der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1146**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 4/1296**

Vereinbart wurde eine Debatte von 45 Minuten Dauer. Die dafür maßgeblichen Geschäftsordnungsregeln sind Ihnen bekannt, sodass wir gleich in die Beratungen eintreten können. Ich erteile für die SPD-Fraktion Frau Budde das Wort. Bitte schön.

Frau Budde (SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin damit zufrieden, wenn der Ministerpräsident und die tonangebenden Abgeordneten des Landtages anwesend sind. Ich denke, auch so wird eine ordentliche Debatte zu führen sein.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute Morgen gesagt, man könne keine faire Bewertung durch die Opposition verlangen oder man könne sie nicht voraussetzen oder erwarten. Ich werde versuchen, Sie an Ihren schriftlichen Antworten zu messen.

Wenn ich mit den Antworten anfange, so muss ich dazu sagen, dass wir uns eben in einem kleinen Vorgespräch darüber unterhalten haben, auch mit meinem Kollegen Herrn Gallert. Es ist in der Tat so, dass ich das Gefühl habe, die Antworten stellen in bestimmten Bereichen eine Ansammlung von Äußerungen auf - ich sage einmal - bewusst falsch verstandene Fragen dar. Nun kann es verschiedene Gründe dafür geben. Einer davon ist - und das befürchte ich -, dass es an konkreten Inhalten fehlt, mit denen man auf die Fragen hätte antworten können.

Ehrlich gesagt, tun mir die Mitarbeiter in den Ministerien ein bisschen Leid. Ich glaube, sie haben heute noch wunde Fingerkuppen, weil sie sich die Antworten zum Teil aus den Fingern saugen mussten. Einen ganzen Teil der Antworten kenne ich schon ziemlich lange, auch schon als eigene Vorlagen. Das ist in der Tat eine nicht ganz einfache Antwort gewesen.

Mein Einstieg in die Debatte soll keine Polemik sein. Ich denke, dies haben auch das Regionenmarketing und die Zukunftskonferenz, die das Regionenmarketing organisiert hat, ziemlich deutlich gezeigt. Die Beiträge der Politik waren aus meiner Sicht ziemlich schwach. Insbesondere ist in den inhaltlichen Diskussionsrunden die Kleinstaaterei sehr stark zum Ausdruck gekommen. Bei der nachmittäglichen Diskussion der drei Wirtschaftsminister

haben sogar ziemlich viele Zuhörer den Saal verlassen. Ich gehe davon aus, dass dies aus inhaltlichen Gründen geschah.

Deshalb will ich gleich beim Thema Wirtschaftspolitik bleiben. Herr Böhmer, in Ihrer ersten Regierungserklärung haben Sie gesagt, die Initiative Mitteldeutschland sei das Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Das ist mit meinen eigenen Worten wiedergegeben, aber wir können auch gerne das Zitat herausuchen. In der Agenda steht: Um die Länder im internationalen Standortwettbewerb voranzubringen, wollen wir dabei ihre Stärken und Potenziale gemeinsam nutzen und weiterentwickeln.

Dann sehen wir uns einmal die Realität an. In der Proklamation des Regionenmarketings zur Zukunftskonferenz „Mitteldeutschland 2004“ heißt es - das ist ein Originalzitat -:

„Die bisherigen Erfahrungen im Cluster-Prozess zeigen jedoch: Noch immer akzeptieren viele der für die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich verantwortlichen Akteure nur bedingt die Realität des Länder übergreifenden Wirtschaftsraums Mitteldeutschland. Vorhandene Potenziale können sich aufgrund fehlender Länder übergreifender Abstimmungen und zum Teil gegenläufiger Strategien der mitteldeutschen Bundesländer nicht voll entfalten. Unternehmen werden in lokal geförderten Strukturen gebunden; dies schränkt ihre Mobilität im Wettbewerb ein und verhindert vielfach die angestrebten Länder übergreifenden Entwicklungs- und Kooperationsprozesse.“

Das, meine Damen und Herren, nenne ich eine klassische Ohrfeige. Ich glaube, Herr Minister Rehberger, Sie hätten sich besser den ganzen Tag Zeit genommen und sich die Vorträge auf der Konferenz angehört, anstatt einen, wie man der Presse entnehmen konnte, sogar nur symbolischen Grundstein für ein Werk zur Futureittelkonservierung für dreizehn Mitarbeiter zu legen. Sicherlich ist das wichtig, jeder Arbeitsplatz zählt in diesem Land; aber Sie hätten ja auch noch zum Richtfest gehen können, denn der symbolische Grundstein soll ja nicht symbolisch bleiben. Ich glaube, das, was dort auf der Zukunftskonferenz diskutiert worden ist, hätte es verdient gehabt, dass man dort den ganzen Tag zugehört hätte.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir die Beiträge im Übrigen angehört und ich habe neben Ihrer Person auch meine Kollegen aus den Koalitionsfraktionen vermisst. Das kann nun sicherlich nicht an - -

(Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

- Frau Wybrands, ich glaube nicht, dass das an mangelnder Information liegt. Wenn der Kanzler in Magdeburg ist, dann haben Sie ja auch immer die direkten Informationen aus der Staatskanzlei. An der mangelnden Information kann es also nicht liegen. Vielleicht ist es ein bisschen Desinteresse an zu viel inhaltlicher Auseinandersetzung. Manchmal hatten wir im Ausschuss ja auch schon diesen Eindruck.

(Unruhe bei der CDU)

Ich finde das jedenfalls schade, weil dort in der Tat über inhaltliche Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung dieses Raumes und darüber hinausgehend geredet worden ist. Es wäre wirklich gut gewesen, wenn sich

mehrere Landespolitiker das angehört hätten. Der Tag hätte sich für sie inhaltlich gelohnt.

Zurück zum Thema Mitteldeutschland. Der mitteldeutsche Wirtschaftsraum benötigt eine klare Strategie für seine Entwicklung. Diese Strategie muss sich auf diejenigen Bereiche konzentrieren, in denen Mitteldeutschland besondere Kapazitäten, Fähigkeiten und Wettbewerbsvorteile aufweisen kann. Mitteldeutschland muss sich konsequent auf seine Stärken konzentrieren und diese koordiniert entwickeln. Nur so kann es seine Wettbewerbsfähigkeit steigern und ein international wahrnehmbares Profil gestalten.

Die veränderten Bedingungen auf nationaler und internationaler Ebene, also die knapper werdenden Finanzmittel, die Osterweiterung der EU und auch die weitere Globalisierung der Märkte machen eine Länder übergreifende Strategie umso notwendiger. Sie erfordern eine eindeutige und langfristige Priorisierung der verfügbaren Mittel und Ressourcen. Dies gilt im Übrigen nicht nur in dem Länderdreieck im Süden unseres Landes, also in dem konzentrierten mitteldeutschen Wirtschaftsraum; dies gilt auch für die Branchen- und Cluster-Entwicklung über andere Landesgrenzen hinweg. Auch hierzu müssen sich das Parlament und die Landesregierung überlegen, wie sie diesen Prozess befördern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf der Konferenz so schön gesagt: Ich traue mich schon gar nicht mehr so viel zu loben. Gott sei Dank erscheint das nur in der „MZ“ und die Menschen in der Altmark lesen das nicht, sonst bekäme ich böse Briefe. - Das können Sie natürlich ganz leicht ändern, indem Sie auch für die Altmark und für die Unternehmen, die dort in Clustern verbunden sind, Strategien entwickeln.

Die NordLB hat zum Beispiel hervorragende Analysen hinsichtlich des Automobil-Clusters erstellt, das gerade im Bereich Magdeburg, Harz und Altmark verbunden ist. Wenn wir dort gemeinsame Strategien entwickeln, dann brauchen Sie auch keine Angst mehr davor zu haben, dass im Harz oder in Teilen des Harzes, in Magdeburg oder in der Altmark die „MZ“ gelesen wird; dann hätten wir nämlich flächendeckende inhaltliche Entwicklungsstrategien für das Land, und ich glaube, das tut auch richtig Not.

Um auf Mitteldeutschland und auf die Unternehmen zurückzukommen, die das Regionenmarketing unterstützen: Diese Unternehmen sehen das so, dass im Rahmen der mitteldeutschen Wirtschaftsstrategie der Cluster-Prozess eine zentrale Rolle einnehmen muss, da er zur Entfaltung der regionalen Potenziale führt.

Nur im Bereich des mitteldeutschen Wirtschaftskreises auf der Ebene der drei Bundesländer und zum Teil darüber hinaus - sogar hier sind die Öffnungen da - verfügt die Region über die kritische Masse an Unternehmen, die man in der Tat braucht, um Forschungseinrichtungen zur Erreichung internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen.

Die Umsetzung der mitteldeutschen Wirtschaftsstrategie muss zu einer neuen Qualität der Kooperationsfähigkeit zwischen Politik und Wirtschaft führen. Hierbei stehen wir ganz am Anfang. Ich möchte sogar sagen: Hierbei beginnen wir noch einmal neu. Denn das, was zum Beispiel als Chemieinitiative zu Recht dort wiederbelebt worden ist - - Es ist eigentlich schade, dass dieser Prozess einmal abgebrochen ist, und zwar aufgrund von persönlichen Wechseln im Bereich des sächsischen

Staatsministeriums. Der chemiepolitische Dialog, der schon einmal Länder übergreifend geführt worden ist, musste zwangsläufig wieder neu initiiert werden, obwohl ein längerer Prozess schon da gewesen ist und es gut gewesen wäre, wenn man an diesen hätte anknüpfen können.

Der Cluster-Prozess im Wirtschaftsraum Mitteldeutschland muss insbesondere auf eine Stärkung des verarbeitenden Gewerbes abzielen. Hier - so haben Sie ja auch in Ihrer Regierungserklärung heute Morgen gesagt - werden auch zukünftig die Schwerpunkte des Landes liegen, um eine allgemeine Steigerung der Wirtschaftskraft zu erreichen. Daraus - so sagt das Regionenmarketing - ergeben sich für den Wirtschaftsstandort Mitteldeutschland folgende Handlungsprioritäten:

erstens die gemeinsame Entwicklung eines international wahrnehmbaren Wirtschaftsprofils,

zweitens die aktive Unterstützung des mitteldeutschen Cluster-Prozesses,

drittens die Harmonisierung von Verwaltungsverfahren und Förderprogrammen,

viertens die anwendungsorientierte Ausrichtung der mitteldeutschen Hochschullandschaft und

fünftens die langfristige Sicherstellung des regionalen Fachkräftebedarfs.

So weit die Forderungen der Zukunftskonferenz, welche auch niedergeschrieben worden sind. Nun lesen wir in der Antwort auf die Große Anfrage nach; ich habe dies getan. Zum Thema Cluster-Entwicklung wird zwar darauf verwiesen, dass man auf deren Entwicklung setzt, aber eine darüber hinausgehende Förderung hält man nicht für nötig; das sei Aufgabe der Unternehmen.

Wir haben in Bezug auf vergleichbare Cluster-Entwicklung und Regionalentwicklung auf der Konferenz ganz deutlich gehört, dass das nicht ausreicht. Am Beispiel von Schottland und von anderen Regionen ist ganz klar aufgezeigt worden, dass die Politik aktiv begleiten muss und dass für einen längerfristigen Zeitraum - in diesem Zusammenhang ist von zehn Jahren die Rede gewesen - auch größere Summen zur Begleitung zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist in der Tat eine Überlegung wert, Mittel für diese Strategien, für diese Entwicklungen zu konzentrieren. Es ist davon geredet worden, dass man ungefähr 10 Millionen € pro Jahr braucht.

Außerdem haben die Vorträge auf der Zukunftskonferenz gezeigt, dass eine umfassende Einbettung in eine regionale Strategie zur Wirtschaftsentwicklung erforderlich ist, damit dieser Cluster-Prozess nicht isoliert abläuft, akzeptiert wird und erfolgreich ist. Dies zu gestalten, so ist gesagt worden, ist Aufgabe der Länder. Ich denke, das sollten wir uns wirklich alle gemeinsam in die Agenda schreiben.

Zum Thema Harmonisierung von Förderprogrammen. Hierbei wird es besonders schlimm. Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen gibt es keine Abstimmung. Es wird in der schriftlichen Antwort ganz resignativ auf das Bundesinstrumentarium „Gemeinschaftsaufgabe“ verwiesen und fleißig immer wieder aufgeschrieben, dass der Bund schon für den einheitlichen Rahmen sorgen würde. Ansonsten sind immer die Regionen, die Wirtschaft oder die lokale Ebene verantwortlich.

Herr Böhmer, Herr Rehberger, wie war das? Jetzt erinnere ich mich: Herr Böhmer, Sie haben gesagt, es gebe

keine Ansiedlungskonkurrenz mehr zwischen den Ländern Mitteldeutschlands. Herr Rehberger, Sie haben gesagt, Unternehmen, die in Sachsen-Anhalt nicht gefördert würden, erhielten auch in Sachsen und Thüringen keine Förderung. Jetzt frage ich mich, wie das ist. Es gibt sowohl die Ansiedlungskonferenz als auch die Förderung von Klemme in Thüringen; beides ist real.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Warten Sie doch erst einmal ab!)

- Ja, warten wir erst einmal ab, aber bisher ist es so. Ich muss von der derzeitigen Realität ausgehen. Soweit mir bekannt ist, bekommt er in Thüringen die Förderung; wenn nicht, wäre dies ein exemplarischer Fall, wo Sie die Förderung abstimmen könnten. In der Antwort auf die Große Anfrage heißt es noch, dass dieses nicht notwendig sei und dass die Länder die Förderung entsprechend ihren Besonderheiten ausrichten würden.

Ich sage einmal: Vor lauter Konzept- und Hilflosigkeit, was den inhaltlichen Teil dieser Strategie angeht,

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Rehberger)

sagen Sie mal hü und mal hott, immer wie Sie es für richtig halten und wie es bei der entsprechenden Klientel gut ankommt. Ich möchte dies anhand Ihrer eigenen Antwort nachweisen: Wenn es um die Strukturfonds geht, sagen Sie - -

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ach du liebe Güte!)

- Wenn man nur noch lachen kann und keine inhaltlichen Antworten mehr hat, dann hat man einen Grad erreicht, der problematisch für das Land ist.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Die Länder haben im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Wirtschaftsminister ein gemeinsames Konzept zur künftigen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung entwickelt und Leitlinien für eine langfristig wirkungsvolle Ausrichtung der Förderpolitik formuliert. - Dies ist eine gute Antwort, es fehlt nur der Inhalt. Sie vergessen nämlich zu sagen, dass Sie - zu Recht, aber an dieser Stelle hören Sie leider auf - ausschließlich über Geldmengen reden. Das ist sicherlich notwendig. An dieser Stelle müssen sich auch die Länder zusammenschließen, denn es geht schließlich um die Fortführung der Strukturfonds. Aber die diversen Debatten im Landtag haben immer gezeigt, dass wir leider dort aufhören.

Das reicht nicht, meine Damen und Herren. Wir werden der EU nicht mehr lange nur anbieten können, dass wir gemeinsam für eine Menge an Geld streiten, sondern wir werden ihr auch sagen müssen, wofür wir dieses inhaltlich einsetzen. Bisher ging es nach dem Motto: Haltet den Dieb, und der Rest fehlt noch.

Zum Thema langfristige Sicherstellung des regionalen Fachkräftebedarfs. Wenn es zum Beispiel um die branchenorientierte Qualifizierung älterer Arbeitsloser geht, heißt es in der Antwort, dass sich nicht jede Aufgabe für eine großräumige Länder übergreifende Kooperation anbiete. Bei der Nachfrage zur Lehrlingsausbildung wird auf die Bundesanstalt - zu diesem Zeitpunkt hieß sie noch so - verwiesen; ein Ausgleich darüber hinaus erfolge nicht. In der Agenda steht aber, Lehrstellennachfrage und -angebot sollten Länder übergreifend enger koordiniert werden.

Also das, was Sie sich als Aufgabe gestellt haben, ist noch nicht erfüllt; dort besteht noch viel Handlungsbedarf. Ich kann noch nicht einmal die Bereitschaft zum Nachdenken erkennen; das ist eigentlich schade. - So weit zur Übereinstimmung von Politik und Unternehmen. Ich habe nicht Eindruck, dass dort an einem Strang gezogen wird.

Lassen Sie mich zu einigen wenigen Details kommen. Liest man die Liste der Projekte, zum Beispiel zum Thema Demonstrationszentren - diese sind in der Agenda für Mitteldeutschland aufgeführt und als ein zentrales Element benannt -, dann trifft man auf lauter gute alte Bekannte: die Aluminiumtechnik im Harz, die Beschichtungstechnologie in Bitterfeld, Pitzroter in Magdeburg, die Nanotechnik in Halle, InnoLife in Schönebeck, Zenit in Magdeburg, Fließwerkstoffe in Aschersleben - alles gute Projekte, aber diese waren schon vorhanden, als Sie die Regierung angetreten haben.

Das muss weitergeführt werden. Mir fehlt nur eine nach vorne gerichtete Idee; wie es denn weitergehen soll. Sie müssen darauf aufbauen und auch konzeptionelle Ansätze entwickeln, wie es in diesem Prozess weitergehen soll und wie das, was als Grundstein vorhanden ist, in der Branchen- und Cluster-Entwicklung wirken kann.

Bis jetzt ist das nicht sehr innovativ. Nehmen wir das Beispiel der Weiterentwicklung des Mitteldeutschen Kunststoffwerks heraus. In der Antwort nennen Sie die Unterstützung der Weiterentwicklung des Netzwerks. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie - ich weiß nicht, wer auf die Frage antwortet; ich gehe davon aus, der Ministerpräsident, sonst wäre er schon weggegangen - in Ihrem Redebeitrag erläutern könnten, was Sie damit meinen. Aber wenn Sie dann bitte mehr benennen würden als das Demonstrationszentrum, das auf den Weg gebracht war, den Cracker, der klar war, und die 1 Milliarde € - so viel sind es ungefähr - Folgeinvestitionen, die als Sammelantrag von Dow bei Ihnen in der Pipeline liegen, Herr Minister Rehberger.

Im Tourismusbereich ist es die gleiche Aufzählung, eine Aufzählung von in der Regel schon lange stattfindenden Projekten. Das ist nicht schlecht. Das ist gut.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Aber es sollte eine in die Zukunft, eine nach vorn entwickelte Debatte werden. Die Agenda sollte sagen, was wir aus dem, was vorhanden ist, zukünftig machen werden. Das fehlt.

Meine Damen und Herren! Die Verwaltungsteile sind nicht besser aufgestellt. Nur einige Beispiele. Zu der Frage 73, welche Fortschritte das Ganze gemacht hätte, wird gesagt: Prüfaufträge sind in Arbeitsaufträge umgewandelt worden. Ich wusste nicht, dass Prüfaufträge keine Arbeitsverträge sind. Die Antwort ist mir ein bisschen zu flach.

(Herr Kosmehl, FDP: Arbeitsverträge sind es ohnehin nicht!)

- Arbeitsaufträge.

Zu der Frage 69 nach dem Zeitplan für die weitere Kooperation bzw. die Zusammenlegung von Behörden nennen Sie die Nutzung von Isolierbetten im Jahr 2004 in Leipzig. Das, was darüber hinausgeht, ist mir auch ein bisschen zu wenig.

Zur Frage 65 bezüglich der Länder übergreifenden Arbeitsgemeinschaft der Landwirtschaft, die Sie wollen,

sagen Sie: Die Arbeitsgruppe gibt es zwar noch nicht, aber es besteht immerhin schon eine engere Kooperation zwischen den verschiedenen Einrichtungen. Zusammenfassend kann ich nur feststellen: Die Antwort ist - vornehm gesagt - unzureichend und relativ phantasielos.

Eines habe ich allerdings noch vergessen. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, wir sollten Sie nicht loben. Ich werde es trotzdem tun; denn was recht ist, muss auch recht bleiben.

(Frau Weiß, CDU: Oh!)

Die Passagen, in denen Sie auf die Bundesregierung schimpfen bzw. ihr die Verantwortung zuschieben, damit Sie nicht etwa eigene Gedanken aufschreiben müssen, die sind in der Tat ein Produkt Mitteldeutschlands, nämlich der drei Landesregierungen. Diese Antworten sind fein säuberlich identisch, Wort für Wort abgestimmt.

Das lässt mich zu dem Schluss kommen: Es gibt sie also doch, die Initiative Mitteldeutschland. Sie ist nur ein wenig anders, als sie vielleicht von dem Regionenmarketing gemeint war. Wir sollten zusehen, dass sie sich darauf zu bewegt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Bevor ich nun dem Herrn Ministerpräsidenten Böhmer das Wort erteile, habe ich die Freude, Schülerinnen und Schüler der Comeniuschule für Lernbehinderte aus der schönen Stadt Halle an der Saale begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Hause - Herr Dr. Püchel, SPD: In der schönen Stadt Magdeburg!)

Nun, bitte, Herr Ministerpräsident.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Budde, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie gesagt haben, Sie finden die ganze Sache unzureichend; denn es wäre viel schlimmer gewesen, wenn Sie den Eindruck erweckt hätten, dass Mitteldeutschland von Magdeburg aus regiert wird. Das ist die Gefahr, die wir bei der Wahl der Worte bitte nicht ganz aus den Augen verlieren sollten.

Die Initiative Mitteldeutschland ist nichts von uns erfundenes. Das haben Sie auch mehrfach angesprochen. Die Aktion Mitteldeutschland begann schon 1992, ausgelöst von der IHK Halle/Dessau. Schon damals begannen die ersten Aktivitäten. Es gab über die Jahre hinweg eine Zusammenarbeit.

Im Jahr 1993 haben wir den ersten Staatsvertrag über eine Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung und der Landesplanung mit dem Freistaat Sachsen abgeschlossen. Es gab auch weiterhin, in den nachfolgenden Jahren, gemeinsame Aktivitäten, ein gemeinsames Giftinformationszentrum der Länder, das in Thüringen platziert wurde. Es gab die Auftaktkonferenz einer neuen Aktion Mitteldeutschland, die 1995 in Sachsen durchgeführt wurde. Es gab 1996 eine Regionalkonferenz mit dem Titel „Regionales Entwicklungskonzept Halle/Leipzig“.

Es gab fast in jedem Jahr unterschiedliche Aktivitäten unter dem Begriff „Mitteldeutschland“, die zunächst - wir haben es gehört - eher von der administrativen Seite,

von Oberbürgermeistern oder Regierungspräsidenten, ausgelöst wurden. Dann, etwas später, ungefähr ab 1997 wurde der Begriff mit der Gründung einer Wirtschaftsagentur eher von Vertretern aus der Wirtschaft übernommen. So hat sich das entwickelt.

Wir haben und auch ich habe mit dem Begriff der Initiative Mitteldeutschland überhaupt nichts Neues erfinden wollen und erfunden. Vielmehr haben wir die Aktivitäten, die sich über zehn Jahre hinweg entwickelt haben, aufgenommen mit der Absicht, dass sie von der Exekutive, das heißt von den drei Landesregierungen, zielstrebig unterstützt werden. Mehr nicht.

Ich kann mich an die erste Pressekonferenz erinnern, in der die Fragen kamen: Wie lange dauert es noch, bis wir ein gemeinsames Bundesland haben, usw.? Deshalb will ich nur warnen vor solchen Diskussionen; denn dadurch wird es nicht einfacher, sondern schwieriger.

Ich habe mit großer Freude gehört, dass auch die Landtage miteinander Kontakt aufgenommen haben und zusammenarbeiten wollen.

(Herr Gallert, PDS: Das hat die CDU-Fraktion aber abgelehnt! Der Herr Präsident war da sehr weit! Aber seine eigene Fraktion hat ihn gebremst!)

- Ich kann das nicht kommentieren. - Ich kann nur sagen: Ich habe mit Freude davon gehört, dass die drei Landtage zusammenarbeiten wollen. Ich kenne aus dem Text einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit die Aufforderung, dass die Grundsätze und absehbaren Schritte der Länderkooperation in den Landtagen verbindlich beschlossen werden sollen. Es geht nicht um die Staatsverträge, sondern um die Grundsätze.

Ich sage das deswegen, weil ich weiß, dass wir dabei möglicherweise an Befindlichkeiten kommen, die nicht so ganz einfach sind. Frau Budde, ich habe Ihnen zugehört. Was Sie jetzt gesagt haben, das kann man sicherlich in das Internet einstellen und auch in Thüringen und in Sachsen nachlesen lassen. Aber dort sitzen auch Leute, die uns mit Verdächtigungen beargwöhnen und meinen, wir hätten etwas ganz anderes vor.

Deshalb will ich nur sagen: Für den gegenwärtig in Thüringen und in Sachsen stattfindenden Landtagswahlkampf sollten wir niemandem die Flinte laden, der das Problem anders sieht. Ich kenne da jemanden, sogar ganze Parteien.

Das heißt, wir wollen die Zusammenarbeit schrittweise weiter ausbauen und fördern und die Kooperation zunehmend besser organisieren.

Ich wäre selber - das gebe ich freimütig zu - gar nicht auf den Gedanken gekommen, zu diesem Thema 82 Fragen zu stellen. Ich habe mich schon darüber gewundert, was man alles in das große Thema hineinbauen kann. Dass dann die Antworten aus Ihrer Sicht gelegentlich vage oder unbefriedigend ausfallen mögen - wie Sie gesagt haben -, hängt damit zusammen, dass Sie weit über das Maß hinaus gefragt haben, in dem die Kooperation bisher gediehen ist.

Es gibt schon sehr lange eine kooperative Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Jena, Leipzig und Halle. Wenn uns aber jetzt jemand den kühnen Vorschlag macht, wir sollten die Hochschulreform nicht in den einzelnen Ländern machen - die Sachsen eine Abstimmung

zwischen Leipzig und Dresden, die Thüringer zwischen Jena und Erfurt und wir zwischen Halle und Magdeburg -, sondern wir sollten dies untereinander machen, bin ich bestimmt der Letzte, der dagegen wäre. Es möge aber niemand denken, dass dies ein einfacheres Geschäft wird, als wenn man das auf der Landesebene macht.

Trotzdem wollen wir diese Kooperationen befördern. Trotzdem wollen wir, dass die Verzahnung schrittweise weiter wächst und ausgebaut wird. Aber wir können das nicht dadurch - sagen wir es einmal so - beschweren, dass wir diesen Prozess mit allzu großen Forderungen belasten, wenn wir die jeweils Betroffenen nicht mitnehmen.

Ich sage das deshalb, weil die Diskussionen über die Zusammenlegung der Landesversicherungsanstalten sehr weit fortgeschritten sind. Nur einige Knackpunkte sind noch offen. Wenn in dem Parlament in Dresden gesagt wird: wir sind dafür, aber das Zentrum muss nach Leipzig, und hier gesagt wird: wir haben überhaupt nichts dagegen, aber der Sitz ist Halle,

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

und in Erfurt heißt es: wir sind durchaus dafür, aber das kann doch nicht woanders hingehen, dann weiß jeder, dass es umso schwieriger wird, je höher das angebunden ist. Gegen Landtagsbeschlüsse kann keine Landesregierung etwas machen.

(Herr Gallert, PDS: Das stimmt nicht!)

Deshalb bitte ich Sie herzlich um Verständnis dafür,

(Herr Gallert, PDS: Herr Böhmer, das hatten wir schon!)

- Entschuldigung, falls es der Kompetenzbereich ist, von dem wir hier reden; das ist klar -

(Heiterkeit bei der SPD)

dass manche Sachen in einer gewissen Schwebe formuliert sind, damit diese Entwicklung in der Richtung weitergeht, die wir alle gemeinsam wollen.

Frau Budde, ein ganz schwieriger Bereich ist die Abstimmung der Fördermittelpolitik. Das hängt auch damit zusammen, dass die Kapazitäten und die Prioritätensetzung in den Ländern unterschiedlich sind. Wir haben gelegentlich andere als Thüringen oder Sachsen. Das möchten wir uns auch nicht durch eine Dreiervereinbarung von anderen vorschreiben lassen. Die anderen mögen das auch nicht.

Wenn es so kommt - das ist vorhersehbar -, dass Sachsen am Ende mehr Geld hat, dann werden sie sich von uns nicht vorschreiben lassen, dass sie bestimmte Bereiche nicht mehr fördern dürfen, nur weil wir dafür keine Fördermittel mehr haben. Wenn man das nicht vorsichtig genug einfädeln, kann man mehr kaputt machen, als wenn man das bei manchen Sachen - sagen wir es einmal so - bewusst etwas undeutlich lässt.

Über die gesamte Cluster-Finanzierung müssen wir sowieso noch einmal in einem anderen Zusammenhang reden. Es wird morgen Mittag eine Gesprächsrunde der Ministerpräsidenten der neuen Länder mit Bundesminister Stolpe geben. Er hat ein Papier über die Zukunft der Förderung der neuen Bundesländer herumgeschickt und hat die Vorstellung: Jetzt fördern wir nur noch Cluster und der Rest ist nicht mehr förderbedürftig.

Das wird so nicht gehen; denn wir wollen natürlich die Fördermittelpolitik in bestimmten Bereichen konzentrieren, aber wenn wir sagen, dass alles, was nicht Cluster ist, nicht mehr förderungswürdig ist, dann kommen wir in ganz schwierige Verhältnisse. Darüber müssen wir miteinander und untereinander auch reden.

Wenn Sie mich ermahnen, auch mit anderen benachbarten Bundesländern zusammenzuarbeiten, muss ich dazu sagen: Das ist freundlich, aber das machen wir. Die erste gemeinsame Kabinettsitzung mit einem benachbarten Bundesland war die mit dem Kabinett Brandenburg. Da hatten wir einige ganz konkrete Dinge zu besprechen, dazu muss man uns nicht erst ermahnen.

Mit dem Kabinett Niedersachsen werden wir noch im nächsten halben Jahr eine gemeinsame Kabinettsitzung durchführen. Nur, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Tradition, wie das der mitteldeutsche Wirtschaftsraum darstellt, den haben wir weder mit Brandenburg noch mit Niedersachsen in diesem vergleichbaren Umfang. Deswegen ist das schon eine bestimmte Besonderheit, die wir auch weiterhin beachten wollen.

Wir sind zurzeit dabei, uns über gemeinsame Außenhandelsaktivitäten zu unterhalten. Ich habe das auch in Halle gesagt. Innerhalb des Wirtschaftsraumes der Europäischen Union wird das nicht nötig und, wie ich denke, auch kaum möglich sein, weil die einzelnen Länder viel zu viele Einzelaktivitäten haben. Aber außerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes macht es einen Sinn, wenn wir die Industrie- und Handelskammern und deren Außenhandelsaktivitäten mit einfädeln können. Ohne sie wird es schwierig und fast nicht effektiv. Das ist ein Weg, den ich für richtig halte und den wir auch weiter begleiten und befördern wollen. Aber das geht wirklich nur schrittweise.

Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass das ein richtiger Weg ist und dass wir mit der Initiative Mitteldeutschland - ich will auf die einzelnen Probleme, die in den Fragen aufgeworfen worden sind, nicht eingehen - diese Entwicklung des Zusammenwachsens und des Sich-Vernetzens der Strukturen weiter begleiten sollten.

Ich weiß - das wissen Sie auch -, dass es auch Interessen einzelner Betriebe gibt, die man nicht wird erfüllen können. Das ist jetzt schon der Fall, wenn ein Betrieb über die Kreisgrenze hinausgeht. Da bekomme ich Briefe, in denen gesagt wird: Wenn ihr schon eine Kreisgebietsreform macht, macht es doch so, dass die zwei, drei Gemeinden, in denen wir auch noch einen Standort haben, mit zu dem Kreis kommen, in dem wir ansässig sind, damit wir nicht mit zwei Landräten reden müssen. - Wenn Sie dann drei, vier solcher Briefe mit unterschiedlichen Wünschen vorliegen haben, dann wissen Sie, dass Sie es nicht allen recht machen können.

Das sind Probleme, zu denen wir gern darüber reden, wie man das eine oder andere erleichtern kann, wie man manches auch abstimmen kann. Aber dass wir nun eine Ländergrenzen überschreitende Strukturpolitik machen können, die die Ländergrenzen im Bereich der Administration völlig verwischt, das wird nicht möglich sein. Deswegen will ich das auch an dieser Stelle deutlich sagen. Wir werden uns aber trotzdem in jedem Jahr mindestens zweimal zusammensetzen und werden immer wieder die nächsten Schritte besprechen, damit wir das Zusammenwachsen des Wirtschaftsraums helfend begleiten können.

Ich habe noch eine Bitte, die ich bewusst nenne, weil ich auch versuche, möglichst viel zu lösen. Wenn wir in Sachsen-Anhalt der Welt verkünden, dass wir im Jahr X - 2000 und etwas - vorhersehbar pleite sind und das Problem bloß noch lösen können, wenn wir die Länder zusammenlegen, dann wissen das die anderen und sagen: Da haben sie gewirtschaftet, bis sie nicht mehr können, und dann sollen wir deren Schulden übernehmen. - So bringen wir die Initiative Mitteldeutschland nicht zu einem Erfolg.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Das sind Probleme, zu denen ich sage: Wenn wir das gemeinsam wollen - ich halte es für richtig -, dann muss man immer sehr sensibel auch den anderen zuhören, muss aufpassen, dass man den Weg Schritt für Schritt gemeinsam zu gehen versucht, ohne den Eindruck zu erwecken, dass wir die Partner überfordern, oder dass der Eindruck entsteht, wir würden uns vornehmen vorzuschreiben, was die anderen zu machen hätten. Sie haben genauso ihr Selbstwertgefühl wie wir. Nur wenn wir das gegenseitig respektieren, werden wir die Initiative Mitteldeutschland richtig hinbekommen.

Das war meine einzige herzliche Bitte, aber die wollte ich heute loswerden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kosmehl. Bitte, Sie haben das Wort.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt geht Herr Püchel, jetzt wollte ich ihn gerade ansprechen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das können Sie gleich machen!)

- Gehen Sie lieber, es dauert länger.

(Heiterkeit)

„Flop“, „Bluff“, „Begräbnis erster Klasse“ - was hat die Opposition nicht alles schon für Begriffe gebraucht, um die Initiative Mitteldeutschland zu bewerten. Sicherlich, es muss schon legitim sein für eine Opposition, eine Initiative der Landesregierung zu bewerten. Dass diese Bewertungen für ein Vorhaben solcher Größe aber nach solch kurzer Zeit abgegeben werden, kann ich nicht nachvollziehen.

Für mich lässt sich das eigentlich nur unter der Rubrik „Frust“ einordnen - Frust darüber, dass, wenn auch in kleinen Schritten, die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringer enger zusammenrücken, als Sie, meine Damen und Herren der Opposition, sich das in acht Jahren auch nur erträumt haben. So ist dann auch die Große Anfrage ein weiterer Versuch, die Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen als gescheitert darzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zugegebenermaßen hätte sich auch die FDP-Fraktion gewünscht, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt weitere konkrete Er-

gebnisse im Rahmen der Initiative Mitteldeutschland vorliegen würden. Dass es jedoch zum Teil noch etwas schleppend vorangeht, liegt nicht am Land Sachsen-Anhalt.

Wir unterstützen die Landesregierung ausdrücklich in ihren Bestrebungen, den Prozess der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den drei Bundesländern auf der Grundlage der Initiative Mitteldeutschland voranzubringen - und das als treibende Kraft. Es bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungen an Fahrt gewinnen, sobald die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen vorüber sind, was nicht heißen soll, dass die zurzeit laufenden Gespräche auf politischer und auf der Arbeitsebene nicht weitergeführt werden müssten.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf einige wichtige Erfolgsmeldungen eingehen, insbesondere aus dem Bereich Innen- und Rechtspolitik, der in den Ausführungen von Frau Budde sicherlich zu kurz gekommen ist, der aber einige Erfolgsmeldungen enthält:

erstens den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung des Justizvollzugskrankenhauses in Leipzig,

zweitens die Verwaltungsvereinbarung, die die Nutzung der sozialtherapeutischen Abteilung für Frauen bei der JVA Dresden und der Mutter-Kind-Abteilung bei der JVA Chemnitz durch weibliche Gefangene aus Sachsen-Anhalt und Thüringen ermöglicht,

drittens den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Spezialisierung der Produktion von Statistiken sowie den Abschluss eines Staatsvertrages zur Bildung eines mitteldeutschen Verbundes statistischer Landesämter bis Ende 2004.

Es ist aber auch als Erfolg zu werten, dass zahlreiche weitere Entwürfe für Verwaltungsvereinbarungen bereits vorliegen oder dass, falls sich eine Zusammenlegung von Ämtern oder Institutionen nach eingehender Prüfung als ineffektiv erwiesen hat, stattdessen die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern vereinbart wurde. Das kann man aus der Sicht der Opposition als Scheitern verstehen, muss man aber nicht.

Je mehr Prüfaufträge erteilt und abgearbeitet werden - mit welchem Ergebnis auch immer -, umso intensiver ist doch die angestrebte Zusammenarbeit. Wer Prüfaufträge als „Versenkung erster Klasse“ bezeichnet, wie das Herr Püchel in der Debatte im Monat November getan hat, und das im Zusammenhang mit der Initiative Mitteldeutschland, der macht deutlich, dass er selbst zur Verhandlungsführung über die Zusammenarbeit mehrerer Länder nicht geeignet ist.

Nein, meine Damen und Herren der Opposition, die Initiative Mitteldeutschland mit Prüfaufträgen zu begleiten, um weitere Themenfelder zu erschließen, ist und bleibt der richtige Weg und diesen sollte man weiter beschreiten.

Im Ergebnis der Prüfaufträge will ich aber an dieser Stelle nicht verhehlen, dass beispielsweise die FDP-Fraktion einen Ausbau der Brand- und Katastrophenschutzschule in Heyrothsberge zu einem Länder übergreifenden Kompetenzzentrum befürwortet hat und weiterhin befürwortet hätte. Aber dies ist zurzeit leider nicht möglich.

Umso mehr ist zu begrüßen, dass man jetzt eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben hat, aufgrund deren man Spezialisierungen in den drei Brand- und Ka-

tastrophenschutzschulen in den Ländern herbeiführen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass über den in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage enthaltenen Katalog der bereits abgeschlossenen Vereinbarungen hinaus inzwischen weitere Vereinbarungen hinzugekommen sind, zum Beispiel die Vereinbarung zwischen den drei Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Brandenburg zu der Zusammenarbeit der Polizeien der Länder im Rahmen einer Sicherheitskooperation, die am 13. Januar dieses Jahres unterzeichnet wurde.

Diese Sicherheitskooperation ist ein gutes Beispiel dafür, die Befürchtungen des Herrn Kollegen Püchel zu zerstreuen. Herr Kollege Püchel hat in der Debatte am 21. Oktober 2003 geäußert - ich zitiere:

„Wir müssen für alle Regionen im Lande etwas tun und müssen sehen, dass wir auch mit anderen Ländern, mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, kooperieren.“

Die Landesregierung hat die Initiative Mitteldeutschland nie als abschließenden Bereich der Zusammenarbeit verstanden. Es muss und wird auch weiterhin mit anderen Ländern in verschiedenen Bereichen Kooperationen geben. Ein Beispiel möchte ich hier zum Schluss kurz noch nennen. Ich möchte das auch, weil es zeigt, dass sich nicht, wie behauptet, die Landesregierung einzuziehen droht, sondern dass sich die Opposition selbst einengt.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Nein!)

Meine Damen und Herren! Was ist denn mit der Region Harz und dem Land Niedersachsen?

(Herr Reck, SPD: Ja!)

Das hat Herr Püchel überhaupt nicht erwähnt, vielleicht weil es da ein Happyend geben kann - nicht für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sondern für unser Land.

Der Staatsvertrag für den gemeinsamen Nationalpark Harz steht kurz vor der Unterzeichnung. Sie haben es acht Jahre lang nicht geschafft, einen solchen Vertrag abzuschließen. Wir werden es schaffen.

(Herr Gürth, CDU: Das stimmt!)

Auch hierbei drängt sich mir wieder das Gefühl auf, Sie haben Frust.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kosmehl, mir drängt sich das Gefühl auf, dass Sie die Redezeit schon erheblich überzogen haben.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident, ich komme dann sehr gern zum Ende. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist also festzustellen, dass es sich bei der Initiative Mitteldeutschland mitnichten um einen Flop oder um ein Begegnungsbericht erster Klasse handelt. Es ist auch festzustellen, dass die Initiative Mitteldeutschland mitnichten ein Bluff ist; denn an den bereits zu verzeichnenden und den zu erwartenden Erfolgen ist zu erkennen, dass die Initiative

von allen Beteiligten sehr ernst genommen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. - Nun bitte für die PDS-Fraktion Herr Gallert.

Herr Gallert (PDS):

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Kosmehl, ich war ja kurz davor, während Ihrer Rede eine La-Ola-Welle für die Landesregierung und ihre erfolgreiche Initiative Mitteldeutschland zu initiieren.

(Heiterkeit bei der PDS - Herr Gürth, CDU: Was hat Sie abgehalten?)

Ihre Rede hat sich ein wenig von der Bewertung des Ministerpräsidenten unterschieden. Das vermag bei der aktuellen Situation in der Koalition wahrscheinlich aber auch niemanden so richtig zu überraschen.

Wir haben heute Vormittag hier eine Regierungserklärung zu hören bekommen und debattiert, in der - ich glaube, dass das bezeichnend ist - bei der Frage, die wir jetzt hier diskutieren, der Begriff „Mitteldeutschland“ nicht einmal mehr erwähnt wurde. Das war für mich ein Zeichen dafür, wie weit die Ansprüche der Koalition hinsichtlich der Initiative Mitteldeutschland inzwischen eingedampft sind.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Das erklärt möglicherweise den ziemlich euphorischen Grundton des Herrn Kosmehl, der nur dann in irgendeiner Art und Weise eine Berechtigung haben kann, wenn die Herangehensweise an dieses Thema von vornherein nur sehr flach gewesen ist.

Ich komme nunmehr zu der Großen Anfrage bzw. zu der Antwort der Landesregierung darauf. Ich möchte vorweg sagen: Sowohl die Fragesteller als auch die PDS-Fraktion gehen davon aus, dass es zwischen diesen drei Ländern einen besonderen Koordinierungsbedarf gibt, dass diese drei Länder eine Qualität der Zusammenarbeit entwickeln müssen, die sich deutlich von der normalen Zusammenarbeit von Nachbarländern unterscheidet.

Schauen wir uns unter diesem Aspekt einmal die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage an, dann sehen wir, dass - ich konzentriere mich an der Stelle auf den wirtschaftlichen Teil dieser Anfrage - die Standortkonkurrenz zwischen den drei Ländern nach wie vor akzeptiert wird. Ich kenne eine Aussage von Herrn Böhmer nicht, die lautet, es soll in Zukunft keine Standortkonkurrenz bei Ansiedlungen mehr geben. Ich habe dafür in Erinnerung, dass man sich nach wie vor mit der Tatsache abfinden muss, dass die drei Länder untereinander in Konkurrenz in diesen Punkten stehen.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ja, das ist auch so!)

Die logische Konsequenz ist, dass man versucht, sich gegenseitig mit Fördermitteln zu überbieten. Wir denken, dass das tatsächlich eines der Grundübel in unserer aktuellen Debatte ist. Dieses Grundübel wird besonders deswegen deutlich, weil wir es hier in dem Dreiländereck

mit einer Vielzahl von Ansiedlungs- und Strukturentscheidungen zu tun haben.

Die Diskussion über die Klemme AG mag dafür charakteristisch sein. Ich sage hier ganz deutlich: Die PDS-Fraktion kritisiert nicht die Entscheidung der Landesregierung, die Klemme AG in ihrem nächsten Ausbau stadium nicht zu fördern. Ich kann zumindest für meine Person sagen, ich habe ausdrücklich Verständnis und Akzeptanz auch für die Position des Ministerpräsidenten, was Erweiterungsinvestitionen anbelangt.

Ziel dieser Initiative Mitteldeutschland muss aber sein, dass dann nicht Thüringen oder Sachsen „in die Bresche springen“ und 8 Millionen € hinblättern, um mit öffentlichen Mitteln, mit Steuergeldern, eine Ansiedlungentscheidung zuungunsten von Sachsen-Anhalt zu beeinflussen. Das muss Ziel dieses Abstimmungsprozesses sein. Weniger darf es nicht sein.

Ich möchte an der Stelle noch auf die Position eingehen, die lautet: Sachsen und Thüringen hätten möglicherweise an einer solchen Abstimmung kein so großes Interesse, weil deren Haushaltssituation beispielsweise besser sei.

(Herr Kühn, SPD: Das ist auch so!)

An der Stelle bitte ich darum, die Differenzen zwischen den ostdeutschen Bundesländern nicht so stark überzubewerten, dass wir dazu kommen, meinetwegen Sachsen eine hervorragende Haushaltssituation zu bescheinigen.

Wenn Sie, Herr Böhmer, für Sachsen-Anhalt konstatieren, dass sozusagen die eigenen Einnahmen in unserem Landeshaushalt nach wie vor weniger als 50 % der Ausgaben betragen, dann muss ich Sie fragen: Denken Sie denn, das ist für Sachsen so extrem anders? Denken Sie denn, die Bundesländer Sachsen und Thüringen haben in ihren Landeshaushalten Einnahmequoten von 100 %? - Nein. Die leben auch in etwa zur Hälfte von Fremdgeldern, die über den Bund und die EU umgeleitet werden. Auch dort ist es so, dass fremdes Geld für die Strukturpolitik ausgegeben wird.

Deswegen kann es kein akzeptables Argument sein: Wir akzeptieren diese Konkurrenz einfach, weil die das Geld nun einmal haben. Da müssen wir sehen, wie wir damit fertig werden. Nein, diese Bundesrepublik und diese Europäische Union bezahlen auch die Fördergelder in Sachsen und Thüringen. Deswegen gibt es keine Akzeptanz für ein so unterschiedliches Herangehen.

Ich möchte am Ende meiner Rede noch auf ein anderes Problemfeld eingehen. Da wird - es kam hier auch wieder vor - die These vertreten: Wir müssen aufpassen, dass wir vor lauter Pessimismus für die Entwicklung Sachsen-Anhalts nicht unter Verdacht geraten, Sachsen-Anhalt zugunsten eines mitteldeutschen Landes aufzulösen zu wollen, weil wir der Meinung sind, wir schaffen es nicht, die anderen Bundesländer hätten bessere Wachstumsimpulse und würden sozusagen mit unserer Schuldenlast fertig werden.

Ich sage hier ausdrücklich: Es gibt auch bei uns in der PDS kontroverse Diskussionen darüber. Ich kann für mich persönlich sagen: Einen wirklichen Föderalismus in dieser Bundesrepublik unter dem Aspekt der europäischen Integration wird es mit 16 Bundesländern nicht geben. Wir glauben - das trifft zumindest auf einen Teil der Mitglieder der PDS-Fraktion zu -, dass dieses Land Sachsen-Anhalt deswegen in der bisherigen Situation

nicht auf ewig Bestand haben wird. Darüber wird es auch bei uns kontroverse Diskussionen geben. Eine Länderfusion wird aber inzwischen von vielen nicht mehr rigoros ausgeschlossen.

Es wäre fatal, diese Position, die vielleicht in Sachsen-Anhalt hier und da schon eher artikuliert wird als in Sachsen und Thüringen, nun damit zu verknüpfen, dass Sachsen-Anhalt ganz besonders arm wäre. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Im bundesdeutschen Maßstab kommen in Mitteldeutschland immer noch drei Arme zusammen. Das ist nicht die Lösung dieses Problems.

Nein, die Idee, hier Länder übergreifend Strukturpolitik zu machen, eventuell auch Länder zu fusionieren, hat etwas mit den Wirtschaftsräumen, mit der europäischen Integration und den Anforderungen in dieser Situation zu tun und nichts mit der Haushaltssituation in den Bundesländern.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Weil das unsere Perspektive auf die Länderkooperation ist und weil das unser Maßstab bei der Beurteilung der jetzigen Situation ist, kommen wir zu dem Schluss, dass wir stehen geblieben sind, die Diskussion kleinkariert wird und die bisherige Initiative Mitteldeutschland die Anforderungen nicht erfüllt, die man an sie stellen muss. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gallert. - Nun Frau Wybrands für die CDU-Fraktion.

Frau Wybrands (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Initiative Mitteldeutschland ist ein wichtiger Schritt, um unsere Region als Standort im zusammenwachsenden Europa zu positionieren. Ich möchte daran erinnern, dass am 1. Mai dieses Jahres unsere östlichen Nachbarn Polen und Tschechien Mitglieder der EU werden. Der Wettbewerbsdruck auf die Region Mitteldeutschland wird sich daher merklich erhöhen, denn die Waren- und Dienstleistungsfreiheit steht den neuen Mitgliedern von Anfang an voll umfänglich zur Verfügung.

Ferner ist wichtig, dass wir uns bemühen, allmählich das Etikett Ostdeutschland loszuwerden. Auch dabei kann die Initiative Mitteldeutschland gute Dienste leisten.

Wir gehen davon aus, dass sich die regionale Differenzierung in den neuen Ländern weiter verstärken wird.

Es geht aber auch um die grundlegende Frage: Wollen wir uns eher nach dem Beispiel des armen Saarlandes oder Schleswig-Holsteins ausrichten oder lieber nach der Rhein-Main-Region? Wenn wir uns nach dem erfolgreichen Beispiel der Rhein-Main-Region richten wollen und eines Tages mit der Region mithalten wollen, muss bereits heute an einer engen Zusammenarbeit der drei Länder gearbeitet werden. Dazu wurde der Grundstein gelegt, wie die Antwort der Landesregierung zeigt.

Lassen Sie mich nun den Standpunkt der CDU-Fraktion zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur konkreten Umsetzung der Initiative Mitteldeutschland darlegen. Die Fraktion der SPD

hat gegenüber der Landesregierung insgesamt 82 Fragen aufgelistet, die es zu beantworten galt. Es handelt sich um wortidentische Anfragen der drei mitteldeutschen SPD-Landtagsfraktionen an die jeweiligen Landesregierungen. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass die Fragen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten von der Exekutive umfassend beantwortet werden.

Ich möchte als letzte Sprecherin nicht mehr auf die Einzelheiten eingehen. Die Fraktionen von CDU und FDP verstehen die Debatte um die Initiative Mitteldeutschland aber auch als Ansporn für die Legislative, darüber nachzudenken, wo und wie die drei Bundesländer Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt durch Spezialisierung Spitzenleistungen erbringen können. Es ist und bleibt das Ziel dieser Koalition, nicht nur das Land aus der Schuldenfalle herauszuführen, sondern auch die Existenz dieses Landes zu sichern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das vielfach zitierte Papier - auch heute schon - von Herrn Kollegen Bullerjahn eingehen. Ich glaube nämlich, dass die Große Anfrage und das Thesenpapier „Sachsen-Anhalt 2020“ in einem Zusammenhang betrachtet werden müssen; denn in These 4 - genannt „Ein zusammenwachsendes Mitteldeutschland unterstützen“ - kommen Sie zu dem Schluss - ich zitiere -, dass „am Ende der Entwicklung die Bildung eines gemeinsamen Landes stehen muss. Ein starkes Land ist besser in der Lage, seine Interessen zur Geltung zu bringen.“

Der zweite Satz erfährt unsere volle Unterstützung. In der Tat ist ein starkes Land besser in der Lage, seine Interessen zur Geltung zu bringen. Der erste Satz hingegen offenbart einen grundlegenden Unterschied in der Beurteilung der Existenzberechtigung des Landes Sachsen-Anhalt und der Initiative Mitteldeutschland.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist aus der Sicht der CDU-Fraktion schon fast illusorisch zu glauben, dass durch die Fusion von drei Ländern, die alle mit Problemen unterschiedlichster Ausprägung zu kämpfen haben, die Zukunftprobleme gelöst werden können. Auch hierbei zeigt sich, wie die Detailbetrachtung offenbart, dass die Probleme doch nicht so gleich sind, wie es in dem Papier von Herrn Bullerjahn für alle drei Länder festgestellt wird.

Beispielsweise - das muss man ganz einfach sagen - wird der Haushalt des Freistaates Sachsen als solide bezeichnet. Wir sind überschuldet. Der Freistaat Sachsen hat über Jahre hinaus kontinuierlich durch eine sinnvolle Politik auf allen staatlichen Ebenen kosteneffektive Strukturen geschaffen.

Daher darf die Initiative Mitteldeutschland nicht nur aus der Sicht Sachsen-Anhalts betrachtet werden, sondern es muss auch berücksichtigt werden, welchen Nutzen und Vorteil sich die beiden anderen Partner aus einer solchen Kooperation versprechen. Da ist - das muss man ganz klar sagen - Sachsen-Anhalt als Braut eben nicht attraktiv.

Aufgrund der von mir schon kurz dargelegten unterschiedlichsten Aufstellung der Partner im Rahmen der Initiative ist es verständlich, dass sich beispielsweise der Freistaat Sachsen Dinge leisten kann und auch leisten wird, die wir uns eben nicht mehr leisten können. Dies begründet unterschiedliche Verhandlungspositionen der jeweiligen Länder, die von der CDU der Landesregierung von Sachsen-Anhalt nicht angelastet werden.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Opposition! Lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen kommen. Die Antworten auf die Große Anfrage der SPD bezeugen sehr eindringlich den festen Willen der Landesregierung, den Weg einer Zusammenarbeit der drei Länder dort weiter fortzusetzen, wo es unseren Bürgern und Unternehmen nutzt, wo es sachlich geboten ist und wo es betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheint. In der kurzen Zeit seit der Regierungsübernahme durch die CDU-FDP-Regierung ist einiges erreicht worden, einiges bleibt noch zu tun.

Die Landesregierung hatte den Mut, eine solche Initiative zu starten. Erfolgreiches Standortmarketing ist dabei ein Ziel; Verwaltungsvereinfachung und Bündelung von Ressourcen sind weitere Ziele.

Herr Gallert, Frau Budde, wer hatte uns eigentlich versprochen, dass das 100-prozentig sofort umgesetzt werden kann? Muss nicht, wer eine solche Initiative startet, auch aushalten, dass die darin freigesetzten Kräfte Eigidynamik entwickeln? Wichtig ist für mich, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, den Prozess zu begleiten und die Facetten der Initiative Mitteldeutschland im Endeffekt zu den genannten Zahlen wieder bündeln zu können. Da ist die Drs. 4/1296 selbst ein weiterer Baustein der Initiative Mitteldeutschland. Jede einzelne Antwort wird wortgleich in allen drei Landtagen eingebracht werden - ein überzeugender Beweis dafür, dass wir auf dem besten Wege sind.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich bin zwar der Meinung, dass Sie unserem Land wesentlich besser gedient hätten, wenn Sie diese 82 Fragen in den acht Jahren Ihrer Regierungszeit an sich selbst gerichtet hätten und danach politisch aktiv geworden wären, statt nur einmal an einer Konferenz teilzunehmen. Aber immerhin haben Sie durch die wortidentischen Anfragen in allen drei Landtagen der Initiative Mitteldeutschland zu einer schönen Dokumentation des beginnenden Bewusstseins für eine engere Zusammenarbeit der drei Länder verholfen und uns allen heute zu einer Premiere; vielen Dank dafür. - Vielen Dank für Ihr zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Wybrands. - Der fragestellenden Fraktion steht das Schlusswort zu. Bitte, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir uns nicht der Gefahr aussetzen dürfen, dass der Eindruck erweckt wird, die Initiative Mitteldeutschland werde von Magdeburg aus begleitet, oder von Dresden oder Erfurt. Ich will Ihnen dazu nur aus dem Positionspapier des Regionenmarketingkonzeptes eine Forderung aus der Proklamation vorlesen. Ich meine, die ist eindeutig:

„Es besteht nunmehr die Notwendigkeit einer eigenen Wirtschaftsagenda für den mitteldeutschen Raum, die sowohl von Politik als auch von Wirtschaft getragen und umgesetzt wird. Damit sollen vorhandene Potenziale effektiver genutzt und Menschen für die nachhaltige Entwicklung mobilisiert werden. Mit einer Wirtschaftsstrategie für Mitteldeutschland kann die Region bis zum Jahr 2010 zu einer der innovativen Wachstums-

regionen in Europa aufsteigen und zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsraum sich entfalten.“

Herr Ministerpräsident, wir brauchen uns wirklich nicht um ein Komma zu streiten. Mit den Worten, dass es ohne Magdeburg im symbolischen Sinne - gemeint war die Landespolitik - nicht geht, darüber sind wir uns einig, glaube ich.

Zu dem, was Sie zur Gebietsreform gesagt haben - nein, das war eben bereits meine Antwort darauf.

Zu dem, was Sie zur Zusammenlegung der Länder gesagt haben, würde ich sagen: Wenn Sie mehr Mut bei der Gebietsreform haben, dann kann man das Szenario eines großen starken Landes durchaus auch einfacher stricken. Denn wir können hier in unseren Eitelkeiten noch zehn, noch 15 Jahre weiterschmoren,

(Minister Herr Dr. Daehre: Wie lange denn noch?)
Irgendwann wird die Entwicklung weitergehen.

Ich halte es in der Tat für problematisch, wenn gesagt wird: Weil die Länder pleite sind, müssen sie jetzt zusammengehen. Das würde ich gar nicht sagen, das würde ich gar nicht in den Mund nehmen. Es geht in der Tat darum, Vorteile zu generieren und Strukturen zu schaffen, die notwendig sind.

Herr Genscher hat gesagt: Europäisierung ist Regionalisierung. Dann müssen die Regionen aber auch so aufgestellt werden, dass sie in dem sich verschärfenden europäischen Wettbewerb in einem erweiterten Europa wahrgenommen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Darüber muss man zumindest immer wieder nachdenken und man muss weiter daran arbeiten. Sicherlich gibt es da Befindlichkeiten. Ich habe das auch gehört.

Der Vertreter des sächsischen Ministeriums hat gesagt: Was stört es den sächsischen Fahnenträger, wenn auch noch andere Fahnen drinstehen? Das ist genau das, was wir brauchen, um die Initiative Mitteldeutschland voranzubringen. Er hat - nachdem er von den Wirtschaftsjournalisten dann so richtig in die Enge getrieben wurde - auch noch gesagt: Und schuld, meine Damen und Herren, sind diese Landtage, weil ihnen von Europa und vom Bund die Kompetenz weggenommen wird, und jetzt trauen sie sich nicht einmal, die Bergämter zusammenzulegen.

Das war ein Niveau, bei dem den Unternehmensvertretern richtig schlecht geworden ist. Ich bin froh, dass ich sagen kann, dass es ein sächsischer Vertreter war; bei der Automotive-Industrie war nämlich kein Vertreter Sachsen-Anhalts auf dem Podium, was ich zugegebenermaßen sehr schade fand.

Einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nicht Länder übergreifend zu entwickeln, das ist falsch. Darin widerspreche ich Ihnen wirklich auch inhaltlich.

(Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Wir müssen Länder übergreifende Wirtschaftsräume entwickeln und das ist auch möglich.

(Zustimmung bei der SPD)

Und wieso nicht nach Niedersachsen? Und wieso nicht nach Brandenburg?

Herr Kosmehl, ich habe es schon in meiner Einbrun-
gsrede gesagt: Es gibt zum Beispiel nach Nieder-
sachsen den Automobilzuliefer-Cluster im Bereich VW.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Natürlich, das geht bis in die Altmark hoch. Dort gibt es Aufgaben und das gilt es zu begleiten und weiterentwickeln.

Wir müssen auf dem aufbauen, was jetzt da ist, und nicht immer irgendwo in die Sterne gucken.

(Minister Herr Dr. Daehre: Das wollen wir doch!
- Minister Herr Dr. Rehberger: Da reden wir nicht,
das machen wir doch!)

Herr Stolpe hat in der Tat ein Papier vorgelegt, in dem es um Wachstumskerne geht und in dem er gesagt hat: nur noch Cluster fördern. Das kann man wiederum so und anders sehen. Wie wäre es denn, wenn wir uns einmal inhaltlich mit der Cluster-Theorie beschäftigen, damit wir überhaupt wissen, worüber wir reden?

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Das kann man nämlich positiv und negativ bewerten. Man kann auch andere Begriffe dafür verwenden. Man kann „Netzwerke“ sagen, man kann „Kompetenzzentren“ sagen, wie auch immer. Jede Zeit hat dafür ihre Begrifflichkeiten.

Inhaltlich geht es darum, branchenorientiert mit den Unternehmen zusammen daran zu arbeiten, dass sie Zukunftsfähig aufgestellt sind, dass man die entsprechende Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur schafft, dass man den Unternehmen die Möglichkeit gibt, in den nächsten Jahren von den Aufträgen zu profitieren und möglichst auch Weiterverarbeiter zu bekommen. Darum geht es. Mir ist egal, wie das genannt wird. Aber man muss bereit sein, sich inhaltlich damit auseinander zu setzen.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Das machen wir!)

- Das fehlt mir noch, Herr Rehberger. Bisher habe ich nur platte Antworten gehört und keine inhaltliche Diskussion.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Das machen wir!)

Herr Thiel und andere werden es mir bestätigen können, im Wirtschaftsausschuss wird kaum inhaltlich diskutiert.

(Herr Gürth, CDU: Aber klar! Und wie da inhaltlich diskutiert wird!)

Die erweiterte Europäische Union könnte der potenteste Wirtschaftsraum werden - das haben Sie, Herr Ministerpräsident, auf der Zukunftskonferenz gesagt. Das würde ich so auch unterschreiben. Aber dann achten Sie bitte darauf, dass das, was Sie dort gesagt haben, dass Osteuropa auch in Ihrem neuen Außenwirtschaftskonzept, das die Landesregierung gerade entwickelt, vorhanden ist.

Lassen Sie sich vom Wirtschaftsminister die Antworten auf genau die Fragen geben, die wir vorhin exemplarisch in Bezug auf das Büro Tallinn gestellt haben. Denn es gibt schon Kontakte in viele osteuropäische Länder und die müssen aufrechterhalten und weiterentwickelt werden.

Das ist zum Beispiel - ich sehe hier Herrn Steinecke sitzen - die Ukraine. Wir haben Verträge mit Russland,

Bulgarien, Vietnam, Estland, Polen - mit Masowien haben wir inzwischen den zweiten Vertrag; im Jahr 2002 gab es bereits den ersten -, Tschechien, Böhmen und früher auch einmal mit Kuba.

Wenn ich mir ansehe, wie die osteuropäischen Länder hinsichtlich der Außenakquise aufgestellt sind - sehen Sie sich einmal an, wie gut Tschechien aufgestellt ist -, mit welchen Leuten die arbeiten, mit welcher Kompetenz die an die Bearbeitung der Märkte herangehen, dann wird mir ganz schlecht. Angesichts dessen ist es in der Tat notwendig, dass sich die ostdeutschen Länder zusammenschließen, um international überhaupt wahrgenommen zu werden. Das haben wir verdammt nötig, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Frau Wybrands, Sie haben eine schöne Vorlage gegeben: Man solle doch einmal sagen, was man selbst gemacht habe. - Das kann ich Ihnen sagen.

Die politischen Aktionen und Aktivitäten in der Zeit waren folgende: Wir haben gemeinsam mit allen ostdeutschen Ministerpräsidenten erreicht, dass das Thema Basel II aufgenommen worden ist. Ansonsten würde es darin keine Mittelstandskomponente geben. Es ist über die Fortführung der EU-Strukturfonds nach dem Jahr 2006 mit Herrn Barnier verhandelt worden. Aus dieser Zeit stammt der Satz: Die jetzigen Ziel-1-Regionen dürfen nicht die Verlierer der Osterweiterung werden.

(Herr Kosmehl, FDP: Oh!)

- Lesen Sie einmal in der Zeitung nach. - Wir haben den chemiepolitischen Dialog begonnen.

(Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

- Seien Sie doch froh, dass es da ist und dass Sie nicht bei null anfangen müssen.

(Zustimmung von Herrn Dr. Püchel, SPD, und von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Es ist doch wirklich Unsinn, sich jetzt um irgendwelche Peanuts zu streiten. Sie sind jetzt in der Regierung, und ich bin froh, dass Sie es machen,

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

aber dann machen Sie es auch weiter.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Budde, möchten Sie eine Frage von Frau Wybrands beantworten?

Frau Budde (SPD):

Im Anschluss, Herr Präsident. - Der chemiepolitische Dialog und der Emissionsrechtehandel - -

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Der Anschluss kommt aber bereits in fünf Sekunden.

Frau Budde (SPD):

Dann nehme ich die Frage sehr gern entgegen, Herr Minister - nein, Herr Präsident.

(Zuruf von der CDU: Ha, ha!)

Frau Wybrands (CDU):

Das kam jetzt etwas überraschend. - Frau Budde, würden Sie mir darin zustimmen, dass damals, als es ernst wurde mit den Strukturfonds und mit der Frage, wie es weitergehen sollte, zunächst von führenden Vertretern der SPD dieses Landes klipp und klar gesagt wurde, wir müssten solidarisch sein und könnten deswegen diese Strukturfonds nach 2007 nicht mehr für uns in Anspruch nehmen, dass dann verschiedene Gespräche stattgefunden haben, in denen sich die Regierung unter anderem mit 18 weiteren strukturschwachen Regionen zusammengetan hat - gut, 17 und wir, das sind 18 -, und dass dann insgesamt durchgesetzt wurde, dass Herr Barnier in diesem Punkt einen Sinneswandel durchgemacht hat?

Ich muss sagen, ich bin etwas überrascht. Bislang hatten Sie es eigentlich nicht nötig, sich etwas gutzuschreiben, was Sie nicht gemacht haben.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Frau Budde (SPD):

Ich leide nicht an Alzheimer, Frau Wybrands. Ich habe nämlich die Gespräche damals bei Herrn Barnier selbst geführt. Insofern weiß ich ziemlich genau, was er gesagt hat. Aber lassen wir das einmal dahin gestellt sein.

(Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

Sie haben Recht damit, dass die europäischen Parlamentarier, unter anderem Herr Stockmann, darauf verwiesen haben, dass man solidarisch sein müsse, wenn die Europäische Union erweitert wird. Das ist auch so. Daran werden wir auch nicht vorbei kommen.

(Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

- Natürlich ist es so, dass man dann, wenn der Raum nach Osteuropa erweitert wird, mit den Bereichen, die hinzukommen, die wesentlich geringere Bruttoinlandsprodukte haben und wesentlich größere Strukturschwächen aufweisen, solidarisch sein muss. Der Inhalt der Europäischen Union ist von Beginn an, dass Wirtschaftsräume entwickelt und Schwächen ausgeglichen wurden, dass Strukturpolitik gemacht worden ist.

(Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

Natürlich ist es in dieser Auseinandersetzung eine Aufgabe der neuen Bundesländer, darauf zu achten, dass sie nicht unter die Räder kommen.

(Frau Feußner, CDU: Sie reden jetzt am Thema vorbei! - Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

Deshalb sind wir diesbezüglich inhaltlich auch der gleichen Auffassung. Ich sage es noch einmal. Ich vermute, dass nach den Europawahlen die Diskussion ein Stück weit anders geführt werden wird, aber das werden wir sehen, wenn es so weit ist. Darüber brauchen wir jetzt nicht zu debattieren. Es ist richtig, in einer Auseinandersetzung um Finanzmittel muss man den Damm so lange halten, wie es irgend geht, und muss auf dieser Position bestehen.

Ich will Ihnen auch gleich noch eine zweite Antwort geben.

(Frau Wybrands, CDU: Ich habe keine zweite Frage gestellt!)

Es ist nicht so, dass die Probleme unterschiedlich sind, in dem einen Bereich schwächer und in dem anderen Bereich stärker. Die gleichen Probleme der ostdeutschen Länder sind wesentlich stärker ausgeprägt als die winzigen Unterschiede, die sie bei ihren statistischen Zahlen und Berechnungen haben.

Nicht ohne Grund hat das IWH in einer umfassenden Strukturanalyse über einen großen Zeitraum festgestellt: Alle neuen Bundesländern bewegen sich ungefähr gleich, es gibt nur marginale Unterschiede, die für die Entwicklung kaum entscheidend sind.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Wybrands, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Budde. - Mit diesem Schlusswort ist die Aussprache zur Großen Anfrage beendet. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Beratung**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzkontrolle**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der PDS und der FDP - **Drs. 4/1239**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - **Drs. 4/1444**

Ich bitte Herrn Doege, als Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen das Wort zu nehmen.

Herr Doege, Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Beratungen über den Haushaltspanentwurf 2004 hat der Präsident des Landesrechnungshofes vorgeschlagen, die bestehenden Staatlichen Rechnungsprüfungssämter aufzulösen und damit einerseits einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und andererseits die bestehenden Verwaltungsstrukturen zu straffen. Die Vorschläge fanden eine fraktionsübergreifende Zustimmung und mündeten in dem Gesetzentwurf, der hier in das Parlament fraktionsübergreifend eingebracht worden ist.

Der Gesetzentwurf beinhaltete die notwendigen Änderungen in verschiedenen Gesetzen, die sich letztlich aus der Auflösung der Staatlichen Rechnungsprüfungssämter ergeben.

Im Rahmen der Gesetzesberatungen im Finanzausschuss vertraten der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst und der Rechnungshof unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der vorgeschlagenen Änderung des § 109 Abs. 2 der Landeshaushaltsoordnung.

Nach der bisher geltenden Rechtslage konnte die Prüfung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, von einem Staatlichen Rechnungsprüfungssamt übernommen werden. Die bestehenden Rechnungsprüfungssämter haben für die im Land Sachsen-Anhalt vorhandenen 15 öffentlich-rechtlichen Stiftungen diese Jahresrechnungen durchgeführt.

Aufgrund der vorgeschlagenen Gesetzesänderung war nunmehr eine Neuregelung der Wahrnehmung dieser Prüfungsaufgaben notwendig. Es bestand einerseits die Möglichkeit, diese Aufgaben einem Dritten, also einem Wirtschaftsunternehmen, zu übertragen, was allerdings die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltssmittel erforderlich gemacht hätte. Andererseits bestand die Möglichkeit, den Landesrechnungshof mit der Wahrnehmung dieser Prüfungsaufgaben zu betrauen. Die letztgenannte Variante war Gegenstand des Gesetzentwurfes.

Im Rahmen der Gesetzesberatungen brachte der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst dagegen Bedenken vor, dass die Vorschrift des § 109 in der vorgesehene Neufassung zu Interessenkonflikten führen könnte, da laut § 109 der Landeshaushaltssordnung dem Landesrechnungshofpräsidenten die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, die Jahresabschlüsse der Stiftungen zu prüfen, und nach § 111 der Landeshaushaltssordnung die Prüfung der Haushalt- und Wirtschaftsführung bereits vom Landesrechnungshof durchgeführt wird.

Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst sah, wie gesagt, hierin einen möglichen Interessenkonflikt. Um diesen letztlich auszuräumen, hat es eine Verständigung zwischen dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst und dem Landesrechnungshof gegeben. Dieser Verständigung sind am Ende auch die einbringenden Fraktionen gefolgt.

Ich möchte betonen, dass es im Finanzausschuss auch kritische Stimmen gegen die Auflösung der Rechnungsprüfungsämter gegeben hat. Einige Mitglieder des Finanzausschusses haben das Problem gesehen, dass das Prüfvermögen des Rechnungshofs dadurch gegebenenfalls geschwächt wird. Ich denke aber, dass der Präsident des Landesrechnungshofes im Ausschuss glaubhaft versichert hat, dass es auch nach der Neuregelung nicht zu Einbußen an der bekannten Qualität der Arbeit des Rechnungshofes kommen werde.

Dieser Meinung hat sich der Ausschuss mit großer Mehrheit angeschlossen. Sie haben der Vorlage entnehmen können, dass der Ausschuss dem Landtag mit 11 : 0 : 1 Stimmen empfiehlt, diesen Gesetzentwurf anzunehmen. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Doege. - Möchte dazu jemand sprechen? - Das ist nicht der Fall.

Bei so viel Einigkeit stelle ich die Drs. 4/1444 insgesamt, also alle selbständigen Bestimmungen, die Überschrift und den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit, zur Abstimmung. Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Niemand. Gibt es Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit ist dieses Gesetz einstimmig angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 5 ist beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, habe ich die Freude, Schülerinnen und Schüler der „Schule der Völkerfreundschaft“ aus der Bach-Stadt Köthen auf der Tribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Zweite Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1355**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr - **Drs. 4/1452**

Ich bitte Frau Weiß, als Berichterstatterin des Ausschusses das Wort zu nehmen. Bitte schön.

Frau Weiß, Berichterstatterin des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Sitzung am 4. März 2004 haben wir erstmals über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt beraten. In der Diskussion wurde deutlich, dass das Anliegen, die regionalen Entwicklungsprogramme bis zum 30. Juni 2006 zu verlängern, in allen Fraktionen auf Zustimmung stößt.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung, dass der gegenwärtig erreichte Verfahrensstand in den einzelnen Regionen erkennen lässt, dass keine regionale Planungsgemeinschaft bis zum 30. April 2004 ihren regionalen Entwicklungsplan zur Beschlussreife gebracht haben wird.

Die damit zusammenhängenden praktischen Probleme sind bekannt. So hätten raumbedeutende Windkraftanlagen an allen Standorten, an denen öffentliche Belange nicht entgegenstehen, errichtet werden können. Eine planvolle Konzentration der Anlagen in Eignungsgebieten wäre nicht mehr möglich gewesen.

Darüber hinaus bestand Konsens darin, dass wir den Planungsgemeinschaften die notwendige Zeit geben sollten, um ihre durch sich verändernde Rahmenbedingungen nicht immer einfache Arbeit in Ruhe abschließen zu können.

Der Gesetzentwurf wurde im Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr beraten. Eine Mitbefassung des Umweltausschusses wurde vom Landtag mehrheitlich abgelehnt. Auch im Ausschuss bestand Konsens darüber, dass es sinnvoll ist, die Frist vom 30. April dieses Jahres bis zum 30. Juni 2006 zu verlängern. Niemand von uns ist neben der Schaffung regelfreier Räume an unnötiger Hektik interessiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Stimmen Sie dem Gesetzentwurf heute zu. Geben Sie den regionalen Planungsgemeinschaften Zeit, damit es in Sachsen-Anhalt auch künftig sinnvolle, abgewogene und ausgereifte regionale Entwicklungspläne geben kann.

Der Ausschuss hat dem Gesetzentwurf mit 12 : 0 : 0 Stimmen zugestimmt. - Danke schön.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Weiß. - Möchte dazu jemand sprechen? - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 4/1452 insgesamt, also über die

selbständigen Bestimmungen, die Gesetzesüberschrift und den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit, ab. Wer stimmt zu? - Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist das einstimmig beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe nun vereinbarungsgemäß den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1449**

Ich bitte Herrn Minister Jeziorsky, die Einbringung vorzunehmen. Bitte schön.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf soll zwei Staatsverträgen auf dem Gebiet des Lotterie- und Glückspielwesens zugestimmt werden. Es handelt sich um den Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und den damit im Zusammenhang stehenden Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen.

Ziel des Lotteriestaatsvertrages ist es, nach weitgehend bundeseinheitlichen Regelungen

erstens den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern,

zweitens übermäßige Spielanreize zu verhindern,

drittens eine Ausnutzung des Spielbetriebs zu privaten oder gewerblichen Gewinnzwecken auszuschließen,

viertens sicherzustellen, dass Glücksspiele ordnungsgemäß und nachvollziehbar durchgeführt werden, und schließlich

fünftens sicherzustellen, dass ein erheblicher Teil der Einnahmen aus Glücksspielen zur Förderung öffentlicher oder steuerbegünstigter Zwecke im Sinne der Abgabenordnung verwendet wird.

Der Regionalisierungsstaatsvertrag zielt darauf ab, den Auswirkungen der Tätigkeit gewerblicher Spielvermittler durch Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern entgegenzuwirken.

Ferner soll mit dem Gesetzentwurf das Glücksspielrecht im Land Sachsen-Anhalt den Regelungen des Lotteriestaatsvertrages in dem zunächst erforderlichen Umfang angepasst werden. Hierzu ist zum Beispiel in die Regelungen zum Geltungsbereich des Lotteriegesetzes und des Lotto-und-Toto-Gesetzes aufzunehmen, dass sie zukünftig ergänzend zum Staatsvertrag anzuwenden sind. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass die bisherigen landesrechtlichen Regelungen zur so genannten Bedürfnisprüfung beibehalten werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sofern nicht bis zum 30. Juni 2004 alle Ratifizierungsurkunden bei

der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt sind, werden die Staatsverträge gegenstandslos. Daher sollten beide Staatsverträge vom Landtag kurzfristig ratifiziert werden und zum 1. Juli 2004 in Kraft treten. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Anpassung des Landesrechts beschränkt sich daher auf vordringliche Änderungen.

Um das bestehende Recht umfassend an die staatsvertraglichen Regelungen anzupassen, ist ein weiteres Gesetzgebungsverfahren vorgesehen, das insbesondere aufgrund zum Jahresende auslaufender Erlaubnisse bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein muss. In Bezug auf diese Regelungen bedarf es allerdings noch einiger Abstimmungen, zum Beispiel hinsichtlich der gewerblichen Spielvermittlung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um eine konstruktive und zügige Ausschussberatung. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky. - Es wurde vereinbart, auf eine Debatte zu verzichten. Wünscht dennoch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Es ist nahe liegend, den Gesetzentwurf zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss zu überweisen.

Wenn nichts anderes beantragt wird, dann stimmen wir über die Überweisung in die genannten Ausschüsse ab. Wer ist dafür? - Ist jemand dagegen? - Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 9 ist beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes über die Kulturstiftung des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1450**

Ich bitte Herrn Minister Olbertz, als Einbringer das Wort zu nehmen.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, dass sie die Errichtung einer eigenständigen Landeskulturstiftung anstrebt und mit dem Landesanteil am Vermögen der Stiftung Kulturfonds diese Stiftung ausstatten will. Der Gesetzentwurf der Landesregierung liegt Ihnen heute zur Beratung vor.

Im vergangenen Jahr haben sowohl der Freistaat Thüringen als auch das Land Sachsen-Anhalt signalisiert, ihre Mitgliedschaft in der Stiftung Kulturfonds zu kündigen und jeweils eigene Landeskulturstiftungen zu gründen. Dies ist Ende 2003 fristgemäß unter Wahrung der einjährigen Kündigungsfrist durch den Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts geschehen. Nachdem schon vor einigen Jahren Sachsen aus der Stiftung ausgetreten war, führte dies nun satzungsgemäß zu ihrer Auflösung. Das

sieht der Staatsvertrag über die Stiftung Kulturfonds vor, wenn sich mehr als drei Länder aus diesem Verbund gelöst haben.

Gemäß der Koalitionsvereinbarung soll die Landeskulturstiftung bei geringstmöglichen administrativen Aufwand auf eine breite kulturelle Förderung hin ausgerichtet sein. Der Grundstock des Stiftungskapitals erwächst aus den bisher bei der Stiftung Kulturfonds in Berlin eingelegten Finanzmitteln Sachsen-Anhalts, die wir - am Rande bemerkt - so lange in dieser Konstruktion belassen werden, wie für uns die besonders günstigen Zinskonditionen vertraglich gebunden sind. Außerdem werden Konzepte gefordert, die einen Anreiz für Zustiftungen durch Dritte bieten.

Der Stiftungszweck ist in § 2 des Gesetzentwurfs geregelt. Das heißt, die Stiftung soll zum einen vorrangig die Förderung zeitgenössischer Kunst und Künstler weiterführen, wie dies die Stiftung Kulturfonds getan hat. In diesem Bereich darf es deshalb auf keinen Fall eine Förderlücke geben. Sie soll sich zum anderen aber auch als Wegbereiterin für kulturelle Projekte verstehen, die in Sachsen-Anhalt initiiert werden, hier ihre Wirkung entfalten und damit für unsere Bevölkerung eine identitätsstiftende Wirkung entfalten.

Die Anregung neuer und innovativer Ansätze im Kulturladen der Region wird das Profil der Landeskulturstiftung in besonderem Maße bestimmen. Der Blick über den eigenen Tellerrand, meine Damen und Herren, wird vor diesem Hintergrund ausdrücklich begrüßt.

Mithilfe ihrer Förderpraxis sollte die Stiftung einen Beitrag für die Entwicklung einer starken regionalen Identität auf kulturellem Gebiet leisten. Ihr Anliegen muss in der Unterstützung spannender und außergewöhnlicher Kulturprojekte mit hohem künstlerischen Anspruch stehen.

Eine kleine, aber effektiv arbeitende Stiftung, die in intensivem Dialog mit der Kulturszene steht, sollte als ein unbürokratischer Dienstleister Ideen aus der Region unterstützen und Teil eines internationalen Netzwerkes sein. Die Landeskulturstiftung wird die Verbindung von regionalen und internationalen Aspekten als einen Arbeitsschwerpunkt begreifen. Dabei wird es eine der Visionen dieser Stiftung sein, den Dialog der Kulturen fördern und ihr Bild voneinander genauer zeichnen zu helfen.

Organe der Stiftung - das sehen Sie im Gesetzentwurf - werden ein Vorstand, der Stiftungsrat und ein künstlerisch-wissenschaftlicher Beirat sein. Die Verwaltung der Stiftung soll möglichst klein gehalten werden, um sicherzustellen, dass die Stiftungsmittel wirklich vorrangig dem Stiftungszweck gewidmet werden können, das heißt, für die Förderung kultureller und künstlerischer Projekte verwendet werden. Geprüft wird gegenwärtig, ob nicht ein Großteil der Verwaltungsarbeit sozusagen als Dienstleistung von einer anderen institutionalisierten Stiftung mit übernommen werden könnte.

Auch den Stiftungsrat wollen wir auf eine breite Basis stellen. Neben den Vertretern der Landesregierung und dem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände werden in ihm Persönlichkeiten vertreten sein, die nicht notwendigerweise der öffentlichen Verwaltung entstammen, sondern die für einen befristeten Zeitraum von drei Jahren die Sachkunde, zum Beispiel auch von Wirtschafts- und Kultursachverständigen, in den Stiftungsrat einbringen.

Die näheren rechtlichen Regelungen sind in der Satzung festzuschreiben, die von der Stiftung selbst aufzustellen ist und vom Stiftungsrat beschlossen werden muss. Das Gesetz sollte, übrigens auch im Interesse eines größtmöglichen Selbstgestaltungsspielraumes der Stiftung, nicht überfrachtet werden.

Eine der ersten Aufgaben des Stiftungsrates wird darin bestehen, Förderrichtlinien zu entwickeln.

Die Errichtung der Landeskulturstiftung erfolgt kostenneutral. Das heißt, die Stiftung wird mit Ertrag bringendem Vermögen ausgestattet und erhält keine Landeszuwendungen. Sie erhält einen Rechtsanspruch auf die Mittel, die dem Land durch den Ausstieg aus der Stiftung Kulturfonds zufallen.

Über die in § 14 des Gesetzentwurfs geregelte Änderung des Lotto-Toto-Gesetzes erhält die Stiftung außerdem einen gesetzlich gesicherten Anspruch auf Mittel aus der Konzessionsabgabe. Damit erhält die Stiftung ein eigenes Vermögen, das zudem durch einen Teil der Konzessionsabgabe jährlich erhöht werden kann. Damit wird, so denke ich, ein Höchstmaß an Autonomie für die Stiftung, die eine partei- und fraktionsübergreifende Aufgabe für das Land übernehmen will, gesichert. Es ist also eine Form der Entstaatlichung, die man als modern empfinden kann.

Die Stiftung wird demnach jährlich Mittel in folgendem Umfang zur Verfügung haben: Etwa Erträge in Höhe von 420 000 € aus dem Landesanteil des Vermögens der Stiftung Kulturfonds und Mittel in Höhe von ungefähr 390 000 € aus der Konzessionsabgabe, die selbstverständlich nicht zusätzlich ins Geschäft kommen, sondern über die die Stiftung künftig verfügen wird. Nicht, dass der Eindruck entsteht, plötzlich wären 400 000 € mehr da. Das ist leider nicht der Fall.

Aber wir schaffen mehr Autonomie und Eigenständigkeit in der Praxis der Vergabe von Fördermitteln, die für mich kein administratives und eigentlich auch kein politisches, sondern ein kulturelles und allenfalls kulturpolitisches Geschehen ist. Das sehe ich so. Deshalb darf ich das hier, glaube ich, so sagen.

Damit hätte die Kulturstiftung des Landes Sachsen-Anhalt, von der Vergabapraxis her gesehen, etwa doppelt so viele Mittel zur Verfügung, wie zuvor die Stiftung Kulturfonds Sachsen-Anhalt überwiesen hat. Aber, wie gesagt, der Verfügungsrahmen ist erhöht worden, jedoch nicht die Geldsumme selbst.

Zu den Liegenschaften, weil das möglicherweise in der Diskussion eine Rolle spielen wird. Wir haben zwei Häuser auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts, nämlich Haus Sonneck und das Klingerhaus, die sich im Vermögen der Stiftung Kulturfonds befanden. Das Land wird sie im Rahmen der Liquidierung der Stiftung übernehmen und der Stiftung übereignen. Erträge aus den Erbpachtverträgen stehen damit ebenfalls als Stiftungsmittel zur Verfügung.

Ich sollte vielleicht noch sagen, dass das Land Sachsen-Anhalt seine Ansprüche auf die Anteile an den verbliebenen Häusern Wiepersdorf und Ahrenshoop ruhen lassen wird, um die weitere Entwicklung im Hinblick auf die Deutsche Kulturstiftung abzuwarten. Sie wissen, dass diese Initiative der Staatsministerin zunächst gescheitert ist, aber die Geschichte damit keineswegs abgeschlossen ist. In diesem Zusammenhang wollen wir also abwarten und nicht durch eine voreilige Entscheidung,

nämlich durch einen Rückzug unserer Anteile, die Pläne irritieren.

Die Mitglieder der Stiftung Kulturfonds sind übereingekommen, dass die Betriebs- und Unterhaltskosten für diese Häuser von den jeweiligen Sitzländern getragen werden; denn ansonsten hätten wir einen solchen Kompromiss nicht eingehen können.

Für die Zukunft ist vorgesehen, die Stiftung mit weiterem Ertrag bringenden Vermögen auszustatten. So besteht die Möglichkeit - der Gesetzestext eröffnet jedenfalls eine solche Option -, der Landeskulturstiftung das Vermögen von zwei Altstiftungen zu übereignen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass diese Stiftung nicht nur die Kulturlandschaft unseres Landes ganz wesentlich bereichern wird, sondern auch den vielen kreativen Leuten in unserem Land zeigt, dass es sich lohnt, hier zu bleiben, hier zu arbeiten und sich hier auch kulturell zu engagieren. Eine interessante, abwechslungsreiche Kulturlandschaft macht schließlich jedermann deutlich, dass es sich lohnt, sich hier vor Ort zu engagieren.

Ich wünsche mir, dass die Stiftung kein schwerer Kulturtanker oder gar ein U-Boot wird, sondern ein schnelles, schlankes Segelboot, das in der Lage ist, gelegentlich auch gegen den Wind zu segeln.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

- Die effektivste Art der Segelschifffahrt ist das Fahren gegen den Wind im Kreuzen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Am Wind entlang, nicht gegen den Wind!)

- Na gut, am Wind entlang. Physikalisch ist das trotzdem gegen den Wind. - Das setzt jedenfalls eine offene Kommunikation und schnelle, transparente Entscheidungsabläufe sowie ein hohes Maß an künstlerischem und kulturellem Spürsinn voraus. Das wünsche ich der Stiftung. Ich denke, Sie können diesem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Minister, möchten Sie eine Frage beantworten?
- Herr Sobetzko, bitte.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Herr Minister, wir haben viele Landeseinrichtungen dezentral angesiedelt. In diesem Gesetzentwurf ist Magdeburg als Ansiedlungsort vorgesehen. Warum stehen Sie unter dem Zwang, diese Stiftung gerade in Magdeburg ansiedeln zu wollen?

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Lieber Herr Sobetzko, ich habe mich diesbezüglich keinem Zwang ausgesetzt gesehen; vielmehr hatte ich - deswegen habe ich diesen Vorschlag unterbreitet, den Sie gemeinsam tragen müssten oder könnten - eher im Auge, eine ausgewogene Verteilung solcher wichtigen Institutionen über das Land zu sichern.

Sie wissen, dass die Stadt Halle, die sich als eine der möglichen Alternativen übrigens sehr dafür engagiert hat, den Sitz der Bundeskulturstiftung hat erringen können. Ich habe mich noch einmal vergewissert, dass die

Bundesregierung nicht die Absicht hat, diesen Sitz aufzugeben.

Außerdem hätte man noch über Quedlinburg oder über Köthen nachdenken können. Für den Sitz dieser Kulturstiftung, die auch in Bezug auf ihre Einbettung, auf ihre Erreichbarkeit, auf ihre Kommunikation letztlich eine zentrale Ansiedlung verlangt, ist die Hauptstadtnähe ein wichtiger Punkt. Deswegen habe ich Ihnen diesen Vorschlag unterbreitet. In welcher Weise Sie darüber befinden, ist eine ganz andere Frage.

Im Übrigen wissen Sie, dass im Rahmen der Hochschulstrukturdebatte, der Musikausbildung usw. Magdeburg mit Recht Sorgen artikuliert hat, in Bezug auf kulturelle Aktivitäten unter Umständen ins Hintertreffen zu geraten. Ich wollte auch diesen Sorgen etwas begegnen und das zwischen den beiden großen Städten Sachsen-Anhalts - natürlich mit Dessau in der Mitte - austarieren. Das war der tiefere Grund für diesen Vorschlag.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Professor Olbertz. - Die Debatte der Fraktionen wird mit dem PDS-Beitrag begonnen. Es spricht Herr Gebhardt. Bitte schön.

Herr Gebhardt (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über die Errichtung einer landeseigenen Kulturstiftung Sachsen-Anhalt geht nun schon über eine recht lange Zeit. Angefangen hatte sie mit dem durch die Landesregierung angekündigten Ausstieg des Landes aus der Stiftung Kulturfonds. Gegen diese Ankündigung gab es zum Teil erheblichen Widerstand. Nicht nur von der PDS, sondern auch von Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bereich der Kultur wurden laut Bedenken geäußert.

Die Stiftung Kulturfonds diente der Förderung zeitgenössischer Kunst in den neuen Bundesländern und in Berlin. Sie war demzufolge dem Solidarprinzip unterlegen und auch Künstlerinnen und Künstler aus Sachsen-Anhalt profitierten wesentlich von der Stiftung Kulturfonds.

Zeitgenössische Kunst ist eine Kunstsparte, die in der Förderung oft weit hinten angesiedelt ist und demzufolge auch benachteiligt wird. Deshalb war die Stiftung Kulturfonds aus unserer Sicht ein durchaus geeignetes Instrument, zeitgenössische Kunst stärker zu fördern. Die Künstler wussten dies auch stets zu schätzen.

In dieser Hinsicht unterschieden sich unsere Positionen von denen der Landesregierung; denn wir hätten es schon gern gesehen, wenn alle Länder an der Stiftung Kulturfonds als bewährtes Förderinstrument festgehalten hätten.

Nun ist seit den ersten Debatten über ein Jahr vergangen und damit auch eine neue Situation entstanden. Kurz nachdem Sachsen-Anhalt seinen Ausstieg aus der Stiftung Kulturfonds angekündigt hatte, zog Thüringen die Konsequenz, ebenfalls anzukündigen, aus der Stiftung Kulturfonds auszutreten. Damit ist die Stiftung, wie der Kultusminister eben schon sagte, de facto nicht mehr lebensfähig. Sie befindet sich in der Liquidation.

Also bedarf es schon deshalb neuer Förderinstrumente für zeitgenössische Kunst, wenn man sie auch weiterhin fördern möchte. Das heißt für uns, es bringt nichts mehr,

über die Stiftung Kulturfonds zu diskutieren, sondern nun gilt es, Fördermöglichkeiten für das Land Sachsen-Anhalt zu schaffen.

Die Landesregierung hat nun einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Kulturstiftung Sachsen-Anhalt vorgelegt. Ich will vorausschicken, dass der Gesetzentwurf für uns eine gute Diskussionsgrundlage bildet und wir einer Ausschussüberweisung zustimmen werden. Wir begrüßen es, dass die neue landeseigene Kulturstiftung sich ebenso wie die Stiftung Kulturfonds der Förderung zeitgenössischer Kunst widmen soll. Unsere Befürchtung war damals auch, dass dies nicht mehr so stringent wie bisher geschehen solle.

Wenn man den Gesetzentwurf des Landes Thüringen, das jetzt ebenfalls eine landeseigene Kulturstiftung ins Leben ruft, neben den aus Sachsen-Anhalt legt, stellt man fest, dass Thüringen die zeitgenössische Kunst bei weitem nicht so in den Mittelpunkt rückt. Darin sind unter dem Stiftungszweck noch viele andere Dinge - etwa Bibliotheken, Museen und Ähnliches - aufgezählt. Das ist also nicht so ausschließlich, nicht so konzentriert wie in dem Gesetzentwurf aus Sachsen-Anhalt auf die Förderung zeitgenössischer Kunst ausgerichtet. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass dies in Sachsen-Anhalt mit diesem Gesetzentwurf bisher so passiert ist.

Ich gehe davon aus, dass im Fachausschuss eine Anhörung dazu stattfinden wird und dass im Ausschuss für Kultur und Medien in die Tiefe des Gesetzentwurfes gegangen wird. Dann haben wir sicherlich auch die Möglichkeit, die Detailfragen, die eben vom Kultusminister angesprochen wurden, nochmals zu diskutieren und zu klären.

Mit Sicherheit wird es hier und da unterschiedliche Positionen geben. Spätestens wenn über den künftigen Sitz der Kulturstiftung diskutiert wird, wird einige Kolleginnen und Kollegen der Lokalpatriotismus packen. Ich hoffe aber, dass der Sitz der Stiftung nicht der einzige Punkt sein wird, über den im Ausschuss lebhaft diskutiert wird.

Spannend ist zum Beispiel für mich, wie die finanzielle Ausstattung der Stiftung aussieht. Wir sind in diesem Punkt nach wie vor etwas skeptisch, ob sich mit dem aus der Stiftung Kulturfonds herausgelösten Betrag in Höhe von ca. 8 Millionen € eine Gewinn bringende Stiftung errichten lässt. Skepsis ist bei mir auch deshalb vorhanden, weil es in Sachsen-Anhalt verhältnismäßig viele Stiftungen im Kulturbereich gibt, die aber fast alle über viel zu geringe Mittel klagen und behaupten, sie seien für ihre eigentlichen Aufgaben unterfinanziert.

Wie gesagt, ich will mich jetzt nicht weiter in den Detailfragen zum Gesetzentwurf verlieren. Ich denke, dass wir in gewohnter Art und Weise im Ausschuss für Kultur und Medien diesen Gesetzentwurf diskutieren werden. Wir, die PDS-Fraktion, stimmen einer Überweisung zu.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gebhardt. - Nun bitte Herr Schomburg für die CDU-Fraktion.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie nicht verwundern, dass die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf der Landesregierung zur

Errichtung der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt begrüßt, ist dieser doch die Umsetzung einer nun schon sehr alten Idee der CDU im Lande. Bereits in der ersten Wahlperiode können Sie in einem der Landeshaushalte, 1992/93, einen Titel mit der Zweckbestimmung „Errichtung einer Landeskulturstiftung“ finden. Leider ist es damals aus vielerlei Gründen nicht dazu gekommen. So freut es uns, dass dieser Bestandteil der Koalitionsvereinbarung nun real umgesetzt wird.

Die CDU-Fraktion arbeitet - im Übrigen in guter Zusammenarbeit mit der FDP-Fraktion - seit Sommer 2002 an diesem Vorhaben. Selbstverständlich haben uns auch viele ängstliche, skeptische und andere Nachrichten und Meinungsäußerungen erreicht, die ich mehr oder weniger als Angst vor dem Neuen interpretiere.

Wenn man mit den Damen und Herren näher ins Gespräch kam, spürte man kaum prinzipielle Abneigung, wohl aber das, was Herr Gebhardt eben nannte, nämlich Skepsis in Bezug auf die vollständige Umsetzung der Mittel der Stiftung Kulturfonds in die Landesstiftung zugunsten der zeitgenössischen Kunst. Ich denke, dieser Gesetzentwurf räumt mit dem Misstrauen auf. Nun können wir zu neuen Ufern schreiten.

Von Anfang an waren für die CDU-Fraktion drei Gründe essenziell mit der Gründung einer Landeskulturstiftung verbunden.

Zum Ersten sollte das Kapital der Stiftung Kulturfonds mit dem Kapital der anderen Länder in dieser Stiftung zusammenbleiben, um die Kursverluste bei den Aktien, in die das Kapital zum Teil angelegt worden war, nicht realisieren zu müssen.

Ebenfalls haben wir darauf gedrungen, dass die Verwaltung dieses Kapitalsstocks beim Stifterverband der Wissenschaften bleibt, der dies bisher vernünftig und sachgerecht getan hat.

Zweitens. Die durch die Landeskulturstiftung erwirtschafteten Ausschüttungen dürfen nicht mit dem Landeshaushalt verrechnet werden. Das Geld muss also grundsätzlich zusätzlich zur Verfügung stehen, um die notwendigen Fördereffekte auch tatsächlich erzielen zu können. Eine Substitution wäre nicht hilfreich, wiewohl angesichts der knappen Finanzen überall verständlich.

Drittens. Der Stiftungszweck soll sich im Wesentlichen an den der Stiftung Kulturfonds anlehnen. Natürlich haben auch wir darüber diskutiert, ob nicht auch Möglichkeiten bestünden, Teile der Mittel für museale oder bibliophile Zwecke oder andere Zwecke zu verwenden. Angesichts der jährlich real zur Verfügung stehenden Mittel hat sich das aber verboten, weil wir sehen, dass für die zeitgenössische Kunst schon seit Jahren im Land ein zu geringer Mitteleinsatz erfolgte.

Auf welche Punkte wird die CDU-Fraktion bei der weiteren Gesetzesberatung achten? - Die Stiftung soll vorrangig in Sachsen-Anhalt lebende Künstler fördern, aber eben nicht ausschließlich, sondern sie soll sich auch welfoffen zeigen. Die Förderung von Provinzialismus wäre nicht im Landesinteresse, so meinen wir.

Die Stiftung muss so angelegt werden, dass Zustiftungen möglich sind und insbesondere solche der Landesregierung festgeschrieben sind. Dies ist durch die Regelung in § 3 Abs. 3 des Gesetzentwurfes erfüllt.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Stärkung der verfügbaren Mittel durch Lotto- und Totomittel.

Der Stiftungsrat ist in seiner Mehrheit politikfern zu besetzen. Dies ist nach § 6 Abs. 1 des Gesetzentwurfes garantiert.

Der Aufwand für die Verwaltung der Stiftung möge möglichst klein gehalten werden, um möglichst viele Mittel zur Ausschüttung zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkt ist § 8 Abs. 4 des Gesetzentwurfes interessant, nach dem die Aufgabenerledigung auf eine andere juristische Person übertragen werden kann.

Zu § 9 des Gesetzentwurfes, der sachkundigen Beratung des Stiftungsrates bei der Vergabe der Mittel durch den künstlerisch-wissenschaftlichen Beirat. Dabei wird zu beraten sein, ob ein Gremium als ausreichend für alle Kunstsparten angesehen werden kann.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Regelung in § 10 des Gesetzentwurfes, die eine Abweichungsmöglichkeit von den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltssordnung vorsieht, weil wir wissen, dass zeitgenössische Kunst besonders schwierig zu finanzieren ist und wir deshalb von den Standardregelungen abweichen müssen.

Der Gesetzentwurf sieht in § 1 vor, dass die Kulturstiftung ihren Sitz in Magdeburg errichten soll. Damit will die Landesregierung ein positives Signal in Richtung der Stadt Magdeburg senden. Wie die bisherige Diskussion gezeigt hat, besteht innerhalb der Fraktionen noch kein einheitliches Meinungsbild über den künftigen Stiftungssitz. Vonseiten der Abgeordneten wurden bisher mehrere Städte ins Gespräch gebracht.

Dazu muss gesagt werden, dass die Kulturstiftung des Landes eine schlanke Struktur erhalten soll. Mit dem Stiftungssitz ist daher vor allem Prestige verbunden. Die Ansiedlung eines großen Mitarbeiterstabes wird nicht erwogen. Deshalb wird es Aufgabe des Ausschusses und des Landtages insgesamt sein, in den nächsten Wochen darüber zu befinden, wo die Stiftung ihren endgültigen Sitz haben soll. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schomburg. - Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Reck.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Salzwedel, Herr Reck!)

Herr Reck (SPD):

Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“, hat Karl Valentin gesagt. In Ergänzung dessen sage ich einmal: Die Förderung von Kunst und Kultur ist auch schön, macht auch Arbeit und kostet Geld. Deshalb ist es richtig - ich sage das ganz ausdrücklich -, dass das Land die Mittel, die es aus der Stiftung Kulturfonds erhält, in eine eigene Landeskulturstiftung steckt und nicht, wie es auch anders hätte sein können, in den Landeshaushalt.

(Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Diese Entscheidung ist richtig, sagt aber noch nichts darüber aus, ob die Kündigung, der Austritt aus der Stiftung Kulturfonds, eine richtige Entscheidung war. Das

muss erst noch nachgewiesen werden. Nach den heutigen Worten des Ministers bin ich mir darin ein bisschen sicherer. Wir werden aber sicherlich im Ausschuss darauf zurückkommen, ob das eine kluge Entscheidung war; denn klug ist sie nur dann, wenn sie ein Mehr bringt für die Künstlerinnen und Künstler in unserem Land. Das muss man nachweisen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Völlig richtig!)

Es gibt natürlich offene Fragen - einige sind schon genannt worden -, wie die nach dem Sitz. Ob nun Halle, Magdeburg, Köthen oder Quedlinburg, ist auch bei uns strittig. Wir müssen darüber beraten. Ich fordere den Sitz ausdrücklich nicht für Salzwedel ein, das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Oh! und Heiterkeit bei der CDU)

Es gibt andere Fragen: Wie kann man die Mittel erhöhen? Wie kann man eine Zusammenarbeit zwischen bestehenden Stiftungen organisieren? - Diese Fragen werden wir im Ausschuss stellen. Ich bin mir an dieser Stelle sicher, Herr Minister, dass wir die Fragen alle gemeinsam klären werden, und ich bin mir relativ sicher, dass wir am Ende dieser Beratung, nach einer entsprechenden Anhörung auch zu einem einvernehmlichen Gesetz kommen werden, das eine große Mehrheit dieses Hauses tragen wird.

Ich nehme die Euphorie meiner Kollegen von der CDU und der FDP zur Kenntnis. Während Herr Volk den Künstlern und Künstlerinnen neue Horizonte eröffnen will - so nehme ich an -, geht Herr Schomburg schon von neuen Ufern aus, die wir jetzt erreichen werden, und er will, dass die neue Stiftung passgenauer fördert. - Ich nehme das alles aus einem Artikel, den ich hier habe.

Bemerkenswert ist - das will ich hier deutlich sagen - dass beide der Meinung sind, wir bräuchten auch in Zukunft 1 % des Landeshaushalts für Kultur. Sie sagen, dass hätten Sie in den Mehrheitsfraktionen durchgesetzt. Wir werden beim nächsten Landeshaushalt, beim Doppelhaushalt, nachrechnen, ob Sie sich wirklich durchsetzen können. Ich wünsche mir das sehr.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will noch einmal auf Herrn Schomburg zurückkommen, den ich ausdrücklich loben muss.

(Frau Feußner, CDU: Oi! - Zustimmung bei der CDU)

Er hat in dem Pressegespräch bzw. in der Pressekonferenz nach der Fraktionssitzung in Wittenberg erklärt, dass jetzt die Fördermöglichkeiten auch für neue Projekte eröffnet werden könnten. Er hat gesagt - ich entnehme das der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 20. März 2004 -: „auch zur Finanzierung von Künstlerhäusern in Salzwedel sowie in Naumburg“.

(Oh! bei der CDU)

Auf die Idee wäre ich gar nicht gekommen. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, Herr Schomburg, dass Sie auch diese Möglichkeit zumindest ins Auge fassen, wobei ich natürlich weiß - das will ich hier deutlich sagen; ich bin nicht der Lokalpatriot -:

(Oh! bei der CDU - Herr Schomburg, CDU: Das wird hier mitgeschrieben!)

Kunst und Kultur muss im ganzen Land Sachsen-Anhalt passieren und muss ausgewogen sein. Dabei gehört natürlich auch Salzwedel dazu, wie auch Halle und Magdeburg oder Köthen und Quedlinburg.

(Zustimmung von Frau Schmidt, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird diesen Gesetzentwurf mit in den Ausschuss für Kultur und Medien überweisen. Ich finde, es ist ein guter Entwurf. Er wird im Ausschuss sicherlich noch besser gemacht werden, da bin ich mir sicher. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Reck. - Zum Abschluss der Debatte spricht Herr Dr. Volk für die FDP-Fraktion.

Herr Dr. Volk (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach liberalen Selbstverständnis hat die Politik die Aufgabe, entsprechende Rahmenbedingungen sicherzustellen, die jedem Einzelnen ein erfülltes Leben in selbstbestimmter Freiheit ermöglichen.

Da zu einem erfüllten Leben wesentlich mehr als die bloße Sicherung der biologischen Grundbedürfnisse gehört, hat auch die Kulturpolitik einen festen Platz im staatlichen Aufgabenkatalog. Nicht umsonst verpflichtet uns Artikel 36 unserer Landesverfassung ausdrücklich zum Schutz und zur Förderung von Kunst und Kultur. Wenn wir diesen Artikel ernst nehmen - wozu ich an dieser Stelle ausdrücklich aufrufe -, dann sind die Aufwendungen für Kunst und Kultur keine freiwilligen, sondern quasi Pflichtaufgaben der staatlichen Institutionen.

Gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik ist es jedoch zwingend erforderlich, den Unterschied zwischen Inhalt und Form zu beachten.

Ein Kulturpolitiker hat eine grundlegend andere Aufgabe als ein Künstler. Die Politik schafft den Rahmen für die Herausbildung und Entwicklung von Kunst, macht selbst aber keine Kunst. Freiheit der Kunst bedeutet, dass der Staat keinen Einfluss auf die Inhalte und die Gestaltung der künstlerischen Betätigung ausübt. Eine freiheitliche Gesellschaft darf weder eine Staatskunst noch eine staatliche gelenkte Kunstkritik zulassen. Wir müssen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen penibel darauf achten, dass wir künstlerisches Schaffen ermöglichen, aber nicht lenken. Es muss deshalb zum Grundsatz der staatlichen Kulturförderung gehören, dass die Einflussnahme der Politik auf das absolut notwendige Minimum reduziert wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf weist nach meiner Meinung in die richtige Richtung. Es ist beabsichtigt, eine Stiftung zu errichten, die mit ihrem Stiftungskapital über eine echte finanzielle Grundlage verfügt. Damit schaffen wir langfristig organisatorische und finanzielle Stabilität. Gleichzeitig sichert die vorgeschlagene Organisationsstruktur die Verbindung zur Kulturlandschaft und mindert den Einfluss der Tagespolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungsfraktionen haben sich bereits im Koalitionsvertrag dazu bekannt, eine eigene Kulturstiftung für das Land

Sachsen-Anhalt einzurichten. Es ging uns dabei nicht um einen kulturpolitischen Provinzialismus, sondern um die Möglichkeit einer spezifischen Förderung der Künstler in unserem Land.

Im Jahr 1990 wurde die Stiftung „Kulturfonds“ gegründet, um das Vermögen des Kulturfonds der DDR für die Förderung der Künstler in den neuen Bundesländern zu erhalten. Die staatlichen Institutionen waren damals noch im Aufbau begriffen, sodass eine gemeinsame Kulturstiftung relativ schnell ihre Arbeit aufnehmen konnte. Die Arbeit der Stiftung war ein wichtiger Beitrag für die Kulturlandschaft der neuen Bundesländer.

Mit der Zeit offenbarten sich aber auch einige Nachteile der Stiftung. Mit der Geschäftsstelle in Berlin und den Künstlerhäusern in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verbanden sich Defizite, die zu einer gewissen Stagnation führten. Die übernommenen Strukturen banden erhebliche Ressourcen.

Spätestens seit dem Ausstieg des Freistaates Sachsen im Jahr 1997 stellte sich die Frage nach der Berechtigung der Stiftung „Kulturfonds“. Der Blick nach Sachsen zeigt, dass eine spezifische Landeskulturstiftung wesentlich effektiver die Kulturlandschaft in einem Land unterstützen und die individuellen Besonderheiten der einzelnen Regionen einbeziehen kann.

Ich hoffe, dass sich unsere Landeskulturstiftung in den nächsten Jahren zum zentralen Element der landesweiten Kulturförderung entwickelt. Künstler, Projekte und Aktionen der bildenden und der darstellenden Kunst, der Literatur und der Musik gehören gleichberechtigt zu den Partnern, die von der Stiftung unterstützt werden sollen. Dass sie mit Sachsen-Anhalt verbunden sind, steht dem internationalen Format nicht entgegen. Bereits heute reflektieren die Künstler im Land aktuelle europäische und internationale Tendenzen der Gegenwartskunst.

Eine Landeskulturstiftung wird es auch leichter haben, zusätzliche Mittel einzufordern und im Sinne der Kulturregion Sachsen-Anhalt zu verwenden. Mit dem Gesetz sind die Grundlagen gelegt, sodass wir als Politiker unserer Pflicht zur Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen gerecht werden.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine spannende, konstruktive und nicht nur auf den Sitz gerichtete Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Volk. - Damit ist die Debatte abgeschlossen.

Es wurde beantragt, den Gesetzentwurf in den Ausschuss für Kultur und Medien zu überweisen. Wünscht jemand noch die Mitberatung im Finanzausschuss? Zwingend notwendig ist es nach meiner Einschätzung nicht.

(Herr Schomburg, CDU: Ja!)

- Herr Schomburg wünscht die Mitberatung. - Dann stimmen wir über beide Überweisungen gleichzeitig ab. Wer ist dafür? - Ist jemand dagegen? - Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? - Auch nicht. Damit ist diese Überweisung einstimmig so beschlossen worden. Der Tagesordnungspunkt 10 ist beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Erste Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1460**

Ich bitte zunächst den Minister für Gesundheit und Soziales Herrn Kley, den Gesetzentwurf einzubringen.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie es mich gleich vorweg sagen: Der etwas sperrige Titel ist nicht das Ergebnis einer Erfindung unseres Landes, sondern die Bezugnahme auf den Titel des Bundesgesetzes. Für uns reicht die Kurzbezeichnung „Krankenhausgesetz“. Das entspricht, glaube ich, auch mehr der Intention dieses wirklich schlanken Gesetzes mit weitgehenden Kompetenzen für die Handelnden im Bereich der Medizin und der Krankenhausplanung.

In den letzten drei Jahren stand der Prozess der Krankenhausplanung ganz im Zeichen der Einführung eines pauschalierten Preissystems als Methode der leistungsorientierten Finanzierung der Krankenhäuser. Allen Beteiligten und Betroffenen dürfte dabei von Anfang an bewusst gewesen sein, dass die Ablösung der Abrechnung nach tagesgleichen Pflegesätzen durch die Abrechnung nach DRGs, also Fallpauschalen, eine enorme Strukturveränderung für alle Krankenhäuser mit sich bringen würde. Bei der Finanzierung nach Leistungen werden die Patienten nicht länger als medizinisch geboten im Krankenhaus behalten, das heißt, die Verweildauer und somit die Inanspruchnahme der Krankenhauskapazitäten werden sinken.

Diese Tatsache muss bei der Realisierung von Krankenhausinvestitionen berücksichtigt werden und sie wurde auch in den letzten Jahren hier schon vorab berücksichtigt. Überdimensionierte Bettenhäuser oder Funktionstrakte binden unnötige Investitionsmittel oder Betriebskosten und sind am Ende unwirtschaftlich. Die Folge wäre, dass das betroffene Krankenhaus im weiteren Wettbewerb nicht mehr mithalten kann.

Mit der Einführung der Leistungsfinanzierung wird sich aber der Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern verstärken. Darüber hinaus werden auch die Anforderungen an die medizinische Qualität steigen, was wiederum den Aspekt der Konzentration von Leistungen nach sich zieht. Zudem muss der gesamte Betriebsablauf eines Krankenhauses konsequent zwecks Kostensenkung optimiert werden.

Die an der Krankenhausplanung des Landes Beteiligten waren sich sehr bald bewusst, dass bei dem neuen Finanzierungssystem das Planbett als Planungsgegenstand ausgedient hat und an seine Stelle die erbrachten Leistungen treten werden. Der erste Schritt auf diesem zugegebenermaßen nicht einfachen Wege ist die Anpassung der gesetzlichen Grundlage der Krankenhausplanung des Krankenhausgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.

Die jährliche Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt war bislang, wie in allen Bundesländern, eine bedarfsorientierte Kapazitätsplanung. Planungsgegenstand waren dabei die Krankenhäuser und die nach Fachgebieten gegliederten Planbetten, die Tagesklinikplätze, die selbständigen Funktionsabteilungen und die mit den Krankenhäusern verbundenen Ausbildungsstätten.

Die jährliche Fortschreibung des Krankenhausplanes passierte entsprechend einer Bedarfsermittlung, das heißt der Feststellung, in welchem Maße und in welcher Form ein Krankenhaus in einem bestimmten Zeitraum in Anspruch genommen wurde, wobei dieses jeweils rückblickend zur Ermittlung der Plangröße hinzugezogen werden konnte.

Das Krankenhausgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 25. Mai 1992 in seiner jetzigen Fassung stellt demzufolge auf eine Kapazitätsplanung ab. Die festgestellte Kapazität ist die Grundlage für das Budget.

Die vorliegende Novelle zum Gesetz, bei deren Erarbeitung der Sachverständigtenrat aller Beteiligten eingeflossen ist - ich möchte das hier noch einmal betonen: diese unkonventionelle Art der Erarbeitung eines Gesetzes unter Einbeziehung aller Betroffenen von Anfang an, vom Status Nascendi, also nicht erst in der Anhörung -, legt nunmehr in § 3 fest, dass dem Krankenhausplan künftig Rahmenvorgaben für Versorgungs- und Qualitätsziele zugrunde liegen müssen und darauf basierend die Standorte, die Versorgungsstufen und die vorzuhaltenen Fachgebiete festgelegt werden. Eine Kapazitätsbindung entfällt.

Dieser Krankenhausrahmenplan bildet die Grundlage für die zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen für jedes Krankenhaus auszuhandelnde Konkretisierung des Versorgungsauftrages, das heißt, für die Struktur und die Menge der zu erbringenden Leistungen.

Ich halte es für sinnvoll und richtig, dass den Krankenkassen als den Kostenträgern bei ihren Vertragsverhandlungen mit den Krankenhäusern und ihren Trägern künftig eine größere Freiheit eingeräumt wird. Die Krankenkassen kennen die Leistungserbringung in den Krankenhäusern im Detail. Sie sind deshalb gut in der Lage, die Leistungen sinnvoll aufeinander abzustimmen und auf Veränderungen - sei es beim Bedarf oder bei der Qualität - flexibel und rechtzeitig zu reagieren.

In diesen Prozess werden auch die beiden Universitätskliniken einbezogen. Die Krankenkassen sind gehalten, die Rahmenvorgaben der Krankenhausplanung, die sie mit erarbeitet haben, ihren Vertragsverhandlungen zu grunde zu legen.

Damit erhält das Land hinreichend die Möglichkeit, eine angemessene qualitative und quantitative Versorgung mit Krankenhausleistungen sicherzustellen und auch dafür zu sorgen, dass eine akut-stationäre Regelversorgung wohnortnah angeboten wird.

Abschließend möchte ich Sie noch darüber informieren, dass sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der unmittelbar Beteiligten, parallel zu dem Gesetzgebungsverfahren seit geraumer Zeit schon mit der Umwidmung der Krankenhausplanung befasst und im Wesentlichen dabei den hier neu zu fassenden § 3 des Krankenhausgesetzes zugrunde legt. Erstmals auf der Basis des novellierten Krankenhausgesetzes soll der Krankenhausplan des Landes für 2005 erstellt werden.

Meine Sehr geehrte Damen und Herren! Da das novelierte Krankenhausgesetz keine zusätzlichen Ausgaben nach sich zieht, würde ich Ihnen empfehlen, diesen Gesetzentwurf lediglich in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu überweisen. Ich wünsche uns dort eine intensive und angenehme Beratung. - Danke schön.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Kley. - Die Debatte der Fraktionen wird mit dem Beitrag der SPD-Fraktion eröffnet. Es spricht Frau Dr. Kuppe. Bitte schön.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Zurzeit trägt das Land Sachsen-Anhalt allein die Planungsverantwortung für die Sicherstellung der Krankenhausversorgung seiner Bevölkerung. Es nimmt diese Verantwortung unter Mitwirkung der unmittelbar und mittelbar Beteiligten im Krankenhausplanungsausschuss wahr.

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, einen Teil dieser Landeskompetenz in die Hände der Kostenträger und der Krankenhaussträger zu geben. Die Krankenkassen und die Krankenhaussträger sollen künftig für jedes Krankenhaus in Sachsen-Anhalt Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen abschließen. Darin sollen die Struktur und die Menge der jeweils notwendigen Krankenhausleistungen festgelegt werden.

Als Steuerungsinstrument des Landes sind Rahmenvorgaben vorgesehen, die das Gesundheitsministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Krankenhausgesellschaft des Landes und den Krankenkassenverbänden entwickeln wird. Auf diese Rahmenvorgaben wird es also ankommen. Der Gesetzentwurf beschreibt dazu allerdings keine Indikatoren.

Für uns Abgeordnete sehe ich derzeit drei Orientierungshilfen:

Erstens sind dies alle bisherigen Überlegungen und Entscheidungen der Landesregierung, des Landtages und des Krankenhausplanungsausschusses seit 1991 zu Krankenhausstandorten und die Investitionen in die Krankenhäuser unseres Landes. Das sind immerhin mehr als 2 Milliarden €.

Zweitens sind das die Vorarbeiten vor allem der einzelnen Krankenhäuser zur Einführung des neuen Vergütungssystems für stationär-medizinische Leistungen.

Drittens sind das die Erkenntnisse aus dem so genannten Rüschmann-Gutachten, das im Jahr 2000 die kompletten Datensätze aller 56 Kliniken des Landes aus dem Jahr 1999 mit immerhin 30 Millionen Einzeldaten ausgewertet hat. Der Gutachter hat Diagnosen und Therapien unter die Lupe genommen, Angaben des Statistischen Landesamtes zur Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt, eine vergleichende Analyse mit anderen Bundesländern vorgenommen und die Ergebnisse 2001 auf die zu erwartenden Rahmenbedingungen, also auf die Einführung der DRGs, projiziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die damalige SPD-Landesregierung stellte das Rüschmann-Gutachten die inhaltliche Vorarbeit für die Umstellung der kapazitätsorientierten auf eine leistungsorientierte Rahmenplanung mit definiertem Leistungsbedarf im Krankenhausbereich dar.

Nun sind drei Jahre ins Land gegangen. Die Datensätze sind nicht jünger geworden. Das heißt, wir brauchen als Abgeordnete von der Landesregierung aktualisierte Informationen als Beratungsrahmen, damit wir auch Bewertungen vornehmen können.

Meine Kernfrage war schon damals nicht und ist es heute immer noch nicht: Wie viele Betten braucht das Land? Sondern die Frage lautete und lautet: Wie viele medizinische Leistungen braucht die Bevölkerung? Nicht eine bestimmte Zahl von Krankenhausbetten muss vorgehalten werden, sondern die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen muss sichergestellt sein. Deshalb finde ich, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung in die richtige Richtung geht. In dieser Hinsicht findet er unsere volle Zustimmung.

(Zustimmung bei der FDP - Herr Dr. Püchel, SPD: Was gut ist, wird auch gelobt!)

- Selbstverständlich.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Aber man kann selten loben!)

- Man kann selten loben, aber in dem Punkt schon. Es muss allerdings noch eine Reihe von Fragen beantwortet werden. Deshalb, denke ich, sollten wir im Ausschuss eine Anhörung durchführen.

Ich will nur beispielhaft Fragen nennen, zum Beispiel die Frage nach den Eckdaten für die Rahmenplanung, nach der Zweijahresfrist für die Erarbeitung der Rahmenvorgaben, zur Geltungsdauer von Rahmenvorgaben und der Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen, nach der Benehmensregelung der für die Gesundheit und für die Hochschulkliniken zuständigen Ministerien.

Auch das Verfahren, wie die Einzel- und die Pauschalinvestitionen in die Krankenhäuser zukünftig sichergestellt werden sollen, muss hinterfragt werden. Ebenso ist die Beschränkung der nicht unmittelbar Beteiligten in § 9 eine Frage wert.

Meine Damen und Herren! Als besonders gelungen will ich die nach der Anhörung zum Regierungsentwurf eingeführte Schiedsstellenregelung nennen. - Herr Professor Olbertz, vielleicht lauschen Sie einmal einen kleinen Moment. Hier ist nämlich bei dem Krankenhausgesetz eine Verbesserung der Regierungsvorlage nach dem Anhörungsprozess gelungen, die die Regierungsfraktionen - wahrscheinlich mit Ihrer Zustimmung - bei dem Hochschulgesetz leider nicht ermöglichen.

Ich erwarte, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine sachliche Gesetzesberatung. Wir beantragen als SPD-Fraktion doch eine erweiterte Beratung, Herr Kley. Der Gesetzentwurf sollte zur Federführung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales überwiesen werden. Wir meinen aber, dass sowohl der Finanzausschuss als auch der Innenausschuss und auch der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mitberatend sein sollten. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Kuppe. - Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Scholze.

Herr Scholze (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mit dem heutigen Tage stellt das Sozial-

ministerium seinen Entwurf für ein neues Krankenhausgesetz für Sachsen-Anhalt vor. Was die Erarbeitung der Regelungsinhalte betrifft, so kann man es durchaus als ein Novum bezeichnen, dass hieran eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ministers, bestehend aus den eigentlichen Adressaten des Gesetzes, maßgeblich mitwirkte.

Aber auch aus einem anderen Blickwinkel heraus ist der Entwurf beachtlich. Wir sind im Wesentlichen das erste Bundesland, welches unter den gegebenen Bedingungen des pauschalierten Entgeltsystems einen völlig neuen Weg beschreiten wird. Wir werden uns von der althergebrachten Bettenplanung trennen und auf eine leistungsorientierte Planung umsteigen. Für diejenigen, die es noch nicht mitbekommen haben: An dieser Stelle findet die Erfolgsgeschichte der gelb-schwarzen Regierung in der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung ihre Fortsetzung.

(Frau Bull, PDS: Nun macht es mal halblang!
- Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist wichtig! - Frau Bull, PDS: Nun ist es aber gut!)

Meine Damen und Herren! Mit der Einführung - -

(Herr Dr. Püchel, SPD: Er freut sich!)

- Ich bin ein von Natur aus fröhlicher Mensch. Deswegen freue ich mich über jeden Zwischenruf, sei er sachlich oder nicht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Mit der Einführung des durchgängigen leistungsorientierten und pauschalierten Vergütungssystems hat der Bundesgesetzgeber einen Systemwechsel eingeleitet. Die Regelungen in den einschlägigen Bundesgesetzen ändern nicht nur die Vergütung der einzelnen Leistungen im Krankenhaus an sich, sondern auch die Beziehungen zwischen den Akteuren, also zwischen den Kostenträgern, den Krankenhäusern und ihren Interessenvertretungen, sowie den Ländern mit ihrem Sicherstellungsauftrag.

Im Gegensatz zu anderen Staaten, die bereits über Erfahrungen mit einem pauschalen Entgeltsystem verfügen, soll das System in Deutschland für alle Krankenhausleistungen mit Ausnahme der psychiatrischen Versorgung gelten. Dies führt nach meiner Auffassung dazu, dass viele, gerade spezielle Leistungen, wie die Behandlung von Brandverletzungen, Schädelhirntraumata und Polytraumata, nicht in einem für das Krankenhaus betriebswirtschaftlich darstellbaren Maße vergütet werden. Ich hoffe, dass sich diese Situation unter der Maßgabe, dass das DRG-System ein Lernsystem sein soll, in den nächsten Jahren von selbst justiert.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist an dieser Stelle als wichtig zu erwähnen. Von 1991 bis 2002 haben wir in Sachsen-Anhalt folgende Entwicklung zu verzeichnen: Die Zahl der Planbetten sank von 25 808 auf 17 339. Die Fallzahlen stiegen von 466 946 auf 585 000 Fälle. Die durchschnittliche Verweildauer sank von dank 14,4 auf 8,9 Tage. Der Auslastungsgrad der Krankenhäuser stieg von 71,6 % auf 81,8 %. Diese Zahlen machen deutlich, dass im Krankenhaussektor eine beachtliche Leistungsverdichtung stattgefunden hat.

Verbunden mit einer enormen Arbeitsbelastung musste dieses Problem von den Krankenhäusern - sprich, den dort tätigen Ärzten und dem Pflegepersonal - geschultert werden. An dieser Stelle nun noch das Problem des Ärz-

temangels zu diskutieren würde sicherlich den Rahmen der Debatte sprengen.

Meine Damen und Herren! Nun stehen die Bedingungen fest, innerhalb derer wir unsere gesetzgeberischen Möglichkeiten innovativ nutzen. Zielstellung ist die Sicherung einer angemessenen qualitativen und quantitativen Versorgung mit Krankenhausleistungen.

Im Krankenhausplan sollen künftig auf der Basis von Rahmenvorgaben nach § 3 Abs. 2 des neuen KHG mindestens die Standorte, die Versorgungsstufen und die vorzuhaltenden Fachgebiete festgelegt werden. Ich halte es für sinnvoll, dass diese Rahmenvorgaben von der Krankenhausgesellschaft, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kostenträgern innerhalb von zwei Jahren selber entwickelt werden sollen.

An dieser Stelle sind nach meiner Auffassung auch die Universitätsklinika in die Krankenhausplanung einzubinden, da sie letztlich unter den gegebenen Bedingungen mit den übrigen Krankenhäusern im Wettbewerb stehen.

Für Streitfälle bei der Festsetzung von Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen zwischen den Kostenträgern und dem einzelnen Krankenhaus ist im Gesetz sinnvollerweise eine Schiedsstelle vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Wie Sie meinen Ausführungen entnommen haben mögen, bietet die Einführung des pauschalierten Vergütungssystems Licht und Schatten. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ermöglicht im Bereich der Versorgung mit Krankenhausleistungen den von uns gewünschten Wettbewerb, leistet aber auch den notwendigen regulierenden Beitrag zu einer regional ausgewogenen Sicherstellung der medizinischen Versorgung durch unsere Krankenhäuser.

Die im Wettbewerb stehenden Krankenhäuser werden erstmals im Jahr 2005 für das Jahr 2004 einen strukturierten Qualitätsbericht veröffentlichen. Der strukturierte Qualitätsbericht wird die Transparenz medizinischer Leistungen für die Patienten erhöhen. Auf der anderen Seite leisten der Gesetzentwurf und die sich daraus künftig ableitende Krankenhausplanung einen Beitrag zur Sicherstellung, der für qualitative Leistungen notwendig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Scholze. - Als nächsten hören wir den Beitrag der CDU-Fraktion. Ich erteile Herrn Bönisch das Wort.

Herr Bönisch (CDU):

Herr Präsident, ich habe den klugen Ausführungen meiner Voredner nichts hinzuzufügen und gebe meinen Beitrag zu Protokoll.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Ich stimme zu.

(Zu Protokoll:)

Herr Bönisch (CDU):

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf legt die Landesregierung für Sachsen-Anhalt als eines der ersten Bun-

desländere ein Gesetz vor, das dem am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Fallpauschalengesetz in adäquater Weise Rechnung trägt. Das Fallpauschalengesetz sieht die schrittweise Einführung eines pauschalierenden Preissystems als neue Methode der durchgängig leistungsorientierten Finanzierung der Krankenhäuser vor.

Darauf müssen die Träger der stationären Gesundheitsversorgung planerisch flexibel reagieren können; denn die konkreten wirtschaftlichen Folgen dieses Gesetzes sind längst nicht für jedes Krankenhaus verlässlich kalkulierbar, bis heute nicht.

Deshalb musste das Krankenhausgesetz des Landes verändert werden; denn wenn nicht mehr die Bettenkapazitäten eines Krankenhauses hauptsächliches Plausionskriterium sein können, müssen innovative Steuerungsinstrumente zum Einsatz kommen, welche es ermöglichen, sich an der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung und daraus resultierenden Leistungsbedarfen zu orientieren.

Diesem Anspruch wird der vorliegende Gesetzentwurf gerecht, wobei sich übrigens das Land nicht etwa unter dem Motto „Deregulierung“ aus der Verantwortung stiehlt, wie es gerade im Gesundheitswesen durch die Übertragung der Verantwortung auf die Selbstverwaltungsorgane auf der Bundesebene nicht unüblich ist, denn durch die Vorgabe der Rahmenbedingungen werden quantitative und qualitative Maßstäbe für die Gesundheitsversorgung gesetzt.

Der Entwurf stellt nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit stationären Gesundheitsleistungen sicher, sondern gleichzeitig auch die wirtschaftliche Sicherheit der Leistungserbringer - soweit dies im bundespolitischen Rahmen überhaupt möglich ist! Insofern wird das Land auch unter diesem Aspekt seiner Verantwortung gerecht.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass alle beteiligten Partner den Gesetzentwurf in seinen wesentlichen Zügen mittragen, wenngleich natürlich einzelne Fragen durchaus noch diskutiert werden können. So habe ich persönlich beispielsweise durchaus Verständnis für den Wunsch der Landeskrankenhausgesellschaft, die Bettenkapazitäten wenigstens nachrichtlich in den Krankenhausplan aufzunehmen.

Im Wesentlichen aber ist der Entwurf rund, und so wie ihn die Beteiligten mittragen, denke ich, wird er auch in diesem Hohen Hause eine breite Zustimmung finden. Auf weitere Einzelheiten des Inhaltes will ich hier nicht weiter eingehen; dazu gibt es die Ausschüsse.

Deshalb beantrage ich namens der CDU-Fraktion die Überweisung des Gesetzentwurfs in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales - federführend - sowie mitberatend in den Ausschuss für Finanzen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Dann darf ich als Nächste gleich Frau Bull aufrufen, für die PDS-Fraktion zu sprechen.

Frau Bull (PDS):

Meine Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, heute einmal nicht herumzustochern.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kosmehl, FDP)

Aber wenn Sie sich hier so aufplustern, dann muss ich an dieser Stelle noch einmal sagen: Natürlich, eine Punktlandung, keine Frage. Aber zur Wahrheit gehört auch: Zur Jagd haben Sie nun gerade nicht geblasen. - Ich will Ihnen gern zugestehen, dass Sie irgendwann Ihren Widerstand gegen die Jagd aufgegeben haben, und das ist nun mal nicht ganz schlecht.

Meine Damen und Herren! Der kleinste gemeinsame Nenner derer, die sich um die Krankenhäuser kümmern, ist Folgendes:

Erstens. Es muss eine hochwertige Qualität geboten werden.

Zweitens. Diese Qualität muss auch einigermaßen effizient und wirtschaftlich vorgehalten werden - nicht unbedingt im marktwirtschaftlichen Sinne, wohl aber im Sinne des Sozialgesetzbuches V.

Die vielen Spannungsfelder, denen sich die Krankenhäuser stellen müssen - ich will nicht alles wiederholen, was meine Voreddner und Vorednerinnen gesagt haben -, sind aufgezeigt, darunter das zwischen Effizienz und Patienten-/Patientinnenfreundlichkeit und das Spannungsverhältnis zwischen Effizienz und Qualität.

Sicherlich, Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind nötig für einen vernünftigen Umgang mit den Ressourcen im Allgemeinen und mit den Versichertengeldern im Besonderen. Die Krankenkassen haben zu Recht sehr oft darauf hingewiesen. Mit der Einführung der DRGs stehen die Krankenhäuser mittlerweile im Wettbewerb schlechthin. Die demografische Entwicklung verändert die Struktur von Patientinnen und Patienten. Der medizinisch-technische Fortschritt eröffnet neue Diagnosen. Die Palette der Behandlungsmöglichkeiten wird breiter. Das zeigt sich unter anderem auch in den steigenden Fallzahlen.

Wettbewerb, meine Damen und Herren, bringt ganz umstritten Qualität und Innovation, aber er eröffnet auch den Druck auf notwendige Gesundheitsleistungen in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Zur Wahrheit gehört auch: Wettbewerb fragt zumindest nicht in erster Linie nach den Befindlichkeiten kranker Menschen. Zweifellos: Ohne Effizienz ist alles nicht bezahlbar. Aber ohne Solidarität, meine Damen und Herren, ist es schlichtweg nicht aushaltbar.

Das vorliegende Gesetz löst die Bettenplanung durch Leistungsplanung ab. - Ich erinnere an dieser Stelle nur an unsere Debatte vor einem Jahr. So viel zum Thema Jagd. Aber ich habe ja versprochen, dass ich heute nicht sticheln will.

Das ist eine notwendige Folge des Umstiegs auf die Leistungsfinanzierung durch die DRG. Es ist gesagt worden. Ich finde auch bemerkenswert: Es scheint einen ersten Schritt in Richtung regionalisierte Krankenhausplanung zu geben. Das heißt also, Akteure vor Ort planen und koordinieren die Angebote und Leistungen und das Land behält das letztinstanzliche Entscheidungsrecht.

Ein Wort noch zu einem ganz speziellen und, wie sich zeigt, auch recht schwierigen Problem. Das ist die medizinische Versorgung in den Uni-Kliniken. Ich denke, es ist ein wünschenswertes Unterfangen zum einen für Wissenschaft und Ausbildung - zweifellos - und es ist ebenso ein wünschenswertes Unterfangen für die medizinische Versorgung, gerade für komplizierte und schwierige Fälle in der Gesundheitsversorgung. Es ist aber

auch gesundheitsökonomisch, meine Damen und Herren, eine recht umstrittene Angelegenheit.

Klar und selbstverständlich ist: Die Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern ist nicht reduzierbar auf Hochleistungsmedizin, sie ist auch in der Grund- und Regelversorgung nötig. Dazu gibt es das System der Kooperation zwischen den akademischen Lehrkrankenhäusern und den Uni-Kliniken.

Die reine Lehre wäre: Die Hochleistungsmedizin gehört in die Uni-Kliniken, die Grund- und Regelversorgung in die akademischen Lehrkrankenhäuser, wohlgemerkt, was die Ausbildung anbelangt. Nun ist es mit der reinen Lehre im wirklichen Leben immer so eine Sache. Meist sind das zwei verschiedene Baustellen. Die Uni-Kliniken wickeln mittlerweile einen beträchtlichen Umfang der Grund- und Regelversorgung in ihren Häusern ab. Die AOK beziffert das auf rund 30 %. Es wird eine ganze Reihe verschiedener Gründe ins Feld geführt.

Beispielsweise sei es nur bedingt steuerbar, wohin Patientinnen und Patienten nach Notfalleinsätzen gefahren würden. Patientinnen und Patienten stimmten nicht zuletzt mit den Füßen darüber ab, in welches Krankenhaus sie sich begäben. Auch sei ein Argument, dass die Ausbildung für Studentinnen und Studenten attraktiver sei, wenn sie an einem Ort organisiert werden könne und, und, und. Ich denke, die Ursachen sind sehr vielfältig.

Ein Problem will ich aber an dieser Stelle auch nennen: Selbstverständlich hat die Realisierung von Hochleistungsmedizin auch Vorhaltekosten nötig, die berücksichtigt werden müssen und die auch finanziert werden müssen. Aber es gab eine ganze Reihe von Krankenhäusern, die sich die Mühe gemacht haben, vom Optionsmodell Gebrauch zu machen. Es war immerhin auch eine Chance, eigene Erfahrungen in ein lernendes System einzubringen.

Die Uni-Kliniken gehörten bundesweit und auch in Sachsen-Anhalt gerade nicht dazu. Die Folge dessen ist, dass deren Rahmenbedingungen in diesem lernenden System kaum abgebildet sind. Damit ist auch ein strategischer Vorteil vergeben worden.

Ich denke aber auch, solange die medizinische Versorgung in den Uni-Kliniken größtenteils von der GKV und nicht steuerfinanziert wird, muss die Frage nach Effizienz und Wirtschaftlichkeit auch dort gestellt werden und muss es erlaubt sein, danach zu fragen, ob nicht wenigstens ein Großteil der Grund- und Regelversorgung in den akademischen Lehrkrankenhäusern vernünftiger realisiert wäre. Es muss auch erlaubt sein zu fragen, welche Möglichkeiten das Land und auch die Kostenträger wahrnehmen können, um steuernd Einfluss zu nehmen.

Erfreulicherweise sind die Uni-Kliniken mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in das Verfahren der Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen einbezogen. Ich denke, der Ausschuss für Gesundheit und Soziales ist gut beraten, wenn er nicht nur die Uni-Kliniken selber hört, sondern auch die Probleme der Finanzierung der medizinischen Versorgung in den Uni-Kliniken als Gegenstand mit berät. Ich schließe mich Frau Dr. Kuppe an. Sinnvoll wäre es in jedem Fall, den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft dort einzubeziehen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Bull. - Damit ist die Debatte abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Unstrittig ist offensichtlich die Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, der dann auf jeden Fall auch federführend sein soll. Wer stimmt zu? - Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Überweisung beschlossen.

Als mitberatende Ausschüsse sind der Finanzausschuss, der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft und der Ausschuss für Inneres beantragt worden. - Wer stimmt dem zu? - Das sind die Fraktionen der SPD und der PDS. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist das mehrheitlich abgelehnt worden. Die Beratung wird ausschließlich im Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfolgen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 11 abgeschlossen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 12 aufrufe, habe ich die Freude, auf der Besuchertribüne Gäste aus Niedersachsen begrüßen zu können. Es sind Damen und Herren der Arbeitsgemeinschaft 60 plus aus Gifhorn.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 12:**

Zweite Beratung

Einrichtung einer Bibliothekskonferenz für das Land Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1303**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien - **Drs. 4/1451**

Ich bitte den Berichterstatter des Ausschusses für Kultur und Medien Herrn Reck, das Wort zu nehmen.

Herr Reck, Berichterstatter des Ausschusses für Kultur und Medien:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vom Ausschuss für Kultur und Medien darum gebeten worden, diese Berichterstattung zu übernehmen. Ich übernehme diese ehrenvolle Aufgabe natürlich gern. Ich bringe zuerst die Fakten und möchte im Anschluss daran, wenn Sie es mir erlauben, eine persönliche Bemerkung machen.

Zu den Fakten. Der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 33. Sitzung des Landtages am 22. Januar 2004, in der sich der Landtag im Rahmen einer Großen Anfrage der Fraktion der SPD auch mit der Zukunft der öffentlichen Bibliotheken in Sachsen-Anhalt beschäftigte, zur Beratung in den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Mit dem Antrag zielte die Fraktion der SPD darauf ab, noch im ersten Halbjahr 2004 eine Bibliothekskonferenz für das Land Sachsen-Anhalt einzurichten.

In seiner Sitzung am 5. Februar 2004 führte der Ausschuss seine erste Beratung zu der Thematik durch. Im Ergebnis der Beratung beauftragte der Ausschuss das Kultusministerium, in der Ausschusssitzung im März 2004 ein Konzept für die Errichtung einer Bibliotheks-

konferenz vorzustellen. Er verständigte sich des Weiteren darauf, nach der Vorstellung des Konzeptes über das weitere Verfahren zu entscheiden.

Dem Auftrag des Ausschusses nachkommend, übermittelte der Kultusminister mit Schreiben vom 16. März 2004 den Entwurf eines Konzeptes für eine Bibliothekskonferenz.

Meine Damen und Herren, dieses Konzept liegt Ihnen leider nicht vor. Es ist Ihnen leider nicht zugestellt worden. Ich gehe aber davon aus, dass die Kulturpolitiker in Ihren Fraktionen Ihnen allen dieses Konzept vorgestellt haben.

Das vorgelegte Konzept fand in der Sitzung des Ausschusses am 18. März 2004 breite Zustimmung. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, die Landesregierung aufzufordern, auf der Grundlage dieses Konzeptes im Jahr 2004 eine Bibliothekskonferenz für das Land Sachsen-Anhalt einzurichten. Der dementsprechend geänderte Antrag der Fraktion der SPD wurde einstimmig beschlossen und liegt Ihnen nun zur Beschlussfassung vor. Ich bitte Sie im Namen des Ausschusses für Kultur und Medien, der Beschlussempfehlung Ihre Zustimmung zu geben. - So viel zu den Fakten.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Nun erst der Beifall!)

- So viel Zeit muss sein. Danke. - Ich komme jetzt zu der persönlichen Bemerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kollege Reck, eine persönliche Bemerkung im eigentlichen Sinne ist das nicht. Wenn aber niemand widerspricht, dann dürfen Sie sagen, was Sie sagen möchten.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Wir sind alle ganz gespannt!)

Herr Reck, Berichterstatter des Ausschusses für Kultur und Medien:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! - Danke, Herr Präsident. - Wenn Sie einmal in die Lage versetzt sein sollten, Schülerinnen und Schülern oder Wählerinnen und Wählern erklären zu müssen, wie parlamentarische Demokratie funktionieren kann, dann nehmen Sie dieses Beispiel: Eine Fraktion, sogar eine Oppositionsfaktion, greift ein gesellschaftliches Problem auf und bringt es ins Parlament ein. Im Plenum und im Ausschuss wird darüber beraten, wird debattiert, werden Meinungen dazu ausgetauscht und es werden neue Ideen eingebracht.

(Herr Gürth, CDU: Ja!)

Die Landesregierung nimmt sich dieses Paket zur Hand und macht daraus ein Konzept,

(Herr Gürth, CDU: Ja!)

und dieses Konzept ist gut.

(Frau Weiß, CDU, lacht - Herr Gürth, CDU: Ja!)

Dieses Konzept wird erneut in das Parlament eingebracht

(Herr Stahlknecht, CDU: Ja!)

und die ganze Breite des Parlaments wird - das hoffe ich - diesem Konzept zustimmen.

(Frau Weiß, CDU, lacht - Herr El-Khalil, CDU: Das sehen wir ja nachher! - Herr Stahlknecht, CDU: Das ist auf keinen Fall wahr! - Herr Borgwardt, CDU: Ja!)

Meine Damen und Herren! So kann parlamentarische Demokratie funktionieren.

(Herr Gürth, CDU: Genau! - Frau Bull, PDS: So ist es aber doch nicht!)

- Ich meine, im Idealfall.

(Frau Bull, PDS: Na gut!)

Das sollte man auch denjenigen sagen, die uns fragen, was wir hier tun. In diesem Sinne bitte ich Sie noch einmal, dieser Beschlussempfehlung zuzustimmen, damit alles das, was ich erzählt habe, auch stimmt. - Danke.

(Zustimmung bei allen Fraktionen - Herr Gürth, CDU: Bravo!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Reck. - Es ist vereinbart worden, bei dem Thema auf eine Debatte zu verzichten. Wünscht dennoch jemand, das Wort zu ergreifen? - Das ist nicht der Fall, sodass wir jetzt über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 4/1451 abstimmen können. Wer stimmt dem zu? - Das sind offensichtlich alle. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen worden. Der Tagesordnungspunkt 12 ist beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Beratung

a) Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend die Änderung des Landesrichtergesetzes - LVG 1/04

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - Drs. 4/1458

b) Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend das Finanzausgleichsgesetz - LVG 2/04

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - Drs. 4/1459

Ich bitte Herrn Wolpert darum, für den Ausschuss für Recht und Verfassung zu sprechen.

Herr Wolpert, Berichterstatter des Ausschusses für Recht und Verfassung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Zunächst komme ich zu dem Landesverfassungsgerichtsverfahren unter der Nr. 1 aus dem Jahr 2004. Das Verfassungsgerichtsverfahren wurde dem Ausschuss für Recht und Verfassung mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 25. Februar 2004 gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Landtages zur Beratung und Abgabe einer Beschlussempfehlung übermittelt.

Die Verfassungsbeschwerde, um die es dabei geht, richtet sich gegen das Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes, insbesondere gegen die in § 85 vorgenommene Streichung der bisher erhöhten Altersgrenze für Richterinnen und Richter. Der Kläger begeht die Feststellung, dass dieses Gesetz gegen die Landesverfassung verstößt und somit nichtig ist.

Das Landesrichtergesetz in der seit 1993 geltenden Fassung hatte vorgesehen, dass für diejenigen Richterinnen und Richter, die bis zum 31. Dezember 1997 das 55. Lebensjahr vollenden, die Altersgrenze das Ende des Monats ist, in dem das 68. Lebensjahr vollendet wird, unbeschadet des Umstandes, dass jeder Betroffene nach dem 65., aber auch vor dem 68. Lebensjahr seinen Dienst beenden kann.

Mit dem nunmehr angefochtenen Gesetz wurden die Bestimmungen zu den erhöhten Altersgrenzen verändert. Nur diejenigen, die am 1. April 2003 das 65., 64. oder 63. Lebensjahr vollendet haben, können noch die Regelung mit der erhöhten Altersgrenze in Anspruch nehmen. Dies gilt für den Beschwerdeführer nicht, obwohl er die Bedingungen nach § 85 des Landesrichtergesetzes in der Fassung von 1993 erfüllt und sich nunmehr beeinträchtigt sieht.

Zum Landesverfassungsgerichtsverfahren Nr. 2 im Jahr 2004: Dieses wurde dem Ausschuss für Recht und Verfassung mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 18. März 2004 gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Landtages zur Beratung und Abgabe einer Beschlussempfehlung übermittelt.

Die Verfassungsbeschwerde zweier Landkreise richtet sich gegen § 3 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung des Artikels 10 Nr. 10 des Haushaltssanierungsgesetzes 2003 vom 26. Februar 2003 und gegen die Fassung des Artikels 2 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 17. Dezember 2003.

Es wird die Feststellung begeht, dass durch die Absenkung der Verbundquote gegen Artikel 88 Abs. 1 und 2 der Landesverfassung verstoßen wird.

Nach Artikel 87 Abs. 1 der Landesverfassung verwalten die Kommunen und die Gemeindeverbände ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Das Land sorgt nach Artikel 88 Abs. 1 der Landesverfassung dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen ist nach Artikel 88 Abs. 2 Satz 1 der Landesverfassung aufgrund eines Gesetzes angemessen auszugleichen.

Die Beschwerdeführer haben die allgemeine Entwicklung der Kommunalfinanzen dargelegt und festgestellt, dass die Ausfälle im kommunalen Finanzausgleich durch erhebliche Eigenanstrengungen zur Konsolidierung nicht kompensiert werden können. Durch die genannten Gesetze ist die Verbundquote abgesenkt worden, was nach Auffassung der Beschwerdeführer eine Kürzung und damit einen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich bedeutet. Die Kürzungen sind trotz Übertragung neuer Aufgaben erfolgt. Die Beschwerdeführer sehen, dass trotz aller Anstrengungen der Kommunen zur Reduzierung ihrer Ausgaben die kommunale Selbstverwaltung zum Erliegen kommt.

Der Ausschuss für Recht und Verfassung hat sich in seiner Sitzung am 24. März 2004 mit den Landesverfassungsgerichtsverfahren befasst und empfiehlt dem

Landtag einstimmig, in beiden Fällen keine Stellungnahme abzugeben. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu dieser Empfehlung und bedanke mich für die halbwegs vorhandene gewesene Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Wortmeldungen gibt es nicht. Wir stimmen über beide Beschlussempfehlungen des Ausschusses ab. Wer stimmt zu? - Das sind offensichtlich alle. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit ist das so beschlossen und der Tagesordnungspunkt 13 ist abgeschlossen.

Da der Tagesordnungspunkt 14 erst morgen nach der Mittagspause behandelt wird, rufe ich nun den Tagesordnungspunkt 15 auf.

(Herr Dr. Püchel, SPD, meldet sich zu Wort)

- Ja, bitte.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Aufgrund der starken Beschleunigung des Ablaufs ist Frau Budde im Moment nicht anwesend. Sie wird gerade geholt. Ich bitte darum, einen kleinen Augenblick zu warten; es tut mir Leid.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Wir kennen hierbei nicht die Regelung wie bei der Fragestunde, dass dann alles zu Protokoll gegeben wird. Ich sehe tatsächlich keine andere Möglichkeit, als diesem Vorschlag zu folgen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, schaue ich mich erst einmal um, ob in diesem Fall alle Beteiligten da sind. Frau Dr. Hein sehe ich. Sie ist auch bereit.

Dann rufe ich den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Beratung

Entwicklung der Kapazitäten in der Ausbildung von Lehrkräften in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1447

Ich bitte Frau Dr. Hein, für die einbringende Fraktion zu sprechen.

Frau Dr. Hein (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja eine Binsenweisheit - die Landesregierung weiß es auch längst -: Die Zeiten, dass wir von einem Überhang an Lehrkräften in allen Schulformen nacheinander zu einem dramatischen Lehrkräftemangel kommen, sind absehbar. Absehbar ist auch die Ausbildungsdauer von Lehrerinnen und Lehrern. Sie beträgt im günstigsten Fall sieben Jahre. 1 080 Studienanfängerinnen in Lehramtsstudiengängen aus dem vergangenen Jahr stehen dem Land Sachsen-Anhalt also frühestens im Jahr 2010 zur Verfügung.

In den letzten Jahren war es erforderlich - wir haben hier mehrfach darüber debattiert -, über Arbeitsplatzsicherungstarifverträge und die Absenkung der tariflichen Ar-

beitszeit sowie Abfindungsregelungen und Altersteilzeit den Lehrkräftebestand dem aufgrund zurückgehender Schülerzahlen sinkenden Lehrkräftebedarf anzugehen.

Ich will hier heute nicht über die mehr oder weniger große Akzeptanz, über die Sinnhaftigkeit oder Unsinnigkeit einzelner Maßnahmen debattieren. Sie sind Tarifrecht und sie werden zwischen Tarifparteien ausgehandelt. Tarifregelungen waren und sind ja auch durchaus notwendig, will man auf Entlassungen verzichten. Hierin liegt also mein Problem nicht.

Das Dumme ist nur: Auch die im System verbleibenden Lehrkräfte werden unweigerlich älter und gehen irgendwann in die verdiente Rente. Für die Absicherung des Unterrichts der dann im System befindlichen Schülerinnen und Schüler sind wir verantwortlich, und dieser Verantwortung müssen wir uns heute schon stellen.

Wir haben darüber auch vor einem Jahr hier debattiert, als wir einen ähnlichen Antrag eingebracht haben, der nach einem Jahr, also im Januar dieses Jahres, mit einer übereinstimmenden Beschlussempfehlung des Ausschusses vom Landtag verabschiedet worden ist.

(Frau Feußner, CDU: Warum dann jetzt wieder?)

- Das muss Sie nicht wundern. - Nimmt man die Zahl der in Erfüllung der Tarifvereinbarung für den Unterricht tatsächlich zur Verfügung stehenden Lehrkräfte, dann treffen sich die Bestands- und Bedarfskurven in der Grundschule bereits im Jahr 2006, an den Sekundarschulen 2011 und am Gymnasium 2013. Das scheint zumindest in der Sekundarstufe, also am Gymnasium und in der Sekundarschule, noch lange hin zu sein, aber es scheint nur so. Es ist zu beachten, dass an den Sekundarschulen bereits im Jahr 2009 die Differenz zwischen Bestand und Bedarf vergleichsweise marginal ist. Merke: Die im vergangenen Jahr ins Studium gegangenen Lehramtsstudenten stehen uns frühestens im Jahr 2010 zur Verfügung.

Deutlicher wird das Problem noch, wenn man die allgemein bildenden Schulen in der Gesamtschau betrachtet. Dann nämlich entsteht über alle Schulformen hinweg bereits vom Schuljahr 2009/10 an ein Mangel an Lehrkräften. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Kurve an den Grundschulen ganz drastisch sinkt und die Situation dort ziemlich dramatisch zu werden droht.

Kultusstaatssekretär Willems hat in diesen Tagen in einer Presseerklärung kundgetan, dass der Bedarf an Lehrerstellen bis zum Jahr 2006/07 um 3 000 Stellen zurückgeht. Das erweckt den Eindruck eines erheblichen Überhangs. Er hat dabei aber nicht bedacht oder ausgebündet, dass auch der Stellenbestand zurückgeht, der Überhang also nicht einmal ein Drittel der angegebenen Zahl beträgt und dann auch noch kontinuierlich weiter sinkt, was der Bedarf nach 2008 kaum noch tut.

Das müssen wir bei der Planung von Ausbildung und künftigen Einstellungen beachten. Genau um die Ausbildung geht es hier; nicht so sehr um die Werbung für den Lehrerberuf, sondern um die Kapazitäten, die dieses Land bereit ist, zur Verfügung zu stellen.

Für das Schuljahr 2003/04 ist gerade mal die Einstellung von 84 Lehrkräften vorgesehen, nicht aber an der Grundschule, wie das Kultusministerium verlauten ließ. Für das kommende Schuljahr liegt bis heute keine Ausschreibung vor - jedenfalls ist mir das nicht bekannt; das

müsste sehr kurzfristig gewesen sein -, sodass die Absolventinnen dieses Jahrganges sich wohl schon anderswo umgetan haben, denn woanders sind die Bewerbungszeiträume bereits abgelaufen.

(Frau Feußner, CDU: Bei uns doch auch!)

Sie gehen weg. Wir haben keine Ausschreibung für das kommende Jahr laufen. Wenn das Land dann endlich aufwacht, wird es vermutlich zu spät sein.

(Frau Feußner, CDU: Die Ausschreibung ist doch raus!)

- Ich kenne keine Ausschreibung. Wenn sie heraus ist, ist das in Ordnung. Trotzdem sind in anderen Ländern die Ausschreibungen bereits gelaufen.

(Herr Gürth, CDU: Ja und?)

- Wir werden ja sehen, wie viele übrig sind, die sich bei uns bewerben. So viele studieren bei uns nicht.

Die Tatsache, dass auch die wenigen derzeit in der Ausbildung befindlichen Grundschullehrerinnen nicht übernommen werden sollen, verwundert - ist doch in dieser Schulform als Erstes und am gravierendsten mit einem Ersatzbedarf zu rechnen.

Nun kann es ja aus der Sicht des Finanzministers sinnvoll erscheinen, dass Pädagoginnen aus anderen Schulformen in der Grundschule eingesetzt werden, um damit entstehende Defizite auf der einen Seite durch Überhänge auf der anderen Seite auszugleichen. Aber erstens ist das eine sehr kurzsichtige Entscheidung; denn die Probleme massieren sich innerhalb weniger Jahre, wenn auch der Bestand an Sekundarschullehrkräften sinkt. Das Loch, in das dann die Grundschülerinnen fallen, ist dann nur noch größer.

Zum Zweiten gibt es nicht umsonst eine Grundschulpädagogik. Wer schon einmal vor einer Klasse solcher kleiner Racker gestanden hat - mir ist das in meiner Ausbildungszeit passiert -, der hat trotz pädagogischer Ausbildung einen Heidenrespekt vor Grundschullehrerinnen. Die Spezifität dieser Ausbildung sollte man nicht unterschätzen.

Nun will ich bei weitem nicht sagen, dass eine Sekundarschullehrkraft das nicht kann. Aber das als System für den Defizitausgleich zu nehmen, halte ich pädagogisch für nicht angemessen. So etwas kann man bestenfalls noch einem Finanzminister durchgehen lassen, der keine pädagogische Ausbildung hat und das vielleicht nicht besser weiß, nicht aber einem Kultusminister. Ich meine, dass auch die Erfahrungen in jüngerer Zeit mit massenhaften Umsetzungen, die durchaus kritikwürdig zu sehen sind, einen kritischeren Blick erwarten lassen.

Es gibt also erheblichen Handlungsbedarf. Nun hat das Land aber vor, die Lehramtsausbildung für allgemein bildende Schulen in Magdeburg zu beenden und sie auf Halle zu konzentrieren, ohne dass erkennbar wäre, dass dort die notwendigen Aufstockungen vorgenommen werden.

Mit der Errichtung des Landesverwaltungsamtes wird außerdem die Zahl der staatlichen Seminare für Lehrämter reduziert und deren Kapazität halbiert, wie wir aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage erfahren haben.

In der Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst vom Januar 2004 ist für die Zahl der Ausbildungsplätze in der zweiten Phase erst an fünfter und

damit an letzter Stelle der Bedarf des Landes heranzuziehen. Davor stehen - in dieser Reihenfolge - das Haushaltsgesetz, die Zahl der zur Verfügung stehenden Seminarleitungen, die Aufnahmekapazität der Seminare - sie wurde bekanntlich halbiert - und die der jeweiligen Schulformen. Dass die Zahl der Schulen ebenfalls reduziert wird, ist bekannt. All diese Dinge gehen dem Bedarf offensichtlich voraus.

Das Haushaltsgesetz als erster Maßstab für die Ausbildung von Lehrkräften? Bei allem Verständnis für die auch in den nächsten Jahrenbrisante Haushaltsslage im Land: Wir haben es in Zukunft doch insgesamt mit einem niedrigeren Stellenniveau zu tun als heute. Dann muss man doch in der Lage sein, den tatsächlichen Bedarf zum Ausgangspunkt der Planungen zu machen und die notwendigen Ausbildungskapazitäten zu schaffen.

Es kann nicht sein, dass das Land hierbei das Prinzip Hoffnung anwendet, nach dem Motto: Von irgendwoher kommen auf wundersame Weise Lehrerinnen und Lehrer daher und klopfen genau dann an die Tür des Kultusministers, wenn wir plötzlich Bedarf anmelden.

Wir müssen schon heute das Zeichen setzen, dass wir Lehrerinnen und Lehrer hier im Land dringend brauchen und auch bereit sind, sie hier im Land auszubilden, und zwar in der ersten und in der zweiten Phase.

Darum verlangen wir mit unserem Antrag, dass wir uns im Landtag und im zuständigen Ausschuss - damit meine ich den Bildungsausschuss und nicht den Finanzausschuss - sowohl mit der ersten Phase der Lehrerausbildung und den dort zur Verfügung gestellten Kapazitäten als auch mit der zweiten Phase der Lehrerausbildung gründlich befassen. Darauf zielt unser Antrag. Insofern unterscheidet er sich auch von dem, was wir im Januar 2004 in diesem Hause beschlossen haben. Unser Antrag konkretisiert das.

Ich glaube, wir haben gerade nach der Verordnung, die übrigens auch im Januar 2004 verabschiedet worden ist, erheblichen Anlass für ein solches Nachfragen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Hein. - Zunächst erteile ich Herrn Minister Olbertz das Wort.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im September 2003 hat die Landesregierung ein Konzept für die Personal- und Stellenentwicklung von Lehrkräften an allgemein bildenden öffentlichen Schulen des Landes Sachsen-Anhalt vorgelegt und darin den erforderlichen Lehrkräftebedarf und die Stellenentwicklung bis zum Jahr 2014 prognostiziert. Die Prognose zur Stellenentwicklung steht in einem maßgeblichen Zusammenhang mit den Ergebnissen des Lehrertarifvertrages.

Mit dem Personalentwicklungskonzept hat die Landesregierung erstmals eine detaillierte Darstellung der Personalsituation auf den Tisch gelegt. Es ist vorgesehen, dass das Personalentwicklungskonzept jährlich fortgeschrieben wird.

Der Hinweis auf dieses Konzept erfolgt an dieser Stelle nicht ohne Grund. Es ist das Bezugssystem für die mittel- und längerfristige Planung der Kapazitäten in der

Ausbildung von Lehrkräften für das Land Sachsen-Anhalt.

Aus der Personalsituation, so wie sie sich bis zum Jahr 2014 für die einzelnen Schulformen entwickeln wird, ergibt sich unmittelbar die Frage, ob die vorhandenen Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und staatlichen Seminaren für Lehrämter dem Bedarf des Landes entsprechen oder ob wir in der einen oder anderen Richtung steuernd eingreifen müssen, um einerseits Bereiche zu stärken und die Lehramtsausbildung entsprechend zu forcieren, damit perspektivisch die Unterrichtsversorgung gesichert bleibt, und andererseits auch Bereiche zurückzunehmen, in denen in Relation zum Bedarf des Landes zurzeit und auch mittelfristig Überkapazitäten - das ist leider unser Hauptproblem - bestehen.

Die anzustrebenden Kapazitäten in der universitären Lehrerausbildung und in den Seminaren bestimmen sich also maßgeblich aus dem voraussichtlichen Bedarf an Lehrkräften in diesem Land. Darum ist es wichtig, sich diese künftige Bedarfslage zu vergegenwärtigen.

Frau Dr. Hein, im Jahr 2009 werden an den allgemein bildenden Schulen in Sachsen-Anhalt voraussichtlich etwa 13 400 Stellen zur Absicherung des Unterrichts benötigt. Ohne Neueinstellungen stünden dem zu diesem Zeitpunkt immer noch rund 15 600 Lehrkräfte gegenüber. Wenn man die beiden Zahlen zueinander ins Verhältnis setzt, würde sich - allerdings über alle Schulformen hinweg; das ist die Schwäche dieser Betrachtung; ich komme gleich darauf - ein mittlerer Beschäftigungsumfang von ungefähr 85 % ergeben.

Ich räume allerdings ein, dass diese Zahl noch nicht berücksichtigt, dass Schulleiter und verbeamtete Lehrkräfte in vollem Umfang beschäftigt sind, was rein rechnerisch, also nicht durch die tarifvertragsrechtliche Feststellung, den Beschäftigungsumfang für die anderen sogar entsprechend variieren lässt.

Der Umfang wäre aber noch aus einem anderen Grund verkürzt, wenn man Angaben zum Lehrkräftebedarf unverstehens als Aussagen über Neueinstellungen auffasste. Sie alle wissen, dass sich viele Lehrkräfte in einer tarifvertraglich geregelten Teilzeitbeschäftigung befinden. Der Arbeitsumfang bestimmt sich kontinuierlich nach der Zahl der Schüler, die wir haben.

Wir tragen nicht nur für Neueinstellungen Verantwortung, sondern auch für die Lehrkräfte, die derzeit unterrichten. Darum müssen wir sehr sorgfältig prüfen, in welchem Umfang wir unter anderem im Hinblick auf die Altersstruktur und die Unterrichtsversorgung in Mangelfächern auf veränderte Bedarfe mit Neueinstellungen reagieren und in welchem Umfang wir aus Gründen der sozialen Balance die Unterrichtsversorgung mit den bereits vorhandenen Lehrkräften sicherstellen. Das ist, Frau Hein, wirklich eine hohe Kunst.

Ich räume ein, dass man Lehrkräfte nicht nach Belieben hin und her schieben kann. Aber für mich ist es keineswegs eine Zumutung oder fachlich unverantwortlich, wenn Lehrkräfte, die bisher etwa in den Jahrgängen 5 und 6 der Sekundarschule bzw. Ihrer Förderstufe unterrichtet haben, künftig beispielsweise im Jahrgang 4 der Grundschule unterrichten. Hier gibt es also Übergänge und damit eine fließende Kapazität, an die wir uns schon aus fiskalischen Erwägungen heraus herantasten müssen.

Abgesehen davon, dass ein Großteil der pädagogischen Mitarbeiterinnen und pädagogischen Mitarbeiter eine

Unterrichtsbefähigung hat und es auch unter dem sozialen Gesichtspunkt eine sehr wichtige Fragestellung ist, sollten wir den Lehrkräftebedarf zunächst aus dem schon fest im Land verankerten Potenzial darstellen und nicht ausschließlich auf Neueinstellungen setzen. Aber ohne diese geht es natürlich nicht. Deshalb noch etwas zur aktuellen Situation.

Zuvor sollte ich vielleicht noch sagen, dass die Bedarfssituation in den einzelnen Schulformen aufgrund des Schülerrückgangs außerordentlich unterschiedlich ausfällt. Wir werden darum immer die Möglichkeit im Auge behalten müssen, Lehrerinnen und Lehrer von einer Schulform an die andere wechseln zu lassen, damit die Lehrerschaft insgesamt ein vertretbares Auskommen hat. Im Moment sind wir mitten in einer Entwicklung, in der es eine enorme soziale Ungerechtigkeit wäre, wenn man, während man Grundschullehrer verzweifelt sucht, Sekundarschullehrer nicht mehr beschäftigen könnte.

Nun zur aktuellen Situation. Zum kommenden Schuljahr ist die Besetzung von 103 Lehrerstellen vorgesehen. Die Zahl der Ausbildungsplätze in den Seminaren ist für alle Lehrämter im Haushaltsplan 2004 auf 340 festgelegt worden. Unabhängig vom aktuellen Lehrkräftebedarf in einigen ausgewählten Unterrichtsfächern stellt sich die Lage in den einzelnen Schulformen sehr unterschiedlich dar.

Um es ganz deutlich zu sagen: In Relation zum Bedarf bilden wir gegenwärtig insgesamt zu viele Lehrkräfte für das Gymnasium aus, während es noch einiger Anstrengung bedarf, die Ausbildung für das Lehramt an Sekundarschulen und vor allem für das Lehramt an Grundschulen so zu verstärken, dass sie auch dem künftigen Bedarf gerecht werden kann. Insofern ist es schon richtig, dass man immer fünf, sechs Jahre vorausdenken muss und jetzt schon absehen kann, dass wir die Akzente eigentlich so setzen müssten.

Insofern ist es übrigens nicht einmal verkehrt gewesen, dass die Martin-Luther-Universität mit Fingerspitzengefühl die Ausbildung für die gymnasialen Lehrämter begrenzt; dafür müsste sie im Bereich der Sekundarschullehrer jetzt eigentlich eine Werbestrategie machen.

Übrigens bin ich nach langem Zögern der Initiative der KMK beigetreten, dieser Lehrerwerbestrategie oder diesem Lehrerwerbungskonzept, das zunächst, wenn man, wie im Moment, einen enormen Lehrerüberhang hat, einer Rechtfertigung bedarf. Wenn man aber perspektivisch denkt, kann man es ohne weiteres rechtfertigen, auch junge Leute für ein Lehramtsstudium zu werben.

Gegenwärtig bereitet das Kultusministerium spezielle Zielvereinbarungen mit den lehramtsausbildenden Universitäten zur Lehrerbildung vor. Im Januar 2004 wurden die ersten Vorgespräche mit der Martin-Luther-Universität dazu geführt. Mit den Zielvereinbarungen soll erreicht werden, dass die Ausbildungskapazitäten der Universitäten dem Lehrkräftebedarf des Landes künftig besser angepasst werden. Das, Frau Hein, halte ich für sehr wichtig.

Es ist schon jetzt ein Gegenstand unserer Zielvereinbarungen, den Universitäten auch bestimmte Kapazitäten abzuverlangen, die mit der nächsten Budgetplanungsperiode auf die Belange der Lehrerbildung auszurichten sind. Gegenstand dieser Vereinbarungen werden aber nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Maßgaben sein.

Dazu gehören insbesondere Initiativen, die geeignet sind, die Studienzeit zu verkürzen, mehr schulpraktische Ausbildungsanteile in den Studiengang zu integrieren und die nach wie vor hohe Abbrecherquote in den Studiengängen zu senken.

Im Ministerium wurde als Vorarbeit in den letzten Monaten der Lehrkräftebedarf für die einzelnen Fächer und Schulformen für den Zeitraum nach 2010 ermittelt. Diese Arbeiten stehen kurz vor dem Abschluss. Die entsprechend ermittelten Bedarfszahlen werden dann auch Grundlage für die Zielvereinbarung mit den lehrerbildenden Einrichtungen ab der nächsten Planungsperiode sein. Wie gesagt: Dort werden wir auch quantitative Aufgaben machen. Anders geht es gar nicht. Das ist eine Frage, wie Ressourcen punktuell und konzentriert eingesetzt werden, um eine so wichtige Landesaufgabe zu erfüllen.

Ich bin mir dessen bewusst, dass die Anpassung der universitären Ressourcen an den Bedarf des Landes ein mehrjähriger Prozess sein wird, der mit einer Reihe von schwierigen Personal- und Strukturentscheidungen verbunden ist, die man nicht alle von heute auf morgen lösen kann. Dennoch muss ich darauf drängen, den Prozess schnell zu beginnen; denn die Strukturentscheidungen, die wir heute an den Universitäten für Lehramtsausbildung treffen, werde erst nach 2010 für die Schule wirksam werden. Die Zielvereinbarungen sind deswegen ein wesentlicher Bestandteil dieses Konzepts für die mittelfristige und längerfristige Entwicklung der Ausbildungskapazitäten insbesondere in Bezug auf den Lehrerbedarf.

An einem Gesamtkonzept, das auch die Ausbildungskapazitäten im Vorbereitungsdienst einschließt, wird ebenfalls zurzeit gearbeitet. Das tun wir im Übrigen im Auftrag des Ausschusses.

Das Kultusministerium wird dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft über die Zielvereinbarungen - natürlich bevor sie abgeschlossen sind - und über das Gesamtkonzept für die mittelfristige und längerfristige Entwicklung der Ausbildungskapazitäten in der ersten und der zweiten Phase berichten. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Olbertz. - Die Debatte wird durch den Beitrag der FDP-Fraktion eröffnet. Es spricht Herr Dr. Volk. Bitte, Herr Dr. Volk.

Herr Dr. Volk (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über Lehrerbeschäftigung, Lehrerbedarfe und Lehrerbildung begleitet uns in diesem Hohen Hause wiederholt. Die Ursache dafür, dass wir uns mit dieser speziellen Berufsgruppe so intensiv befassen, liegt zum einen in der Landesverantwortung für die Schulbildung und deren Sicherstellung, aber auch ein ganzes Stück weit im Lobbyismus der Fachgewerkschaften.

Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Studenten, die an die Universität Halle ein Lehramtsstudium aufgenommen haben, nahezu verdoppelt. Eine ähnliche Tendenz vermelden die Universitäten in Leipzig und Jena. Gleichzeitig haben die Bundesländer Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zurückgehende Schülerzahlen und absehbar mittelfristig, wie

die Einstellungssituation zeigt, einen eher geringeren Lehrerbedarf.

Man erkennt keinen direkten Zusammenhang zwischen Lehrerbedarf und Studienanfängern, zumal die Zahl der Studierenden in den einzelnen Fächerkombinationen höchst unausgewogen ist. Meiner Meinung nach ist es ein problematischer Ansatz zu glauben, man könne auf der Grundlage eines prognostizierten zukünftigen Lehrerbedarfs die entsprechenden Ausbildungsangebote bis ins Letzte steuern.

Die Mobilität vor Beginn, im Verlauf und nach Abschluss eines Studiums ist groß, sodass eine Gleichsetzung zwischen Lehrerbedarf und Ausbildungskapazität zweifelhaft ist. Es ist eben nicht die Regel, dass sich ein Student in Sachsen-Anhalt für ein Lehramtsstudium einschreibt, weil er weiß, dass er sieben oder acht Jahre später unbedingt und nur in Sachsen-Anhalt Lehrer werden möchte.

Ebenso richten sich die Ausschreibungen des Kultusministeriums an Absolventen in allen Bundesländern. Wir leben nicht auf einer Insel, die hinsichtlich der Lehrerbildung vollkommen autark sein muss und sollte. Wir sollten dies auch nicht anstreben.

Es wird immer Fächerkombinationen geben, in denen es mehr Studierende und Referendare gibt als Stellen und umgekehrt. Das ist natürlich und hängt mit dem Profil der einzelnen Hochschulen, deren Attraktivität, vom Studienort und vom Ruf einzelner Institute ab. Deshalb muss ich es so hart sagen: Planwirtschaftliche Methoden funktionieren nicht, am allerwenigsten, wenn es um die persönliche Lebensplanung von jungen Menschen geht. Ich kann die Intention des Antragstellers deshalb nicht ganz nachvollziehen.

(Frau Dr. Hein, PDS: Das ist unverantwortlich!)

Ich gebe zu, dass es richtig und wichtig ist, den Lehrerbedarf im Auge zu behalten, aber ich betrachte mit sehr viel Skepsis, eine ausgesprochene langfristige Planungskonzeption zu erstellen. Entweder wird sie in wenigen Jahren von der Realität überholt oder sie ist so abstrakt, dass keine Folgerungen aus ihr zu ziehen sind.

Die Einstellung von Lehrkräften in der nötigen Fächerkombination ist das wirksamste Mittel, die Versorgung mit Lehrkräften zu sichern.

Mit dem Konzept der Landesregierung zur Personal- und Stellenentwicklung herrscht Klarheit darüber, welche Lehrer in den nächsten Jahren benötigt werden. Ich bin mir sicher, dass diese Nachfrage auch bei den Studierenden registriert wird und dass die Studierenden ihre Berufsplanung daran ausrichten können.

Ich hoffe, dass das von der Landesregierung angekündigte Konzept zur Lehrerbedarfsentwicklung und zur Studienplatzentwicklung diesen Zusammenhang beachtet und nicht zu sehr im Detail versucht, Zusammenhänge zu steuern, die auf der Ebene eines Bundeslandes kaum steuerbar sind.

Der Antragsteller sollte sich seinerseits auch von Illusion verabschieden, in den Ausschussberatungen zu erfahren, wie viele im Jahr 2008 im dritten Semester Chemie auf Lehramt studieren werden. Ich denke, wir sollten nicht zu viele Hoffnungen in ein derartiges Konzept legen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Volk. - Nun erteile ich Frau Mittendorf das Wort.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legte den Ausschussmitgliedern im September des letzten Jahres ein Konzept zur Personal- und Stellenentwicklung von Lehrkräften bis zum Schuljahr 2013 bzw. 2014 vor. Das Konzept soll jährlich fortgeschrieben und mit aktuellem Zahlenmaterial aufbereitet werden.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat vor kurzem eigene Berechnungen angestellt und weicht im Ergebnis zum Teil erheblich von den Lehrkräfteprognosen des Kultusministeriums ab, was aus meiner Sicht nicht anders zu erwarten war.

Nun geht es jedoch nicht nur um die Bestimmung der zukünftigen Lehrkräftebedarfe, sondern es geht um die daraus folgenden Schlussfolgerungen für unser Land, für die bildungspolitische Arbeit in unserem Land.

Dazu zählt aus unserer Sicht in erster Linie, dass sich die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten eben doch an den prognostizierten Bedarfen orientieren müssen. Es ist zu berücksichtigen, dass bei weitem nicht alle Absolventinnen und Absolventen der Universitäten hier im Land bleiben. Vereinfacht, meine Damen und Herren, bedeutet dies: Das Land muss die Lehrkräfte, die es an den Schulen in den nächsten Jahren benötigt, selbst ausbilden und es muss dann noch dafür sorgen, dass diese im sachsen-anhaltischen Schuldienst wirklich eine Anstellung finden.

Dies wird umso deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass noch mindestens bis zum Jahr 2010 Vergütungsunterschiede zu den alten Bundesländern zu verzeichnen sein werden, und das in einer Zeit, in der im gesamten Bundesgebiet infolge einer Pensionierungswelle große Bedarfe an Lehrkräften entstehen werden, worüber seit Jahr und Tag auch in den alten Ländern diskutiert wird.

Der Landtag hat im Januar einstimmig einen Beschluss zur Sicherung des Lehrkräftenachwuchses gefasst. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, auf der Grundlage der Planung dieses Bedarfes die erforderlichen Ausbildungskapazitäten an den Universitäten bereitzuhalten, zu planen und die dafür notwendige finanzielle Ausstattung zu bestimmen. Eigentlich war das ein erfreuliches Ergebnis, zumal dieses fraktionsübergreifend im Konsens entstand.

Die Erarbeitung einer mittel- und langfristigen Konzeption hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten, die eine Darstellung der derzeitigen Kapazitäten der Lehrerausbildung in der ersten und zweiten Phase einschließt, gewinnt vor dem Hintergrund der von der Landesregierung geplanten Schließung der allgemein bildenden Lehrerausbildung am Standort Magdeburg enorme Bedeutung.

Das, meine Damen und Herren, betone ich an dieser Stelle: Die SPD-Fraktion betrachtet dieses Vorhaben der Landesregierung als einen großen hochschul- und bildungspolitischen Fehler, den man so nicht akzeptieren kann.

(Zustimmung bei der SPD)

An Dramatik gewinnt dieser Fakt noch vor dem Hintergrund der zukünftig geplanten Finanzierung der Lehrerausbildung.

(Herr Gürth, CDU: Ja?)

Die Landesregierung sieht in ihrem Strukturkonzept vor, die allgemein bildende Lehrerausbildung an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität zu konzentrieren, aber gleichzeitig Mittel in Höhe von 4,5 Millionen € zu streichen. Wie das gehen soll, wissen wir noch nicht.

Auch ein Blick auf die Ausbildung in der zweiten Phase, auf die staatlichen Seminare, lohnt sich. Diesbezüglich hat die Landesregierung Anfang des Jahres eine Verordnung erlassen, die die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter bei beschränkten Kapazitäten vorschreibt. Frau Hein und auch der Minister wiesen darauf hin.

Auch in diesem Bereich droht Ungemach, wenn diese Zulassungsbeschränkungen tatsächlich wirksam werden sollten. Das bedeutet - darüber muss sich jeder hier im Raum im Klaren sein -, dass Lehramtsabsolventinnen und -absolventen abwandern. So ist das Problem eigentlich hausgemacht. Ist das gewollt?

Ich erinnere an die Entscheidung der Landesregierung, die Standorte der staatlichen Seminare auf zwei zu reduzieren und sie in das Landesverwaltungsamt einzugliedern. Erst reduziert man die Ausbildungskapazitäten und dann legitimiert man sie im Nachhinein mithilfe einer Verordnung. Auch diese Entscheidung halten wir vor dem Hintergrund der heutigen Debatte für eine falsche Weichenstellung, die das Problem verschärft.

Kurzes Resümee, meine Damen und Herren: Wir alle wissen, dass in den nächsten Jahren ein stetig steigender Lehrkräftebedarf besteht, bei unterschiedlicher Benennung der Zahlen. Wir wissen auch, dass wir mit einem ausgleichenden Zustrom von Lehrkräften aus anderen Ländern nicht rechnen können. Wir wissen auch, dass wir diese Bedarfe über unsere eigenen Ausbildungsstätten realisieren müssen.

Was plant jedoch die Landesregierung? - Erstens streicht sie die allgemein bildende Lehrerausbildung an der Uni Magdeburg und kürzt die Mittel für die Lehrerausbildung in Halle. Mit Interesse werden wir die Verhandlungen über die Zielvereinbarungen und die Struktur- und Finanzdiskussion verfolgen, die damit zusammenhängt. Zweitens reduziert sie die Kapazitäten der staatlichen Seminare.

Das, meine Damen und Herren, hat aus unserer Sicht bis jetzt mit vorausschauender Politik nichts zu tun und mit Nachhaltigkeit schon gar nichts; denn letztlich ist entscheidend, ob das Land seine eigenen Lehramtsabsolventen auch in den Schuldienst übernimmt.

In den letzten Jahren hat die Landesregierung mit einer sehr späten Ausschreibung stets dafür gesorgt, dass viele einheimische Absolventen in andere Bundesländer abwanderten und eine Reihe von Stellen unbesetzt blieb. Damit wurde auch der Einstellungskorridor des Lehrertarifvertrags nicht erfüllt. Auch in diesem Jahr ist zumindest nach meiner Kenntnis die Ausschreibung noch nicht erfolgt. In anderen Bundesländern hingegen sind die Bewerbungsfristen bereits abgelaufen. Ich hoffe nur, dass wir es nicht wieder erleben, dass Stellen nicht besetzt werden können.

Dies hat, meine Damen und Herren, mit einer konstruktiven Politik, die junge Leute im Land hält bzw. ins Land lockt, nichts zu tun, und mit der Lösung des heute hier diskutierten Problems schon gar nicht.

Eines steht fest: Je weniger Lehrkräfte wir einstellen, umso größer wird der Bedarf an den Schulen. Deshalb entsteht wieder der Druck, sie auszubilden - eine sich bedingende Kette.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Landtag täte gut daran, dem Antrag der PDS-Fraktion zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank für Mittendorf. - Nun bitte, Frau Feußner.

Frau Feußner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Anliegen, welches im Antrag der PDS-Fraktion deutlich wird, ist nicht neu. Das haben alle bereits gesagt. Das ist weithin bekannt. Wir haben schon häufig im Ausschuss darüber diskutiert. Das ist ein Thema, das uns allen aufgrund der demografischen Entwicklung sehr ernsthafte Probleme und Sorgen bereitet.

Deshalb bin ich der derzeitigen Landesregierung, das heißt, dem Kultusministerium, dafür dankbar, dass es erstmals ein schlüssiges Konzept zur Personal- und Stellenentwicklung von Lehrkräften an allgemein bildenden und öffentlichen Schulen des Landes Sachsen-Anhalt vorgelegt hat. Dies geschah im Herbst des vergangenen Jahres. Dieses Konzept wird bzw. muss ständig fortgeschrieben werden.

Mich wundert es schon, dass wir einen Antrag vorfinden, der inhaltlich in einen Kompromiss - Frau Hein, Sie sagten es bereits selbst - zu den Pisa-Anträgen eingeflossen ist und im Ausschuss bereits regelmäßig auf der Tagesordnung steht. Es hätte also dieses Antrags nicht bedurft. Aber da uns, wie schon erwähnt, das Anliegen so wichtig ist, werden wir es nochmals unterstützen.

Eigentlich wollten wir einen eigenen Änderungsantrag einbringen, der sich aber nicht wesentlich vom Inhalt her unterschieden hätte, sondern mit dem mehr stilistische Fehler korrigiert worden wären. Das werde ich am Ende meiner Rede vortragen.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf)

Verehrte Anwesende! Die Personal- und Stellenentwicklung - -

(Herr Gallert, PDS: Jetzt hat jemand Redevertbot!)

- Bitte?

(Heiterkeit bei der PDS)

Das ist nicht so schlimm, wie es erscheint. Da kann ich Sie gleich beruhigen.

(Herr Gallert, PDS: Entschuldigung!)

Verehrte Anwesende! Die Personal- und Stellenentwicklung von Lehrkräften wird maßgeblich durch den Lehrertarifvertrag bestimmt. Einige Parameter sind durch diesen Vertrag vorgegeben und verändern auch zukünftig bestimmte Bedarfe. Die Umsetzung von Sekundarschul-

lehrkräften und Grundschullehrkräften in andere Schulformen und zurück beeinflusst natürlich diesen Prozess bzw. macht ihn nicht einfacher.

Ich muss ganz ehrlich sagen, Frau Hein, wenn Sie jetzt diese Umsetzungen kritisieren und sagen, dass sie nicht optimal sind - darin gebe ich Ihnen vollkommen Recht -, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie damals gemeinsam mit der GEW im Zusammenhang mit dem letzten Tarifvertrag eben nicht eine schulformbezogene Bedarfermittlung forciert haben; vielmehr haben Sie genau das Gegenteil gewollt. Sie wollten einen flächen-deckenden Tarifvertrag für alle Lehrkräfte. Da hätten wir uns diese Umsetzungen, die wir jetzt massenhaft vorgenommen haben, nämlich ersparen können. Aber das wollten Sie damals nicht.

Deshalb können Sie heute nicht sagen, dass das nicht die ideale Lösung ist. Das ist sie mit Sicherheit nicht. Aber Sie dürfen nicht Ihre eigenen Sachen von damals kritisieren bzw. müssen es dann selbst eingestehen.

Wichtig ist, die unterschiedlichen zukünftigen Bedarfe zu erfassen und für diese auch Vorsorgemaßnahmen zu treffen; denn obwohl wir derzeit von einem Überhang im Grundschulbereich sprechen, werden wir ca. im Jahr 2010 etwa 1 000 neue Lehrkräfte im Grundschulbereich benötigen. Derzeit haben wir nicht einmal 20 Grundschullehrerabsolventen. Das heißt, aus den eigenen Ressourcen werden wir dies bis zum Jahr 2010 wahrscheinlich nicht bewältigen können, wenn nicht entsprechende Aktionen im Vorfeld zum Tragen kommen. Im Übrigen sehen die Zahlen der nachfolgenden Grundschullehrerabsolventen wesentlich besser aus; sie sind wesentlich höher.

Anders ist die Situation bei den Gymnasiallehrkräften. In diesem Bereich gibt es derzeit ausreichend Lehramtsanwärter, die in dem vorhandenen Umfang nicht gebraucht werden. Ausgenommen sind die Absolventen, die in den Mangelfächern ausgebildet werden. Diese benötigen wir dringend.

Die Sekundarschule ist am stärksten von der demografischen Entwicklung betroffen. In diesem Bereich wird ein noch höherer Lehrerüberhang erwartet. Das wird sich natürlich auf den Wunsch, insbesondere in diesem Bereich ein Lehramtsstudium aufzunehmen, auswirken. Mit Sicherheit gibt es auch noch andere Gründe. Aber an den derzeitigen Studierendenzahlen kann man dies deutlich ablesen. Auch in diesem Bereich wird man dringend handeln müssen.

Sie haben von Ausschreibungen gesprochen, die bisher nicht gelaufen sind. Wir haben immerhin zum 1. Februar 2004 49 Stellen ausgeschrieben. Die anderen Ausschreibungen laufen derzeit auch. Wir werden noch vor dem 1. August 2004 103 Stellen ausgeschrieben haben. Ich denke, das wird im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich früher geschehen.

Sie haben zu Recht kritisiert, dass das im letzten Jahr zu spät gelaufen ist, wodurch wir nur noch wenig Chancen hatten, Lehramtsanwärter sowohl aus den anderen Bundesländern zu gewinnen als auch unsere eigenen im Land zu halten. Darin gebe ich Ihnen Recht. Aber in diesem Jahr haben wir die Ausschreibungen wesentlich früher vorgenommen.

Ich weiß, dass die Analyse, die Sie einfordern, derzeit im Ministerium durchgeführt wird. Vor dem Hintergrund des Instrumentariums der Zielvereinbarungen muss es mit den Universitäten gemeinsame Verständigungen dahin

gehend geben, wie die Bedarfe mit den vorhandenen Kapazitäten zu koordinieren sind. Diese Koordination bzw. die Umsetzung wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, da dies mit personellen Veränderungen an den Universitäten einhergehen muss. Deshalb ist es dringend geboten, diesen Prozess so bald wie möglich zu beginnen. Dabei werden wir die Intentionen der Landesregierung voll unterstützen.

Ich komme gleich zum Ende meiner Rede, Herr Präsident. Ich wollte nur noch kurz die Änderungen vortragen. Unter Punkt 1 Buchstabe a des Antrages müssen nach meiner Ansicht die Worte „entwickeln müssen“ durch die Worte „entwickeln werden“ ersetzt werden. Wie sie sich entwickeln müssen, das wissen wir nicht. Man kann nur den Prozess nachvollziehen, wie sie sich entwickeln werden.

Unter Punkt 2 - so würde ich vorschlagen - sollte es nur noch heißen:

„Dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft ist schriftlich vor Beginn der Haushaltsberatungen zum Haushaltspol 2005 über das Ergebnis der Kapazitätsentwicklung Bericht zu erstatten.“

Denn das, was Sie unter Punkt 2 noch aufführen, steht bereits unter Punkt 1 Buchstabe a. Wie gesagt, es sind wirklich nur kleine stilistische Änderungen. Ich denke, darüber können wir uns, weil das nicht den Inhalt betrifft, verständigen. - Vielen Dank

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Feußner. - Zum Abschluss bitte noch einmal Frau Dr. Hein. Vielleicht können Sie auch gleich sagen, ob Sie diese Änderungsvorschläge übernehmen und wie wir damit verfahren können.

Frau Dr. Hein (PDS):

Vielleicht dazu zuerst. Ich denke, es geht schon darum, wie sich Ausbildungsplatzkapazitäten entwickeln werden, nämlich nach den Vorgaben der Landesregierung.

(Frau Feußner, CDU: Ja, das habe ich gesagt!)

Insofern ist das durchaus kein stilistischer Fehler, sondern wir meinen etwas anderes und wir bleiben auch dabei.

(Frau Feußner, CDU: Das haben Sie doch gedoppelt! Es geht doch nicht um den Inhalt!)

- Lassen Sie uns das im Ausschuss diskutieren. Vielleicht werden wir uns dort darüber einig.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir uns darüber streiten wollen, dann ist das auch okay. Wir werden es im Ausschuss ohnehin bereiten müssen. Dort können wir uns dann auch über die Stilistik unterhalten.

Ich wolle aber vor allen Dingen zu Herrn Volk noch ein Wort sagen. Verehrter Herr Volk, der Vorwurf mit der Planwirtschaft ist so ziemlich das hilfloseste Argument, das mir hier entgegenkommt.

(Beifall bei der PDS)

Heute Morgen hat der Ministerpräsident dieses Landes in einer ausführlichen Regierungserklärung diesen Landtag dazu aufgefordert, vorausschauend zu denken und

zu planen und heute keine Verpflichtungen einzugehen, die man in Zukunft nicht erfüllen kann,

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

bzw. Weichen zu stellen, damit wir die Zukunft bestimmen. Was ist denn das bitte?

(Zuruf von Herrn Dr. Volk, FDP)

Nun sagen Sie mir doch bitte einmal, wie Sie bei einer Ausbildungszeit von sieben Jahren - sieben Jahren! - garantieren wollen, dass in sieben Jahren an den Schulen Sachsen-Anhalts die Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die wir alle brauchen, egal in welcher politischen Situation, die die Kinder brauchen. Wie wollen Sie das tun?

Dazu muss ich Ihnen sagen, ich hätte nicht erwartet, dass ausgerechnet aus Ihrer Ecke nun noch eine Bestätigung für das Hoffnungsprinzip kommt, das ich eigentlich der Landesregierung vorgeworfen habe: Warten wir mal, was da kommt; es wird sich schon irgendwie einpegneln. - Also ich bitte Sie, dazu brauchen Sie wohl nicht im Landtag herumzusitzen.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Reck, SPD - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Ein Wort zum Kultusminister: Ich gebe ja zu, dass die Prognosen zur Bedarfs- und Bestandsentwicklung sehr schwierig sind. Darüber haben wir auch in der Diskussion im Ausschuss bereits debattiert. Ich habe nur aus dem Grund auf die Differenzen verwiesen, weil mir in der Diskussion im Ausschuss klar geworden ist, dass die Grundlage Ihrer Prognose die Personalmittel sind, die über die Zeit eingesetzt werden müssen. Das verstehe ich auch.

Das hat vor allem mit der Altersteilzeit zu tun. Die betreffenden Kollegen müssen nämlich während der gesamten Laufzeit der Altersteilzeit bezahlt werden, stehen also als Stellen rechnerisch im Haushalt. Das verstehe ich alles. Nur, dabei entsteht ein Problem: Genau in der zweiten Hälfte der Laufzeit dieser Altersteilzeit stehen diese Lehrkräfte nicht mehr im Unterricht zur Verfügung. Das muss uns zu denken geben. Aus diesem Grunde müssen wir noch einmal genauer nachrechnen, wann der Bedarf tatsächlich einsetzt, wann sich die Kurven im Unterricht tatsächlich schneiden. Das geschieht, glaube ich, früher, als die Landesregierung bisher vorgibt.

Zu der Feststellung, Frau Feußner, dass die Studierendenzahlen für den Bereich der Sekundarschule so gering sind: Ich würde gern mit Ihnen gemeinsam Studenten für das Lehramt an Gymnasien fragen, warum sie nicht das Lehramt an Sekundarschulen studieren. Ich schätze, wir würden da erstaunliche Antworten bekommen. Das hat nämlich nicht so sehr damit zu tun, dass die Schülerzahlen zurück gehen - das ist an Gymnasien auch der Fall -, sondern das hat etwas mit dem Ruf der Sekundarschule zu tun.

(Frau Feußner, CDU: Das hat noch andere Gründe)

- Sehr, sehr viele andere Gründe. - Darum müssen wir uns kümmern, und deshalb müssen wir die Sekundarschule stärken, damit der Ruf der Sekundarschule besser wird und sich mehr um dieses Lehramt bewerben. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS - Frau Feußner, CDU: Da bin ich Ihrer Meinung!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Hein. - Damit ist die Debatte abgeschlossen. Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich muss zunächst klarstellen, worüber wir abstimmen.

Im Antrag der PDS-Fraktion soll in Nr. 1 Buchstabe a das letzte Wort, nämlich „müssen“, auf Wunsch der CDU-Fraktion durch das Wort „werden“ ersetzt werden. Übernehmen Sie das, Frau Hein?

(Frau Dr. Hein, PDS, schüttelt den Kopf)

- Nicht. Dann stimmen wir darüber ab. Es sind in der Tat nicht nur formale Sachen. Hinter „müssen“ und „werden“ steckt eine ganz andere Einstellung. Das eine ist aktiv, das andere ist passiv.

Also stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und, wie ich annehme, auch der FDP-Fraktion ab, das Wort „müssen“ durch das Wort „werden“ zu ersetzen. Wer stimmt zu? - Das sind die antragstellenden Fraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die anderen Fraktionen. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen. Es heißt jetzt an dieser Stelle „werden“.

Bei Punkt 2 sollte eine Veränderung vorgenommen werden. Es muss aber, weil vor Punkt 2 kein anderer Text mehr steht, sondern nur „Der Landtag wolle beschließen“, auch Punkt 2 mit dem Satz beginnen: „Die Landesregierung wird aufgefordert,“ und dann weiter: „im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft schriftlich vor Beginn der Haushaltsberatungen zum Haushaltspunkt 2005 über das Ergebnis der Kapazitätsentwicklung Bericht zu erstatten.“ Ist das richtig?

(Frau Feußner, CDU: Ja!)

- Okay. Dann stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab. Wer stimmt zu? - Das sind die antragstellenden Fraktionen, Teile der SPD, Teile der PDS. Auf jeden Fall war das die Mehrheit. Dann ist das so beschlossen worden.

Jetzt stimmen wir über den so geänderten Antrag insgesamt ab. Wer stimmt zu? - Das müssten eigentlich alle sein, jawohl, das ist auch der Fall. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Somit ist der geänderte Antrag einstimmig angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 16 ist beendet.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen nun fort mit dem vorhin ausgelassenen **Tagesordnungspunkt 15:**

Beratung

Regenerative Energien als Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt stärken

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1351**

Änderungsantrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/1505**

Die Hauptakteure sind mittlerweile eingetroffen. Einbringer des Antrages der SPD-Fraktion ist die Abgeordnete Frau Budde. Bitte sehr, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich mich dafür entschuldigen, dass das Parlament warten musste. Es tut mir Leid. Das wird nicht wieder passieren. Das ist mir richtig peinlich.

(Ah! bei der CDU)

In ihrer Wirtschaftsstrategie für Mitteldeutschland beschreiben die Unternehmen und das durch sie getragene Regionenmarketing - das ist übrigens die richtige und nicht die falsche Rede - auch neue Branchen, die in die Cluster-Entwicklung einbezogen werden sollen. Eine der neuen Branchen ist der Bereich Umwelt und Energie.

Sie werden mir sicherlich bestätigen, dass die Initiatoren des Regionenmarketings weit davon entfernt sind, wirtschaftsfeindlich zu sein. Vielleicht ist das ja eine Basis für eine sachlich-inhaltliche Diskussion zum Thema regenerative Energien als Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt.

Dieses Thema hat im Landtag auch schon richtig gute Zeiten gesehen.

Zum Hintergrund des Antrages: Anknüpfend an die Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hat die Europäische Union eine Initiative gestartet, die inzwischen mehr als 80 Staaten angehören. Dazu gehört, dass in den nächsten fünf Jahren 500 Millionen € zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern bereitgestellt werden.

Im Übrigen wird in Vorbereitung auf eine internationale Konferenz auch im Land Sachsen-Anhalt eine Vorbereitungskonferenz stattfinden, und zwar im April in der Lutherstadt Wittenberg. Ich hoffe, dass dort auch Impulse dafür gesetzt werden, wie man das Ganze für die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt nutzen kann.

Deutschland hat sich in den letzten Jahren zu einer der führenden Nationen im Bereich der erneuerbaren Energien entwickelt. Dazu hat maßgeblich das Erneuerbare-Energien-Gesetz beigetragen. Von vielen anderen Ländern wird das EEG inzwischen übernommen, so zum Beispiel von Spanien, von Frankreich und, wenn ich das richtig im Kopf habe, auch von Tschechien.

Die Erhöhung der Einspeisungsvergütung beispielsweise für Photovoltaikanlagen wird der Branche noch in diesem Jahr einen enormen Anschub geben. Im Grunde ist das schon angelaufen. Wir haben von mehreren großen Anlagen gehört, darunter auch von einer im Bereich Mitteldeutschland, die auf der Grundlage dieses veränderten Gesetzes aufgestellt werden und auch Arbeit in die Region bringen.

Bei der Windenergie liegt Deutschland weltweit klar auf Platz 1. Hier wird sich der Trend mehr in den Bereich des Exports bewegen.

Erhebliche Potenziale schlummern aber auch in der Biomasse, da diese Energieform im Gegensatz zu Sonne und Wind ständig zur Verfügung steht, deshalb auch als Grundlast zur Verfügung steht und Verbrauchsspitzen abdecken kann, wenn Sonne und Wind uns einmal nichts liefern.

Hierin liegen interessante Potenziale insbesondere für unsere Landwirtschaft. Erneuerbare Energien spielen eine Schlüsselrolle für den Strukturwandel innerhalb der Energiebranche.

Im Bereich der multinationalen Ölkonzerne wird dies auch deutlich. Die führenden europäischen Ölkonzerne haben die erneuerbaren Energien in ihre Konzernpolitik integriert, zum Beispiel BP und Shell. Aber amerikanische Ölmultis wie zum Beispiel Exxon verweigern sich dieser notwendigen Einsicht. Ich denke, dass das aber auch einen Vorteil hat. Das führt zu einem mittelfristigen strategischen Vorsprung für die europäischen Energieunternehmen auf den Energieweltmärkten. Ich denke, diesen Vorsprung gilt es zu nutzen.

Ich weiß, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, dass Ihnen das EEG nicht immer besonders gut gefällt, aber selbst Sie werden zugeben müssen, dass man über die Endlichkeit von Energieträgern wie Öl und Kohle nicht streiten kann, sondern sie zur Kenntnis nehmen muss, und dass wir rechtzeitig anfangen müssen, über Alternativen nachzudenken; denn ohne Energie läuft weder in unserer entwickelten Gesellschaft etwas, noch werden wir in den Dritt- und Schwellenländern mit dafür sorgen können, dass sich dort das Niveau der Gesellschaften verbessert.

Für uns und unsere Wirtschaft gibt es in diesem Prozess zwei Varianten. Die erste: Wir beobachten die anderen, wie sie sich des Themas annehmen und es in Wirtschaftskraft für ihr Land umwandeln. Oder die zweite: Wir gehören zu den innovativen und kreativen Köpfen, die die Entwicklung mitbestimmen. Mir ist die zweite Variante wesentlich lieber. So scheinen es auch die Unternehmen im mitteldeutschen Raum zu sehen und im Übrigen auch der Herr Ministerpräsident, der dort gesagt hat, er erhoffe sich gerade von der Umweltwirtschaft einen großen Entwicklungsschub in den nächsten Jahren, insbesondere vor dem Hintergrund der Osterweiterung.

Beginnen wir noch einmal mit dem Thema Photovoltaik. Kenner der Branche schätzen ein, dass es einen rasanten Zuwachs an installierter Leistung geben wird. Für das Jahr 2025 wird mit einem Jahresumsatz von 100 Milliarden € weltweit gerechnet, und dies ist erst der Anfang. Dies entspricht im Übrigen dem jetzigen Umsatz der Halbleiterindustrie. Daran kann man vielleicht die Bedeutung ermessen, die dieser Branche künftig zu kommen wird.

Die Bundesregierung hat zudem in diesem Jahr eine Innovationsoffensive gestartet und daran anknüpfend einigten sich Ende Januar 2004 das Bundesumweltministerium und die Photovoltaikindustrie auf eine verbesserte Zusammenarbeit und eine verstärkte Gemeinschaftsforschung im Bereich der Nutzung der Sonnenenergie, einer Technik, die mit einem hohen Innovations- und Ausbaupotenzial verbunden ist.

Das Wachstum dieser Branche stellt die wirtschaftliche und politische Innovationsfähigkeit in unserem Land eindrucksvoll unter Beweis. Deutschland zählt bereits heute zu den globalen Marktführern bei der Produktionsleitung und dem technischen Know-how. Hinter dem Platz 1, den Japan einnimmt, steht Deutschland auf Platz 2 und die Vereinigten Staaten von Amerika erst auf Platz 3. Warum soll also für die regenerativen Energien nicht das Gleiche gelten, was für die Biotechnologie gilt? - Einen Innovationsvorsprung, der real da ist, darf man nicht verspielen.

Die Photovoltaikbranche rechnet auch weiterhin mit einer rasanten Entwicklung. Allein in diesem Jahr soll Prognosen zufolge der Markt um etwa 50 % wachsen. Bis zum Jahr 2006 ist bundesweit mit weiteren 15 000

hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu rechnen. Die Photovoltaik wird sich weltweit zu einer Hightech-Schlüsseltechnologie entwickeln.

Zum Geschäft mit der Windkraft kann man sagen, dass es zwar nicht mehr so boomt wie in den letzten eineinhalb Jahren, dass es aber trotzdem noch gute Zuwachsraten gibt. Inzwischen sind 40 000 Arbeitsplätze damit verbunden und 15 000 Windräder stehen sozusagen unter Vertrag und liefern Energie - ungefähr so viel wie zwei Atomkraftwerke.

Die Technik muss natürlich weiterentwickelt werden. Das sagen sowohl die Versicherer als auch diejenigen, die offshore aufstellen wollen. 14 m hohe Wellen oder 180 km pro Stunde schnelle Sturmböen können nicht so einfach verkraftet werden. Hier liegen aber Chancen für eine Technologieentwicklung. Deutschland hat die Chance, die weltweite Spitzenposition in der produzierenden Industrie und in der dazugehörigen Technologieentwicklung einzunehmen. Dieser Trend darf an Sachsen-Anhalt nicht vorbeigehen und darf hier nicht ignoriert werden.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, zu Ihrem Antrag. Ich habe versucht, daraus sozusagen einen Antrag zurechtzuschieben. Ich frage mich aber, warum Sie die Anhörung, die dazu gehört, nicht durchführen wollen. Das verstehe ich in der Tat nicht, weil ich es vernünftig finden würde, wenn man Branchenvertreter aus diesen Bereichen, Unternehmen und Institute, die in diesem Bereich forschen, einladen würde und sich selbst ein Bild darüber machen könnte, um dann real zu entscheiden, welche Chancen für Sachsen-Anhalt darin stecken.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Es wäre mir ganz lieb, wenn Sie erläutern könnten, warum die Anhörung aus Ihrem Antrag entfernt worden ist.

Natürlich kann man sich für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Weiterentwicklung aussprechen. Das würden wir natürlich gern aufnehmen. Das ist überhaupt kein Problem. Mit dem zweiten Satz habe ich von der Formulierung her so ein bisschen ein Problem. Wie man die Nutzung ökologisch fördern will, das weiß ich nicht. Ich halte das sprachlich für ein bisschen schwierig. Vielleicht haben wir aber die Chance während der Debatte, das zusammenzuschreiben und daraus einen Antrag zu machen.

Ich lege Wert darauf, dass in den Ausschüssen über diese Branche Bericht erstattet wird, dass eine Anhörung dazu erfolgt und dass man Rückschlüsse darauf ziehen kann, welche Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt in dieser Branche stecken. Wie das Ganze dann formuliert wird, ist für mich erst einmal zweitrangig.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Budde. - Für die Landesregierung hat nun der Minister für Wirtschaft und Arbeit Herr Dr. Rehberger um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Er bringt den „Spiegel“ mit! Nicht unerwartet!)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht zunächst eine ganz persönliche Bemerkung an Sie, Frau Kollegin Budde. Sie haben noch am heutigen Mittag hier ganz heftig kritisiert, dass ich anlässlich der Zukunftskonferenz des Regionenmarketings in Halle am vergangenen Donnerstag nicht immer zugegen war. Als mein Name in dem Programm stand und ich mitdiskutieren sollte, war ich selbstverständlich pünktlich da. Ich fände es wunderbar, Frau Budde, wenn Sie Ihrerseits pünktlich wären - so ist das Leben -, wenn Sie hier im Plenum des Landtages zu sprechen haben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Oh! bei der SPD - Zuruf von Herrn Grünert, PDS)

Das nur dazu, weil Sie geglaubt haben, solche vordergründige Kritik üben zu müssen. Sie sehen, so schnell holt einen die Entwicklung ein.

(Unruhe bei der SPD und bei der PDS)

Im Übrigen möchte ich Ihnen aber gratulieren zur Aktualität des Themas, das Sie hier auf die Tagesordnung gebracht haben, und zwar aus drei Gründen:

Erstens. Meine Damen und Herren! Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Kollege Wolfgang Clement, hat vor wenigen Tagen massiv und in aller Öffentlichkeit gefordert, dass man die Regelungen der Öko-steuer, des EEG und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes unbedingt auf den Prüfstand stellen müsse. Er hat darauf verwiesen, dass aufgrund der Regelungen zum Emissionshandel die Frage der Effizienz anderer Regelungen einer neuen Überprüfung bedürfe.

Ich persönlich bin der Meinung, dass er damit Recht hat. Das nimmt wohlgemerkt das Ergebnis nicht vorweg. Dass wir in der Bundesrepublik Deutschland aber die Schlüssigkeit der einzelnen Regelungen, die wir getroffen haben, und deren Zusammenpassen prüfen müssen, daran besteht überhaupt kein Zweifel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens. Auch deswegen ist diese Debatte sehr aktuell: Diese Woche, meine Damen und Herren, hat der „Spiegel“, wie Sie sicher alle gesehen haben, das Thema sehr kritisch aufgegriffen und deutlich gemacht, warum Herr Clement die Notwendigkeit sieht, über die verschiedenen Instrumente, die es inzwischen in diesem Sektor gibt, etwa zur CO₂-Reduzierung, erneut und vertiefend zu diskutieren. Der „Spiegel“ schreibt:

„Der Windmühlenwahn. Vom Traum umweltfreundlicher Energie zu hoch subventionierter Landschaftszerstörung.“

(Zustimmung von Herrn Kehl, FDP)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir gar nicht diese sehr plakative Darstellung des Problems zu Eigen machen, aber es ist immerhin doch bemerkenswert und nachdenkenswert, wenn wir feststellen müssen, dass ganz renommierte Institute, die sich dabei ein Urteil erlauben können - nämlich das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln, das Institut für Energetik und Umwelt und das Rheinisch-westfälische Institut für Wirtschaftsforschung -, übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen, dass der Aufwand, den wir etwa im Rah-

men des EEG betreiben, in keinem vertretbaren Verhältnis mehr zum ökologischen Nutzen dieser Regelungen steht.

Das ist in der Tat ein Thema, über das wir uns, wie es Minister Clement fordert, neu und gründlich zu unterhalten haben.

Dritter Punkt. Morgen steht im Bundestag die Verabschiedung der EEG-Novelle auf der Tagesordnung. Ich bin der Meinung, dass man angesichts der Erkenntnisse, die der Bundeswirtschaftsminister vertritt, durchaus zu Recht die Forderung erhebt, meine Damen und Herren, dass eine Novelle befristet sein sollte, damit wir in wenigen Jahren erneut prüfen können, ob das, was darin geregelt worden ist, auch wirklich Sinn macht.

Alles in allem besteht ein großer Diskussionsbedarf, wobei ich feststellen möchte, dass das Energiekonzept der Landesregierung auch angesichts der neuesten Entwicklungen keiner Revision bedarf.

Meine Damen und Herren! Die zentrale Botschaft dieses Konzeptes lautet: Wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Das bedeutet, dass wir in der Tat die Themen, die Herr Clement angesprochen hat, unbedingt erneut prüfen müssen.

In unserem Energiekonzept ist selbstverständlich der stärker werdende Beitrag der regenerativen Energien angesprochen und durchaus positiv eingeordnet worden. Das gilt insbesondere für den Bereich der Biomasse oder für die Photovoltaikanlagen. Es ist nachdrücklich darauf hingewiesen worden, dass wir natürlich bei neuen Technologien vorneweg marschieren wollen. Sachsen-Anhalt hat einige Beispiele, die zeigen, dass wir vorneweg marschieren in diesen Bereichen. Ferner ist zu bedenken, dass wir in diesem Bereich, was das verarbeitende Gewerbe anbetrifft, inzwischen tausende Arbeitsplätze in unserem Land haben. Wir müssen das Thema also sehr gründlich und umfassend angehen.

Eines ist aber ganz klar - das möchte ich zum Schluss sagen, meine Damen und Herren -: Es kann nicht sein, dass wir bei der Schlüsselaufgabe Energiepolitik die eine Seite zu sehr betonen, nämlich die ökologische Seite, mit der Folge, dass dadurch eine Deindustrialisierung in Deutschland herbeigeführt würde. Deswegen meine ich, ist es sehr wichtig, dass wir uns in den beiden zuständigen Ausschüssen dieses Hohen Hauses mit dieser Thematik gründlich auseinander setzen.

Die Landesregierung ist bereit, ihren Beitrag zur Diskussion zu leisten und insbesondere im Rahmen ihrer Politik dafür zu sorgen, dass wir in der Energiepolitik keine Schieflage bekommen und am Schluss wichtige und mit Milliarden an Subventionen aufgebaute Industrien in unserem Land in den nächsten Jahren wieder aus dem Land vertrieben werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Rehberger. - Meine Damen und Herren! Wir begrüßen auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Schachschule Ströbeck. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Selbstredend werden wir diesen Tagesordnungspunkt heute vor 20 Uhr noch behandeln. Da wir bereits eine

Zeitverzögerung haben, werden wir - darauf möchte ich schon jetzt aufmerksam machen -, sofern sich keine Beschleunigungseffekte ergeben, den Tagesordnungspunkt 18 - Volksbegehren - auf den morgigen Tag nach der Mittagspause verlegen. Sind Sie damit einverstanden? - Es gibt keinen Widerspruch. Sollte sich also keine Beschleunigung ergeben, werden wir diesen Tagesordnungspunkt morgen behandeln, damit wir den Tagesordnungspunkt 20 - Schachtradition im Harz - noch heute abhandeln können. - Herzlichen Dank.

Wir treten nun in eine Fünfminutendebatte ein. Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Herr Steinecke das Wort. Bitte sehr, Herr Steinecke.

Herr Steinecke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Regenerative Energien als Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt stärken“ heißt dieser Antrag. Für mich ist das selbstverständlich, es ist aber auch zwingend notwendig. Sachsen-Anhalt ist ein Land mit großen Potenzialen für alternative Energien. Erneuerbare Energien haben in unserem Land bereits Einzug gehalten. Den Bürgerinnen und Bürgern ist das schon sichtbar geworden. Sie sind für unser Land, für den Maschinenbau und auch für die Wirtschaft von großer Bedeutung.

Diesen Sachverhalt hat die Landesregierung erkannt und darauf aufbauend langfristig ausgerichtete, tragfähige Konzepte angedacht. Minister Herr Rehberger hat bereits das Energiekonzept angesprochen. Erfolgreiche Energie- und Umweltpolitik lässt sich jedoch im Alleingang nicht betreiben, sondern sie muss in bundes- und europaweite Rahmenbedingungen eingebettet sein. Nur so können wir vernünftige Energiepolitik betreiben. Ein guter Energiemix muss letztlich das Ziel unserer Arbeit sein.

Sehr verehrte Katrin Budde, Sie betonten die besondere Rolle der Windenergie. Da sind wir sofort d'accord. Ich nehme für mich in Anspruch, ein wenig dazu beigetragen zu haben, dass das Unternehmen Enercon in Magdeburg mit über 3 000 Beschäftigten ansässig ist. Eine wunderbare Angelegenheit. In diesem Punkt haben wir viele Gemeinsamkeiten.

In Sachen Windenergie hat das Land Sachsen-Anhalt sowohl in der Anzahl, in der Leistungsfähigkeit als auch in der Größe der Windanlagen eine Spitzenplatz in Deutschland. Seit dem Jahr 1990 sind über 1 400 Windenergieanlagen errichtet worden. Diese Zahl stieg jährlich an. Aber wir mussten auch feststellen, dass über die 94 Eignungsgebiete hinaus über 450 Anlagen in Nichteignungsgebieten aufgestellt worden sind. Liebe Leute, genau das ist die Crux, worüber wir heute diskutieren und warum die Bürgerinnen und Bürger zu Recht teilweise unruhig und ärgerlich sind, dass wir so gehandelt haben.

Nach einer aktuellen Umfrage der Landkreise könnten zu den bestehenden Anlagen noch einmal über 1 300 Anlagen hinzukommen. Auch wenn - darin sind wir uns sicherlich an dieser Stelle einig - nicht alle Anträge umgesetzt werden können, werden die Windkraftanlagen das Bild unseres Landes künftig wohl noch stärker als bisher prägen. Damit wird aber auch deutlich, dass das Potenzial für die Errichtung von Windkraftanlagen in einem Binnenland wie Sachsen-Anhalt begrenzt ist. Auch die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger müs-

sen ernst genommen werden, wenn die Akzeptanz von Windkraft langfristig gesichert werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Hierin liegt das eigentliche Problem, liebe Vorgängerregierung. Sie wollten natürlich einen Erfolg. Das kann ich durchaus verstehen. Aber was Sie versäumt haben, ist die Durchführung einer komplexen Technikfolgenabschätzung. Deshalb haben wir heute genau dieses Problem.

Die Koalitionsfraktionen sehen daher Handlungsbedarf, um die Nutzung der Windkraft zukünftig zu erhalten. Der Zuwachs installierter Anlagen muss an die Siedlungs- und Raumstruktur unseres Landes angepasst werden. Wildwuchs muss verhindert werden. Diesem Ziel diente auch die im März vorgenommene Gesetzesänderung und die Novellierung der Bauordnung.

Darüber hinaus müssen die Windanlagenbauer dahin gehend unterstützt werden, dass Windenergieanlagen wettbewerbsfähig gegenüber herkömmlichen Energieträgern werden und in noch stärkerem Umfang als bisher exportiert werden können. Darin sehe ich auch für die Firma Enercon in Magdeburg und andere Windkrafthersteller die große Chance. Das wollen und werden wir auch unterstützen.

Deutschland ist bei der Anzahl der installierten Windkraftanlagen einsame Spitze. Ein Drittel der Leistungen auf dem weltweiten Windenergiemarkt wird heute in Deutschland erbracht. Wenn man zusammenrechnet, dann erzeugen Dänemark, Spanien und die USA genauso viel Windenergie wie Deutschland; von den Nachbarländern, wie Frankreich, Großbritannien und Polen, ganz zu schweigen.

Es wäre der Sache nicht angemessen, erneuerbare Energien nur auf das Feld der Windenergie beschränken zu wollen. Alternative Energien sind nicht nur Windkraft und Solartechnik, sondern zur regenerierbaren Energie gehört auch, meine Damen und Herren, die Biomasse mit den Arbeitsfeldern der Biogastechnologie, der synthetischen Kraftstoffe auf Pflanzenbasis, der nachwachsenden Rohstoffe, der Biotechnologie und der Gentechnik. Die Landesregierung hat dieses Potenzial frühzeitig erkannt und Vorbereitungen getroffen, um hierbei eine führende Rolle in Deutschland einzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich mich nicht in die laufende Diskussion über die Gentechnik oder die Emissionsminderungen einmischen, sondern auf die Untersuchungen der Landesregierung zum Biomassenpotenzial im Land eingehen. Aufbauend auf dem Biomassekatalog des Jahres 2002 wurden und werden im Lande differenzierte Untersuchungen in den Regionen Anhalt und Altmark durchgeführt, um beispielsweise die Nutzungspotenziale bei den Tierhaltungsanlagen festzustellen. Insbesondere für die Region Anhalt liegen derzeit aktuelle Werte und Nutzungskonzepte vor, die beispielhaft in Sachsen-Anhalt sind.

Allein in dieser Region unseres Landes könnten aus den dort vorhandenen Tierhaltungsanlagen ca. 40 Millionen m³ Biogas erzeugt werden - eine riesige Menge, die zur Stromerzeugung genutzt werden kann. Diese Potenziale gilt es zukünftig zu erschließen und zu nutzen.

Fügt man den vorhandenen Kapazitäten noch die Potenziale der nachwachsenden Rohstoffe zur energeti-

tischen Nutzung hinzu, wird dieses Arbeitsfeld immer interessanter und attraktiver.

Die Landesregierung hat, wie Sie sehen können, die Zukunftsfähigkeit nicht nur an einem Standortfaktor festgemacht, sondern betrachtet die Entwicklung des Landes als eine komplexe Symbiose aller beteiligten Wirtschaftsbereiche und berücksichtigt dabei die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine Minute überzogen. Kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Steinecke (CDU):

Ja. - Meine Damen und Herren! Wir können uns sicherlich nicht ausruhen auf unseren Lorbeeren. Schön, dass Deutschland bei der Windenergie Weltmeister ist. Doch der deutschen Energiepolitik fehlt ein Gesamtkonzept für die nachhaltige Versorgung. Hier müssen wir dafür sorgen, dass auch vom Bund ein Gesamtkonzept erarbeitet wird.

Für die Energieforschung sind in Deutschland fünf Ministerien zuständig. Eine solche Meisterleistung an Organisationskunst erlauben sich keine anderen Länder - so stellte der „Spiegel“ treffend fest. Wir haben auch darauf hingewiesen.

Die Diskussion über die Vor- und Nachteile von Windkraft ist oft nicht mehr

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit bereits um zwei Minuten überzogen.

Herr Steinecke (CDU):

als ein ideologischer Glaubenskampf. Also, meine Damen und Herren, wir sollten im Ausschuss sachlich und fachlich darüber diskutieren. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Wir werden sicherlich gemeinsam darüber diskutieren. Wir sind auf einem guten Weg. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Entschuldigen Sie, dass ich meine Redezeit überzogen habe.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Steinecke. - Für die PDS-Fraktion erhält jetzt Herr Dr. Thiel das Wort. Bitte, Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister Rehberger, ich bewundere immer wieder Ihre Gabe, über Dinge zu reden, die eigentlich gar nicht Gegenstand der heutigen Debatte sind.

(Heiterkeit bei der PDS)

Es halte es durchaus für wichtig, dass Sie gesagt haben, die Themen EEG, Ökosteuer und KWK sind auf Prüfstand zu stellen. Aber wir reden heute über einen Antrag, dessen Notwendigkeit damit begründet wird, dass

im vorgelegten Landesenergiekonzept die Entwicklung erneuerbarer Energieträger zu wenig Beachtung gefunden hat

(Minister Herr Dr. Rehberger: Aber das ist genau das Thema!)

und5 dass die Landesregierung ihre Energiepolitik am magischen Dreieck Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit festmacht. Den Kollegen von der SPD-Fraktion fehlt noch die Komponente der Innovationsfähigkeit. Damit wären wir beim Quadrat.

Dem ist eigentlich nur zuzustimmen. Wir als PDS-Fraktion möchten aber auch die Komponente Bezahlbarkeit mit ins Kalkül ziehen. Damit wären wir beim Pentagramm angelangt, das im finsternen Mittelalter als Symbol für Hexerei und Teufelszeug diente. Aber ich denke einmal, die Zeiten des Aberglaubens sind hoffentlich vorbei.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Die Bezahlbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit sind identisch! Das ist das Problem!)

- Das ist das Problem? - Aber in diesem Zusammenhang sollte man mit dem Aberglauben aufräumen, dass eine neoliberalen Wirtschaftspolitik zu mehr Wettbewerb und zu sinkenden Kosten führt. Die Liberalisierung der Strommärkte in den letzten Jahren hat zwar einen entsprechenden Anfangseffekt gebracht, aber die im Januar 2004 veröffentlichte Studie des Bremer Energieinstituts zu Investitionen in diesem Markt in naher Zukunft lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Um es mit wenigen Worten zu sagen: Erstens. Die Bereitstellung von Ersatzkapazitäten bei traditionellen Kraftwerken erfordert in den nächsten 20 Jahren Investitionen in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages.

Zweitens. Aufgrund knapper werdender Kapazitäten am Großhandelsmarkt für Strom werden Preiserhöhungen einsetzen, uns zwar so lange, bis sich die neuen Anlagen rechnen.

Drittens. Der Markt kann grundsätzlich dieses Investitionsproblem lösen - vorausgesetzt, dass keine regulierenden Eingriffe zur Einschränkung der Preisbewegungen durch den Staat erfolgten.

Dazu kann man nur feststellen: Der Verbraucher wird wieder einmal Opfer der Politik, wenn man sie widerstandslos über sich ergehen lässt. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in den neuen Bundesländern wieder zweimal zur Kasse gebeten werden, einmal durch die in den 90er-Jahren bereits getätigten Investitionen, die sich in entsprechend höheren Preisen gegenüber den alten Bundesländern widerspiegeln, und ein zweites Mal, wenn in den Jahren 2010 bis 2020 die Ersatzinvestitionen auf uns zukommen werden.

Meine Damen und Herren! Regionale Wirtschaftskreisläufe und ein vernünftiger Mix aus lokaler Energieerzeugung und Großerzeugung sollten als Ziel haben, langfristig eine stabile Eigenenergieversorgung zu gewährleisten. Die Chancen stehen nicht schlecht, eine „energetische Autonomie“ für Sachsen-Anhalt zu erreichen. Mit der Braunkohle, die zu 90 % den Energiebedarf bis 2010 decken kann, und den erneuerbaren Energien mit knapp 9 % stehen wichtige einheimische Ressourcen zur Verfügung.

Im Bereich der regenerativen Energien wird in Sachsen-Anhalt in dem Zeitraum von 2002 bis 2010 eine deutliche Nutzungssteigerung eintreten. Verantwortlich dafür sind insbesondere die Anwendung der Windenergie und die Ansiedlung von Stromerzeugungsanlagen auf der Basis von Gebrauchtholz. Bei der Wasserkraft und bei sonstigen erneuerbaren Energien kommt es im Zeitrahmen bis 2010 auf geringem Niveau ebenfalls zu Einsatzsteigerungen.

Insgesamt wird Sachsen-Anhalt über die Zielstellung der EU, die Nutzung erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln, weit hinausgehen. Das ist durchaus positiv, wird aber offensichtlich nicht ausreichen, um die gestellten Ziele für die CO₂-Emissionen nach den jüngsten Kompromissen zu realisieren. Doch dazu morgen mehr.

Auf der Basis der prognostizierten Entwicklungsverläufe und Randbedingungen ergeben sich folgende Anteile der einzelnen erneuerbaren Energieträger im Jahr 2010: nachwachsende Rohstoffe mit 64 % und Windenergie mit 28 % zum Gesamtaufkommen, und nicht umgekehrt, wie es manche „Windmühlenritter“ vermuten.

Große Entwicklungsszenarien werden für einzelne regenerative Energiearten im Landesenergiekonzept zwar entwickelt, aber es fehlt ein Feinkonzept. Fragen, wie zum Beispiel mit innovativen Technologien und Lösungen hinsichtlich der Erzeugung und der Speicherung die Ziele erreicht werden sollen, was in welchen Regionen schwerpunktmäßig passieren soll, welche Arbeitsplätze damit verbunden sind, bis hin zu Fragen der Forschung und der Entwicklung sind offen geblieben.

Dass die Einführung innovativer Technologien sich in der Anfangsphase am Markt nicht rechnen kann, ist sonnenklar. Obwohl die regenerativen Energien noch keine Lobby bei der Cluster-Förderung haben, ist ihre Förderung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Wenn es Sachsen-Anhalt gelingt, die Exportfähigkeit seiner Erzeugnisse zu steigern, die Wirtschaftskraft zu stärken und damit ein neues Arbeitskräftepotenzial zu erschließen, ist das deutlich innovativer als die Vision unseres jetzigen Wirtschaftsministers, den Atomstrom weiter zu nutzen. Dazu sagen wir: Nein danke, Herr Rehberger.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der Fraktion der SPD, dass sich der Wirtschaftsausschuss sowohl in einer Anhörung als auch später auf der Grundlage eines Konzepts der Landesregierung mit diesem Thema beschäftigen soll. Den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, dies auch im Umweltausschuss zu tun, halten wir für sinnvoll. Deshalb möchten wir auch den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen. Ich empfehle also, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen. - Danke schön.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Herrn Kehl das Wort. Bitte sehr, Herr Kehl.

Herr Kehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP steht zu der Notwendigkeit von regenera-

tiven Energietechnologien. Das ist nichts Neues, Frau Budde hat es zutreffend gesagt: Die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Erdgas sind endlich und werden uns irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Außerdem haben sie weitere Folgen. Der Schadstoffausstoß bei der Veredlung oder beim Verbrauch verursacht gesundheitliche Probleme. Aber auch das Interesse kommender Generationen an einer intakten Natur und an einer Technologie, die erforscht worden ist, ist nachvollziehbar und wichtig. Deshalb sagen wir, die Forschung ist notwendig.

Häufig wird die Frage nach regenerativer Energie in Sachsen-Anhalt auf die Windkraftanlagen beschränkt, was, so meine ich, eine unzulässige Reduktion darstellt, aber nachvollziehbar ist. Zum einen - das wurde auch schon häufig gesagt - stellt ein großer Hersteller in der Region Magdeburg einen deutlichen Wirtschaftsfaktor dar. Zum anderen bringen diese Anlagen in weiten Teilen des Landes aber mehr Probleme, als sie einen direkten Nutzen für unser Land haben.

Mit den Zielen des Landschaftsschutzes ist eine übermäßige Ansiedlung von Windkraftanlagen sicherlich nicht vereinbar. Das hat auch einen direkten Einfluss auf den Tourismus, aber auch auf die Lebensqualität der Bürger in unserem Land.

(Zustimmung bei der FDP)

Aus verschiedenen Gründen, auch des Naturschutzes, sind diese Anlagen fragwürdig. Auch wenn das langfristige Ziel, von fossilen Brennstoffen und Atomenergie weg zu kommen, naturschutzfachlich sicherlich positiv zu bewerten ist, sind aber doch die Anlagen selber aus verschiedenen Gründen schwierig. Wirtschaftspolitisch - das wurde auch schon angesprochen - sind sie besonders problematisch, da durch dieses Einspeisegesetz des Bundes letztlich eine Verteuerung der Strompreise herbeigeführt wird und im Prinzip bisher - in Sachsen-Anhalt zumindest - die Entsorgung der Anlagen, sollte das Gesetz einmal auslaufen, nicht sichergestellt war.

Meine Damen und Herren! Wir haben mit der Änderung der Bauordnung den ersten Schritt gemacht, die Zahl dieser Anlagen einzudämmen, und dazu steht auch die Koalition.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Trotzdem müssen wir alternative Technologien erforschen und nutzen - darin stimmen wir überein - und es gibt auch weitere Alternativen. Da sei nur genannt: Die Nutzung der Sonnenenergie in verschiedenen Formen - nicht nur die Fotovoltaik, auch die Nutzung der Sonnenenergie, um Wasser zu erhitzen oder Ähnliches - ist selbst in Deutschland eine Alternative, die stärker ins Bewusstsein geführt werden muss. Auch das Thema Biomassenutzung in verschiedenen Formen der Energieträger ist sicherlich noch nicht ausdiskutiert und auch die Nutzung der Wasserkraft muss diskutiert werden.

Wir meinen deshalb, dass ein Diskussionsbedarf besteht, und freuen uns insoweit über diesen Antrag, würden aber gern auf unserem Änderungsantrag bestehen, weil wir meinen, dass eine Anhörung nicht sinnvoll ist. Sollte der Ausschuss in den Beratungen der Meinung sein, dass sich das anbietet oder dass es notwendig ist, könnte meiner Meinung nach der Ausschuss dann auch beschließen, eine Anhörung durchzuführen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kehl. - Für den Einbringer hat nun noch einmal die Abgeordnete Frau Budde das Wort. Bitte sehr.

Frau Budde (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, man glaubt es fast nicht. Warum ist eine Anhörung nicht sinnvoll? Wollen Sie denn tatsächlich immer nur im eigenen Saft schmoren? Ist es denn nicht möglich, dass man sich in diesem Parlament in den Ausschüssen mal Fachverständnis von außen dazu holt? Man kann nicht alles bis in Detail selber wissen.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Herr Schröder, CDU: Ist doch schon gemacht worden!)

Schon gar nicht kann man über alle Branchen den Überblick haben. Ich verstehe es wirklich nicht, auch nicht, warum Sie sich als Abgeordnete dermaßen beschneiden. Nun könnte zwar wieder die Antwort kommen: Sie können das ja alles in Ihren Arbeitskreisen machen. - Das tun wir auch. Aber das Parlament selbst hat doch auch eine Aufgabe und die Ausschüsse sind dafür da, inhaltlich zu arbeiten. Ich verstehe es wirklich nicht.

Herr Minister, da kann Bundesminister Clement richtig froh sein, dass Sie ihn heute noch einmal gelobt haben. Ich befürchte, morgen früh, auch wenn Sie jetzt das Wort in den Mund genommen haben, zum Emissionsrechtehandel werden Sie ihm vorwerfen, dass er auf halbem Weg stehen geblieben ist. Insofern können wir ihm das heute vielleicht noch mal sagen, da wird er hocherfreut sein.

Unbenommen ist es natürlich notwendig, dass man Regelungen zu bestimmten Themen, die miteinander korrespondieren, immer wieder abgleicht. Dazu gehört natürlich auch das gesamte Energiethema. Es ist auch richtig, dass eine solche Diskussion angestoßen wird. Ich befürchte nur, dass das absolut ideologisiert wird und nicht so passiert, wie ich es mir vorstelle, dass man es wirklich inhaltlich miteinander abgleicht, sondern dass da Ideologien aufeinander stoßen werden. Dann würden wir vermutlich miteinander, was den inhaltlichen Abgleich dieser Regelungen angeht, auch nicht sehr viel weiter kommen.

Zu dem, was Sie zum Windmühlenwahn gesagt haben: Wissen Sie, dieser Windmühlenwahn - in Deutschland, will ich mal sagen, es gibt auch andere Gebiete, in denen viele dieser Windkraftwerke stehen - hat dazu geführt, dass sich eine Technik etabliert hat und dass an dieser Technik in Sachsen-Anhalt geforscht worden ist. Es ist oft so - insbesondere im Bereich der Umwelttechnologien -, dass es staatliche Anreize am Anfang gibt, bevor sich diese Technologien entwickeln und dann eingesetzt werden.

Uns geht es ganz bewusst nicht nur um den Einsatz auf den Märkten in Sachsen-Anhalt oder in Deutschland, sondern in Europa, wo es eine entsprechende Rahmenregelung gibt - dieser Markt wird wachsen -, und weltweit, in Osteuropa und an den anderen Standorten weltweit, wo es ein internationales Programm zum Einsatz regenerativer Energien gibt. Ich will, dass Sachsen-Anhalts Wirtschaft davon partizipiert.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist der Inhalt des Antrages gewesen. Deshalb haben wir ihn auch ganz bewusst das letzte Mal von der Tagesordnung genommen, weil wir dieses Thema nicht im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Abstandsf lächen zu bewohnten Gebieten führen wollten. Es ist richtig, dass das ein Thema ist, es ist richtig, dass das geklärt wird, und es ist richtig, dass eine Technikfolgenabschätzung gemacht wird. Dazu haben wir überhaupt keine unterschiedlichen Auffassungen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Abgeordnete, sind Sie bereit - -

Frau Budde (SPD):

Am Ende gern.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Ende, Herr Schröder.

Frau Budde (SPD):

Dort, wo Schindluder damit getrieben worden ist, oder dort, wo, weil nicht genug aufgepasst worden ist, zu nah gebaut worden ist, muss man das korrigieren. Darin gebe ich Ihnen völlig Recht. Aber das andere Thema steht doch unbenommen daneben. Da geht es doch nicht um die Aufstellung nur von Anlagen in Sachsen-Anhalt, sondern das ist doch viel weiter gedacht.

Wir haben heute Morgen über die Entwicklung der Region Mitteldeutschland geredet und darüber, dass man branchenorientierte Entwicklungspolitik, Wirtschaftspolitik machen muss. Dazu gehört es, dass man auch über den Tellerrand hinaus schaut und das Thema regenerative Energien eben nicht nur an den Abstandsf lächen festmacht.

Herr Steinecke, lieber Dieter, da müssen wir richtig aufpassen, dass uns nicht Lobbyismus für Magdeburg unterstellt wird. Ich hatte schon fast gedacht, dass ich einen Verbündeten dafür gefunden habe, dass man das Thema in der Tat etwas nachhaltiger in den Ausschüssen bearbeitet und diskutiert.

Ich mache Ihnen noch mal einen Vorschlag. - Sie stellen ja noch eine Frage, da können Sie vielleicht während der Antwort noch überlegen, ob es funktioniert. - Wenn man Ihren Antrag so lassen würde, wie er ist, und einführen würde: „Wie die Nutzung sowie die Entwicklung und Produktion“ - darum geht es mir nämlich - „erneuerbarer Energieträger“ und die Anhörung an den Schluss setzen würde: „Die Ausschüsse führen zum Thema eine Anhörung durch.“, dann könnten wir uns vielleicht verständigen.

Ich wäre jetzt gern bereit, die Frage zu beantworten.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Sehr geehrte Frau Budde, Sie haben sich in Ihren Ausführungen sehr stark auf die Nutzung der Windkraft bezogen und auch sehr deutlich eine Anhörung gefordert. Deswegen die Frage: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Zuge der geplanten Novellierung der Bauordnung unter Federführung des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr unter Teilnah-

me der Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit sowie für Umwelt bereits eine Anhörung geplant ist?

Frau Budde (SPD):

Herr Schröder, ich habe meiner Einbringungsrede ganz bewusst der Windkraft wirklich nur so einen kleinen Bereich eingeräumt,

(Minister Herr Dr. Daehre: Wie klein, Frau Kollegin?)

weil ich es vermeiden wollte,

(Zurufe von der CDU)

- ach, hören Sie doch auf, Sie können doch nachlesen; wenn Sie nicht zuhören können, können Sie nachlesen - dass das Ganze sich nur um das Thema Windkraft dreht. Es steht auch im Antrag eindeutig „regenerative Energien als Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt“. Dazu gehört natürlich die Windkraft - die kann man nicht außen vor lassen -, dazu gehört aber insbesondere auch die Fotovoltaik - auf diesem Markt tut sich richtig viel - und dazu gehört auch die Biomasse. Darum, um diesen breiten Ansatz, geht es mir.

Das andere nehme ich gerne zur Kenntnis. Aber Sie machen die Anhörung doch mit einem anderen Hintergrund. Ihnen geht es doch dabei nicht, unabhängig davon, wo die Dinger aufgestellt werden, um die Branchenentwicklung, um zu schauen, was man dort für den Bereich der Forschung und Entwicklung tun kann und dafür, dass die Unternehmen davon profitieren, dass der Weltmarkt insgesamt sich für regenerative Energien öffnet und ein richtig gutes Absatzgebiet wird, sondern Ihnen geht es doch um einen bestimmten Bereich des Aufstellens der Windkraftanlagen.

(Herr Schröder, CDU: Am konkreten Gesetz!)

Ganz bewusst wollte ich das nicht zum Thema nehmen, sondern wollte, unabhängig davon, wo sie aufgestellt werden, das Thema Branchenentwicklung zum Thema machen. Das ist wirklich ein völlig anderer Ansatz und hat mit dem Aufstellen selber zuvorderst nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Budde. - Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt einen Änderungsantrag der FDP- und der CDU-Fraktion und einen Antrag der SPD-Fraktion vorliegen. Frau Budde hat vorgeschlagen, beide Anträge - ich verwende mal den Begriff - zusammenzuschließen, zu kumulieren. Das ist überhaupt kein Problem:

Erstens Berichterstattung der Landesregierung, zweitens Anhörung in Vorbereitung eines Konzepts, auf der Grundlage der Anhörung die Erarbeitung eines Konzepts der Landesregierung, das sie wiederum in den genannten Ausschüssen vorlegt, die darüber dann diskutieren werden.

Herr Kehl hat bereits eine Antwort erteilt und hat in Aussicht gestellt, dass auf der Grundlage des Berichts der Landesregierung dann immer noch die Entscheidung getroffen werden kann. Ich frage trotzdem die FDP- und die CDU-Fraktion: Wären Sie mit einer so genannten und eben skizzierten Zusammenschiebung beider Anträge einverstanden? Oder sollen wir über Ihren Änderungsantrag zunächst gesondert abstimmen?

(Zurufe von der CDU: Abstimmen!)

- Frau Budde, dieser Versuch ist offensichtlich gescheitert. Wir stimmen damit also zunächst über den Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion ab.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der CDU- und bei der FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Bei der PDS-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Bei der SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen worden.

Wir stimmen nun über den Antrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/1351 in der nunmehr geänderten Fassung ab. Wer diesem Antrag in der nunmehr geänderten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der CDU- und bei der FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Wenige Gegenstimmen bei der PDS-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Viele Enthaltungen bei der SPD- und der PDS-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Ich schlage unserem Kultusminister nur ungern etwas ab. Er hat an mich die Bitte herangetragen, den Tagesordnungspunkt 20 vor den Tagesordnungspunkt 17 - Korrektur der Leistungsbewertungserlasse für allgemein bildende und berufsbildende Schulen sowie Schulen des zweiten Bildungsweges - vorzuziehen, damit die Schülerinnen und Schüler der Schachschule in Ströbeck nicht noch zwei Stunden hier sitzen müssen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Dann kommen die Schülerinnen und Schüler vielleicht heute noch im Hellen nach Hause. Sind die Redner für diese Debatte anwesend?

(Herr Gallert, PDS: Die verhandeln gerade vor der Tür und kommen sogleich herein!)

- Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Beratung

Schachtradition im Harz

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1457**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1479**

Ich erteile für den Einbringer zunächst dem Abgeordneten Herrn Dr. Eckert das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Eckert.

Herr Dr. Eckert (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Antrag wollen wir Anstoß geben, Möglichkeiten zur Weiterführung der Sekundarschule im Schachdorf Ströbeck zu finden, damit eine Tradition mit überregionaler, ja weltweiter Ausstrahlung fortbestehen kann. Wir sind der Auffassung, dass die Sekundarschule in Ströbeck beim Erhalt, bei der Pflege und beim Ausbau der Schachspieltradition eine tragende Funktion erfüllt.

Was ist der historisch-kulturelle Hintergrund für diese Tradition im ländlichen Raum? - Vor über 400 Jahren wurde Ströbeck nachweislich zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Schachspiel erwähnt. Im Jahr 1688 beginnt das Spiel mit lebenden Figuren. Seit 1823 ist Schach in Ströbeck ein obligatorisches Unterrichtsfach.

Schon damals fand diese Tatsache überregionale Beachtung. Beispielsweise gibt es mehrere Bücher und Artikel über das Ströbecker Schachspiel aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in englischen und niederländischen Zeitungen und Zeitschriften.

In den Jahren 1885, 1908 sowie 1995 gab es im Schachdorf Ströbeck Schachkongresse mit international bekannten Schachspielern.

Die Lebendschachgruppe der Schule trat vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts national und international in Erscheinung, beispielsweise bei der internationalen Schacholympiade in Leipzig im Jahr 1960 oder 1991 vor der Gräfin Sonja Bernadotte. Auch Minister des Landes Sachsen-Anhalt wie Frau Wernicke, Herr Perschau, Herr Dr. Sobetzko oder Herr Paqué waren Zeugen dieser Traditionspflege.

Im Jahr 1993 präsentierte das Lebendschachensemble in Rotterdam und vor dem Königspalast in Amsterdam Kultur und Tradition aus Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der PDS)

Alljährlich werden die besten Schachspielerinnen und Schachspieler der Schule mit handgefertigten persönlichen Schachbrettern geehrt.

Wenn in beinahe allen Dörfern des Landes an den Häusern ein Schild mit der Aufschrift „Schützenkönig im Jahr sowieso“ hängt, dann sind in Ströbeck dort Schachbretter zu sehen.

Mir ist keine Stadt und erst recht kein Dorf bekannt, welches so viele internationale Schachspieler und Schachgroßmeister zu seinen Gästen zählen konnte wie Ströbeck. Beispielhaft seien nur erwähnt Bertold Lasker 1926, Herr Bogoljubow 1932, Alexej Suetin 1973, Juri Auerbach 1973, Michael Tal 1974 oder auch Anatoli Karpow - ich hoffe, er ist zumindest des meisten von Ihnen bekannt - 1978.

Das Schachdorf beteiligt sich aktiv an der Verbreitung des europäischen Gedankens. Beispielsweise folgten die Ströbecker 1999 der Einladung des niederländischen Dorfes Wijk aan Zee - es war damals Kulturdorf Europas. Ströbeck ist seitdem Mitglied in dieser Länderübergreifenden Initiative. Seit 1999 haben sich in dieser Initiative zwölf Dörfer aus europäischen Staaten zusammengefunden - nicht etwa deshalb, weil aus ihnen viele berühmte und bekannte Künstler stammen, sondern weil sie erkannten, dass ein aktives Kulturschaffen im ländlichen Raum für sie sehr wichtig ist.

(Zustimmung bei der PDS)

Die Vielfalt der Kultur bietet vielfältige Formen der Begegnung, des Gedankenaustausches und des Zusammenwachsens in Europa. Wir reden also nicht über irgendeine Schule. Wir reden auch nicht über irgendeine Tradition. Wir reden über ein Alleinstellungsmerkmal Sachsen-Anhalts und der Nordharzregion und damit auch über die Pflege von Kultur und Tradition im genannten ländlichen Raum. Wir reden also über identitätsstiftende Aktivitäten in Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren! Das Landesverwaltungsamt hat die Schulentwicklungsplanung des Landkreises Halberstadt für diesen Bereich nicht genehmigt und hat die Schließung der Sekundarschule zum 1. August dieses Jahres verfügt. Die Begründung ist scheinbar schlüssig. Sie lautet: Es gibt dort zu wenige Schülerinnen und Schüler. Dieses „zu wenige“ resultiert aber nicht nur aus

einer ungenügenden Zusammenarbeit der Landkreise - man könnte auch sagen, aus dem Egoismus von Wernigerode -, sondern auch aus einer verfehlten Landespolitik.

Gäbe es beispielsweise eine Funktional- und Gebietsreform, so wären andere Entscheidungen wahrscheinlich und würden die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule in Derenburg vermutlich in Ströbeck zur Schule gehen. Die übergroße Mehrheit der Eltern möchte das und hat dafür die Einwilligung schriftlich erteilt. Dann würde der Zügigkeitsrichtwert zwar für einige Zeit unterschritten werden, aber im Jahr 2011 wieder an zwei herangelangen. Das ist wesentlich.

(Zustimmung bei der PDS)

Eingedenk der Funktion der Sekundarschule für die Schachtradition der Region und ihrer überregionalen, internationalen Bedeutung halten wir es deshalb für möglich und notwendig, eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen.

(Zustimmung bei der PDS)

Die Voraussetzung für eine solche Ausnahmegenehmigung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine sehr enge Zusammenarbeit der Landkreise Halberstadt und Wernigerode. Deshalb sollte der Landtag an die Landkreise bzw. an die Kreistage dieser Landkreise appellieren, ihre Beschlüsse mit dem Ziel eines mittelfristigen Erhalts der Sekundarschule in Ströbeck zu überprüfen. Die Landesregierung fordern wir auf, gemäß § 5 Abs. 8 des Schulgesetzes eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen, so wie das im Änderungsantrag der SPD-Fraktion gefordert wird.

Mit einer Entscheidung für das Schachdorf Ströbeck und seine Sekundarschule sind natürlich Folgeentscheidungen verbunden. Dieser komplizierte Prozess wird nur dann im Sinne unseres Antrages erfolgreich sein können, wenn die Landesregierung ihn begleitend moderiert. In diese Richtung zielt der Punkt 3 unseres Antrages, mit dem wir die Landesregierung auffordern, erneut in der Funktion einer Moderatorin tätig zu werden.

Meine Damen und Herren! Seit 180 Jahren gibt es in Ströbeck Schachunterricht. Die Schachtradition selbst reicht mehrere hundert Jahre zurück. Wir werben für unseren Antrag, damit sich das Schachdorf Ströbeck mit seinen nationalen und internationalen Verbindungen weiter entwickeln kann. Ich hoffe sehr, dass die „Volksstimme“ Ende des Jahres 2004 aus einer Zeitung des Jahres 1890 folgende Worte zitieren kann:

„So möge denn das edle Spiel in dem einzigen Schachdorf der Welt fortblühen und als ein von den Vorfahren überkommenes Erbe immer in Ehren gehalten werden.“

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in eine Fünfminutendebatte eintreten, hat zunächst für die Landesregierung der Minister Herr Professor Dr. Olbertz um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich muss mit einer Anmerkung beginnen, die ich sinngemäß an dieser Stelle schon mehrfach vorgetragen habe. Wir können die Ziele der Schulentwicklungsplanung nicht außer Kraft setzen, die lauten: ein bestandsfähiges und verlässliches Netz an Schulstandorten mit Bildungsangeboten, die auf Dauer vorgehalten werden können. Deswegen können wir die gesamte Schulentwicklungsplanung - ich rede noch nicht von der Schule selbst - nicht von der Ausnahme her denken, sondern müssen sie vom Regelfall her denken, insbesondere dort, wo ein Schulnetz mit relativ kurzen Wegen vom Grunde her vorhanden ist.

Aber nun zu Ihrem Antrag. Der Kreistag des Landkreises Halberstadt hat am 28. Januar 2004 im Zusammenhang mit der Entscheidung über die mittelfristige Schulentwicklungsplanung 2004/05 bis 2008/09 beschlossen, wegen der besonderen Schachtradition an der Sekundarschule in Ströbeck eine Ausnahme zu beantragen und die Schule weiterzuführen. Der Beschluss selbst enthält gleichzeitig eine Alternative, weil dem Kreistag natürlich selber bewusst war, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Ausnahmegenehmigung nicht gegeben sind.

Deswegen hat der Beschluss selber die Alternative formuliert: Sollte die Ausnahmegenehmigung versagt werden, dann soll die Sekundarschule Ströbeck zum Schuljahresende 2003/04 nicht weitergeführt werden. Die Schülerinnen und Schüler aus dem Schulbezirk der Grundschule Ströbeck werden in der Sekundarschule in Dardesheim unterrichtet, die aus dem Schulbezirk der Grundschule Langenstein in Halberstadt. Der Schulbezirk der Sekundarschule Ströbeck umfasst bisher beide Grundschulbezirke.

Der Schulentwicklungsplan des Landkreises Halberstadt ist am 9. März 2004 vom Landesverwaltungsamt unter anderem mit der Auflage genehmigt worden, die Sekundarschule in Ströbeck zum 1. August 2004 aufzugeben. Diese Auflage zeichnet damit exakt die vom Kreistag selbst schon vorformulierte Alternative nach und gibt der beantragten Ausnahme nicht statt.

Sehr verehrte Abgeordnete der PDS-Fraktion, Sie fragen zu Recht nach den Gründen, und auch die Kinder, so glaube ich, wollen das wissen. Deswegen will ich noch einmal versuchen, die Gründe systematisch zu erläutern.

Das Landesverwaltungsamt kann nur bewerten, was von den Planungsträgern, also den Schulträgern, vorgelegt wird. Die vom Kreistag des Landkreises Halberstadt in Erwägung gezogene Ausnahme ist nicht genehmigungsfähig, weil die Schule nie die Anforderungen an die schulische Mindestgröße erfüllen wird und die Regelmäßigkeit ganz erheblich unterschreitet.

Auch das will ich erklären. Am Standort Ströbeck würden nach den Aussagen des Trägers der Schulentwicklungsplanung - auf diese Angaben muss ich mich natürlich verlassen - im Schuljahr 2004/05 lediglich zwölf Schülerinnen und Schüler statt der im Minimum notwendigen 40 angemeldet werden. Es würde also nicht einmal reichen, um die Schule einzügig zu führen; von zweizügig rede ich hier gar nicht.

Dabei sei auch erwähnt, dass nur fünf dieser Schüler aus Ströbeck selber kommen. Soweit ich richtig infor-

miert bin, ist es im fünften Schuljahr möglicherweise sogar nur einer. Wir haben dort eine so extreme Reduktion, dass wir mit dem einfachen Ruf nach einer Ausnahmegenehmigung nicht weiterkommen und vor allem - darauf kommt es mir jetzt an - das Schachprofil nicht retten werden. Ich werde gleich noch darauf eingehen. Mit zwölf Schülerinnen und Schülern können wir nicht einmal einzügig arbeiten.

Ein unzumutbar langer Schulweg, der eine Ausnahme bei der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung rechtfertigen würde, ist in diesem Fall überhaupt nicht gegeben. Die nächsten Sekundarschulen sind in kürzester Zeit erreichbar. Halberstadt liegt in Sichtweite; Dardesheim ist in wenigen Minuten mit dem Bus erreichbar.

Nun hat der Kreistag aber beantragt, die Schule wegen ihrer besonderen Schachtradition weiterzuführen. Das ist zunächst eine sympathische Initiative. Es ist dem Planungsträger ebenso wie der Gemeinde Ströbeck aber seit Jahren - ich betone: seit Jahren - bekannt, dass der Sekundarschulstandort hochgradig gefährdet ist und dass das Schachangebot allein keine Ausnahme begründen kann. An dieser Aussage haben mit gutem Recht auch die Kultusminister vor mir immer wieder festgehalten.

Das Angebot des Schachunterrichtes ist ein, wie ich finde, ein pädagogisch interessantes Profil, aber kein bestandsicherndes Kriterium, weil es an einer anderen Schule ohne weiteres fortgeführt werden könnte, insbesondere dann, wenn diese Schule auch im Herzen dieser Schachregion liegt. Nach meiner Auffassung könnte und sollte dieses Profil auch von einer anderen Schule weitergeführt werden. Auch dazu komme ich noch.

Schach ist natürlich kein Unterrichtsfach im Sinne der Kultusministerkonferenz, wohl aber ist Schach von uns immer gefördert worden. Sie wissen, dass die Schule das Unterrichtsfach Schach als Ausdruck des besonderen Profils seit Jahren unterhält. In der verbindlichen Stundentafel für die Anerkennung des Sekundarschulabschlusses ist Schach natürlich vorhanden.

Für ihr Profil bekam die Schule in den vergangenen Schuljahren einen Zusatzbedarf an Lehrerstunden zugewiesen, und zwar in den Jahrgängen 5, 6 und 7 wurde in jeder Klasse eine Wochenstunde Schach extra vorgehalten. Zusätzlich gibt es eine Stunde als AG für das Lebendschachensemble, in dem die Kinder ja offensichtlich Mitglieder sind.

Das Profil Schach kann in bisheriger Form an der aufnehmenden Sekundarschule in Dardesheim ohne weiteres fortgeführt werden. Die Voraussetzungen dafür - das erkläre ich hier vor dem Plenum - würde ich unmittelbar erfüllen, insbesondere was die Stunden betrifft, die für den Unterricht abgesichert werden müssen, die bezahlt werden müssen. Das ist gar keine Frage. Das Schachprofil ist für die Region so wichtig, dass wir diese Tradition unmittelbar an der nächsten weiterführenden Schule aufnehmen würden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Außerdem gibt es dieses Angebot auch im Wahlbereich des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums in Halberstadt für die Schülerinnen und Schüler, unter anderem auch die aus Ströbeck, die wegen ihrer Schullaufbahnentscheidung möglicherweise nicht die Sekundarschule in Ströbeck besuchen. Dort wird es jetzt schon so gemacht, dass die Weiterführung des Schachunterrichts vom Gymnasium ab Jahrgang 5 in Halberstadt organisiert wird. Das finde

ich auch sehr wichtig; denn sonst ist die Initiative für die Katz, wenn nach vier Jahren intensiver Schachförderung plötzlich die Anschlussförderung nicht mehr möglich ist.

Es gibt noch einen weiteren Grund, der gegen eine Ausnahmegenehmigung spricht. Dieser Grund, der mir sehr am Herzen liegt, liegt sogar im Sinne der Weiterführung der Schachtradition in der Region. Viele Bereiche klagen wegen der demografischen Entwicklung über Nachwuchsmangel. Das geht auch an der Kultur, der Traditions- und Heimatpflege nicht vorbei.

Die Sekundarschule in Ströbeck würde künftig mit etwa der Hälfte der Schülerinnen und Schüler auskommen müssen, und zwar im günstigsten Fall. Ich rede jetzt nicht von den zwölf als absoluten Tiefpunkt, sondern von einer einzügigen Schule, wie Sie sie fordern. Mit der Hälfte der Schülerinnen und Schüler könnten wir auch im Sinne der Pflege des Schachprofils nur noch die Hälfte machen - das darf man nicht vergessen -, was die Anzahl der Turniere, der Veranstaltungen, der Events betrifft, die Ströbeck selbst als Schachdorf macht.

Wenn Sie dieses Schachprofil wirklich stärken wollen, bleibt letztlich nichts anderes übrig, als handlungsfähige Netzwerke zu bilden und die Schachtradition nicht zu lokalisieren, sondern zu regionalisieren und dann ein Netzwerk miteinander kooperationsweise verbundener Schulen zu entwickeln, die den Stafettenstab weitergeben und gemeinsam diese Schachtradition in der Region, ausgehend vom Mittelpunkt Ströbeck, pflegen.

Sie wissen, dass es eine Grundschule in Ströbeck gibt, die bestandsfähig ist. Auch insofern möchte ich ausdrücklich sagen - das sage ich bewusst im Plenum, damit mich die Schüler darauf festnageln können -: Wir werden der Grundschule Ströbeck auf ihren Antrag hin, der inzwischen auch vorliegt, drei Stunden zusätzlich für den Schachunterricht gewähren, damit dort die Schachtradition sozusagen von den Wurzeln her weiter aufgebaut werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Dr. Eckert, wenn Sie sagen, seit 181 Jahren gibt es in Ströbeck Schachunterricht, dann sage ich jetzt: Diesen wird es auch weiterhin geben, ausgehend von der Grundschule und dann mit klugen Kooperationsvereinbarungen der weiterführenden Schulen, die in unmittelbarer Nähe liegen. Man muss das natürlich wollen. Man darf die Schachtradition nicht so punktualisieren, dass sie in diesem Brennpunkt der demografischen Krise selber am Ende über den Bach geht. Daher ist mein Appell auch an die Beteiligten, die Lehrerinnen und Lehrer - das sage ich als Schachspieler -, dass wir uns hier nicht matt setzen dürfen, sondern jetzt intelligente Züge spielen müssen.

Ihr Antrag deutet einen scheinbaren Lösungsansatz an, nämlich den einer kreisübergreifenden Regelung. Ich verrate kein Geheimnis, dass mir diese Lösung auch sehr sympathisch war und dass ich sie unter der Hand sogar angeregt habe.

Wir haben uns einmal in Michaelstein getroffen. Ich musste sehr vorsichtig sein; denn eines darf ich ganz gewiss nicht, Herr Dr. Eckert, nämlich mich in kommunale Angelegenheiten einmischen. Wir reden hier über Entscheidungen, die in kommunaler Autonomie getroffen werden, und wir reden außerdem über Rechtssicherheit. Ich kann also nicht beliebig von geltenden Rechtsvorschriften abweichen, indem ich einfach aus Sympathie, die ich durchaus habe, der Schule für einen Tatbestand

Sondergenehmigungen erteile, der einfach nicht sondergenehmigungsfähig ist. Dann käme ich mit der KMK in Schwierigkeiten; dann käme ich aber auch mit der Schulentwicklungsplanung in Schwierigkeiten.

Mit einer einzügigen Schachschule zahlten wir einen hohen Preis für die Schachtradition. Eine einzügige Schule kann nicht mehr das Fächerspektrum aufrechterhalten, auch im Wahlpflichtbereich, das eine gute Sekundarschule ausmacht. Das Fach Schach kann diesen Makel nicht kompensieren. Auch davor kann ich eigentlich nur warnen. Das kann nicht gut gehen.

(Zustimmung von Herrn Qual, FDP)

Ich bedauere es sehr, dass die beteiligten Landkreise - das möchte ich auch sagen - nicht zu einer übergreifenden Lösung gekommen sind. Sie haben es in einem Fall geschafft - ich habe mich dann auch in der Presse ganz bewusst dazu positioniert -, die Eingangsklassenproblematik zu lösen. Dazu hatten sie eine Übereinkunft. Leider hat sich diese nicht fortschreiben lassen.

Ich muss aber auch sagen: Selbst wenn das gelungen wäre, würde die Regelzügigkeit zumindest in den Schuljahren 2007 und 2008 unterschritten werden; denn selbst mit einer gemeinsame Schulentwicklungsplanung in Bezug auf diese Region würde sich die erforderliche Zahl der Schülerinnen und Schüler nicht mehr darstellen lassen, zumindest nicht in den Schuljahren 2007/08 und 2008/09.

Wenn die Vertreter der Landkreise bereit wären, sich noch einmal an einen Tisch zu setzen, dann müssten sie jedoch an anderen Stellen Einbußen hinnehmen. Das ist leider das Problem mit dem Ziehen am Tischtuch. Dann würden eben - mit Wernigerode wird das sicherlich nicht funktionieren, weil dort auch Not herrscht - in Dardesheim und Derenburg Schulstandorte in Gefahr geraten; denn letztlich kriegen wir, egal welche Lösung wir finden, nicht mehr Schülerinnen und Schüler.

Wenn es uns und Ihnen vor allem um die Jahrhunderte alten Schachtraditionen in dieser Region geht, dann kann ich nur noch einmal sagen: Diese Tradition zu retten, ist die wichtigste Aufgabe, dann erst kommt die Schule. Denn wir haben eine bestandsfähige Schule in Ströbeck, die sich als Kumulationspunkt, als Ausgangspunkt dieser Schachtradition durchaus gut aufstellen könnte und die inzwischen signalisiert hat, dass sie das auch tun wird.

Sie wird die ganze Unterstützung des Kultusministeriums bekommen, ebenso wie die kooperierende Schule in Dardesheim, die sich mit dieser Schachtradition ebenfalls identifiziert, ebenso wie auch der gymnasiale Zweig des Gymnasiums in Halberstadt. Insofern könnten wir, wenn uns an dem Schach gelegen ist, eine gute Lösung finden, und zwar unter der Voraussetzung, dass wir die Tradition als regionale Tradition anerkennen und nicht als punktgenaue lokale Tradition.

Wenn Sie mich für diese Gespräche als Moderator brauchen, dann bin ich gern dazu bereit. Aber eine Ausnahmegenehmigung kann ich auf der Basis der geltenen Rechtslage - übrigens auch, um hier keine Präzedenz zu schaffen - nicht einfach so erteilen. Das wäre eine Anarchie, die wir uns auch aus rechtsstaatlichen Gründen nicht leisten können. Es gibt viele Wege, die offen stehen. Alle Seiten müssen sich allerdings auch ein bisschen von ihren festgefahrenen Vorstellungen trennen.

Euch, den jungen Leuten, möchte ich Mut machen. Das Schach ist das Allerwichtigste. Die Möglichkeit, diese Tradition zu retten, habt ihr trotzdem, in der Grundschule und in den Schulen der Umgebung. Dann macht ein tolles Schachnetzwerk daraus. Das wird der Anziehungspunkt für die Region. Dann geht es nämlich über Ströbeck hinaus. Das Herz für das Schach wird aber weiterhin in Ströbeck schlagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder der Projektgruppe „Internetportale“ der „Deutschland online“ Vorhaben“.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir treten nun in eine Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion ein. Als Erstem erteile ich dem Abgeordneten Herrn Qual für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte sehr, Herr Qual.

(Zurufe von der SPD)

Herr Qual (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Minister hat bereits den Standpunkt der Landesregierung dargelegt. Der vorliegende Antrag beschäftigt sich mit einem speziellen Problemfall der Schulentwicklungsplanung. Die Schulentwicklungsplanung ist Aufgabe der Schulträger und damit der Landkreise.

Die Entscheidung ist nicht durch den Landtag von Sachsen-Anhalt zu fällen. Dies würde einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen und die Ergebnisse und Kompromisse, die in vielen Kreistagen von Sachsen-Anhalt bezüglich der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung erzielt wurden, insgesamt infrage stellen.

Meine Damen und Herren von der PDS, man könnte vermuten, dass dies Ihr eigentliches Ziel ist.

Da die Bemühungen des Landkreises Halberstadt, mit dem benachbarten Landkreis Wernigerode einen kreisübergreifenden Schulbezirk zu schaffen, um den Standort der Sekundarschule in Ströbeck zu erhalten, nicht von Erfolg gekrönt waren, war eine andere Entscheidung des Landesverwaltungsamtes als die der Schließung der Sekundarschule Ströbeck nicht möglich. Aus diesem Grund müssen wir, so Leid es uns auch tut, den Antrag der PDS ablehnen, auch wenn dies letztlich die Schließung der Schule zur Folge hat.

(Zuruf von Herrn Kasten, PDS)

Vielen von Ihnen fallen sicherlich auch Beispiele aus Ihrem eigenen Wahlkreis ein, bei denen eine schwere Entscheidung über zukünftige Schulstandorte zu treffen war. Wir haben an dieser Stelle angesichts der demografischen Entwicklung mehrfach über die Notwendigkeit gesprochen, die mittelfristige Schulentwicklungsplanung nicht durch regelhafte Ausnahmen zu konterkarieren.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Eckert?

Herr Qual (FDP):

Am Schluss, bitte.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Schluss, Herr Dr. Eckert.

Herr Qual (FDP):

Dabei soll und muss es bleiben.

Es wurde bereits gesagt, dass Ströbeck mit den anmeldeten Schülern nicht einmal ein Drittel der geforderten Schülerzahl pro Jahrgang erreicht, was natürlich perspektivisch auch Auswirkungen auf die Zügigkeitsrichtwerte hat. Ohne Kinder keine Schule - das ist eine Tatsache, die nicht nur für unser Bundesland gilt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich bin ich mir der langen Tradition des Schachspiels in Ströbeck bewusst. Aber diese hängt nicht nur von dieser Schule ab. Es ist auch nicht so, als würden die Ströbecker Kinder nun nicht mehr im Schachspiel unterrichtet werden können. Der Herr Minister hat bereits darauf hingewiesen, dass auch am Käthe-Kollwitz-Gymnasium in Halberstadt das Schachspiel als Wahlfach angeboten wird.

Ströbeck stellt sich im Internet als Schachdorf vor, wirbt mit seiner Dorfgeschichte im Allgemeinen und seiner Schachgeschichte im Besonderen, mit seinem Schachmuseum, seiner Kirche, den Trachten, der landschaftlichen Einbettung und vielem anderen mehr. Das Dorf verliert seine Identität nicht, weil es dort keine Sekundarschule mehr gibt. In Ströbeck leben Menschen, die diese Tradition bewahren und weitertragen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Schachspiel kennt nur zwei Farben: Schwarz und Weiß. Ziel des Spiels ist es, den Gegner schachmatt zu setzen. Aber es ist eben ein Spiel. Das Leben funktioniert nur in einem Miteinander und lässt sich nicht auf nur zwei Farben reduzieren. Darum bin ich sicher, dass das Schachdorf Ströbeck auch künftig das Interesse der Kinder am Schachspiel wach und lebendig halten wird und dass die Tradition fortlebt und nicht schachmatt gesetzt wird. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Qual. - Herr Eckert, Sie können jetzt Ihre Frage stellen.

Herr Dr. Eckert (PDS):

Herr Kollege, ich habe hier eine Mitteilung der „Volksstimme“ vom heutigen Tag. Darin steht - ich zitiere -:

„Die Landtagsfraktionen von PDS und FDP hatten sich bereits für eine Fortführung der Schachschule stark gemacht.“

Es gibt auch eine Presseerklärung von Herrn Schrader, in der er das öffentlich bekundet. Wie ist das zu verstehen, wenn Sie jetzt erklären, dass Sie unseren Antrag ablehnen wollen?

(Frau Budde, SPD: Ja!)

Herr Qual (FDP):

Wir haben uns mit Herrn Dr. Schrader darüber verständigt. Er ist zu dem Zeitpunkt davon ausgegangen, dass es noch eine Hoffnung gibt, dass man zwischen den beiden betroffenen - -

(Herr Dr. Eckert, PDS: Heute! - Herr Daldrup, CDU: Die ist älter!)

- Ich weiß nicht, wann er die Presseerklärung abgegeben hat.

(Zurufe von der PDS - Minister Herr Dr. Daehre: Das ist eine große Partei mit Meinungsvielfalt! - Unruhe)

Das wäre natürlich nur unter der Bedingung möglich gewesen, dass sich die beiden Landkreise verständigt hätten und dass damit auch eine Voraussetzung für eine Ausnahmegenehmigung gegeben wäre. - Danke schön.

(Frau Budde, SPD: Sorry, wir haben es nicht so gemeint! - Herr Dr. Eckert, PDS: Das ist unehrlich!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Danke, Herr Abgeordneter Qual. - Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Mittendorf das Wort. Bitte sehr, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Schülerinnen und Schüler! Über die Schließung der Schachschule in Ströbeck ist tatsächlich in den vergangenen Wochen sehr viel gesprochen worden. Es war sehr viel sowohl in regionalen als auch in überregionalen Medien zu lesen.

Alle Berichte eint das Unverständnis darüber, dass die Politik scheinbar nicht in der Lage ist, die Schließung einer Schule zu verhindern, die über eine kulturelle Tradition verfügt wie kaum eine andere in unserem Land - nein, wie keine andere.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Ausgangspunkt waren die Vorgaben der Landesregierung zur Mindestschulgöße. Herr Minister Olbertz - Sie wissen, ich widerspreche Ihnen ungern; aber ich widerspreche Ihnen - ,

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS)

es geht eben nicht um die Ausnahme als Regelfall, sondern es geht wirklich um eine Ausnahme, weil diese Tradition, diese Kultur in Sachsen-Anhalt, wenn nicht deutschlandweit einmalig ist.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Deshalb, meine Damen und Herren, muss man überlegen, wie man es schafft, eine Zweizügigkeit der Schule wiederherzustellen, so wie das jetzt im Einzugsbereich der Schule nicht möglich war.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Einverstanden, wenn das geht!)

Auf eine Schulbezirksänderung bzw. auf einen Schulbezirk über die Kreisgrenzen hinaus konnten sich die Kreise vor Ort nicht verständigen. Das bedauere auch

ich sehr, weil es einfach nicht zu verstehen ist, wenn so kurzsichtig entschieden wird.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Das ist zwar kommunale Selbstverwaltung, aber ich erlaube mir trotzdem dieses kritische Wort.

Eine Ausnahmegenehmigung des Landkreises Halberstadt zum Weiterbetrieb der Schule in Ströbeck nach § 5 Abs. 8 des Schulgesetzes wurde jedoch durch das Landesverwaltungsamt abgelehnt. Soweit ich weiß, gibt es gegen diese Ablehnung eine Klage durch den Landkreis. Das ist der bisher unbefriedigende Stand. Damit steht die Sekundarschule Ströbeck, an der seit 180 Jahren Schach als Unterrichtsfach gelehrt wird, vor dem Aus.

Die Schülerinnen und Schüler dieser Schule repräsentieren die Schachtradition der Region über das seit 300 Jahren berühmte Lebendschachensemble. Im Jahr 2006 ist Ströbeck Gastgeber des „Kulturorts Europa“, einer Organisation aus Dörfern in zwölf europäischen Ländern. Das Bindeglied ist die Schachtradition. All das, meine Damen und Herren, ist bei einer Schließung der Schule unwiederbringlich verloren. Das darf nicht sein.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

- Ganz sachte.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion möchte genau dies verhindern; denn die Sekundarschule in Ströbeck verkörpert bei uns etwas Einmaliges - das habe ich schon gesagt. Wir wollen, dass die Sekundarschule in Ströbeck auch zukünftig Bestand hat und damit die Schachtradition an der Schule fortgeführt werden kann.

Den Vorschlag, ein regionales Netzwerk zu bilden, kann man sicherlich prüfen. Ich glaube, ein regionales Netzwerk kann nicht das leisten, was die Schule in Ströbeck in ihrer Tradition im Dorf leistet. Aber ich denke, man muss es zumindest wohlwollend prüfen.

So haben wir einen Ausweg gesucht und haben einen Änderungsantrag eingebracht, der aus unserer Sicht einen Lösungsansatz darstellt. Wir stützen uns darin auf den Antrag des Landkreises Halberstadt auf Ausnahmegenehmigung für diesen Schulstandort. Wir sehen ein gestuftes Verfahren vor:

Erstens. Die Landesregierung genehmigt den Antrag auf Ausnahmegenehmigung zum Weiterbetrieb der Schule

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

auf der Grundlage von § 5 Abs. 8 des Schulgesetzes des Landes für die Schuljahre 2004/05 bis 2006/07. Dies bedeutet: In dieser Zeit kann von der Zweizügigkeit abgewichen werden; es ist also eine Art Übergangsregelung.

Herr Olbertz, die von Ihnen genannten Zahlen waren mir bis heute nicht bekannt. Wenn das so ist, muss für diesen Übergangszeitraum aufgrund der besonderen kulturellen Tradition - das habe ich gesagt - auch von diesem Richtwert abgewichen werden und eine Einzügigkeit genehmigt werden.

Zweitens. Die Landesregierung unterstützt die Landkreise Halberstadt und Wernigerode dabei, spätestens bis zum Auslaufen der Ausnahmegenehmigung

(Herr Gürth, CDU: Das ist Populismus jetzt!)

alle organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Regelzügigkeit wieder erreicht wird. Dazu muss der Einzugsbezirk neu definiert werden.

(Herr Gürth, CDU: Das ist aber nicht sehr zielführend und nicht sehr konstruktiv!)

Meine Damen und Herren! Wir haben uns für diesen Änderungsantrag entschieden, weil uns die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung des PDS-Antrags zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr gering erscheint; denn danach müssten die Schulbezirke sofort wieder durch die Schulentwicklungsplanung der Kreise aufgemacht werden. Das wäre ein zu kompliziertes Verfahren, in dessen Folge wahrscheinlich eine andere Sekundarschule oder mehrere geschlossen werden müssten. Das hält man nicht durch. Das ist erstens sehr aufwendig und zweitens unrealistisch - und trotzdem wäre zwischendurch die Sekundarschule in Ströbeck schon geschlossen.

Unser Änderungsantrag hingegen respektiert die Beschlüsse der Kreistage und greift einen einstimmig beschlossenen Antrag auf. Der erste Teil unseres Änderungsantrags ist schnell umsetzbar und gibt der Schule die Verschnaufpause, die sie braucht. Dann, meine Damen und Herren, sind die Kreistage nochmals gefordert, sich auf einen im Hinblick auf die notwendige Schülerzahl auskömmlichen Schulbezirk zu verständigen.

Vielleicht, Herr Olbertz, hat der Landtag bis dahin die Regelung zur Festlegung von Schuleinzugsbezirken flexibilisiert, sodass der zweite Teil unseres Änderungsantrags leichter als zum derzeitigen Zeitpunkt umgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns gemeinsam demonstrieren, dass die Politik in der Lage ist, sich von herkömmlichen Denkmustern zu trennen und neue Wege zu beschreiten,

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

ganz so, wie es uns der Ministerpräsident heute Morgen für die Landespolitik mitgab.

Machen wir den Weg frei, vor Ort eine Lösung zu finden, die den Bestand der Schachschule in Ströbeck sichert. Die Angebote, die der Minister gemacht hat, kann man parallel prüfen. Darauf wollen wir gern diskutieren.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Sie wissen alle ganz genau - das sage ich abschließend -: Die Landesregierung kann Schachzüge machen, das haben wir an der Rochade der Staatssekretäre gesehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Abgeordnete, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Schomburg zu beantworten?

Frau Mittendorf (SPD):

Ja, gern.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Schomburg.

Herr Schomburg (CDU):

Frau Kollegin, ich muss Ihnen einmal eine Frage stellen, um der Legendenbildung vorzubeugen. Wissen Sie, dass der Kreistag in Wernigerode relativ problemlos den Einzugsbereich der Sekundarschule Derenburg zur Schachschule nach Ströbeck gegeben hätte?

(Zuruf)

Frau Mittendorf (SPD):

Aber?

(Zurufe: Aber? - Warum nicht?)

Herr Schomburg (CDU):

Das hat nicht gereicht. Daraufhin hat uns die Verwaltung - ich bin im Kreistag - einen Vorschlag unterbreitet, der bis in die Stadt Wernigerode hineinreichte, um den Standort zu sichern, und uns einen Sekundarschulstandort in der Stadt Wernigerode gekostet hätte.

Das ist die Entscheidung, vor der der Kreistag steht. Dass sich der Kreistag für den Standort in der Kreisstadt entscheidet,

(Zuruf von Herrn Dr. Eckert, PDS)

ist eine normale Entscheidung. Deshalb wird auch eine neue Runde zwischen den Kreistagen kein anderes Ergebnis bringen.

(Zuruf von Herrn Dr. Eckert, PDS)

Der Einzugsbereich der Sekundarschule Derenburg steht für die Schachschule zur Verfügung - aber mehr eben nicht. Wenn da von anderer Seite nicht mehr Butter beigegeben wird, dann wird die Schule nicht zu halten sein. Aber der Aussage, dass der Kreis Wernigerode nicht bereit war, Schüler zu geben - das ist mehrfach in der Presse und auch heute wieder in Redebeiträgen deutlich geworden -, möchte ich vehement widersprechen.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Schomburg, Sie skizzieren ein Problem, das in vielen anderen Kreisen bei anderen Schulen ebenfalls besteht. An welcher Ecke der Decke man auch zieht, sie ist immer zu kurz. Das ist wohl wahr.

(Herr Gürth, CDU: Eben!)

Aber nichtsdestotrotz, so sage ich, ist es unsere Aufgabe, aus der Landessicht heraus für etwas zu streiten, das als kulturelles Gut, als Tradition erhalten werden muss. Um so etwas Wesentliches zu erhalten, muss man an die Landkreise - natürlich im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung - einen Appell richten, um den Blick auch für Dinge zu öffnen, die über die Partikularinteressen einzelner Kreise hinausgehen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Für die CDU-Fraktion ertheile ich dem Abgeordneten Herrn Dr. Schellenberger das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Schellenberger.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die Notwendigkeit der Festlegung von Mindestschülerzahlen in der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung aufgrund der Auswirkungen des Geburtenrückgangs möchte ich heute nicht noch einmal eingehen. Darauf ist man bereits im Vorfeld bzw. in anderen Landtagssitzungen ausführlich eingegangen.

Ich möchte nur noch einmal die zwei Fakten deutlich benennen.

Der erste wichtige Punkt ist die Schulgröße. Sie ist mit einem angemessenen Spektrum an Wahlfächern, Arbeitsgemeinschaften und Förderkursen verbunden.

Der zweite wichtige Punkt ist: Eine Verantwortung für die Unterrichtsversorgung liegt auch bei uns.

Ich denke, diese Grundsätze sollten jedem klar sein. Wenn man ehrlich ist, muss man diese Argumente auch einmal öffentlich benennen.

Sie haben natürlich völlig Recht. Es geht nicht um eine x-beliebige Schule. Es ist eine Schule mit Tradition in Gefahr, an der das Pflichtfach Schach seit 180 Jahren unterrichtet wird. Wie ich auch aufgrund von Pressemitteilungen noch einmal erfahren habe, hat das Lebendschachensemble hat nicht nur deutschlandweit - sie haben Besuch von ARD, ZDF, die Londoner sind da, und wer nicht alles bei ihnen im Moment ist -, sondern auch international wirklich einen sehr guten Ruf.

Aber ich denke einmal zurück. Ich kann mich an eine Unterredung mit dem Kultusminister erinnern. Ich kann im Moment nicht genau sagen, ob es vielleicht sogar im Ausschuss war. Da war er ganz stolz. Da hat er nämlich darüber berichtet, dass es intelligente Lösungen und Ansätze gibt und dass gerade

(Frau Mittendorf, SPD, unterhält sich mit Fraktionskollegen)

- hören Sie doch zu, das Gespräch von dort hinten ist an der Stelle nicht wertvoll - dieser intelligente Ansatz, dass sich die beiden Landkreise verständigen wollten, um eine gemeinsame Lösung zu finden, favorisiert wird. Genau diese Lösung haben wir damals angestrebt und haben uns sehr gefreut; denn diesen Prozess hat der Kultusminister nicht nur angeschoben, sondern er hat versucht, ihn auch moderierend zu begleiten.

Dazu haben sicherlich die vielfältigsten Aktivitäten der Gemeinde, der Elterninitiative und natürlich auch der Verwaltungsgemeinschaft beigetragen. Wenn es Probleme gibt, dann werden sie alle mobil. Das ist auch gut so. Aber leider - Frau Mittendorf, da haben Sie vollkommen Recht - haben die für die Schulentwicklungsplanung Verantwortlichen es nicht geschafft, wie Sie das gerade gehört haben.

Diesen Prozess haben wir als Abgeordnete alle in unserem eigenen Landkreis durch, der eine mehr oder weniger. Ich habe das Glück, dank dieser wunderbaren Verordnung, dass Lehrer in ihren eigenen Kreistagen befangen sind. Ich war als Akteur immer hintangestellt. Ich konnte mit den Prozess leider nur von der Seite ansehen.

Aber wie schmerzlich und schwer dieser Prozess ist, wissen wir alle, und dass die Decke zu kurz ist, das wissen wir auch alle, egal, wo wir ziehen. Selbst der Bil-

dungsausschuss in Wernigerode hat sich für die Zusammenlegung entschieden. Er konnte sich im Kreistag nicht durchsetzen. Der Kreistag hat dann anders entschieden. Das ist natürlich eine Schwierigkeit. Ich hätte mich richtig gefreut, wenn das Ausnahmekriterium der langen Schulwege, das Sie ins Gespräch bringen, greifen würde; denn leider, muss man sagen, greift es an der Stelle nicht.

Aber wie Sie gehört haben, kann aufgrund der gefassten Beschlüsse - der Kultusminister hat es vorhin noch einmal erwähnt - die Schule nicht weitergeführt werden. Das heißt aber nicht, dass die Tradition des Schachspiels und ganz speziell das Lebendschachensemble gefährdet werden würden. Hier müssen - ich komme zum Schluss - die Vereine, die Gemeinde und natürlich auch das Kultusministerium gemeinsam neue Wege gehen. So muss zum Beispiel die Grundschule stärker mit einbezogen werden. Das ist vielleicht eine Lösung.

Andererseits ist eine Projektunterstützung im Rahmen des Programms „Sport in Schule und Verein“ zu prüfen. Man muss natürlich auch auf das Jahr 2006 Rücksicht nehmen; denn alle Beteiligten müssen das Anliegen unterstützen, das Kulturgut Schach zu fördern. Ich bitte Sie, dieses Angebot, das ich jetzt gerade versucht habe zu formulieren, als Eröffnungsvariante zu betrachten, sozusagen als einen ersten Zug für den Gewinn im Ströbecker Königsspiel, welches wir als CDU auf jeden Fall unterstützen und begleiten werden. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Schellenberger. - Für die PDS-Fraktion erhält nochmals der Abgeordnete Herr Dr. Eckert das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Eckert.

Herr Dr. Eckert (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die „Volksstimme“ titelte heute in der Halberstädter Ausgabe: Überregionales Interesse am Erhalt der Schachschule, des Schachdorfs. Das heißt, dass sich zurzeit in Ströbeck die nationalen und internationalen Medien tummeln, darunter Reporter aus Großbritannien, Frankreich und Australien. Vor dem Hintergrund dieses Interesses ist die Debatte kleinlich und nicht von Weitblick geprägt.

(Zustimmung bei der PDS)

Zu Ihren Zahlen, Herr Minister: Die Landkreise können nur die Zahlen berücksichtigen, die aufgrund Ihrer Gesetzgebung anzugeben waren. Wenn ich aber das Angebot Herrn Schomburg nehme - das heißt, Derenburg würde eventuell nach Ströbeck gehen können, dann sind die Zahlen folgendermaßen: Schuljahr 2005/06 Eingangsklasse 37 Schüler, Schuljahr 2006/07 42 Schüler, Schuljahr 2007/08 46 Schüler, immer die 5. Klasse; Zügigkeitsrichtwert Schuljahr 2005/06 2,23, Schuljahr 2006/07 1,98, Schuljahr 2007/08 1,92. Da wollen Sie keine Ausnahme genehmigen?

(Herr Schomburg, CDU: Nein!)

Das sind die Zahlen, die ich habe.

(Herr Schomburg, CDU: Nein, die Zahlen stimmen nicht!)

- Entschuldigen Sie bitte, ich kann sie Ihnen geben. Das ist eine Vorlage aus dem Kreistag.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Nehmen Sie ganz Wernigerode dazu, dann sind es dreimal so viel! Dann ist die Schule gerettet!)

- Das ist nur Derenburg.

(Herr Schomburg, CDU: Nein, reicht nicht!)

- Die Sekundarschule in Derenburg.

Deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, dass Sie das noch einmal prüfen, dass Sie das Problem erneut gemeinsam mit den Landkreisen erörtern, um einen Weg zu finden. Mehr wollen wir doch gar nicht.

(Beifall bei der PDS - Herr Gürth, CDU: Das liegt daran, dass Sie mit falschen Zahlen argumentieren!)

- Sie haben mit Zahlen argumentiert, nicht ich. Ich habe überhaupt keine Zahlen bei der Einführung des Themas genannt. Diese Zahlen sind jetzt vom Minister anders dargestellt worden.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Ich habe jetzt die Zahlen dargestellt, die in einer Vorlage vom Dezember 2003 dargestellt worden sind.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Mehr kann ich auch nicht tun.

(Herr Schomburg, CDU: Da ist Silstedt mit dabei!)

- Da ist Silstedt nicht dabei, meine Damen und Herren. Das ist die Sekundarschule Derenburg, zumindest steht das in der Unterlage so drin.

Dann habe ich noch einen dritten Punkt: Im Lebendschachensemble wirken Schüler der 3. bis 10. Klasse mit. Für einen erfolgreichen Auftritt sind Schachkenntnisse und Freizeit notwendig. Natürlich braucht man Freizeit. Wenn man diese Freizeit beachtet, dann bezweifle ich, dass 35 Schülerinnen und Schüler nach einer Schließung der Sekundarschule ständig bereitstehen, um das zu machen. Deshalb sage ich: Ohne Sekundarschule ist das Lebendschachensemble vom Aus bedroht. Das ist nur eine Frage der Zeit.

Heute Morgen hörten wir die Regierungserklärung. Ich weiß nicht, wo und wie diese Regierungserklärung überregional bekannt gemacht wird. Aber ich weiß, dass Sachsen-Anhalt in Australien, in Großbritannien, in Frankreich und in den Niederlanden durch diese Negativschlagzeilen wahrgenommen wird.

Ich kann Ihnen sagen, auch wenn ich andere Auffassungen habe als der Ministerpräsident: Es hat mir keinen Spaß gemacht, im Europäischen Parlament behinderter Menschen von Menschen aus Dänemark, Schweden und den Niederlanden angesprochen zu werden, ob es wirklich wahr wäre, was der Ministerpräsident zur Eröffnung einer bestimmten Veranstaltung tatsächlich gesagt hat.

Es macht keinen Spaß, aus Sachsen-Anhalt zu kommen. Wenn ich das alles zusammenzähle, dann wird Sachsen-Anhalt wahrgenommen als ein Land, in dem Tradition nichts mehr wert ist.

(Zustimmung bei der PDS - Unruhe bei der CDU)

- Minister Herr Dr. Daehre: Aber jetzt wird es verrückt! - Zurufe von der CDU)

Deshalb kann ich bei Ihnen nur noch einmal für unseren Antrag bzw. für unsere Auffassung werben. Gustav Mahler hat einmal bemerkt: Tradition heißt, das Feuer am Leben zu erhalten und nicht die Asche anzubeten.
- Danke schön.

(Beifall bei der PDS - Minister Herr Dr. Daehre:
Jetzt reden die von Tradition hier!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Meine Damen und Herren! Nun hat noch einmal der Kultusminister Herr Professor Olbertz um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Kultusminister.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident, vielen Dank für die Möglichkeit. - Ich möchte die Diskussion keineswegs wieder eröffnen, aber drei Fragen stellen. Offensichtlich ist jetzt alles erlaubt und man kann die tollsten Sachen sagen. Ich bedauere, dass der Schachschule damit Schaden zugefügt wird.

(Zustimmung bei der CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Richtig!)

Wenn man sie in einen Zusammenhang stellt mit dem Ende der Pflege der Kulturtradition in unserem Kulturland Sachsen-Anhalt, dann kann ich nur sagen:

(Zuruf von der CDU: Übel!)

Das ist wirklich übel. Ich muss es einmal so sagen.

Aber gleichzeitig ist es ein Ausdruck von emotionalem Engagement, das mir nicht unsympathisch ist. Das muss ich auch sagen.

Deswegen drei Fragen, die ich gern stellen möchte. Ich bestehe nicht darauf, dass sie beantwortet werden, weil ich die Diskussion nicht verlängern will, aber wir sollten darüber reden.

Frage 1: Warum findet in den Reden der Opposition mein Vorschlag, ein regionales Netzwerk von Schachschulen in der Region aufzubauen, keinerlei Beachtung?

(Frau Mittendorf, SPD: Das habe ich doch aufgegriffen!)

Warum wird das nicht aufgegriffen? Warum wird das überhaupt nicht betrachtet? Das sind nämlich Wege.

Zweitens. Warum wird von uns verlangt, dass wir uns von herkömmlichen Denkmustern trennen sollten, während das herkömmlichste Denkmuster, das es überhaupt gibt, Fristverlängerung, Abwarten und Aussitzen sind? Mir wird bei jedem Ansatz, den wir als handelnde Regierung verfolgen, beim Umbau unseres Schulsystems, unseres Hochschulsystems unter schwierigsten Rahmenbedingungen als Innovation entgegengehalten, der beste Weg sei es doch, erst einmal zu warten.

In dieser Zeit wird das Schachprofil an dieser Schule Schaden erleiden und schwächer werden, weil vor allem der andere Vorschlag nicht aufgegriffen wird, der darin besteht, wirklich die Potenziale in der Region zu bündeln. Wir bekommen nämlich nicht mehr Schülerinnen und Schüler, egal wie wir uns drehen. Aber das Schachprofil muss gerettet werden. Also muss es an die Grundschule geknüpft werden. Also müssen Kooperationsnetzwerke in der Region geknüpft werden. Also muss man das Profil stark machen, damit es gemeinsam aus

diesen Potenzialen das Ensemble und die Schachtradition trägt.

Die dritte Frage, die ich gern stellen würde: Wieso wird eigentlich der Gedanke nicht aufgegriffen, das, was im Moment nur ziemlich bescheiden läuft, die Grundschule, zum Ausgangspunkt eines neuen Schachzentrums für Ströbeck zu machen, indem die Kinder übrigens auch im Rahmen der Frühförderung - gerade Schach muss man sehr früh beginnen - intensiv in diese Tradition eingeführt werden? Dann gibt es nämlich anschließend auch die Brüche nicht, mit denen im Moment die Schachschule und die Region zu kämpfen haben.

Diese Fragen würde ich gern beantwortet haben. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende dieser Debatte angelangt.

(Frau Mittendorf, SPD, meldet sich zu Wort)

Frau Mittendorf, bitte? - Sie möchten noch einmal zu Wort kommen. Dieses Recht haben Sie. Ich würde Sie bitten, sich auf drei Minuten zu beschränken. Bitte sehr, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, diese drei Minuten einzuhalten.

Herr Olbertz, es tut mir Leid: In diesem Parlament ist Gott sei Dank nicht alles erlaubt. Vor allen Dingen ist es nicht erlaubt, in Richtung Opposition nicht angemessene Unterstellungen zu machen.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Welche?)

Ich habe sehr wohl gesagt, dass man parallel zu unserem Antrag, diese Schule mit einer Ausnahmegenehmigung zwei Jahre länger bestehen zu lassen, Ihre Vorschläge hinsichtlich eines regionalen Netzwerkes prüfen sollte.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Das betrifft genauso Ihre Vorschläge hinsichtlich der Weiterentwicklung der Grundschule. Das habe ich mit einbezogen.

Was mich am meisten stört und was ich wirklich ungehörig finde, ist, die Bemerkung, dass man sich von herkömmlichen Denkmustern lösen sollte, mit dem Vorwurf zu verbinden, es gehe uns nur um Fristverlängerungen. Herkömmliche Denkmuster zu überwinden heißt festzustellen, dass wir es in diesem Falle eben nicht mit einer Schule im ursprünglichen Sinne zu tun haben, sondern mit einer Schule, die seit Jahrhunderten über eine Tradition verfügt, die für die Schülerinnen und Schüler in der Region ein Identifikationsobjekt und -subjekt ist. Und da werfen Sie uns vor, wir würden mit althergebrachten Denkmustern nur versuchen, etwas zu verhindern, was Ihrer Meinung nach richtig wäre.

Ihrer Meinung nach wäre es anscheinend richtig, diese Tradition mit dem 1. August zu beenden und Schluss.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Frau Feußner, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Das, meine Damen und Herren, kann man in diesem Raum nicht so stehen lassen, weil ich ebenso wie unser Kultusminister der Meinung bin - diesbezüglich stimmen wir überein -, dass man intelligente Lösungen finden muss.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Aber intelligente Lösungen hängen nicht damit zusammen, dass man denen, die anderer Meinung sind, herkömmliche Denkmuster vorwirft, sondern sie hängen damit zusammen, dass man tatsächlich Dinge aufgreift und parallel dazu Angebote für Übergangs- und Ausnahmeregelungen prüft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Mittendorf, würden Sie bitte noch vorn bleiben? - Aha, Herr Dr. Eckert möchte keine Frage stellen, sondern ebenfalls noch einmal sprechen. - Herzlichen Dank, Frau Mittendorf. - Bitte sehr, Herr Dr. Eckert.

Herr Dr. Eckert (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat drei Fragen gestellt. Auf die eine Frage bin ich nicht eingegangen, weil Frau Mittendorf diese Frage aus meiner Sicht beantwortet hat. Sie hat gesagt, dass es sich um gute Vorschläge handelt, die man prüfen sollte und mit denen man umgehen kann.

Ich habe jetzt aber auch eine Frage: Was hindert Sie, das eine zu tun und das andere zu lassen? Was hindert Sie daran, diese guten Vorschläge aufzugreifen, das Netzwerk zu schmieden und gleichzeitig eine Ausnahmegenehmigung zur weiteren Förderung der Sekundarschule zu erteilen?

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Das wäre doch die richtige Fragestellung, wenn Sie Fragen stellen.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Was sollen wir machen, wenn wir für das eine eine Rechtsgrundlage haben und für das andere nicht? Ganz einfach! - Herr Kühn, SPD: Sie sind doch Gesetzgeber!)

- Das ist doch eine Gesetzgebungsfrage.

Aber ich wollte noch etwas anderes sagen. Es geht ja darum, die Stärken und die Traditionen dieses Landes so auszubauen, dass sie nicht nur wirken, sondern dass sie tatsächlich zur Promotion, also zur Öffentlichkeitsarbeit dieses Landes beitragen. In dieser Hinsicht könnten wir noch wesentlich mehr tun. Wir haben im Landtag darüber beraten und feststellen können, wie wir so etwas machen könnten. Aber leider will das die Mehrheit anscheinend nicht. - Danke.

(Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Herr Dr. Schellenberger möchte sich ebenfalls noch einmal in drei Minuten äußern.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Drei Sätze; eine Minute reicht mir. Danke. - Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben vorhin eindeutig

erklärt, warum der erste Punkt nicht geht. Wir haben aber auch ganz eindeutig erklärt, und zwar unabhängig voneinander: Wir wollen die Tradition unterstützen, wir wollen sie fördern, wir wollen die Tradition weiter ausbauen. Die Ansatzpunkte waren hundertprozentig eindeutig und klar formuliert: erstens Verstärkung in der Grundschule.

(Zuruf von Herrn Dr. Eckert, PDS)

Das Angebot für drei Stunden Schachunterricht ist hundertprozentig genannt worden.

(Zurufe von der SPD und von der PDS)

Dann habe ich die zweite Sache genannt. - Herr Eckert, wir können probieren, wer lauter ist. Kein Problem. Ich war lange genug beim Militär.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Also, meine Damen und Herren, ich würde einen solchen Wettstreit hier nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Bitte, Herr Dr. Schellenberger.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Das Zweite war das Angebot der Arbeit im Rahmen des Projekts „Schule und Verein“. Es gibt nämlich die Möglichkeit, in den Sekundarschulen Schach zu unterrichten. Das muss man regeln. Das wäre die Frage des Lebendschachensembles. Das wäre direkt in Ströbeck zu machen.

Das Dritte - da gibt es nächste Woche schon ein Angebot, das zu regeln - ist die Zusammenarbeit mit den Initiatoren, mit der Arbeitsgruppe. Sie haben nächste Woche schon einen Termin beim Kultusminister. Ich denke, damit sind wir auf dem richtigen Weg. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir können somit in den Abstimmungsprozess eintreten.

Eine Überweisung ist nicht beantragt worden, sodass wir zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/1479 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei den Fraktionen der SPD und der PDS. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei den Fraktionen der CDU und der FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir stimmen nun über den Antrag der PDS-Fraktion in seiner ursprünglichen Fassung in der Drs. 4/1457 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei den Fraktionen der PDS und der SPD. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei den Fraktionen der CDU und der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden und wir haben den Tagesordnungspunkt 20 erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten beschlossen, die Sitzung im Interesse der parlamentarischen Begegnung um 19.30 Uhr zu schließen. Wenn Sie einverstanden sind, werden wir noch den Tagesord-

nungspunkt 17 behandeln. Wenn nicht, verschieben wir das auf den morgigen Tag.

(Frau Feußner, CDU: Machen wir noch!)

- Machen wir noch. Dann bedanke ich mich. Wir treten also ein in die Behandlung von **Tagesordnungspunkt 17:**

Beratung

Korrektur der Leistungsbewertungserlasse für allgemein bildende und berufsbildende Schulen sowie Schulen des zweiten Bildungsweges

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1453**

Alternativantrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/1501**

Einbringerin des Antrages der SPD-Fraktion ist die Abgeordnete Frau Mittendorf. Bitte sehr, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, unter dem Motto „last, but not least“ wollen wir uns noch mit einem Thema befassen, das im Parlament durchaus nicht üblich ist, nämlich mit einer exekutiven Entscheidung. Dass wir das heute trotzdem machen, hat seine guten Gründe.

Meine Damen und Herren! Im laufenden Schuljahr erfolgt die Leistungsbewertung und -beurteilung an allen Schulformen im Land auf einer neuen Grundlage. Seit Juli des vergangenen Jahres gelten für allgemein bildende und für berufsbildende Schulen sowie für Grundschulen und für Schulen des zweiten Bildungsweges neue Erlasse.

Schon im Anhörungsverfahren zu dem Erlass für die allgemein bildenden Schulen gab es massive Kritik an einzelnen Vorgaben, die jedoch im Kultusministerium kaum bzw. kein Gehör fanden.

Mittlerweile ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, und gibt es an vielen Schulen nur noch ein heiß diskutiertes Thema neben anderen Themen, nämlich den Leistungsbewertungserlass. Dabei geht es, meine Damen und Herren, um die Nichthandhabbarkeit einer Reihe von Einzelregelungen, insbesondere zur Zensurenbildung auf den Zeugnissen, und um die Transparenz der Entscheidungsfindung gegenüber Schülern und Eltern. Das ist Grund genug, der Sache nachzugehen.

Meine Damen und Herren! Die größte Kritik über die Erlass gab es aus den allgemein bildenden und den berufsbildenden Schulen. Deshalb werden wir uns heute hier auf diese Schulformen beschränken. Dabei wurden insbesondere die neuen Regelungen zur Bildung von Zeugnisnoten und damit zusammenhängend zur Gewichtung der Klassenarbeiten, aber auch die Erhöhung der Anzahl der Klassenarbeiten in einzelnen Fächern und deren Auswirkungen kritisiert. - Darauf will ich mich im Folgenden konzentrieren.

Nun hat sich sicherlich der eine oder andere schon einmal gefragt, welche Ziele man in der Schule mit der Bewertung, Zensierung und Beurteilung verfolgt. In den Erlassen heißt es dazu - ich zitiere -:

„Leistungsbewertung und -beurteilung dient der Darstellung und Anerkennung des individuellen Lernstandes und Lernfortschrittes von Schülerin-

nen und Schülern. Dabei soll die Bewertung schülerbezogen und lernprozessorientiert erfolgen und die Leistungsentwicklung fördern. Schüler und Eltern sollen über den Leistungsstand informiert werden.“

Meine Damen und Herren! Mit der Notengebung werden also vor allem pädagogische Ziele verbunden. Genau hierbei sind im Hinblick auf die neuen Vorgaben zur Leistungsbewertung Zweifel angebracht. Uns ist aufgefallen, dass in Gesprächen mit einer Reihe von Lehrkräften die Regelungen sehr unterschiedlich ausgelegt und interpretiert wurden. Weiter ist uns aufgefallen, dass allein die Erklärung der Regelungen zur Zensurenbildung Fachvorträgen ähnelte, die für den Laien schwer verständlich sind. Sehr oft griffen die Lehrkräfte zu Berechnungstabellen, die eher Arbeitsblättern aus dem Mathematikstudium als transparenten Berechnungsformeln glichen.

Schlussfolgerung: Wenn schon die Lehrkräfte nur mit großem Aufwand die Halbjahres- bzw. Endnoten ermitteln und erklären können, wie, meine Damen und Herren, sollen dann die Schüler und die Eltern die Notengebung nachvollziehen können? - Dies ist ja wohl die Voraussetzung, damit Notengebung beim Schüler, bei der Schülerin etwas bewirkt.

Aber dies ist nur die formale Seite. Wesentlicher schlimmer ist die Gefahr, dass mit der neuen Zensurengebung die tatsächliche Leistung durch Abrundung oder Aufrundung der jeweiligen Teilnoten für die Halbjahres- und Jahresnote verfälscht wird. Auch die veränderte Gewichtung von Klassenarbeiten wirft viele Fragen auf.

Meine Damen und Herren! Es gibt auch eine öffentliche Wahrnehmung dieses Problems. Ich möchte an dieser Stelle aus einem Kommentar der „Volksstimme“ vom 27. März 2004 zitieren:

„Wenn jetzt mehr über die Vergabe von Noten gestritten wird als um eine bessere Bildung, läuft etwas falsch.“

Dem kann ich mich nur anschließen.

(Zustimmung von Frau Kachel, SPD, und von Herrn Grünert, PDS)

Was läuft nun aber falsch? - Auf eine Kurzformel gebracht, kann man auf diese Frage antworten: Die Notenbildung auf den Zeugnissen nach den neuen Erlassen ist nicht transparent. Sie ist beliebig, pädagogisch für Schüler und Eltern kaum oder gar nicht nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren! Wie war das Verfahren nach der alten Erlassregelung? - Es gab übersichtlichere Vorgaben zur Gewichtung von Klassenarbeiten und zur Bildung von Zeugnisnoten. Für die Erstellung von Zeugnisnoten wurden alle im Bewertungszeitraum erbrachten Leistungsnachweise herangezogen.

(Minister Herr Prof. Dr. Olertz: Na, na!)

Klassenarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik an der Sekundarschule und in der Sekundarstufe I an Gymnasien und Gesamtschulen wurden mit insgesamt 40 % an der Gesamtnote gewichtet, Klassenarbeiten in allen anderen Pflicht- und Wahlpflichtfächern mit 30 %. An den Gymnasien wurden die Fremdsprachenfächer ab drei Wochenstunden mit 40 % bewertet. Die Gewichtung in der gymnasialen Oberstufe erfolgte nach anderen Parametern und wird an dieser Stelle von mir vernachlässigt.

Welche Vorgaben enthält nun der neue Erlass?

Erstens. Für jedes Schulhalbjahr wird gesondert eine Halbjahresnote gebildet.

Zweitens. Die Halbjahresnote wiederum wird gebildet aus der Zusammenfassung der Teilnote für die unterrichtsbegleitende Bewertung und der neu gewichteten Noten der Klassenarbeiten.

Drittens. Die Schuljahresnote ergibt sich aus der Zusammenfassung der für beide Schulhalbjahre jeweils gesondert gebildeten Halbjahresnoten.

Viertens. Die einzelnen Teilnoten müssen als ganze Noten gebildet werden. Dies bedeutet, es wird jeweils auf oder abgerundet.

Fünftens. Es erfolgt keine Gewichtung der Klassenarbeiten nach Fächern, sondern nach der Dauer der Klassenarbeiten und nach der Schulform sowie nach der Anzahl der Klassenarbeiten im jeweiligen Fach.

(Unruhe)

Ergebnis: Die Gesamtwertigkeit von Klassenarbeiten an der Halbjahresnote variiert an den verschiedenen Schulformen zwischen 20 % und 60 %.

Das hat folgende Konsequenzen: Einerseits erhalten Schüler durch die Aufwertung der Wertigkeit von Klassenarbeiten zum Teil schlechtere Noten als vorher. Andererseits erfolgt genau das Gegenteil. Durch die Abwertung von Klassenarbeiten, vor allem in den Fächern, in denen nur eine Klassenarbeit à 45 Minuten je Halbjahr geschrieben wird, erhalten Schüler zum Teil wieder bessere Noten als vorher.

Meine Damen und Herren! Ich merke an der mangelnden Aufmerksamkeit, dass das Problem kompliziert ist.

(Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz, von Minister Herrn Dr. Daehre und von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Genau das wollte ich hier darstellen. So wie es Ihnen geht, geht es auch den Leuten, die sich damit befassen.

Kurzum: In einigen Fächern haben Klassenarbeiten einen übergroßen Einfluss auf die Notenbildung und in anderen haben sie kaum eine Bedeutung. Meine Damen und Herren! Das können die Schüler nicht nachvollziehen, das können die Eltern nicht nachvollziehen und das können schon gar nicht wir nachvollziehen. Dazu kommt nun noch die Bildung von ganzen Noten durch Auf- bzw. Abrundungen.

Meine Damen und Herren! Vor allem im Bereich der unterrichtsbegleitenden Bewertung bewirkt das Auf- bzw. Abrunden auf ganze Noten je nach Fall eine Benachteiligung oder Besserstellung gegenüber der vorherigen Notenbildung. Ein Beispiel: Die Noten 3, 3 und 4 führten früher zu einem Durchschnittswert von 3,3. Jetzt erfolgt eine Abrundung auf 3, also eine Besserstellung. Bei den Noten 4, 4 und 3 ergibt sich das umgekehrte Bild. Nach alter Berechnung ergibt sich ein Durchschnitt von 3,7 und jetzt eine aufgerundete Note von 4, also eine Schlechterstellung. Diese Noten fließen nunmehr in die Bildung der jeweiligen Halbjahresnoten ein.

So wie Sie mir jetzt bei diesem Beispiel nicht mehr folgen könnten, können die Eltern und die Schüler den Lernprozessen auf diesem Weg auch nicht mehr folgen. Das Ganze ist nicht objektiv und nicht transparent.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Sie haben gemerkt, es ist sehr beschwerlich und kaum zu erklären. Auch Rechenbeispiele, wie wir sie mehrfach gemacht haben, beweisen die pädagogische Beliebigkeit der gegenwärtigen Notengebung je nach Schulform und Fach.

Hinzu kommen eine Vielzahl von weiteren Vorgaben, die einen unverhältnismäßig hohen organisatorischen und zeitlichen Aufwand für die Lehrkräfte verursachen und dadurch die notwendige und wichtige inhaltliche Vorbereitung der Lehrtätigkeit einschränken.

Meine Damen und Herren! An berufsbildenden Schulen ergibt sich noch eine zusätzliche Schwierigkeit: Die Spezifität der dualen Ausbildung besteht nun gerade darin, dass die Auszubildenden nicht jeden Tag in der Berufsschule sind. Entweder betrifft das nur wenige Tage in der Woche oder es gibt Blockunterricht. Außerdem arbeiten die Lehrlinge noch im Betrieb. Durch diese Spezifität sind gewisse Vorgaben des Erlasses für die berufsbildenden Schulen überhaupt nicht umsetzbar.

Zum Beispiel gibt es bei bestimmten Berufen, die Blockunterricht haben, gar keine Halbjahreszeugnisse und es ergeben sich Diskrepanzen im Hinblick auf die Anzahl der in einer Woche zu schreibenden Klassenarbeiten sowie im Hinblick auf die Wiederholung von Klassenarbeiten und deren Gewichtung.

Meine Damen und Herren! Wenn Staatssekretär Herr Willems in einer Pressemitteilung mit den Worten, der Erlass habe sich im schulischen Alltag bewährt, zitiert wird, dann kann ich das nach den vielen Gesprächen, die wir geführt haben, nicht bestätigen. Ich weiß nicht, welche Schulen der Staatssekretär damit meint. Bei den Lehrern, Eltern und Schülern herrscht Unverständnis und Frustration im Hinblick auf die pädagogischen Beweggründe für die neuen Vorgaben der Erlasses und deren bürokratischen Aufwand.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Olbertz, uns alle in diesem Hause eint - davon gehe ich einmal aus - das Ziel, die Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit an den Schulen zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Wir haben bereits im Oktober des vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf zur inneren Schulreform in den Landtag eingebracht. Die Landesregierung hat gerade jetzt einen eigenen Entwurf zur Schulgesetzänderung zur Anhörung freigegeben. Jetzt kommt die entscheidende Frage, meine Damen und Herren: Wie sollen wir die Lehrer, die Eltern und die Schüler für diese Reformen begeistern, wenn schon die Grundelemente der schulischen Arbeit, wie Leistungsbewertung und -beurteilung, zum Streitfall werden und für Wut und Unverständnis sorgen.

Herr Olbertz, ich bin überzeugt, dass Ihnen nicht entgangen ist, was die Leistungsbewertungserlasse an den Schulen angerichtet haben. Sie kennen die Stellungnahmen der Lehrerverbände, die alle die von mir eben beschriebenen Kritikpunkte beinhalten und alle auf eine Veränderung drängen. Die Zielstellung, meine Damen und Herren, muss lauten, die Notengebung pädagogisch nachvollziehbar und einheitlicher zu gestalten, die Transparenz herzustellen und vor allen Dingen der Beliebigkeit eine Absage zu erteilen.

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, sehr geehrter Herr Minister, ich appelliere an Sie: Folgen Sie der Vernunft und korrigieren Sie die Leistungsbewertungserlasse rechtzeitig zum neuen Schuljahr 2004/05. Ich glaube, die Schulen, die Interessenver-

tretungen und auch wir sind sicherlich zu jeder Mithilfe bereit. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Mittendorf. - Herr Minister Olbertz will gleich auf diese Einbringung antworten. Ich erteile jetzt Herrn Minister Olbertz dazu das Wort.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es schickt sich nicht, dem Landtagspräsidenten zu widersprechen, aber ich will darauf nicht antworten, sondern ich muss darauf antworten. Offensichtlich ist dieser Leistungsbewertungserlass jetzt plötzlich über Sie gekommen, mit dem wir schon eine ganz Weile arbeiten. Es wird der Eindruck erweckt, als wäre dieser Erlass überfallartig und ohne Beteiligung der Schulöffentlichkeit über das Land gekommen und es sei daher geboten, den Landtag zu bemühen, auf diesem Weg schulpraktische Einflussnahme zu üben und die Dinge wieder zu richten.

Ich habe gesagt, dass ich bis zum Sommer diesen Leistungsbewertungserlass noch einmal einer kritischen Revision in Bezug auf die Punkte unterziehen werde, die möglicherweise aufgrund der Regelungsdichte verzichtbar sind. Ich kann aber noch nicht sagen, ob sich ein Anlass dafür ergibt. Das wird das Ergebnis der Überprüfung sein.

Dass Sie auf diese Zusage, die ich öffentlich gemacht habe, jetzt aufspringen, kann ich politisch gut verstehen, hilft uns aber in der Sache kaum weiter. Sie vermuten - ich wundere mich, wie plötzlich das Thema bei Ihnen angekommen ist, aber wie auch immer -, dass die schulgesetzlich vorgesehenen Gremien im Rahmen der Anhörung überhört worden seien oder dass es nicht genügend Möglichkeiten gegeben habe, sich einzubringen.

Dem muss ich widersprechen. Gerade der Entwurf dieses Erlasses ist in einem sehr frühen Stadium ins Netz gestellt worden, damit alle Interessierten Raum und Gelegenheit hatten, sich an der Diskussion zu beteiligen, was auch geschehen ist. Gerade mit der frühen Vorstellung des Erlasses wurde bewusst ein sehr transparentes Verfahren gewählt, um Hinweise aus der Schulpraxis aufnehmen zu können. Wir haben tatsächlich eine große Anzahl von Änderungsvorschlägen aus der Schulpraxis in den Erlass aufgenommen. Nachdem der Erlass rechtskräftig war, gab es eine Fülle in Informationsveranstaltungen auf verschiedenen Ebenen, die ich nicht unerwähnt lassen möchte.

Dass Sie nun spät, aber doch Interesse an den Fragen der Leistungsbewertung bekunden, finde ich erst einmal gut. Ich bin gern bereit, Ihnen die Intentionen der Neuregelungen noch einmal zu erläutern. Bei einem Vergleich werden Sie feststellen, dass gerade die Grundlinien dem Vorgängererlass nicht nur nicht widersprechen, sondern manches implizit voraussetzen und sogar deutlicher machen.

Grundlage und Ausgangspunkt der Neuregelungen war nämlich das Recht eines jeden Schülers und einer jeden Schülerin auf Anerkennung der individuellen Lernstände und der Lernfortschrittes und auf eine Auskunft über die jeweilige Benotung. Das heißt, Leistungsbewertung muss

immer auf die Person bezogen erfolgen, damit nicht nur etwas konstatiert oder eben, wie Sie es offensichtlich fordern, mit dem Taschenrechner errechnet wird, sondern damit man der Leistungsentwicklung des Einzelnen gerecht wird, indem ein pädagogisches Ermessen in die Handhabung dieser Notenerteilung einbezogen wird. Das halte ich für ganz wichtig.

Bis jetzt haben wir formale Kriterien wie die Aufrechnung von Durchschnitten gehabt. Jetzt haben wir nur noch Orientierungsgrundlagen, aber die Aufforderung an die Lehrerinnen und Lehrer, diesen Ermessensspielraum individuell als Impuls für die Schülerinnen und Schüler zu nutzen. Ich bin selbst etwas überrascht, wie groß die Schwierigkeiten sind, Noten nicht mehr errechnen zu müssen, sondern Noten bilden zu müssen.

(Zuruf von Frau Dr. Hein, PDS)

Das ist natürlich ein anderes Geschehen. Insofern denke ich schon, dass wir hierbei ein wenig umdenken müssen. Ich räume aber gerne ein, dass die Regelungen, die wir dazu gefunden haben, möglicherweise nicht optimal genau diese neue Praxis der Leistungsbewertung mit individuellem Bezug, mit transparenter Kommentierung und im Übrigen auch mit Erläuterungspflicht gegenüber den Schülerinnen und Schülern und den Eltern versetzen.

Das halte ich für sehr, sehr wichtig. Darüber gab es vor dem Leistungsbewertungserlass entschieden weniger Kommunikation als jetzt, auch was die Kommunikation zwischen Schülern und Eltern und zwischen Lehrerinnen, Lehrern und den Schülern betrifft. Das muss man festhalten; denn diese kommunikative Qualität halte ich für sehr wichtig. Dass das nicht ohne Konflikte abgeht, liegt in der Natur der Sache.

Sie sprechen vor allem Zeugnisnoten an, die sich aus mehreren Einzelnnoten zusammensetzen. Neben dem Anliegen, die Entwicklung des einzelnen Schülers zu berücksichtigen, kommt hierbei ein weiterer Aspekt dazu, ohne den eine Notenberechnung ganz formal nur scheinbar objektiv wäre. Sie bekommen zwar dann den Durchschnitt mit der Dezimalstelle hinter dem Komma heraus, Sie werden aber letztlich dem individuellen Bemühen des Schülers und seinen Perspektiven gar nicht gerecht.

So ist zum Beispiel, Frau Mittendorf, ein kurzer Vokabeltest nun wirklich nicht mit einer komplexen Hausarbeit gleichzusetzen. Auch Klassenarbeiten können höchst unterschiedliche Anforderungen stellen. Der Gleichheitsgrundsatz verpflichtet nicht nur, Gleches gleich zu behandeln, sondern er verbietet auch, Ungleches als gleich anzusehen. Genau das aber tätigt man, wenn man Teilnoten mit unterschiedlicher Aussagekraft wie gleichwertige Noten zusammenrechnet und über irgendeine Arithmetik eine Aussage trifft.

Die Vielfalt der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in der modernen Schule lässt sich durch keine Vorschrift der Welt erfassen. Das ist klar. Es nützt auch nichts, zum Beispiel für Klassenarbeiten in einem bestimmten Fach oder einem bestimmten Jahr einfach andere Gewichtungsanteile festzulegen. Man würde damit der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Eine solche Sichtung unterschiedlicher Leistungen kann, wenn überhaupt, nur einer bzw. eine vornehmen: das ist die Lehrerin oder der Lehrer, der unmittelbar mit dem Schüler zusammenarbeitet.

Ganz genau diese Spielräume wollen wir durch das pädagogische Ermessen den Lehrerinnen und Lehrern wieder eröffnen. Deshalb gibt es keine Zensurenvorschrift, die das bedachte Handeln der Lehrer ersetzen kann, sondern wir haben die Bedeutung des pädagogischen Ermessens ausdrücklich so betont.

Dasselbe gilt für die Leistungskommentare. Die engagierten Lehrerinnen und Lehrer haben mir alle gesagt: Herr Olbertz, das machen wir sowieso schon. Dazu kann ich nur sagen: umso besser. Wenn wir das Ergebnis des Nachdenkens über die Entwicklung eines Schülers in einem kurzen ermutigenden oder anregenden Kommentar unter eine wichtige Klassenarbeit setzen, dann ist das sogar ein Stück Kommunikations- und Leistungskultur in der Schule und keineswegs eine Zumutung für die Beteiligten.

Jeder weiß, dass in einer klaren Mathematikarbeit dieser Kommentar sicherlich kürzer und prägnanter ausfallen kann als unter einem Deutschaufzettel. Das ist aber klar und ist auch in das Ermessen der Lehrerinnen und Lehrer gestellt. Ich habe keine Zeilenvorschrift oder der gleichen gemacht oder vorgeschrrieben, wie viel Druckzeichen der Kommentar zu enthalten hätte.

Der Leistungsbewertungserlass stellt zunächst nur klar, was im Grunde ohnehin so ist, nämlich dass für die Festlegung von Noten der jeweilige Lehrer, die jeweilige Lehrerin zuständig ist.

Es ist im Übrigen ein Missverständnis, wenn behauptet wird, der Erlass enthalte formale Rundungsvorgaben. Diese gibt es nicht. Der Freiraum des pädagogischen Ermessens besteht hinsichtlich der Notenbildung, und zwar sowohl bei der Zusammenfassung der unterrichtsbegleitenden Bewertung als auch bei der Bildung der Zeugnisnoten. Dieser Freiraum ermöglicht beides. Er ermöglicht sowohl Aufwertungen einer erbrachten Leistung im Zensurenbild als auch Abwertungen, je nachdem, welchen Impuls man dem Schüler geben will und wie man seine Entwicklungsperspektiven, die Tendenz der Leistungsausprägung, beurteilt.

Beide Entscheidungen sind jetzt gleichrangig zulässig, aber eben nicht beliebig und auch nicht auf der Basis eines simplen Rechenmodells, sondern auf der Basis durchdachter pädagogischer Aspekte.

Die Entscheidung muss die Lehrkraft treffen und vertreten, gerade um der jeweiligen Schülerin oder dem jeweiligen Schüler auch gerecht zu werden. Dies muss, wie schon erwähnt, sowohl bei der einzelnen Leistung als auch bei der Zeugnisnote verständlich und nachvollziehbar erläutert werden.

Übrigens gibt es das erste Mal, Frau Mittendorf, auch ein innerschulisches Verfahren zur Überprüfung erteilter Noten; denn Sie kennen alle aus der Schulpraxis die enorme Konfliktkraft des Gefüls der Ungerechtigkeit oder der Nichtgleichwertigkeit von Bewertungsmaßstäben. Gerade mit diesem Freiraum stärkt der Erlass eigenverantwortliche Entscheidungen und sorgt mit der Forderung, Bewertungen auch zu erläutern, für Transparenz.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand ernsthaft verlangen würde, statt alledem ungleichwertige Teilnoten gleichwertig zusammenzurechnen und die Notenentscheidung am Ende dem Taschenrechner zu übertragen. Eine solche Bindung der Lehrkräfte widerspräche im Übrigen auch der Überzeugung, dass die Lehrenden in der Lage sind, die Bewertungen auch ohne formale Vorgaben sachgerecht vorzunehmen.

Vor dem Hintergrund der Einführung der Bildungsstandards haben wir nicht nur in den Schuljahrgängen 4 und 6 schulgesetzlich Klassenarbeiten mit landeszentraler Aufgabenstellung vorgesehen und auch schulübergreifende Vergleichsarbeiten eingeführt, sondern auch die differenzierten Anforderungen für Klassenarbeiten und Klausuren, das heißt für die herausragenden punktuellen Leistungserhebungen, beschrieben, so wie das im alten Leistungsbewertungserlass auch schon der Fall war.

Die Anzahl wurde dabei nicht einmal erhöht, sondern mit Blick auf die neuen Stundentafeln landeseinheitlich in ihrer Dauer und damit auch in ihrem Anspruch präzisiert. Gerade in der Oberstufe wurde die Anzahl aus schulpraktischen Erwägungen sogar erheblich reduziert; denn das Ziel muss es sein, die Lehrerinnen und Schüler an die Lösung komplexer Aufgaben heranzuführen, anstatt sie von einem Test in den anderen zu jagen. Diese Testeritis war nämlich ein großes Problem, das wir vorher hatten.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Kann man über so etwas nicht im Ausschuss diskutieren?)

- Ja, selbstverständlich. Ich habe den Antrag nicht eingebracht.

(Frau Feußner, CDU: Sie haben doch den Antrag gestellt! - Herr Dr. Püchel, SPD: Aber diskutieren können Sie doch im Ausschuss!)

- Ja, klar. Aber Sie haben Frau Mittendorf zugehört. Ihre Detailtiefe war noch viel größer. Ich nehme an, dass man mich eher verstehen kann als Frau Mittendorf.

(Beifall bei der CDU)

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich habe Ihnen versprochen, dass wir uns den Leistungsbewertungserlass kritisch ansehen werden, aber nicht, um in populistischer Manier so zu tun, als wäre der alte Erlass ideal gewesen, sondern im Sinne der Ansprüche, die mit diesem Erlass verbunden waren. Nur daran sollte er gemessen werden. Das werden wir tun. Ansonsten freue ich mich über Ihr überraschendes Interesse an dieser Thematik. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt der Abgeordneten Frau Feußner das Wort. Bitte sehr, Frau Feußner.

(Zurufe von der SPD: Zu Protokoll!)

Frau Feußner (CDU):

Herr Präsident! Über das überraschende Interesse der SPD-Fraktion habe ich mich genauso gewundert, weil es genügend Gelegenheit gab. Aber ich gebe meinen Redebetrag zu Protokoll.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

(Zu Protokoll:)

Frau Feußner (CDU):

Erlasse und Verordnungen geben in der Regel immer den Anlass zur Diskussion parlamentarischem Raum. Anträge dieser Art haben wir vonseiten der Opposition nun schon mehrfach im Plenum behandelt. Die Spezifik dieses Leistungsbewertungserlasses gebietet eher eine

intensive Behandlung im Bildungsausschuss als hier im Plenum. Im Rahmen der Selbstbefassung des Ausschusses könnte man hierbei schnell und unkompliziert handeln.

Sie möchten hier aber die Öffentlichkeitswirksamkeit nutzen. Das ist Ihr Recht, aber was mich hier besonders wundert, ist der Zeitpunkt, zu dem Sie diesen Antrag einbringen.

Der Leistungsbewertungserlass ist seit dem Spätherbst 2002 im Entwurf bekannt - war im Internet eingestellt - und von den Gremien diskutiert worden. Aufgrund dieser Diskussionen und Hinweise sind auch entsprechende Änderungsvorschläge nochmals eingearbeitet worden. Seit dem 1. Juli ist dieser Erlass rechtskräftig und an den Schulen im Rahmen der Vorbereitungszeit zum neuen Schuljahr den Lehrkräften erläutert worden. Daneben erscheint im Schulverwaltungsblatt LSA Nr. 11/2003 vom 23. Juli 2003 im Abschnitt VI unter „Nichtamtliche Texte“ eine Erläuterung zur Anwendung des Leistungsbewertungserlasses.

Hinzu kamen Fragen aus Kollegien, die dem Ministerium gestellt wurden, die schriftlich beantwortet wurden.

Neben diesen vorbereitenden Maßnahmen führte der Herr Staatssekretär Willems landesweit Veranstaltungen mit Schulleitern und Elternvertretern durch, wo mithin die weitere Möglichkeit bestand, Unklarheiten zu analysieren.

Im Zusammenhang mit den Halbjahresnoten kamen, vor allem bei der Berechnung des Notendurchschnitts, erneut Fragen auf. Dies ist natürlich nichts Ungewöhnliches, sondern manches Problem wird erst mit der direkten Anwendung bewusst.

Trotzdem wundere ich mich, dass die SPD, die ja alle diese Maßnahmen mit Sicherheit verfolgt hat, erst zu diesem Zeitpunkt eine Diskussion bzw. einen Bericht zum Leistungsbewertungserlass einfordert. Da stellt sich nun die Frage: Entweder haben Sie selbst anfänglich keine Notwendigkeit einer Befassung mit dem Erlass gesehen, weil man selbst den Intentionen folgen konnte; denn wie bereits beschrieben, laufen die Diskussionen zu diesem Erlass bereits ein halbes Jahr. Oder wollen Sie diese Diskussionen mit Ihrem Antrag aufrechterhalten, sozusagen am köcheln halten?

Gegen einen Bericht nach Beendigung des Schuljahres, nach Anwendung des Erlasses in einem gesamten Schuljahr, ist aus unserer Sicht nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Denn auch Verordnungen bzw. Erlasses sollten in ihrer Praktikabilität und Anwendbarkeit überprüft werden und gegebenenfalls dann auch evaluiert werden. Kritische Einwände sollten hinterfragt und überprüft werden. Allein die Kritik fordert aber diesen Prozess nicht, konstruktive Vorschläge sind da eher gefragt. Die lassen Sie aber auch vermissen. Die allgemeine Forderung nach Überarbeitung des Erlasses in den genannten Punkten reicht nicht aus.

Ähnlich ist es bei Diskussionen vor Ort, wo jeweils unterschiedliche Regelungen kritisiert, von anderen wiederum begrüßt werden, aber selten entsprechende Vorschläge für Änderungen gemacht werden.

Diesbezüglich werden wir im Ausschuss nach dem Bericht der Landesregierung Gelegenheit finden, uns intensiv inhaltlich mit diesem Erlass zu beschäftigen, und gegebenenfalls auf konstruktive Vorschläge hoffen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank. - Dann hat als Redner für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Herr Dr. Volk das Wort.

(Frau Dr. Hein, PDS, erhebt sich von ihrem Platz)

- Herr Dr. Volk, Frau Hein wäre eigentlich eher an der Reihe. Frau Hein, würden Sie Herrn Dr. Volk, der vielleicht auch seinen Redebeitrag zu Protokoll gibt, den Vortritt lassen?

(Zuruf von der SPD: Jawohl! - Zustimmung bei der SPD)

Herr Dr. Volk (FDP):

Ich gebe meinen Redebeitrag auch zu Protokoll.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Sehen Sie, darum habe ich Sie vorher aufgerufen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

(Zu Protokoll:)

Herr Dr. Volk (FDP):

Es gehört zu den genuinen Aufgaben des Parlaments, die Exekutive zu kontrollieren und bei festgestellten Fehlentwicklungen korrigierend einzugreifen. Die Erarbeitung und Herausgabe von Verordnungen oder Erlassen bildet eine Säule in der Arbeit der Regierung, so dass dieser Bereich immer der besonderen Aufmerksamkeit des Parlaments bedarf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass mich bisweilen der Eindruck beschleicht, insbesondere im Schulbereich werden mit Vorliebe Regelungen herausgegeben. Vielleicht sollte man auch hier über den Grundsatz nachdenken: Weniger ist mehr. Allerdings greifen Pauschalurteile wie immer zu kurz, sodass eine gesunde Skepsis gegen die Verordnungsflut nicht zur Ablehnung jeder Regelung führen darf. Man muss die einzelnen Erlasses hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Praktikabilität prüfen.

Vor diesem Hintergrund bin ich der Meinung, dass insbesondere für die Einschätzung und Bewertung von Schülerleistungen landesweit einheitliche Vorgaben gemacht werden müssen. Wie Ihnen jeder Schulpraktiker bestätigen wird, gehört die Benotung zu den meistdiskutierten und umstrittenen Bereichen der Schule. Dispute um vermeintlich ungerechte Bewertungen, unterschiedliche Anforderungsniveaus zwischen einzelnen Schulen oder auch die Berechtigung von Noten als solches beherrschen seit vier Jahrzehnten die bildungspolitische Diskussion.

Das starke Interesse der Schüler und Eltern an der Bewertung ist nachzuvollziehen, da Noten einen nicht unerheblichen Einfluss auf die spätere Berufswahl, sei es die Vergabe einer Lehrstelle oder eines Studienplatzes, ausüben können.

Die Bewertung der Schülerleistungen ist jedoch wesentlich mehr als ein Abgangszeugnis. Sie dient der ständigen Information des Schülers über seinen Leistungsstand im Verhältnis zum Erwartungshorizont des jeweiligen Faches und gleichzeitig zu seiner Motivation. Dabei ist es ein Grundsatz der Lernpsychologie, dass eine Einschätzung der Leistung nur dann motivierend wirkt, wenn sie informativ ist. Gerade deshalb begrüße ich bei-

spielsweise die Vorgabe, insbesondere bei Klassenarbeiten verbale Beurteilungen zur Bewertung anzugeben.

In der Diskussion mit Lehrern, Eltern und Schülern habe ich sowohl positive als auch negative Stimmen über die vorliegenden Erlasse gehört. Beide Erlasse, auf die sich der Antrag bezieht, sind seit Juli letzten Jahres in Kraft und werden seit dem Beginn des laufenden Schuljahres an den Schulen angewendet. Dies bedeutet, dass sie gerade erst für ein Halbjahreszeugnis und noch nicht einmal für ein Schuljahreszeugnis angewendet wurden.

Ich wundere mich deshalb schon, weshalb die SPD so-
fortige Änderungen verlangt, ohne eine ergebnisoffene Diskussion über die Erfahrungen mit der Anwendung des Erlasses abzuwarten.

Gleichzeitig ist der Antrag in seiner Argumentation nicht schlüssig. Im ersten Satz wird der pädagogische Wert als notwendige Prämisse der Leistungsbewertung eingefordert, wenig später jedoch der organisatorische und zeitliche Aufwand der Lehrer beklagt. Es ist wohl unumstritten, dass eine faire und fundierte Beurteilung der individuellen Schülerleistungen zu den Kernaufgaben jedes Lehrers gehören und entsprechende Zeit benötigen. Wer dies infrage stellt, verabschiedet sich von pädagogischen Grundsätzen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sollten uns am Ende des Schuljahres im Ausschuss über die Erfahrungen mit der Anwendung des Erlasses auseinander setzen; denn ich plädiere für den Grundsatz, dass die Diagnose der Therapie vorausgehen sollte. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Alternativantrag zuzustimmen, der das Thema im Blickfeld behält, ohne Pauschalurteile zu fällen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herzlichen Dank, Herr Dr. Volk. - Frau Dr. Hein, jetzt haben Sie das Wort.

Frau Dr. Hein (PDS):

Ich bedanke mich. - Es tut mir eigentlich leid, dass Sie Ihre Redebeiträge zu Protokoll gegeben haben. So kann ich nicht einmal darauf reagieren. Aber gut. Ich denke, wir haben im Ausschuss noch genügend Zeit, darüber zu streiten.

(Zustimmung bei der FDP)

Ich gebe meinen Redebeitrag nicht zu Protokoll, weil ich denke, dass wir auch in diesem Hause wissen sollten, worüber wir hier eigentlich reden.

Wenn Masche nämlich schon Klasse wäre, hätte die Landesregierung mit dem neuen Leistungsbewertungserlass tatsächlich einen großen Wurf gelandet. Der zuerst ins Auge fallende Unterschied ist nämlich der: Während der alte Erlass für alle allgemein bildenden Schulen mit fünf-
einhalb Seiten im Schulverwaltungsblatt auskommt, braucht der neue allein für die Sekundarstufe I immerhin zehn Seiten.

Dass das Ministerium mehr Papier produziert hat, müsste die Eltern, die Schülerinnen und die Lehrerinnen noch wenig aufregen. Aber es ist eben doch anders, als der Minister es sagt. Mit dem neuen Erlass wird nicht nur die Zahl der Klassenarbeiten deutlich erhöht, sondern auch die Dauer dieser.

Ich habe es für die Sekundarschule einmal nachgerechnet. Dort sind es zwischen drei und sechs Klassenarbeiten pro Jahr, die in jedem Schuljahr mehr geschrieben werden.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Was ist daran schlimm?)

Die Dauer der Klassenarbeiten war nach altem Erlass in der Sekundarschule nur in Deutsch länger als eine Unterrichtsstunde und in Mathe im 9. und 10. Schuljahr-
gang. Nach neuem Erlass ist dies auch in Englisch, in Physik und in der zweiten Fremdsprache, am Gymnasium in allen anderen Naturwissenschaften, Geschichte und Geographie und dritter Fremdsprache so.

(Herr Kosmehl, FDP: Ist das schlimm?)

- Jetzt komme ich dazu, wie schlimm das ist. So summiert sich im Laufe eines Schülerlebens von der 5. bis zur 10. Klasse die Zahl der Klassenarbeiten in der Sekundarschule auf 169 gegenüber früher 140.

(Herr Kosmehl, FDP: Ist das schlimm?)

- Ja. Dafür sind - sage und schreibe - 198 Unterrichtsstunden aufzuwenden. Am Gymnasium sind es im gleichen Zeitraum bis zu 172 Klassenarbeiten, die bis zu 220 Unterrichtsstunden blockieren.

Allein in der 9. Klasse des Gymnasiums müssen von einem Gymnasiasten oder einer Gymnasiastin 36 Klassenarbeiten mit einem Unterrichtsstundenvolumen von 47 Stunden geschrieben werden.

(Zustimmung bei der PDS - Herr Kosmehl, FDP:
Das ist keine Spaßveranstaltung!)

Geht man davon aus, dass ein Schuljahr etwa 40 Unterrichtswochen hat und in einer Woche nur bis zu drei Klassenarbeiten zu schreiben sind, nimmt man zudem hinzu, dass die Zeiten vor den Ferien nicht zu stark beansprucht werden - das steht alles im Erlass - und nach dem Schuljahresbeginn auch eine gewisse Zeit ins Land gehen muss, bevor man den Stoff abprüfen kann, dann müssen nahezu in jeder dritten Woche mehrere Klassenarbeiten geschrieben werden.

(Herr Kosmehl, FDP: Ist das schlimm?)

- Ja, das ist schlimm. Diese Klassenarbeiten sind eine Woche vorher anzukündigen. Ich meine, Ihre Schulzeit dürfte noch nicht so lange her sein, dass Sie sich an diesen Stress nicht mehr erinnern können. Er war damals allerdings noch nicht so groß.

Hinzu kommt, dass durch diese hohe Stundenzahl für die mindestens einstündigen Klassenarbeiten diese Zeit eben nicht zum Lernen und zur Vermittlung von Unterrichtsstoff zur Verfügung steht. Allein im 10. Schuljahr-
gang müssen für Klassenarbeiten am Gymnasium zwischen 58 und 62 Unterrichtsstunden aufgewendet werden. Ich rede hier nur von Klassenarbeiten, nicht von anderen Leistungskontrollen.

Aber damit nicht genug. In den Fächern, in denen zwei Klassenarbeiten pro Halbjahr geschrieben worden sind, gehen diese mit 40 % bzw. am Gymnasium mit 50 % in die Zeugnisnote ein. Frau Mittendorf hat das ausreichend dargelegt.

Allerdings will ich im Unterschied zu Frau Mittendorf auch sagen, der vorige Erlass war an dieser Stelle nicht unbedingt besser. Dort war zwar die Gesamtgewichtung von Klassenarbeiten geringer, aber wenn nur eine Klas-

senarbeit geschrieben worden ist, ist sie mit einer höheren Gewichtung in die Bewertung eingegangen. Das halte ich nicht unbedingt für günstiger.

Nun zu der viel gepriesenen größeren Flexibilität für die Bewertungen im Einzelfall. Ich will das zitieren. Im Erlass steht das an einer einzigen Stelle, nämlich bei den Schuljahresnoten:

„Bei Abweichungen der Halbjahresnoten wird die Jahresnote gemäß dem Mittel der beiden Noten gebildet oder, wenn dies nicht möglich ist, nach pädagogischem Ermessen. Dieses Ermessen wird bestimmt durch die Leistungsentwicklung.“

Ich spare es mir aus Zeitgründen, das gesamte Zitat wiederzugeben. An keiner anderen Stelle kommt das Ermessen der Lehrerinnen und Lehrer vor. Das finde ich schon problematisch.

Meine Damen und Herren! Wenn das die Antwort auf die enttäuschenden Pisa-Ergebnisse des Landes sein soll, dann würde ich als Lehrerin sagen: Thema verfehlt. Nicht mehr Prüfungen werden die Ergebnisse verbessern, sondern mehr Zeit zum Lernen, zum Üben und zum Wiederholen, mehr Systematisierung, mehr fächerübergreifendes, mehr problemorientiertes Arbeiten, mehr Kompetenzentwicklung, aber nicht mehr Klausurenstress.

Abfragbares Wissen ist noch kein anwendungsorientiertes Wissen. Die Praxis der Leistungsbewertung führt aber zu einem verstärkten Faktenlernen auf Abprüfbarkeit hin. Dafür haben Sie Ihre Gründe, wie ich sehe. Diese Abfragbarkeit von Faktenwissen - das belegen genügend Untersuchungen - hält genau bis zum Ende der Klausur, wenn sie diese überhaupt erreicht. Dann ist das Wissen nämlich wieder vergessen.

(Zustimmung bei der PDS)

Es ist eben nicht mehr parat. Es wird nicht vernetzt und steht nicht mehr zur Verfügung.

Ich finde, mit den Leistungsbewertungserlassen ist dem Ministerium kein großer Wurf gelungen, bestenfalls ein Weitwurf, ein Wurf weit weg vom Leben, weit weg von den Erfordernissen modernen Lernens. Dieser vermeintliche Weitwurf landet darum auch im Aus. Wir befürworten den Antrag der SPD-Fraktion.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Hein. - Nun hat als letzte Rednerin noch einmal die Abgeordnete Frau Mittendorf das Wort. Bitte sehr, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Es ist so, dass der Leistungsbewertungserlass uns eigentlich das gesamte halbe Jahr, seit er gilt, bewegt. Aber um nicht in den Verruf zu kommen, ohne den Prüfstein der Praxis etwas, was in der Theorie entstanden ist, zu kritisieren, haben wir ganz bewusst gewartet.

Wir kennen die Kritiken, die im Vorfeld des Erlasses gekommen sind und die überwiegend nicht aufgenommen worden sind, und wir haben die Rückkopplungen zu allen Schulformen und wissen, dass dieser Leistungsbewertungserlass nicht das leistet, was er eigentlich leis-

ten sollte. Wir wissen auch, dass es eigentlich von allen Interessenvertretern ganz konkret Bitten und Wünsche gibt, was zu verändern wäre.

Ich glaube, es ist ganz deutlich zu verstehen, was ich Ihnen mitteilen will. Es geht darum, diesen Leistungsbewertungserlass zu verändern, und zwar zu verändern an den Kritikpunkten, die von vielen eingebracht werden, und darum, dass nicht erst irgendwann im Herbst darüber von Ihnen berichtet wird, sondern im Vorfeld des neuen Schuljahres. Deshalb kann man Ihren Alternativantrag auch nur ablehnen.

Meine Damen und Herren! Wir sind nicht auf etwas aufgesprungen, sondern wir haben etwas bewusst gemacht, was im Schulalltag eine große Rolle spielt, was bei dem Philologenverband eine Rolle spielt, was bei der GEW eine Rolle spielt. Heute Mittag in einer Diskussionsrunde mit jungen Referendarinnen und Referendaren - Herr Tullner war dabei, Herr Dr. Volk war dabei, Frau Tiedge war auch dabei - war ein Thema der Leistungsbewertungserlass. Das ist doch wohl nicht etwas, was wir uns aus den Fingern saugen. Vielmehr fordern wir Sie auf, Dinge zu verändern, die die Personen, die mit Schule befasst sind, hart und nachdrücklich kritisieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Debatte angelangt und treten in das Abstimmungsverfahren ein. Es liegen ein Antrag und dazu ein Alternativantrag vor. Zunächst stimmen wir über den Antrag ab. Sollte dieser keine Zustimmung finden, stimmen wir über den Alternativantrag ab.

Wer also dem Antrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/1453 seine Zustimmung gibt, den bitte ich das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der PDS- und der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Bei der CDU- und der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Alternativantrag der CDU- und der FDP-Fraktion ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der CDU- und der FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Bei der PDS- und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen und der Tagesordnungspunkt 17 erledigt.

Meine Damen und Herren! Bitte bleiben Sie noch einen Augenblick sitzen. Wir sind am Ende der 37. Sitzung des Landtages angelangt. Die morgige Sitzung beginnt bereits um 9 Uhr. Dann beginnen wir, wie vereinbart, mit dem Tagesordnungspunkt 2 und fahren fort mit den Tagesordnungspunkten 7, 8 und 21. Nach der Mittagspause setzen wir mit den Tagesordnungspunkten 18, 14 und 19 fort und werden voraussichtlich gegen 16.10 Uhr die morgige Sitzung beenden können.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nochmals einladen zu der jetzt in unserem Haus stattfindenden parlamentarischen Begegnung mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e. V. Diese Begegnung findet im Fraktionsraum der CDU statt.

Herzlichen Dank und einen angenehmen Abend.

Schluss der Sitzung: 20.04 Uhr.

Anlage zum Stenografischen Bericht

Zu Tagesordnungspunkt 3:

Fragestunde - Drs. 4/1456

Frage 2 des Abgeordneten Herrn Felke (SPD):

Zusätzliche Landesunterstützung für Projekte des Gemeindeverkehrsförderungsgesetzes

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sind die konkreten Konditionen der Landesförderung ausgestaltet, aus welchem Haushaltstitel wird diese und in welcher Gesamthöhe in diesem Jahr finanziert?
2. Wie erfolgt die Abstimmung mit den kommunalen Gebietskörperschaften und welche konkreten Baußnahmen sind in diesem Jahr vorgesehen?

Antwort des Ministers für Bau und Verkehr Herrn Dr. Daehre:

Zu 1. Die Kommunen finanzieren den Eigenanteil in Höhe von 25 % der förderfähigen Kosten des GVFG-

geförderten Straßenbauvorhabens über zusätzliche Kreditaufnahme außerhalb des genehmigten Kreditrahmens.

Das Land übernimmt aus Mitteln des Ausgleichsstocks die im Jahr 2004 anfallenden Kreditkosten (Zins, Gebühren, eventuell Tilgung). Die Kredite sollen im Jahr 2005, nach der entsprechenden Novellierung des FAG, abgelöst werden.

Voraussetzung für diese ergänzende Landesförderung ist - neben der Förderfähigkeit des Vorhabens nach dem GVFG - ein nicht ausgeglichen Haushalt der betreffenden Kommune.

Die tatsächliche Höhe der Förderung aus dem Ausgleichsstock ist von den eingehenden Anträgen und den Kreditkonditionen abhängig und kann daher zurzeit noch nicht exakt benannt werden.

Zu 2. Die Landkreise und kreisfreien Städte haben das Land über ihre Prioritäten im kommunalen Straßenbau, auch für die kreisangehörigen Gemeinden, informiert. In Auswertung dieser Prioritäten ist die anliegende Vorhabenliste (46 Einzelvorhaben) entstanden. Die weitere Abstimmung erfolgt im Antragsverfahren. Veränderungen in der Vorhabenliste sind in begründeten Ausnahmefällen möglich.